

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan - Entwurf

2015/2016

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan - Entwurf

2015/2016

Inhaltsübersicht

Einzelplan 6.0

	Seite
1 Vorwort zum Einzelplan	1
2 Ergebnis- und Finanzplan des Einzelplans	9
3 Übersicht über die Aufgabenbereiche des Einzelplans	10
4 Teilpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans	
4.1 Aufgabenbereich 260 Steuerung und Service (Zentrale Aufgaben und Recht)	15
4.2 Aufgabenbereich 261 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	33
4.3 Aufgabenbereich 262 Bauordnung und Hochbau	55
4.4 Aufgabenbereich 263 Landes- und Landschaftsplanung	65
4.5 Aufgabenbereich 264 Umweltschutz	83
4.6 Aufgabenbereich 265 Natur- und Ressourcenschutz	113
4.7 Aufgabenbereich 266 Immissionsschutz und Betriebe	133
4.8 Verpflichtungsermächtigungen	145
5 Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche	
5.1 Aufgabenbereich 260 Steuerung und Service (Zentrale Aufgaben und Recht)	155
5.2 Aufgabenbereich 261 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	157
5.3 Aufgabenbereich 262 Bauordnung und Hochbau	159
5.4 Aufgabenbereich 263 Landes- und Landschaftsplanung	161
5.5 Aufgabenbereich 264 Umweltschutz	163
5.6 Aufgabenbereich 265 Natur- und Ressourcenschutz	165
5.7 Aufgabenbereich 266 Immissionsschutz und Betriebe	167
Anlage 1 Stellenplan (blaues Papier)	169
Anlage 2 Wirtschaftspläne (rosa Papier)	
2.1 Landesbetrieb für Geoinformation und Vermessung	269
2.2 Sondervermögen Stadt und Hafen	287
2.3 Sondervermögen Naturschutz und Landschaftspflege	297
Anlage 3 Übersicht über Zuwendungen	
3.1 Übersicht über Zuwendungen über 100.000 Euro	307
3.2 Übersicht über Zuwendungen bis zu 100.000 Euro	308
Anlage 4 Übersicht über Beteiligungen	
4.1 Bäderland Hamburg GmbH (BLH)	309
4.2 Hamburger Wasserwerke GmbH (HWW)	313
Anlage 5 Übersicht über die Verwendung der Abwasserabgabe	317

1 Vorwort zum Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplans

Die Zieltrias von Ökonomie, Ökologie und sozialen Fragen gibt Hamburg die Chance, Wohlstand und Lebensqualität weiter zu verbessern. Hamburg gerechter, grüner und stärker zu machen, wird deshalb auch künftig die Schwerpunktsetzungen der BSU prägen.

Dabei kann an die Erfolge der vergangenen Haushaltsperiode angeknüpft werden.

Für die Aufgabenfelder der Behörde bedeutet dies:

- Das erfolgreiche Wohnungsbauprogramm wird fortgesetzt. Es gilt, die positive Entwicklung bei Baugenehmigungen und Baufertigstellungen auf hohem Niveau zu stabilisieren. Ein Schwerpunkt bleibt die Förderung des Neubaus von Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen.
- Durch den Einsatz unterschiedlicher Instrumente - u. a. Verordnungen zum Mietrecht, Wohnraumschutzgesetz, Erstellung des Mietenspiegel - wird eine ausgewogene Entwicklung des Wohnungsmarktes angestrebt.
- Die räumliche Entwicklung folgt dem Konzept „Mehr Stadt in der Stadt“. Aufbauend auf den Erfahrungen der erfolgreichen Internationalen Bauausstellung auf den Elbinseln, werden die verschiedenen Potenziale der Hamburger Stadtteile in den Fokus genommen und gezielt gefördert. Neben dem Hamburger Süden verfügt der Hamburger Osten über Entwicklungsmöglichkeiten für sozial und funktional gemischte Quartiere. Dieser Prozess wird gemeinsam mit den verschiedenen Akteuren - Bezirke, Wohnungswirtschaft, Bürgerinnen und Bürger – gestaltet.
- Der soziale Zusammenhalt in den Quartieren wird auch zukünftig durch die Projekte des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) gezielt gefördert.
- Das Wohnungsbauprogramm und die Quartiersentwicklung sind mit Veränderungsprozessen verbunden. Beteiligungsprozesse und fachliche Diskussionen, wie sie im Rahmen der Stadtwerkstatt stattfinden, ermöglichen es den Bürgerinnen und Bürgern, sich aktiv in Fragen der Stadtentwicklung zu positionieren und an Entscheidungsprozessen mitzuwirken.
- Soziale Erhaltungsverordnungen schützen Nachbarschaften in besonders begehrten Quartieren vor einer einseitigen Verdrängung von Haushalten mit niedrigen und mittleren Einkommen.
- Der besonderen Bedeutung der Grün- und Freiräume für die Lebensqualität in einer kompakter werdenden Stadt wird durch die Erhöhung der Haushaltsmittel für die Unterhaltung der öffentlichen Grünanlagen Rechnung getragen.
- Ein weiterer Fokus liegt auf dem Thema Sauberkeit in der Stadt. Durch weitere Maßnahmen wird das hohe Niveau des Sauberkeitsbildes der Stadt erhalten.
- Die Naturschutzgebiete bedürfen der Sicherstellung der Pflege im Bestand.
- Lärmschutz und Luftreinhaltung bleiben wichtige Themen für eine solidarische Stadt, so wie der Klimawandel eine soziale Herausforderung bleibt, der durch CO₂-Reduktion und andere Klimaschutzpolitische Maßnahmen der Stadt zu begegnen ist, während die Folgen des Klimawandels sich im Hochwasserschutz aber auch im Vollzug von EU-

Recht in der Ausweisung von Überschwemmungsgebieten sowie bei der Vorbereitung auf Starkregenereignisse und bei der Berücksichtigung der Veränderung des Stadtklimas in der Stadtplanung niederschlagen.

- Die Energieversorgung und -erzeugung wird im Rahmen der Energiewende fortgeführt und die Kooperation mit den Norddeutschen Ländern dazu etabliert.

Der Senat hat sich zum Ziel gesetzt, den Personalbestand in der Hamburgischen Verwaltung kontinuierlich zu reduzieren. Die BSU leistet hierzu durch Rückführung der in den Produktgruppen geplanten Arbeitskapazitäten (ausgewiesen in Vollzeitäquivalenten) ihren Beitrag. Der Abbau von Vollzeitäquivalenten wird durch aufgabenkritische Maßnahmen flankiert, die von einer behördeninternen Steuerungsgruppe koordiniert werden.

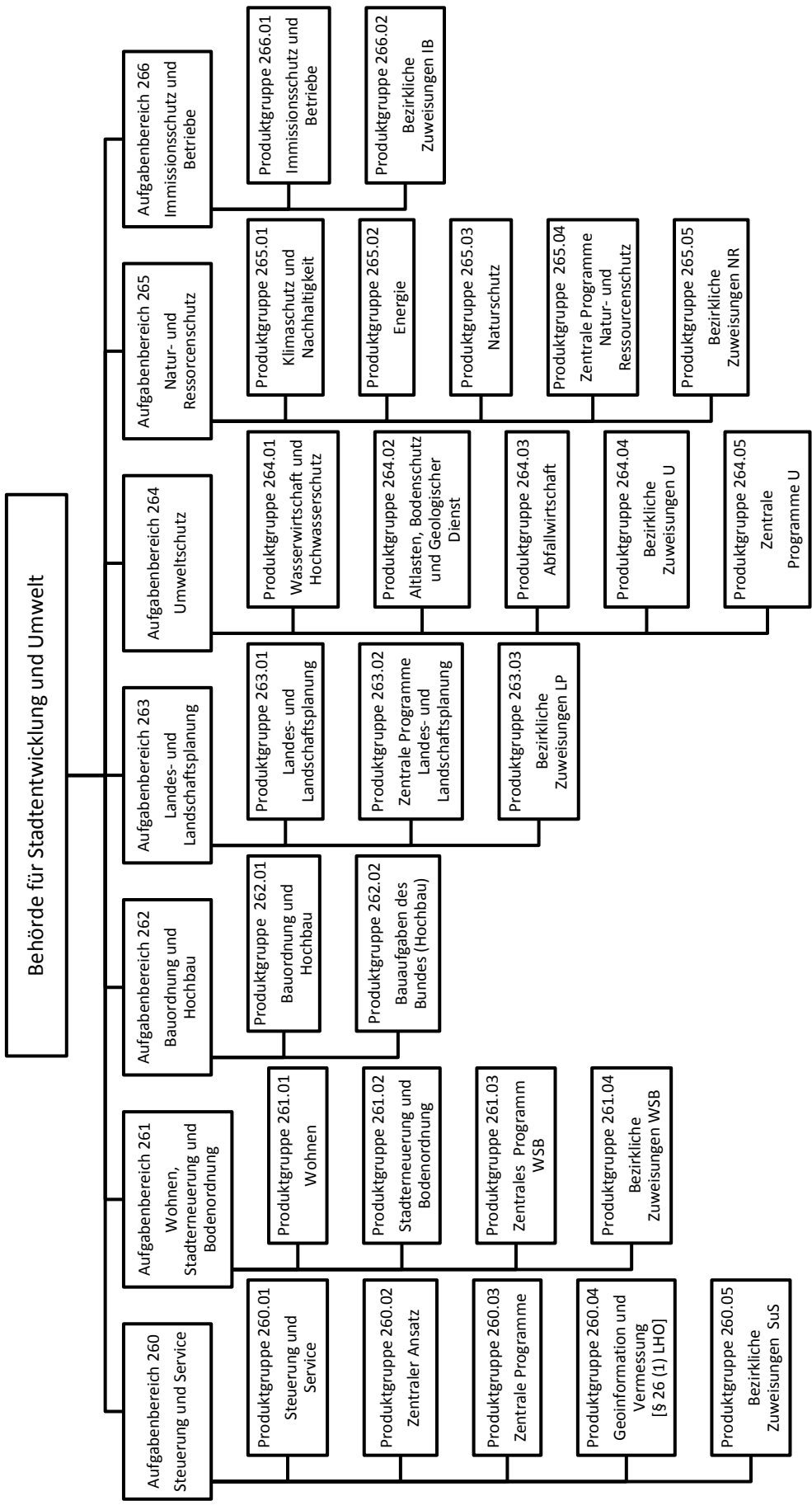
2. Organisations- und Aufgabenstruktur

siehe Organigramm. Erlöse und Kosten der laufenden Verwaltungstätigkeit werden auf Produktgruppenebene, Ein- und Auszahlungen für Investitionen auf Aufgabenbereichsebene (im Anschluss an die Produktgruppen) dargestellt.

Wesentliche gesetzliche Leistungen und spezielle haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs werden am Ende der Teilpläne der Aufgabenbereiche ausgewiesen.

Ab 2015 werden neue Produktgruppen („Bezirkliche Zuweisungen“) zur Übertragung der Mittel aus Rahmen-, Zweck- und Einzelzuweisungen an die Bezirke eingerichtet. Zuweisungen an die Bezirke werden in 2015 erstmalig doppisch verschlagt (in 2014 noch kameral).

Zudem ist im Aufgabenbereich 264 Umweltschutz die Einrichtung eines zentralen Programms erforderlich, um die in der Produktgruppe 264.05 veranschlagten Mittel unterjährig per Sollübertragung in die Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen der Bezirke übertragen zu können.



3. Übersicht über die ausgegliederten Bereiche

Zur Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt gehören die folgenden Landesbetriebe und Sondervermögen:

Einrichtung	Gesamtaufwand		Zuführung (-) aus dem / Ablieferung (+) an den Haushalt	
	in Tsd. Euro		in Tsd. Euro	
	2015	2016	2015	2016
Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung	26.977	26.942	-1.469	-1.487
Sondervermögen Stadt und Hafen	106.403	148.502	-	-
Sondervermögen Naturschutz und Landschaftspflege	5.621	4.895	-	-

Einrichtung	Summe investive Auszahlungen		Zuführung (-) aus dem / Haushalt	
	in Tsd. Euro		in Tsd. Euro	
	2015	2016	2015	2016
Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung	817	890	-	-
Sondervermögen Stadt und Hafen	125.540	104.675	-	-
Sondervermögen Naturschutz und Landschaftspflege	2.650	2.190		

Wirtschaftspläne und Erläuterungen befinden sich in Anlage 2.

4. Personalkosten

Wie schon im Haushaltsplan 2013/2014 erfolgt im Einzelplan 9.2 keine zentrale Veranschlagung von Verstärkungsmitteln für Tarif- und Besoldungsanpassungen oder für die Änderung von Beitragssätzen der Sozialversicherung für die Haushaltsjahre 2015ff.

Der zu veranschlagende Personalaufwand für die Beamtenbezüge und die Entgelte der Tarifbeschäftigten ergibt sich aus dem Produkt der Plan-Vollzeitäquivalente (Plan-VZÄ) und den von der Finanzbehörde ermittelten Personalkostenverrechnungssätzen. Dabei wird individuell für jedes Planjahr ein um die folgenden Faktoren aktualisierter Verrechnungssatz angewendet:

- Ausfinanzierung der Tarif- und Besoldungsanpassungen 2013/2014,
- Berücksichtigung einer Vorsorge für Tarif- und Besoldungsanpassungen ab 2015, Altersstruktureffekte.

Der Aufwand für Versorgungsbezüge und Beihilfeleistungen wird nicht mehr im Einzelplan der BSU geplant. Hier werden einzig die nicht zahlungswirksamen Zuführungen an die entsprechenden Rückstellungen veranschlagt, die im Einzelplan 9.2 gebildet werden.

5. Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann.

Die Stellenpläne werden als Anlage zum jeweiligen Einzelplan:

- für die Behörden und Ämter auf blauem Papier,
- für die Landesbetriebe gemäß § 106 Absatz 1 LHO und die Hochschulen auf rosa Papier in den einzelnen Wirtschaftsplänen dargestellt.

Sie sind wie folgt unterteilt und abgebildet:

1. Behörden und Ämter nach Aufgabenbereichen,
2. Stellenpool des jeweiligen Einzelplans mit SXX
3. Landesbetriebe mit LXX
4. Hochschulen mit HXX

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2014) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2015/2016.

Die vom Senat beantragten Planstellenneuschaffungen, -hebungen und -umwandlungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten. Die betreffenden Veränderungen sind in der nachstehenden Tabelle summarisch sowie im Einzelnen als Anhang zum jeweiligen Stellenplandruck dargestellt.

Überblick über Stellenbestand und-veränderungen

Stellenplanentwurf 2015/2016 (einschließlich Landesbetriebe gemäß §106 Absatz 1 LHO):

Aufgabenbereich (2##), Landesbetrieb (L##)	Stellen- zahl*)	Neue Stellen**)		Stellenhebungen **)		Umwandlungen**)	
		2015	2016	2015	2016	2015	2016
260 Steuerung und Service	295,93	-	-	-	-	-	-
261 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	74,61	-	-	-	-	-	-
262 Bauordnung und Hochbau	309,50	-	-	-	-	-	-
263 Landes- und Landschaftsplanung	143,62	-	-	-	-	-	-
264 Umweltschutz	208,95	-	-	-	-	-	-
265 Natur- und Ressourcenschutz	97,53	-	-	-	-	-	-
266 Immissionschutz und Betriebe	161,19	-	-	-	-	-	-
L09 Geoinformation und Vermessung	372,50	-	-	-	-	-	-

*) Stellenbestand gemäß Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Stellenplanverfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2014) für die Drucklegung des Haushaltsplanentwurfs 2015/2016

***) wie vom Senat beantragt

6. Darstellung der Verpflichtungsermächtigungen und Verrechnung interner auf externe Produkte (Ergebnis 2)

Die erforderlichen technischen Voraussetzungen, um den neuen doppischen Produkthaushalt wie vorgesehen komplett in einem BI-System zu planen und aus diesem heraus die Druckvorlage für den doppischen Einzelplan zu erzeugen, werden in mehreren Schritten (Releases) umgesetzt. Einmal jährlich wird zum Jahresende das neue, fertige Release im BI-System produktiv gesetzt. Mit dem nun vorliegenden Release SNH.1 ist die Umsetzung der Planungs- und Sollbewirtschaftungsanwendungen und -berichte für die investiven und konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen sowie entsprechende Anwendungen und Berichte für die Verrechnung des Ergebnis 2 nicht erfolgt.

Aus diesem Grund sind im Haushaltsplan 2015/2016 die geplanten Verpflichtungsermächtigungen den Einzelplänen jeweils als gesonderte Anlage beigefügt.

Auf eine manuelle Verrechnung der Erlöse und Kosten der internen auf die der externen Produkte (Ergebnis 2) wurde verzichtet. Die entsprechenden Zeilen in den Tabellen „Kosten und Erlöse der Produkte in der Produktgruppe“ enthalten deshalb keine Werte.

7. Bürgerschaftliche Ersuchen

Entfällt.

8. Zuwendungen

Die rechtlichen Grundlagen der Vergabe von Zuwendungen finden sich in § 46 LHO und den zugehörigen Verwaltungsvorschriften. Das Verfahren innerhalb der BSU ist durch behördeninterne Regelungen, die auch Zustimmungsvorbehalte vorsehen, geregelt. Danach liegt die Verantwortung für eine ordnungsgemäße Abwicklung des Zuwendungsverfahrens bei den zuständigen Aufgabenbereichen. Diese haben die Einhaltung der maßgeblichen Vorschriften des Zuwendungsrechts – insbesondere der Verwaltungsvorschriften - sicherzustellen.

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt gewährt Zuwendungen für Projektförderungen und institutionelle Förderungen. Zuschüsse zur Ressourceneinsparung sowie zur Nutzung regenerativer Energiequellen, die bisher vom Aufgabenbereich 265 gewährt worden sind, werden seit 2014 durch die Hamburgische Investitions- und Förderbank abgewickelt.

2 Ergebnis- und Finanzplan des Einzelplans

2.1 Ergebnisplan des Einzelplans

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse aus lfd. Verwaltungstätigkeit	40.859	44.165	47.895	47.585	50.010	51.097	51.443
2. Erlöse aus Transferleistungen	32.836	39.579	34.607	28.778	28.778	28.778	28.778
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	2.947	8.264	7.618	2.613	2.573	2.773	2.973
6. Erlöse aus Verrechnungen	40	23		0	0	0	0
7. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	75.015	73.502	76.216	94.416	94.020	93.396	94.143
8. Personalkosten	74.205	76.388	76.584	74.589	75.921	77.958	78.841
a) Kosten für Entgelte	38.000	38.626	39.877	37.775	38.732	40.019	40.313
b) Kosten für Bezüge	18.765	19.087	20.381	20.626	20.742	21.078	21.458
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	0	0	387	43	43	43	43
d) Kosten für Sozialleistungen	7.319	7.434	8.219	8.414	8.605	8.874	8.950
e) Kosten für Versorgungsleistungen	10.121	11.241	7.720	7.731	7.799	7.944	8.077
9. Kosten für Transferleistungen	203.201	232.032	175.851	209.106	215.894	212.913	189.684
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	39.704	42.416	48.157	63.209	49.853	49.678	53.016
12. Sonstige Kosten	39.570	43.306	6.859	18.490	20.075	20.963	20.986
13. Kosten aus Verrechnungen				182	144	144	144
14. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-355.013	-375.613	-293.547	-381.016	-374.546	-372.404	-353.621
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Zinsen und ähnliche Kosten				0	0	0	0
20. Finanzergebnis				0	0	0	0
21. Ordentliches Ergebnis (14+20)	-355.013	-375.613	-293.547	-381.016	-374.546	-372.404	-353.621
22. Außerordentliche Erlöse							
23. Außerordentliche Kosten							
24. Außerordentliches Ergebnis							
25. Jahresergebnis (21+24)	-355.013	-375.613	-293.547	-381.016	-374.546	-372.404	-353.621
26. Globale Mehr- oder Minderkosten				13.776	14.852	15.254	15.257
27. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (25+26)	-355.013	-375.613	-293.547	-394.792	-389.398	-387.658	-368.878

2.2 Finanzplan des Einzelplans

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	75.008	87.632	87.384	76.995	79.420	80.507	80.853
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	384.099	416.193	326.991	401.563	411.667	411.226	389.668
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-309.091	-328.561	-239.607	-324.568	-332.247	-330.719	-308.815
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen	14.143	14.499	8.100	17.800	16.100	16.100	16.100
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	5.523	165	740	740	740	740	740
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse	14.173	13.450	12.015	17.485	12.302	12.329	12.509
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden	3.577	102	2.803	2.403	2.419	2.421	2.432
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen	79.502	70.662	49.733	48.215	56.399	53.718	49.693
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	629	1.250	98	1.032	1.039	1.040	1.045
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	8					
13. Sonstige Investitionsauszahlungen							
14. Globale Minderauszahlungen							
15. Saldo aus Investitionstätigkeit	-78.216	-70.809	-55.809	-50.595	-55.319	-52.668	-48.839
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen	45	45					
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten							
19. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten							
20. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	45	45					
21. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-387.263	-399.325	-295.416	-375.163	-387.566	-383.387	-357.654

3 Übersicht über die Aufgabenbereiche des Einzelplans

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Steuerung und Service (BSU)							
Erlöse der Produktgruppe PG Steuerg u.Serv. (Zentr. Aufg.u.Recht)	873	1.578	368	1.993	2.000	2.003	2.006
Kosten der Produktgruppe PG Steuerg u.Serv. (Zentr. Aufg.u.Recht)	34.976	33.963	33.889	46.683	45.231	44.058	42.963
Kosten der Produktgruppe PG Zentraler Ansatz	0	0	-1.677	-2.662	-607	-170	-226
Kosten der Produktgruppe PG Zentrale Programme				2	6	9	13
Erlöse der Produktgruppe PG Geoinformation u. Vermess. [§ 26 (1)]	79	72	211	35	35	35	35
Kosten der Produktgruppe PG Geoinformation u. Vermess. [§ 26 (1)]	15.599	16.144	13.523	14.688	14.706	15.062	16.787
Kosten der Produktgruppe PG Bezirkliche Zuweisungen SuS				362	362	362	362
Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-49.623	-48.457	-45.156	-57.045	-57.662	-57.284	-57.858

Einzelplan der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.968	9.006	25	51	53	53	54
Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.968	-9.006	-25	-51	-53	-53	-54
Einzahlungen aus Darlehen							
Auszahlungen aus Darlehen							
Saldo aus Darlehen							
Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung							
Erlöse der Produktgruppe PG Wohnen	20.162	20.432	25.200	26.515	26.515	26.515	26.515
Kosten der Produktgruppe PG Wohnen	101.009	108.874	86.371	119.657	126.658	124.110	101.090
Erlöse der Produktgruppe PG Stadterneuerung und Bodenordnung	6.804	15.638	11.393	16	16	16	16
Kosten der Produktgruppe PG Stadterneuerung und Bodenordnung	4.798	3.592	2.881	2.868	3.011	2.838	2.662
Erlöse der Produktgruppe PG Zentrales Programm WSB				134	368	568	768
Kosten der Produktgruppe PG Zentrales Programm WSB	25.193	16.366	12.906	6.434	5.993	6.342	6.696
Kosten der Produktgruppe PG Bezirkliche Zuweisungen WSB				34.015	34.015	34.015	34.015
Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-104.034	-92.762	-65.565	-136.309	-142.777	-140.206	-117.164
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.639	985		6.700	5.000	5.000	5.000
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	9.114	8.344	8.580	14.168	8.721	8.748	8.927
Saldo aus Investitionstätigkeit	-7.475	-7.359	-8.580	-7.468	-3.721	-3.748	-3.927
Einzahlungen aus Darlehen	45	45					
Auszahlungen aus Darlehen							
Saldo aus Darlehen	45	45					
Bauordnung und Hochbau							
Erlöse der Produktgruppe PG Bauordnung und Hochbau	3.628	2.976	5.819	4.243	4.262	4.281	4.300
Kosten der Produktgruppe PG Bauordnung und Hochbau	7.220	7.792	11.170	9.383	9.394	9.572	9.712
Erlöse der Produktgruppe PG Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)	10.119	12.622	17.547	16.459	17.238	17.558	17.901
Kosten der Produktgruppe PG Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)	11.117	12.174	15.813	16.459	17.238	17.558	17.901
Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-4.589	-4.368	-3.617	-5.140	-5.133	-5.292	-5.413
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit			51				
Saldo aus Investitionstätigkeit			-51				
Einzahlungen aus Darlehen							
Auszahlungen aus Darlehen							
Saldo aus Darlehen							
Landes- und Landschaftsplanung							
Erlöse der Produktgruppe PG Landes- und Landschaftsplanung	7.524	7.713	3.175	3.174	3.174	3.174	3.174
Kosten der Produktgruppe PG Landes- und Landschaftsplanung	52.532	90.224	32.951	31.554	18.514	18.555	20.449
Erlöse der Produktgruppe PG Zentr. P. Landes-u.Landschaftsplanung	55	55	55	55	55	55	55
Kosten der Produktgruppe PG Zentr. P. Landes-u.Landschaftsplanung	121	52	4.102	2.791	3.239	3.627	3.848
Kosten der Produktgruppe PG Bezirkliche Zuweisungen LP				21.880	22.488	23.095	23.382
Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-45.074	-82.507	-33.823	-52.996	-41.013	-42.049	-44.449
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	5.429	165	700	700	700	700	700
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	30.783	18.768	11.140	22.969	30.139	27.346	22.609
Saldo aus Investitionstätigkeit	-25.354	-18.604	-10.440	-22.269	-29.439	-26.646	-21.909

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Einzahlungen aus Darlehen							
Auszahlungen aus Darlehen							
Saldo aus Darlehen							

Einzelplan der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Umweltschutz							
Erlöse der Produktgruppe PG Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz	16.784	18.770	16.785	16.476	16.888	17.312	17.312
Kosten der Produktgruppe PG Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz	73.801	74.888	72.912	70.628	72.808	72.819	73.528
Erlöse der Produktgruppe PG Altlasten, Bodenschutz u. Geolog. Dst	382	286	233	234	234	234	234
Kosten der Produktgruppe PG Altlasten, Bodenschutz u. Geolog. Dst	26.762	28.966	19.471	15.845	15.959	16.745	16.963
Erlöse der Produktgruppe PG Abfallwirtschaft	2.795	2.715	457	1.922	1.922	1.922	1.922
Kosten der Produktgruppe PG Abfallwirtschaft	43.284	38.497	36.928	39.214	39.118	39.133	39.191
Kosten der Produktgruppe PG Bezirkliche Zuweisungen U				6.619	6.464	6.413	6.603
Kosten der Produktgruppe PG Zentrale Programme U				751	884	1.026	1.175
Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-123.886	-120.581	-111.836	-114.426	-116.190	-116.668	-117.992
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	12.486	13.456	8.140	11.140	11.140	11.140	11.140
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	54.338	48.801	43.951	31.199	32.220	32.333	33.050
Saldo aus Investitionstätigkeit	-41.852	-35.345	-35.811	-20.059	-21.080	-21.193	-21.910
Einzahlungen aus Darlehen							
Auszahlungen aus Darlehen							
Saldo aus Darlehen							
Natur- und Ressourcenschutz							
Erlöse der Produktgruppe PG Klimaschutz und Nachhaltigkeit	657	845	5	83	64	27	5
Kosten der Produktgruppe PG Klimaschutz und Nachhaltigkeit	3.467	3.262	2.465	2.700	2.633	2.721	2.654
Erlöse der Produktgruppe PG Energie	436	419	396	274	0	0	0
Kosten der Produktgruppe PG Energie	14.921	15.465	9.989	8.980	7.865	6.714	6.170
Erlöse der Produktgruppe PG Naturschutz	395	356	63	336	340	344	347
Kosten der Produktgruppe PG Naturschutz	5.673	5.281	4.591	6.541	6.383	6.789	6.843
Erlöse der Produktgruppe PG Zentr.Progr. Natur-u.Ressourcenschutz	444	233					
Kosten der Produktgruppe PG Zentr.Progr. Natur-u.Ressourcenschutz	146	15	13.490	7.293	7.314	7.279	7.358
Kosten der Produktgruppe PG Bezirkliche Zuweisungen NR				90	90	90	90
Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-22.275	-22.171	-30.071	-24.912	-23.882	-23.223	-22.763
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	111	58					
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.402	183	545	505	521	523	534
Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.291	-125	-545	-505	-521	-523	-534
Einzahlungen aus Darlehen							
Auszahlungen aus Darlehen							
Saldo aus Darlehen							
Immissionsschutz und Betriebe							
Erlöse der Produktgruppe PG Immissionsschutz und Betriebe	5.544	7.322	8.413	7.028	8.251	8.605	8.605
Kosten der Produktgruppe PG Immissionsschutz und Betriebe	11.077	12.090	11.892	10.941	10.941	11.489	11.791
Kosten der Produktgruppe PG Bezirkliche Zuweisungen IB				52	52	52	52
Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-5.533	-4.768	-3.479	-3.965	-2.742	-2.936	-3.238
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	276	369	357	243	505	505	505
Saldo aus Investitionstätigkeit	-276	-369	-357	-243	-505	-505	-505
Einzahlungen aus Darlehen							
Auszahlungen aus Darlehen							
Saldo aus Darlehen							

4 Teilpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

4.1 Teilplan des Aufgabenbereichs 260 Steuerung und Service (BSU)

4.1.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 260 Steuerung und Service (BSU)

Dieser Aufgabenbereich umfasst die Produktgruppen

- 260.01 Steuerung und Service
- 260.02 Zentraler Ansatz
- 260.03 Zentrale Programme
- 260.04 Geoinformation und Vermessung und
- 260.05 Bezirkliche Zuweisungen Steuerung und Service (SuS).

Zentrale Aufgabe ist die Beratung der Behördenleitung und der Fachämter bei der Definition von Aufgaben und Prioritäten, der Bereitstellung der entsprechenden Ressourcen und Rechtsangelegenheiten in der Zuständigkeit der BSU sowie Unterstützung bei der Umsetzung und dem Vollzug der Aufgaben durch Fachämter der Behörde. Sie nimmt die Vertretung der Behörde gegenüber anderen Behörden und den Assistenzeinheiten des Senats und die Funktion des Beauftragten für den Haushalt wahr.

Aufgabenschwerpunkte sind:

- Intendanzaufgaben
- Rechtliche Beratung der Behördenleitung, der Fachämter und der Bezirksverwaltung
- Rechtsaufsicht über: Verband Nord-deutscher Wohnungsunternehmer, Architektenkammer, Ingenieurkammer

sowie Wasser- und Bodenverbände in Hamburg

- Assistenz der Behördenleitung bei der Steuerung und Kontrolle des Landesbetriebes für Geoinformation und

Vermessung

- Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt übt die Unternehmensaufsicht über eine Vielzahl von Unternehmen

in den Bereichen Wohnen, Stadtentwicklung und Ver- und Entsorgung aus. Hierzu gehören u. a.:

Bäderland Hamburg GmbH
GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH
HafenCity Hamburg GmbH
Hamburger Wasserwerke GmbH
SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft
sowie die Anstalten des öffentlichen Rechts
Hamburger Friedhöfe
Hamburger Stadtentwässerung
Investitions- und Förderbank (IFB)
Stadtreinigung Hamburg

- Darstellung der zentralen Ansätze für den Einzelplan

- Koordination des Wohnungsbaus

4.1.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 260 Steuerung und Service (BSU)

4.1.2.1 Produktgruppe 26001 Steuerg u.Serv. (Zentr. Aufg.u.Recht)

4.1.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 26001 Steuerg u.Serv. (Zentr. Aufg.u.Recht)

Diese Produktgruppe bildet alle originären Produkte des Aufgabenbereichs ab.

4.1.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26001 Steuerg u.Serv. (Zentr. Aufg.u.Recht)

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	873	1.578	368	1.993	2.000	2.003	2.006
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	17.392	15.452	15.044	15.337	15.225	15.250	15.400
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	7.832	10.277	8.864	7.195	7.195	7.195	7.195
b) davon IT-Kosten				3.512	3.512	3.512	3.512
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	213	175	430	229	267	292	292
3. Personalkosten	16.787	17.211	16.854	16.860	16.955	17.159	16.949
a) Kosten für Entgelte	6.783	6.783	6.531	6.695	6.728	6.932	6.827
b) Kosten für Bezüge	6.246	6.313	6.530	6.277	6.317	6.283	6.223
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter				43	43	43	43
d) Kosten für Sozialleistungen	1.304	1.304	1.506	1.636	1.644	1.683	1.659
e) Kosten für Versorgungsleistungen	2.452	2.810	2.287	2.209	2.223	2.218	2.197
4. Kosten für Transferleistungen	739	622	675	25	25	25	25
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	48	671	1.290	14.301	12.866	11.464	10.429
6. Sonstige Kosten	9	8	26	160	160	160	160
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-34.103	-32.385	-33.521	-44.690	-43.231	-42.055	-40.957
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit				0	0	0	0
10. Finanzergebnis				0	0	0	0
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	-34.103	-32.385	-33.521	-44.690	-43.231	-42.055	-40.957
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-34.103	-32.385	-33.521	-44.690	-43.231	-42.055	-40.957
16. Globale Mehr- oder Minderkosten				0	0	0	0
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	-34.103	-32.385	-33.521	-44.690	-43.231	-42.055	-40.957

Erlöse werden im Bereich der Verwaltungsgebühren, Zwangs- und Bußgelder, Mahnkosten, Verspätungszuschläge und Stundungszinsen erzielt.

Die Erlösveranschlagung fällt in 2015 aufgrund der erstmaligen Veranschlagung des Mietanteils des Landesbetriebs Geoinformation und Vermessung im Gegensatz zum Vorjahr höher aus.

Weiter veranschlagt sind die Verwaltungsgemeinkosten des Landesbetriebes Geoinformation und Vermessung in Höhe von 35 Tsd. Euro. Die Erlöse für den Wirtschaftsplan Staatlicher Hochbau sind ab 2014 weggefallen, da dieser wieder in den Aufgabenbereich 262 Bauordnung und Hochbau eingegliedert wurde.

Die Kosten aus Verwaltungstätigkeit in diesem Bereich umfassen im Wesentlichen:

- Kosten für den allgemeinen Dienstbetrieb der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (insbesondere Mieten und Pachten (10.265 Tsd. EUR). Hier ist zu erwähnen, dass in der Veranschlagung 13/14 noch die Mietkosten des vorherigen Gebäudes Stadthausbrücke zum Teil enthalten sind.
- Kosten im Zusammenhang mit dem Einsatz von IT-Technik (449 Tsd. EUR)
- Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport (3.063 Tsd. EUR)

Die Vergleichswerte der IT Kosten für die Jahre 2012-2014 sind technisch derzeit nicht im Ergebnisplan darstellbar.

Die Vergleichswerte für die IT-Kosten stellen sich wie folgt dar:

2012: 3.672 Tsd. 2013 4.587 Tsd. 2014 4.267 Tsd.

Die Kosten für Abnutzungen - Abschreibungen entstehen schwerpunktmäßig durch Abschreibungen auf in der Vergangenheit gewährte Investitionszuschüsse, die aufgrund der FHH-weiten Vereinheitlichung pauschal zu aktivieren sind. Eine Auflösung in Einzelaktivierungen ist derzeit nicht vorgesehen. Die I-Zuwendungen sollen als Block bis zu ihrer planmäßigen Vollabschreibung aktiviert bleiben. Spätestens 2030 sind die pauschalen I-Zuwendungen in Gänze abgeschrieben. Die sie ersetzenden neu zugehenden I-Zuwendungen werden nach doppischen Grundsätzen dezentral in den jeweils zuständigen Fachprodukten aktiviert und ersetzen sukzessive die alten, pauschalen Ansätze.

Die Kosten für Transferleistungen sind aufgrund von Mittelumschichtungen zu Plankostenarten anderer Kontenbereiche geringer. Die vorher enthaltenen Kosten für Mitgliedschaften, Architektursommer und Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Hochbau wurden entsprechenden anderen Plankostenarten zugeordnet, unter anderem auch im Kontenbereich sonstige Kosten, was den Anstieg erklärt. Bei den Mitgliedschaften wurde nicht nur eine Änderung der Plankostenart vorgenommen, sondern wurde der Ansatz verursachungsgerecht auf die Ämter verteilt, so dass der Ansatz für Mitgliedschaften im Aufgabenbereich 260 Steuerung und Service deutliche geringer ist.

4.1.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 26001 Steuerg u.Serv. (Zentr. Aufg.u.Recht)

Z 1: Unterstützung der Behördenleitung bei der Steuerung der Behörde und -der BSU zugeordneten- öffentlichen

Unternehmen (Intendantleistung) sowie bei der Wahrnehmung ministerieller Aufgaben, ferner Unterstützung der Ämter in deren Aufgabenwahrnehmung durch Bereitstellung der notwendigen Serviceunterstützung (K* B_260_01_001 bis B_260_01_006)

Z 2: Förderung des Wohnungsbaus in Hamburg durch Koordination aller Akteure und durch Beseitigung von Hemmnissen in Baugenehmigungsverfahren (K B_260_01_007)

(*Kennzahlen)

4.1.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26001 Steuerg u.Serv. (Zentr. Aufg.u.Recht)

	Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
B_260_01_001 Anteil der Kosten der Intendanzleistung Ressourcensteuerung und Controlling an den Gesamtkosten des Einzelplans	%	0	0	0	1,37	1,47	1,48	1,8
B_260_01_002 Kosten der Intendanzleistung Recht	EUR	0	0	0	3.633.000	3.641.000	3.663.000	3.594.000
B_260_01_003 Kosten der Intendanzleistung „IT“ pro Bildschirmarbeitsplatz	EUR	0	0	0	1.112	1.089	1.121	1.029
B_260_01_004 Kosten der Intendanzleistung Personalverwaltung, -planung, -entwicklung, PR, SBV, FrB je Be-schäftigten im Einzelplan	EUR	0	0	0	2.066	2.080	2.002	1.966
B_260_01_005 Anteil der Kosten der Intendanzleistung Interner Service an den Gesamtkosten des Einzelplans	%	0	0	0	6,98	7,4	7,42	8,25
B_260_01_006 Kosten der Intendanzleistung Präsisialangelegenheiten, Innenrevision, Leitung	EUR	0	0	0	2.088.000	2.151.000	2.238.000	2.199.000
B_260_01_007 Anzahl der Baugenehmigungen in Wohneinheiten	St.	8.731	10.328	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000

zu K B_260_01_007: wirkunsbezogene Kennzahl

Die produktbezogenen Kennzahlen (B_260_01_001 bis B-260-01-006) sind für das FHH-weite Benchmarking von Intendanzleistungen

vorgesehen. Ergebnisdaten können erst zu dem Zeitpunkt dargestellt werden, wenn die

SNH-Einführung und damit zeitgleich die KLR-Einführung in der BSU abgeschlossen ist.

4.1.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26001 Steuerg u.Serv. (Zentr. Aufg.u.Recht)

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Ressourcensteuerung und Controlling							
Erlöse	141	438		83	83	83	83
Kosten	2.951	2.555		3.398	3.444	3.484	3.520
Saldo Jahresergebnis 1 Ressourcensteuerung und Controlling	-2.810	-2.117		-3.315	-3.361	-3.401	-3.437
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Ressourcensteuerung und Controlling	0	0	0	0	0	0	0
Rechtsangeleg.+Beteiligungsverwaltung							
Erlöse	822	1.479		586	593	596	599
Kosten	4.833	4.143		3.936	3.983	4.098	3.963
Saldo Jahresergebnis 1 Rechtsangeleg.+Beteiligungsverwaltung	-4.011	-2.663		-3.350	-3.390	-3.502	-3.364
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Rechtsangeleg.+Beteiligungsverwaltung	0	0	0	0	0	0	0
IT							
Erlöse	0	0		37	37	37	37
Kosten	6.379	6.007		5.064	5.030	5.068	4.953
Saldo Jahresergebnis 1 IT	-6.379	-6.007		-5.027	-4.993	-5.031	-4.916
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 IT	0	0	0	0	0	0	0
Personal							
Erlöse	0	0		101	101	101	101
Kosten	2.600	2.227		2.667	2.684	2.590	2.547
Saldo Jahresergebnis 1 Personal	-2.600	-2.227		-2.566	-2.583	-2.489	-2.446
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Personal	0	0	0	0	0	0	0
Interner Service							
Erlöse	51	99		1.126	1.126	1.126	1.126
Kosten	17.133	18.307		14.641	14.615	14.732	14.804
Saldo Jahresergebnis 1 Interner Service	-17.082	-18.209		-13.515	-13.489	-13.606	-13.678
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Interner Service	0	0	0	0	0	0	0
Präsidialangelegenheiten, Innenrevision							
Erlöse	0	0		51	51	51	51
Kosten	3.580	2.887		2.431	2.344	2.431	2.542
Saldo Jahresergebnis 1 Präsidialangelegenheiten, Innenrevision	-3.580	-2.887		-2.380	-2.293	-2.380	-2.491
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Präsidialangelegenheiten, Innenrevision	0	0	0	0	0	0	0
Wohnungsbaukoordination							
Erlöse	0	0		9	9	9	9
Kosten	450	389		373	385	307	317
Saldo Jahresergebnis 1 Wohnungsbaukoordination	-450	-389		-364	-376	-298	-308
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Wohnungsbaukoordination	0	0	0	0	0	0	0
Pauschalisierte Abschreibungen							
Kosten				14.173	12.745	11.348	10.317

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Saldo Jahresergebnis 1 Pauschalisierte Abschreibungen				-14.173	-12.745	-11.348	-10.317
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Pauschalisierte Abschreibungen	0	0	0	0	0	0	0

4.1.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26001 Steuerg u.Serv. (Zentr. Aufg.u.Recht)

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ				283,21	276,40	272,41	262,71
Vgl. Vorwort zum Einzelplan.							

4.1.2.2 Produktgruppe 26002 Zentraler Ansatz

4.1.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 26002 Zentraler Ansatz

Für die Produktgruppe "Zentraler Ansatz" werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht. Die veranschlagten Mittel werden unterjährig per Sollübertragung in andere Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

4.1.2.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26002 Zentraler Ansatz

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit							
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten				0	0		
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen	0	0		0	0		
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen			4.606	0	0	0	
6. Sonstige Kosten	0	0	-6.283	0	0	0	0
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	0	0	1.677	0	0	0	0
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	0	0	1.677	0	0	0	0
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	0	0	1.677	0	0	0	0
16. Globale Mehr- oder Minderkosten				-2.662	-607	-170	-226
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	0	0	1.677	2.662	607	170	226

Die Globalen Mehr/Minderkosten setzen sich in 2015 aus Globalen Mehrkosten in Höhe von 3.994 Tsd. Euro und Globalen Minderkosten in Höhe von 6.656 Tsd. Euro sowie in 2016 aus Globalen Mehrkosten in Höhe von 5.163 Tsd. Euro und Globalen Minderkosten in Höhe von 5.770 Tsd. Euro zusammen.

Bis 2012 wurden zentrale Verstärkungsmittel im Epl. 9.2. vorgehalten. Seit 2013 müssen Behörden eigenverantwortlich Vorsorge für unvorhergesehene Mehrbedarfe, die sich im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung ergeben können, treffen.

Zur Einhaltung der Schuldenbremse sind zudem Globale Minderkosten veranschlagt. Dieses Volumen ist im Rahmen der Bewirtschaftung unterjährig zu erbringen. Bis 2014 waren die Globalen Minderkosten im Kontenbereich sonstige Kosten veranschlagt.

4.1.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 26002 Zentraler Ansatz

siehe Vorwort zur PG 260.02 Zentraler Ansatz.

4.1.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26002 Zentraler Ansatz

Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018

siehe Vorwort zur PG 260.02 Zentraler Ansatz.

4.1.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26002 Zentraler Ansatz

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Zentrale Verstärkungsmittel							
Kosten				3.994	5.163	5.553	5.360
Saldo Jahresergebnis 1 Zentrale Verstärkungsmittel				-3.994	-5.163	-5.553	-5.360
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Zentrale Verstärkungsmittel	0	0	0	0	0	0	0
Globale Minderausgaben							
Kosten				-6.656	-5.770	-5.723	-5.586
Saldo Jahresergebnis 1 Globale Minderausgaben				6.656	5.770	5.723	5.586
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Globale Minderausgaben	0	0	0	0	0	0	0

4.1.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26002 Zentraler Ansatz

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ							
Vgl. Vorwort zum Einzelplan.							

4.1.2.3 Produktgruppe 26003 Zentrale Programme

4.1.2.3.1 Vorwort der Produktgruppe 26003 Zentrale Programme

Für die Produktgruppe "Zentrale Programme" werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht. Die veranschlagten Mittel werden unterjährig per Sollübertragung in andere Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

Hier sind die Abschreibungen für "KFZ Ersatzbeschaffungen" veranschlagt. Die veranschlagten Mittel werden unterjährig per Sollübertragung in andere Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung des veranschlagten Leistungszweckes.

4.1.2.3.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26003 Zentrale Programme

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit							
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen				2	6	9	13
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit				-2	-6	-9	-13
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)				-2	-6	-9	-13
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis				-2	-6	-9	-13
16. Globale Mehr- oder Minderkosten				0	0		
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)				-2	-6	-9	-13

Die zentralen Programme sind in den jeweils originär zuständigen Aufgabenbereichen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt veranschlagt.

4.1.2.3.3 Ziele der Produktgruppe 26003 Zentrale Programme

Vgl. Vorwort der Produktgruppe Zentrale Programme.

4.1.2.3.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26003 Zentrale Programme

Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018

Vgl. Vorwort der Produktgruppe Zentrale Programme.

4.1.2.3.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26003 Zentrale Programme

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Zentrale Programme							
Kosten				2	6	9	13
Saldo Jahresergebnis 1 Zentrale Programme				-2	-6	-9	-13
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Zentrale Programme	0	0	0	0	0	0	0

4.1.2.3.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26003 Zentrale Programme

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ							
Vgl. Vorwort zum Einzelplan.							

4.1.2.4 Produktgruppe 26004 Geoinformation u. Vermess. [§ 26 (1)]

4.1.2.4.1 Vorwort der Produktgruppe 26004 Geoinformation u. Vermess. [§ 26 (1)]

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt ist zuständig für die Steuerung und Kontrolle des Landesbetriebes für Geoinformation und Vermessung. In dieser Produktgruppe werden nur die Erstattungen an den Landesbetrieb abgebildet. Hierbei handelt es sich um Entgelte für die Wahrnehmung von hoheitlichen und ministeriellen Aufgaben im Vermessungswesen einschließlich der Ausgleichszahlungen nach dem Transparenzgesetz sowie für Produkte und Dienstleistungen des LGV für den Aufgabenbereich Steuerung und Service der BSU und Pauschalen (für alle BSU Aufgabenbereiche), soweit diese nicht konkreten Produkten zugeordnet werden können.

4.1.2.4.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26004 Geoinformation u. Vermess. [§ 26 (1)]

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse	79	72	211	35	35	35	35
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit							
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten	2.230	2.230		0	0	0	0
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen	2.230	2.230		0	0	0	0
4. Kosten für Transferleistungen	13.276	13.540	13.429	1.469	1.487	1.506	1.506
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	93	374	94	0	0	337	2.062
6. Sonstige Kosten				13.219	13.219	13.219	13.219
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-15.520	-16.072	-13.312	-14.653	-14.671	-15.027	-16.752
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	-15.520	-16.072	-13.312	-14.653	-14.671	-15.027	-16.752
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-15.520	-16.072	-13.312	-14.653	-14.671	-15.027	-16.752
16. Globale Mehr- oder Minderkosten				0	0	0	0
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	-15.520	-16.072	-13.312	-14.653	-14.671	-15.027	-16.752

Bei den Erlösen handelt es sich um die Verwaltungsgemeinkosten des Landesbetriebes Geoinformation und Vermessung in Höhe von 35 Tsd. Euro. Bei den Vorjahreszahlen waren noch die Erlöse für den Wirtschaftsplan staatlicher Hochbau enthalten, die nun, aufgrund der Wiedereingliederung wegfallen.

Im Kontenbereich sonstige Kosten handelt es sich um Kosten für die Beauftragung des LGV für

die hoheitliche Aufgabenwahrnehmung	11.524.000
die ministerielle Aufgabenwahrnehmung	1.000.000
·Produkte und Dienstleistungen für den Aufgabenbereich Steuerung und Service der BSU	<u>695.000</u>
	13.219.000

Dies beinhaltet ab 2015 auch 750 Tsd. € p.a. für den Ausgleich der Erlöseinbußen infolge des Hamburgischen Transparenzgesetzes (HmbTG), das den LGV künftig zur unentgeltlichen Bereitstellung seiner bisher vermarkteten Geodaten verpflichtet.

Zum Ausgleich der Tarifierhöhungen 2013 erfolgte eine einmalige, nicht vollständig kostendeckende Aufstockung der Entgelte für hoheitlich-ministerielle Aufgabenwahrnehmung um 800 Tsd. €.

Im Rahmen der Prioritätensetzung zur Einhaltung der Schuldenbremse sind die Entgelte für hoheitliche Aufgabenwahrnehmung beginnend ab 2015 um insgesamt 840 Tsd. € p.a. abgesenkt worden.

Trotz einer Vielzahl von finanziellen, personellen und organisatorischen Maßnahmen beim LGV ist davon auszugehen, dass die Entgelte nicht kostendeckend sein werden. Daher wird der LGV in den Wirtschaftsplanjahren 2015/2016 und den Folgejahren zur Gegenfinanzierung auf seine Rücklagen zurückgreifen müssen, um die negativen Effekte kurzfristig auszugleichen. Nach jetziger Schätzung ist davon auszugehen, dass durch den Eigenkapitalverzehr in 2017 das Eigenkapital in der Bilanz des LGV den Buchwert in der Bilanz der FHH-Kernverwaltung um ca. 337 Tsd. € unterschreiten wird. In dieser Höhe sind Abschreibungen auf Finanzanlagen berücksichtigt.

Da bei der SNH-Überleitung fälschlicherweise der Kontenbereich "Kosten für Transferleistungen" gewählt wurde, die Erstattungen für den LGV aber unter "sonstige Kosten" fallen, musste entsprechend umgeschichtet werden.

Die Abschreibungen ab 2017 beziehen sich auf die Abscheidungen auf die Finanzanlage des LGV.

4.1.2.4.3 Ziele der Produktgruppe 26004 Geoinformation u. Vermess. [§ 26 (1)]

Z 1: Erfüllung ministerieller Aufgaben zur Unterstützung des Senats und hoheitlicher Infrastrukturmaßnahmen auf der Grundlage von gesetzlichen Regelungen, Verordnungen und Senatsbeschlüssen zur Unterstützung des Senats in den Bereichen Geobasisdaten, Geodateninfrastruktur, Liegenschaftskataster und Grundstückswertermittlung.

Z 2: Bereitstellung von Produkten und Dienstleistungen im Bereich Geoinformation und Vermessung für den Aufgabenbereich Steuerung und Service der BSU, sowie Pauschalen (für alle BSU-Aufgabenbereiche, soweit diese nicht konkreten Produkten zugeordnet werden können).

4.1.2.4.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26004 Geoinformation u. Vermess. [§ 26 (1)]

	Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
B_260_04_002 BSU-Aufwand hoheitlich/ministerielle Aufgabenwahrnehmung (ohne Ausgleich HmbTG)	TEUR	11.741	12.790	12.790	11.774	11.774	11.774	11.774
B_260_04_003 amtlich vermessene Flurstücke	St.	249.275	250.394	0	250.394	250.394	250.394	250.394
B_260_04_004 BSU-Aufwand je Flurstück	EUR	47	51	51	47	47	47	47

· zur Kennziffer B_260_04_002 „BSU-Aufwand für die hoheitlich-ministerielle Aufgabenwahrnehmung (ohne Ausgleich HmbTG)“ ...
siehe Wirtschaftsplan;
hier: Gewinn- und Verlustplan 1b (11.524) und 1c ohne HmbTG (1.000 – 750 = 250) = 11.774

· zur Kennziffer B_260_04_003 „amtlich vermessene Flurstücke“
Ein Flurstück ist eine geometrisch eindeutig begrenzter Teil eines Grundstücks, der im Liegenschaftskataster verzeichnet ist. Neue Flurstücke entstehen bei Veränderung der Flurstückszuschneite durch den LGV, bei denen auch das Liegenschaftskataster verändert wird. Sie entstehen z.B. bei Zerlegungen oder Verschmelzungen von Grundstücken. Veranlasser sind z.B. Grundeigentümer, Käufer oder Verkäufer oder Bodenordnungsbehörden.
Die Zahl der Flurstücke in Hamburg ist tendenziell steigend.

· zur Kennziffer B_260_04_004 „BSU-Aufwand je Flurstück“
Diese Kennziffer bezeichnet den durchschnittlichen Aufwand der BSU (= der FHH) für die hoheitlich-ministerielle Aufgabenwahrnehmung im amtlichen Vermessungswesen pro Flurstück der Stadt. Dieser Aufwand (früher: Betriebszuschuss) konnte von rd. 15 Mio. € in 2004 auf 11.7 Mio. € in 2015/2016 reduziert werden, was den FHH-Haushalt deutlich entlastet hat. Der Aufwand pro Flurstück ist in diesem Zeitraum von 60 auf 47 € zurückgegangen.
Den weitaus größten Anteil an den Aufwendungen haben mit rd. 70 % die Personalaufwendungen.

4.1.2.4.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26004 Geoinformation u. Vermess. [§ 26 (1)]

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Erstattungen an LGV							
Erlöse	79	72		35	35	35	35
Kosten	15.599	16.144		14.688	14.706	15.062	16.787
Saldo Jahresergebnis 1 Erstattungen an LGV	-15.520	-16.072		-14.653	-14.671	-15.027	-16.752
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Erstattungen an LGV	0	0	0	0	0	0	0
Geringere Kosten aufgrund der Einsparbeteiligung des Landesbetriebes Geoinformation und Vermessung in den Jahren 2015-2018. Zudem wurde der Sockelbetrag für Dienstleistungen des LGV erhöht.							

4.1.2.4.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26004 Geoinformation u. Vermess. [§ 26 (1)]

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ							
Für die Produktgruppe Geoinformation und Vermessung sind keine Vollzeitäquivalente veranschlagt.							

4.1.2.5 Produktgruppe 26005 Bezirkliche Zuweisungen SuS

4.1.2.5.1 Vorwort der Produktgruppe 26005 Bezirkliche Zuweisungen SuS

In dieser Produktgruppe sind die finanziellen Ressourcen dargestellt, die den Bezirken in Form von Rahmen-, Zweck- und Einzelzuweisungen zur Verfügung gestellt werden. Im AB 260 handelt es sich um die Kosten zur Abwendung einer drohenden Gefahr an baulichen Anlagen, wenn der Verfügungsberechtigte die angeordneten Sicherungsmaßnahmen nicht durchführt, sowie Schadenersatzleistungen auf dem allgemeinen Bausektor und Schadenersatzleistungen, die dem Aufgabenbereich der BSU zuzuordnen sind.

4.1.2.5.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26005 Bezirkliche Zuweisungen SuS

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit				362	362	362	362
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit				-362	-362	-362	-362
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)				-362	-362	-362	-362
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis				-362	-362	-362	-362
16. Globale Mehr- oder Minderkosten				0	0	0	0
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)				-362	-362	-362	-362

Aus technischen Gründen sind Ist-Werte 2012 und 2013 sowie Planwerte 2014, die auf die im Doppelhaushalt 2013/2014 noch kameral geführten Titel entfallen, in den Vergleichswerten der obigen Tabelle nicht enthalten.

Bei Einbeziehung dieser Titel erhöhen sich die Vergleichswerte um 362 Tsd. €

4.1.2.5.3 Ziele der Produktgruppe 26005 Bezirkliche Zuweisungen SuS

Für die Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen werden keine Ziele definiert. Die veranschlagten Mittel werden zu Beginn des jeweiligen Geschäftsjahres per Sollübertragung in die zutreffende Produktgruppe der bezirklichen Einzelpläne übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke.

4.1.2.5.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26005 Bezirkliche Zuweisungen SuS

Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Für die Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen SuS werden keine Kennzahlen definiert (siehe auch Ausführungen unter Ziffer 4.1.2.5.3).							

4.1.2.5.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26005 Bezirkliche Zuweisungen SuS

In der Produktgruppe findet ausschließlich eine „Soll-Bewirtschaftung“ statt, d.h. die Haushaltsmittel werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen in den bezirklichen Einzelplänen übertragen.

4.1.2.5.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26005 Bezirkliche Zuweisungen SuS

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ							
Für die Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen sind keine Vollzeitäquivalente veranschlagt.							

4.1.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 260 Steuerung und Service (BSU)

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Investitionsprogramme							
Förderung Energieeffizienz							
Auszahlungen	-500	0					
Saldo für Förderung Energieeffizienz	500	0					
Summe Investitionsprogramme	500	0					
Einzelinvestitionen							
Verlagerung Standort BSU							
Auszahlungen	957	7.882					
Saldo für Verlagerung Standort BSU	-957	-7.882					
Rückstellung Freibäder							
Auszahlungen	-3	0	25				
Saldo für Rückstellung Freibäder	3	0	-25				
Summe Einzelinvestitionen	-954	-7.882	-25				
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen							
Auszahlungen sonstige Investitionen	1.514	1.125		51	53	53	54
Summe sonstige Investitionen	-1.514	-1.125		-51	-53	-53	-54
Globale Minderauszahlungen							
Globale Minderauszahlungen							
Summe Investitionsmittel	-1.968	-9.006	-25	-51	-53	-53	-54

Die sonstigen Investitionen setzen sich ab 2015 zusammen aus:

Sonstige Maßnahmen "Rückstellung für Freibäder"

Im Zuge der strategischen Neuausrichtung des Haushaltes der FHH wurden bisher kameral veranschlagte Investitionen in Höhe von rd. 50% entsprechend 25 Tsd. Euro in 2014 ff. konsumtiv übergeleitet. Dieser Betrag wurde aufgrund von Einsparvorgaben entsprechend abgesenkt.

Sonstige Maßnahmen "Kfz Ersatzbeschaffungen"

Die bisher zentral bei der FB veranschlagten Mittel für Ersatzbeschaffungen von Kfz werden dezentralisiert, also in die Einzelpläne der Behörden umgeschichtet.

Für die BSU sind ab 2015 ff. 30 Tsd. Euro vorgesehen.

4.1.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 260 Steuerung und Service (BSU)

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Summe Darlehen							

Für den Aufgabenbereich Steuerung und Service sind keine Darlehen veranschlagt.

4.1.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 260 Steuerung und Service (BSU)

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
GL Aufwandsentschädigung							
Kosten				26	26	26	26
Saldo GL Aufwandsentschädigung				-26	-26	-26	-26
GL Schadensersatzleistungen							
Kosten				19	19	19	19
Saldo GL Schadensersatzleistungen				-19	-19	-19	-19
Summe Gesetzliche Leistungen				-45	-45	-45	-45

Die wesentlichen gesetzlichen Leistungen des Aufgabenbereiches Steuerung und Service bestehen im Zusammenhang Aufwandsentschädigungen und andere Ausgaben für Deputierte, ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer usw. sowie Schadensersatzleistungen.

4.1.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 260 Steuerung und Service (BSU)

Aus den Ermächtigungen aller Produktgruppen, Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und sonstige Kosten zu verursachen, dürfen bis zur Höhe eines Drittels des jeweiligen Ansatzes Kosten aus Gründen der Billigkeit verursacht werden.

Die Ermächtigung in der Produktgruppe Zentraler Ansatz, sonstige Kosten zu verursachen, ist übertragbar. In der Produktgruppe sind im Kontenbereich "sonstige Kosten" zentrale Verstärkungsmittel der BSU zur Übertragung in andere Aufgabenbereiche und Produktgruppen veranschlagt. Dies ist erforderlich, da sich im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung der BSU unvorhergesehene Bedarfe ergeben können, die unterjährig im Epl. 6 auszugleichen sind. Die Übertragbarkeit ist insbesondere vor dem Hintergrund zu sehen, dass in der BSU i.d.R. mehrjährige Maßnahmen und Programme abgewickelt werden. Bspw. werden in diesem Rahmen Gutachten und Untersuchungen beauftragt, für deren Abwicklung die Resteübertragung zwingende Voraussetzung ist. Die Übertragbarkeit dient somit der wirtschaftlichen und sparsamen Verwendung der Mittel.

Die Ermächtigungen in der Produktgruppe Geoinformation und Vermessung, sonstige Kosten und Transferleistungen zu verursachen, sind übertragbar.

Aus dem Epl. 9.2 werden unterjährig Mittel per Sollübertragung aus dem Sonderbudget für Schwerbehinderte in die Produktgruppe 26004, Kontenbereich Kosten für Transferleistungen übertragen. Die Abrechnung und Übertragung der Mittel erfolgt erst zum Ende des Jahres bzw. nach dem Jahreswechsel, sodass eine Übertragung der Reste zur Abwicklung des gesamten Verfahrens zwingend erforderlich ist. Die Mittel werden im Folgejahr für die Auszahlung gemäß Vereinbarung benötigt.

Gemäß Zielvereinbarung zwischen dem LGV und der BSU, leistet die BSU Zahlungen aus sonstigen Kosten für hoheitliche und ministerielle Aufgaben. Diese werden Quartalsweise abgerechnet. Die Abrechnung für das letzte Quartalkann auch erst zum Ende des Jahres, bzw. nach dem Jahreswechsel erfolgen, sodass eine Übertragung der Reste zur Abwicklung des gesamten Verfahrens zwingend erforderlich ist. Die Mittel werden im Folgejahr für die Auszahlung gemäß Vereinbarung benötigt.

4 Teilpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

4.2 Teilplan des Aufgabenbereichs 261 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

4.2.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 261 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

Der Aufgabenbereich "Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung" gliedert sich in die vier Produktgruppen Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung, Zentrales Programm WSB und Bezirkliche Zuweisungen WSB.

Schwerpunkte des Aufgabenbereichs sind:

- Umsetzung einer kooperativen Wohnungspolitik durch das „Bündnis für das Wohnen in Hamburg“ mit den örtlichen Immobilienverbänden und Mietervereinen zur Aktivierung des Wohnungsneubaus, zur sozialverträglichen energetischen Modernisierung der Bestände, zum Erhalt der Backsteinstadt Hamburg und zur Integration und Versorgung von Wohnungssuchenden mit Benachteiligungen auf dem Wohnungsmarkt
- Erweiterung und Differenzierung der vorhandenen Förderkulisse in der Wohnungsbauförderung insbesondere durch eine erweiterte Neubauförderung von Mietwohnungen auch für mittlere Einkommensschichten und die Steigerung des geförderten Mietwohnungsneubaus auf 2.000 WE jährlich
- Eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts und eine Verbesserung der Entwicklungschancen für die Bewohnerinnen und Bewohner in Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf durch die Umsetzung des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE). Hier sind die Programme der Bund-Länder-Städtebauförderung unter einem Dach zusammengeführt (Soziale Stadt, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, Stadttumbau, Städtebauliche Sanierung und städtebaulicher Denkmalschutz). Um in Gebieten mit besonderen Entwicklungsbedarfen wirksame Maßnahmen umzusetzen, ist es das Ziel, Aktivitäten und Ressourcen aus unterschiedlichen Fachpolitiken zu bündeln. Zum Schutz der Bevölkerung vor Verdrängung in bestimmten Quartieren werden Soziale Erhaltungsverordnungen erlassen.
- Neuordnung von Grundstücken durch Bodenordnungsverfahren nach dem BauGB so, dass vorhandene bauplanungsrechtlich ausgewiesene Wohnungs- und Gewerbeflächenpotentiale mit Bereitstellung der nach Lage, Form und Größe zweckmäßig gestalteten Grundstücke für die städtebaulich vorgesehenen Grundstücksnutzungen zur Verfügung gestellt werden können.
- Entwicklung von Konversionsflächen (z.B. „Mitte Altona“) entsprechend ihrer besonderen Bedeutung für die städtebauliche Entwicklung Hamburgs mit dem Instrument der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme nach dem BauGB.
- Verbesserung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Betrieben in der Landwirtschaft, Förderung der Landentwicklung sowie Vermeidung von Nachteilen für die Landeskultur, die durch Inanspruchnahme größerer ländlicher Grundstücke entstehen (z.B. durch Ausweisung von Ausgleichsflächen), durch Verfahren der ländlichen Grundstücksneuordnung nach dem FlurbG.

Der Mittel- / Stellenbedarf wird insbesondere durch folgende Rahmendaten bestimmt:

- politische Programmvorgaben für die Wohnraumförderung
- die Festlegung der Förderschwerpunkte
- Wirtschaftsentwicklung (Arbeitslosenzahlen, Einkommens- und Mietpreisentwicklung, Finanzierungsengagement der Investoren)
- Entwicklung der Haushalte Hamburgs und der Wohnungsnachfrage
- auslaufende Belegungsbindungen im Sozialwohnungsbestand
- Zinsentwicklung auf dem Kapitalmarkt
- Bedarfslage im Bereich der Instandsetzung und der Modernisierung von Mietwohnungen
- gesetzliche Vorgaben (z. B. für Wohngeld)
- Anteil des Bundes an der Mitfinanzierung von Aufgaben des Wohnungswesens
- Bund-Länder-Programme der Städtebauförderung und Höhe der Bundesfinanzhilfen

4.2.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 261 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

4.2.2.1 Produktgruppe 26101 Wohnen

4.2.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 26101 Wohnen

Der Aufgabenschwerpunkt der Produktgruppe Wohnen besteht in der Förderung des Wohnungsneubaus, der Modernisierung und Instandsetzung des Wohnungsbestandes. Hierzu werden auf ministerieller Ebene wohnungspolitische Vorgaben entwickelt und umgesetzt; gleichzeitig werden die damit im Zusammenhang stehenden rechtlichen, finanziellen und planerischen Grundlagen erarbeitet.

Im Einzelnen liegen die Schwerpunkte in folgenden Aufgabenfeldern:

- Schaffung der Voraussetzungen für einen verstärkten Wohnungsneubau in Hamburg mit einer Zielzahl von 6.000 Wohneinheiten im Jahr, davon 2.000 geförderte Mietwohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung, darunter auch Wohnungen für Haushalte mit mittlerem Einkommen.
- Organisation und Umsetzung der im „Bündnis für das Wohnen in Hamburg“ mit den Wohnungsverbänden vereinbarten Ziele und Maßnahmen.
- Wohnungsbauförderung einschließlich Wohnungsbestandspolitik. Hier sind besonders hervorzuheben:
 - Wohnungsneubauförderung, für unterschiedliche Bedarfsgruppen im gesamten Stadtgebiet, sowohl in Quartieren, in denen ohne Förderung entsprechende Investitionen nicht getätigt würden als auch in von Gentrifizierungs- oder Segregationstendenzen betroffenen innerstädtischen Gebieten
 - Förderung der kontinuierlichen Anpassung des Wohnungsbestandes an moderne Wohnverhältnisse, energieeffiziente und barrierefreie Bauweisen (teilweise mit Mietpreis- und/oder Belegungsbindungen) im gesamten Stadtgebiet, sowohl in Quartieren, in denen ohne Förderung entsprechende Investitionen nicht getätigt würden als auch in von Gentrifizierungs- oder Segregationstendenzen betroffenen innerstädtischen Gebieten.
 - Förderung der Integration von Haushalten mit besonderen Marktzugangsproblemen und Wohnbedürfnissen.
 - Aktive Unterstützung und Förderung von Baugemeinschaften.
- Wohnungspolitische Steuerung des städtischen Wohnungsunternehmens SAGA GWG mit dem Ziel der Steigerung des Wohnungsneubaus auf 1000 Wohneinheiten pro Jahr.
- Wahrnehmung wohnungspolitischer Aufgaben bei der Bauflächensicherung und -entwicklung.
- Durchführung wohnungspolitischer Maßnahmen zur Steuerung der Wohnungsbelegung wie z. B. Kooperationsverträge mit der Wohnungswirtschaft.
- Erstellung des Hamburger Mietenspiegels.
- Wahrnehmung der ministeriellen und fachaufsichtlichen Aufgaben im Wohngeldrecht.
- Wahrnehmung der ministeriellen und fachaufsichtlichen Aufgaben im Bereich Wohnraumschutz

4.2.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26101 Wohnen

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse	20.162	20.432	25.200	26.515	26.515	26.515	26.515
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	121	281	301	127	239	125	280
<i>a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>b) davon IT-Kosten</i>							
<i>c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtschutz</i>	77	184	220	0	0	0	0
3. Personalkosten	1.982	2.064	1.991	1.990	2.069	2.295	2.315
<i>a) Kosten für Entgelte</i>	1.177	1.187	1.191	1.052	1.205	1.266	1.264
<i>b) Kosten für Bezüge</i>	400	435	393	513	434	544	559
<i>c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>							
<i>d) Kosten für Sozialleistungen</i>	227	229	245	230	256	273	274
<i>e) Kosten für Versorgungsleistungen</i>	179	213	162	195	174	212	218
4. Kosten für Transferleistungen	98.905	106.529	84.079	117.506	124.316	121.668	98.493
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten				34	34	22	2
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-80.847	-88.442	-61.171	-93.142	-100.143	-97.595	-74.575
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit				0	0	0	0
10. Finanzergebnis				0	0	0	0
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	-80.847	-88.442	-61.171	-93.142	-100.143	-97.595	-74.575
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-80.847	-88.442	-61.171	-93.142	-100.143	-97.595	-74.575
16. Globale Mehr- oder Minderkosten				0	0	0	0
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	-80.847	-88.442	-61.171	-93.142	-100.143	-97.595	-74.575

Erläuterungen

In der Produktgruppe werden Erlöse aus der Zuweisung des Bundes für Wohngeld (17.000 Tsd. EUR pro Jahr) und Erlöse aus Kompensationsmitteln des Bundes für die Wohnraumförderung nach Föderalismusreform (9.515 Tsd. EUR pro Jahr) erzielt. Die Zweckzuweisung an die Bezirke für Wohngeld ist wie alle Zuweisungen an die Bezirke ab dem Haushaltsjahr 2015/2016 in der Produktgruppe „Bezirkliche Zuweisungen“ veranschlagt.

Die Kosten der Produktgruppe „Wohnen“ sind geprägt durch die Transferleistungen an die Hamburgische Investitions- und Förderbank (IFB). Hierunter fällt insbesondere der Zins- und Verlustausgleich der IFB zur Abwicklung der Wohnraumförderung Hamburgs.

Die Förderung des Wohnungsneubaus, der Modernisierung und der Instandsetzung von Wohnraum sowie die Nachsubventionierung öffentlich geförderter Mietwohnungen durch die IFB umfasst die Gewährung von Baudarlehen, Aufwendungsdarlehen, Annuitätshilfen und Zuschüssen. Die Mittel werden von der IFB auf dem Kapitalmarkt beschafft, soweit sie nicht durch Rückflüsse aus Wohnungsbaudarlehen, Bundesmitteln und sonstigen Erträgen der IFB aufgebracht werden können. Das Kreditvolumen wird jährlich im Beschluss über die Feststellung des Haushaltsplans durch die Bürgerschaft festgesetzt. Verluste, die der IFB aus der Subventionierung der beschriebenen Aufgaben entstehen, sind nach § 17 Absatz 3 des Gesetzes über die Weiterentwicklung der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt zur Hamburgischen Investitions- und Förderbank (IFBG) vom 5. April 2013 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Seite 148) aus dem Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg zu decken. Die endgültige Höhe der Verluste ergibt sich nach Ablauf des Wirtschaftsjahres aus dem vom Verwaltungsrat der IFB nach § 13 Absatz 3 des IFBG festgestellten jeweiligen Jahresabschluss.

Die Entwicklung der Verlustausgleichszahlungen ist im Wesentlichen eine Folge der Haushalts- und Veranschlagungssystematik für die Förderungen über die IFB. Sie ergibt sich vor allem daraus, dass die Subventionsbedarfe in den jeweiligen Geschäftsjahren von der FHH zu tragen sind, soweit sie nicht aus Zinsen, Kostenbeiträgen, Bundesmitteln (sog. Kompensationsmittel) und sonstigen Einnahmen der IFB gedeckt werden können. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Subventionen je nach Förderprogramm teilweise über mehrere Jahrzehnte laufen, was zu einer Kumulierung der Subventionsleistungen vieler Programmjahre führt.

Der Gesamtverlust der IFB wird differenziert nach:

- Verlust aufgrund niedrig verzinsten oder bezuschusster Kreditvergaben (Zinsausgleich; 39.159 Tsd. EUR 2015, 42.002 Tsd. Euro 2016)
- allgemeinem Verlust aus sonstiger Geschäftstätigkeit (Verlustausgleich; 66.289 Tsd. EUR in 2015, 70.657 Tsd. Euro in 2016)

Die Kosten aus Transferleistungen, die für den Zins und Verlustausgleich anfallen, steigen in den Planraten aufgrund der steigenden Tätigkeit der FHH im Rahmen der Wohnraumförderung. Bis 2017 werden die Bedarfe der Investitions- und Förderbank aus dem Einzelplan 6 gedeckt. Ab dem Haushaltsjahr 2013 werden zudem Mittel zum Ausgleich der Verluste aus früheren Forderungsverkäufen der WK aus dem Epl. 9.2 bereitgestellt. Ab dem Planjahr 2018 ist das Delta zwischen dem Ansatz im Einzelplan 6 und den tatsächlichen Bedarfen der Investitions- und Förderbank in mehreren Reservepositionen im Einzelplan 9.2 der Finanzbehörde berücksichtigt.

In den Kosten für Transferleistungen sind auch Erstattungen des Schuldendienstes für die von der IFB zur Gewährung investiver Zuschüsse aufgenommenen Darlehen enthalten. Ggü. der IFB können Verbindlichkeiten in Höhe der investiven Zuschüsse der IFB zur Förderung des Wohnungsneubaus und der Wohnungsmodernisierungen in Sanierungsgebieten übernommen werden. Die FHH erstattet den Schuldendienst für die von der IFB auch dafür aufgenommenen Darlehen.

Die in der vorhergehenden Planung absinkenden Erlöse aus Kompensationsmitteln des Bundes für Wohnraumförderung sind aufgrund neuer gesetzlicher Entwicklungen durchgehend in Höhe von 9.515 Tsd. Euro veranschlagt. Die Mittel werden in voller Höhe als Kosten aus Transferleistungen an die IFB weitergeleitet.

Im Kontenbereich Kosten aus Verwaltungstätigkeit ermöglichen Reste aus den Vorjahren die Absenkung der Ansätze insbesondere im Jahr 2015. Die unregelmäßigen Ansätze im Kontenbereich Kosten aus Verwaltungstätigkeit berücksichtigen die Bedarfe für die Vorarbeiten zum Hamburger Mietenspiegel im Jahr vor seiner Veröffentlichung.

4.2.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 26101 Wohnen

- Z 1: Förderung des sozialen Wohnungsbaus mit Mietpreis- und Belegungsbindungen und der kontinuierlichen Ertüchtigung des Wohnungsbestandes (Kennzahl B_261_01_001 - B_261_01_015)
- Z 2: Verbesserung des Wohnungszugangs für Haushalte mit Marktzugangsproblemen (Kennzahl B_261_01_016 - B_261_01_022)
- Z 3: Gewährleistung der Transparenz des Hamburger Wohnungsmarktes (Kennzahl B_261_01_023)

4.2.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26101 Wohnen

	Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
B_261_01_001 Anzahl geförderter Mietwohnungsneubauten mit Mietpreis- und Belegungsbindung	St.	2.120	2.006	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
B_261_01_002 Anzahl geförderter Eigentumsneubauwohnungen	St.	208	160	300	300	300	300	300
B_261_01_003 Anzahl sonstiger geförderter Neubauwohnungen	St.	212	0	55	55	55	55	55
B_261_01_004 Subventionsbarwert für geförderte Mietwohnungsneubauten	Mio EUR	98,5	98,7	108,31	110,5	112,7	115,0	117,2
B_261_01_005 Subventionsbarwert geförderter Eigentumsneubauwohnungen	Mio EUR	9,5	7,1	16,1	16,5	16,8	17,2	17,5
B_261_01_006 Subventionsbarwert für sonstige Neubauwohnungen	Mio EUR	1,4	0	0,8	0,8	0,8	0,9	0,9
B_261_01_007 Anzahl bewilligter Zuschüsse für besonders energiesparende Neubauwohnungen	St.	2.913	1.116	2.300	2.300	2.300	2.300	2.300
B_261_01_008 Subventionsbarwert für bewilligte Zuschüsse für besonders energiesparende Neubauwohnungen	Mio EUR	16,3	5,7	15,79	15,8	15,8	15,8	15,8
B_261_01_009 Anzahl geförderte Studierende und Auszubildende durch das Programm „Wohnen für Studierende und Auszubildende“	Pers.	335	292	825	825	825	825	825
B_261_01_010 Anzahl geförderter Modernisierungen	St.	6.519	5.652	3.830	5.030	5.030	5.030	5.030
B_261_01_011 Subventionsbarwert für geförderte Modernisierungen	Mio EUR	18,4	23,9	19,92	20,9	21,4	21,8	22,2
B_261_01_012 Anzahl aller neu gewonnenen Mietpreis- und Belegungsbindungen insgesamt	St.	2.758	3.001	3.030	3.030	3.030	3.030	3.030
B_261_01_013 Maß der CO2-Einsparung durch die genannten Modernisierungsprogramme pro Jahr	t	12.400	11.300	8.800	11.000	11.000	11.000	11.000
B_261_01_014 Subventionsbarwert der genannten Wohnraumförderprogramme insgesamt	Mio EUR	146,6	137,7	164,98	168,9	171,9	174,9	178,0
B_261_01_015 Ausgleichszahlungen an die IFB einschl. Verpflichtungen aufgrund vergangener Bewilligungsjahre	Mio EUR	86,27	94,62	117,9	131,77	139,72	137,41	114,24
B_261_01_016 Anzahl der mit Wohnraum versorgten anerkannten vordringlich wohnungsuchenden Haushalte	St.	1.722	1.711	2.000	1.700	1.700	1.700	1.700
B_261_01_017 Anzahl der anerkannten vordringlich wohnungsuchenden Haushalte	St.	6.403	6.969	6.500	7.000	7.000	7.000	7.000
B_261_01_018 Verpflichtungsrahmen (Anzahl Haushalte) aller Kooperationsverträge zw. FHH & Wohnungsbaunternehmen bzw. -genossenschaften zur Versorgung von vordringlich wohnungsuchenden Haushalten im jeweiligen Jahr	St.	2.130	2.150	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200
B_261_01_019 Anzahl der WA-gebundenen Wohnungen (Wohnungsberechtigte mit Dringlichkeitsschein)	St.	56.807	56.128	49.723	48.090	43.991	41.137	39.153
B_261_01_020 Anzahl der angekauften Belegungsbindungen im Bestand	St.	45	62	200	200	200	200	200
B_261_01_021 Haushalte, die Wohngeld beziehen (Stichtag 31.12.)	St.	13.352	11.798	18.200	18.200	18.200	18.200	18.200
B_261_01_022 Durchschnittliche Höhe des Wohngeldes pro Haushalt pro Monat	EUR	132	132	155	208	208	208	208
B_261_01_023 Maßnahmen zur Gewährleistung der Transparenz des Hamburger Wohnungsmarktes (Mietenspiegel, Gutachten, Workshops, Veranstaltungen)	St.	1	1	3	2	2	2	2
B_261_01_024 Durchschnittliche Zahl der Wohngeldhaushalte im Monat	St.	13.982	12.476	12.000	18.000	18.000	18.000	18.000

zu Kennzahl B_261_01_001: Zielgruppe sind unterschiedliche Bedarfsgruppen im gesamten Stadtgebiet, sowohl in Quartieren, in denen ohne Förderung entsprechende Investitionen nicht getätigt würden, als auch in von Gentrifizierungs- oder Segregationstendenzen betroffenen innerstädtischen Gebieten.

zu Kennzahl B_261_01_006: Der Subventionsbarwert stellt die Summe aller kalkulatorisch abgezinsten Subventionszahlungen dar, um den heutigen Barwert der Auszahlungen zu errechnen. Er ist also das Ergebnis einer Modellrechnung, die zum einen der ergänzenden Information über den Wert der längerfristigen Förderprogramme und zum anderen der internen Steuerung der IFB dient.

zu Kennzahl B_261_01_013: wirkungsbezogene Kennzahl

zu Kennzahl B_261_01_010, Kennzahl B_261_01_011, Kennzahl B_261_01_013, Kennzahl B_261_01_014, Kennzahl B_261_01_015 (ab Plan 2015): Das Programm "Wärmeschutz im Gebäudebestand" wurde Ende des Jahres 2013 vom Aufgabenbereich 265 (NR) in den Aufgabenbereich 261 (WSB) verlagert. Ab dem Planjahr 2015 ist die Verlagerung des Programmes und damit einhergehend die Verlagerung der Mittel bei diesen Kennzahlen der Produktgruppe 261.01 berücksichtigt worden. Zur besseren Vergleichbarkeit wurde das Programm in die Ist-Zahlen für 2012 und 2013 integriert.

zu Kennzahl B_261_01_015: In der Kennzahl ist der Anteil für den Verlustausgleich aus Forderungsverkäufen 2003/2004 enthalten, der seit 2013 im EP 9.2 der Finanzbehörde veranschlagt ist. Die Mittel werden per Sollübertragung auf den Einzelplan 6 übertragen und zusammen mit den beim Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung veranschlagten Ausgleichszahlungen an die IFB übertragen.

Die Kennzahlwerte setzen sich wie folgt zusammen:

- Zins- und Verlustausgleich: 2015 - 105.448 Tsd. Euro, 2016 - 112.659 Tsd. Euro, 2017 - 110.163 Tsd. Euro, 2018 - 87.038 Tsd. Euro

- Programm Wärmeschutz im Gebäudebestand: 2015 - 936 Tsd. Euro, 2016 - 936 Tsd. Euro, 2017 - 935 Tsd. Euro, 2018 - 935 Tsd. Euro

- Anteil Forderungsverkäufe: 2015 - 25.388 Tsd. Euro, 2016 - 26.127 Tsd. Euro, 2017 - 26.308 Tsd. Euro, 2018 - 26.264 Tsd. Euro

zu Kennzahl B_261_01_016: wirkungsbezogene Kennzahl.

zu Kennzahl B_261_01_020: Das Programm zum Ankauf von Belegungsbindungen für Haushalte mit besonderen Marktzugangsproblemen ist ein spezielles Programm, das sich an bestimmte Zielgruppen richtet.

zu Kennzahl B_261_01_022 - Kennzahl B_261_01_024: Die Ergebnisse der Jahre 2012 und 2013 entsprechen dem Datenstand im Dezember des jeweiligen Jahres. Als Quelle dient das Dialogverfahren Wohngeld. Da ab 2015 mit einer bundesgesetzlichen Leistungserhöhung beim Wohngeld zu rechnen ist, wird das monatliche Wohngeld pro Haushalt ansteigen.

4.2.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26101 Wohnen

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Leitung Aufgabenbereich							
Erlöse	0	0					
Kosten	394	446		467	358	495	494
Saldo Jahresergebnis 1 Leitung Aufgabenbereich	-394	-446		-467	-358	-495	-494
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Leitung Aufgabenbereich	0	0	0	0	0	0	0
Verbesserung von Rahmenb. des Wohnungs.							
Erlöse	7.235	7.332		9.515	9.515	9.515	9.515
Kosten	99.909	107.641		118.592	125.541	122.916	99.741
Saldo Jahresergebnis 1 Verbesserung von Rahmenb. des Wohnungs.	-92.674	-100.310		-109.077	-116.026	-113.401	-90.226
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Verbesserung von Rahmenb. des Wohnungs.	0	0	0	0	0	0	0
Wohnungsbestandspolitik							
Erlöse	12.927	13.100		17.000	17.000	17.000	17.000
Kosten	346	390		402	428	436	466
Saldo Jahresergebnis 1 Wohnungsbestandspolitik	12.580	12.709		16.598	16.572	16.564	16.534
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Wohnungsbestandspolitik	0	0	0	0	0	0	0
Transparenz Wohnungsmarkt							
Erlöse	0	0					
Kosten	360	396		196	331	263	389
Saldo Jahresergebnis 1 Transparenz Wohnungsmarkt	-360	-396		-196	-331	-263	-389
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Transparenz Wohnungsmarkt	0	0	0	0	0	0	0

4.2.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26101 Wohnen

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ				27,67	28,75	29,78	28,78
<p>Die VZÄ in den Jahren 2015 bis 2017 sind leicht aufwachsend. Durch Altersabgänge temporär freierwerdende Stellen in dem Bereich der Umsetzung der politisch prioritären Wohnungspolitik sowie die Leitung des Amtes unterliegen derzeit keinen aufgabenkritischen Ansätzen. Die Stellen werden wiederbesetzt.</p>							

4.2.2.2 Produktgruppe 26102 Stadterneuerung und Bodenordnung

4.2.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 26102 Stadterneuerung und Bodenordnung

In dieser Produktgruppe sind die beiden Abteilungen „Integrierte Stadtteilentwicklung“ und „Bodenordnung“ zusammengefasst.

Zielsetzung des Schwerpunktes Integrierte Stadtteilentwicklung ist eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts und eine Verbesserung der Entwicklungschancen für die Bewohnerinnen und Bewohner in Quartieren mit besonderen Entwicklungsbedarfen durch die Umsetzung des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE). Hier sind die Programme der Bund-Länder-Städtebauförderung unter einem Dach zusammengeführt (Soziale Stadt, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, Stadtumbau, Städtebauliche Sanierung und Städtebaulicher Denkmalschutz). Um in Gebieten mit besonderen Entwicklungsbedarfen wirksame Maßnahmen umzusetzen, ist es das Ziel, Aktivitäten und Ressourcen aus unterschiedlichen Fachpolitiken zu bündeln. Zum Schutz der Bevölkerung vor Verdrängung in bestimmten Quartieren werden Soziale Erhaltungsverordnungen erlassen.

Einen weiteren Aufgabenschwerpunkt der Produktgruppe bildet die Bodenordnung mit der Durchführung hoheitlicher Grundstückstauschverfahren, um, im Geltungsbereich von Bebauungsplänen neue, für eine bauliche oder sonstige Nutzung zweckmäßig gestaltete Grundstücke zur Verfügung stellen zu können. Und im Gebiet „Mitte Altona“ wird mit den Möglichkeiten der vorbereitenden Untersuchungen für eine Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme die Neuordnung der Grundstücksstrukturen entsprechend der städtebaulichen Zielsetzungen für dieses Areal gesteuert und vorangetrieben.

Im Einzelnen liegen die Schwerpunkte in folgenden Aufgabenfeldern:

- Verbesserung der Lebensbedingungen und Entwicklungsperspektiven in Quartieren mit besonderen Entwicklungsbedarfen durch
 - Wahrnehmung ministerieller und gesamtstädtischer Aufgaben der Integrierten Stadtteilentwicklung und Städtebauförderung (Soziale Stadt, Stadtumbau, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, Städtebauliche Sanierung und Städtebaulicher Denkmalschutz).
 - Aufbau und Fortschreibung des Sozialmonitorings, behördenübergreifendes Controlling, Evaluation, Wissens- und Erfahrungsaustausch, Öffentlichkeitsarbeit.
 - Ausrichtung der Fachpolitiken auf die Quartiere (Familie, Bildung, Beschäftigung, lokale Ökonomie, Integration von Migrantinnen und Migranten, Wohnen, Wohnumfeld und öffentlicher Raum, Kultur im Stadtteil, Sport, Freizeit, Verkehr, Umwelt, Gesundheit, Sicherheit) und Einbeziehung von EU-Strukturfondsmitteln.
- Zum Schutz der Bevölkerung vor Verdrängung werden in bestimmten Quartieren die Aufstellung einer Sozialen Erhaltungsverordnung vom Senat beschlossen und geprüft, ob eine entsprechende Verordnung erlassen werden soll.
- Entwicklung von Flächen durch
 - Vorbereitung und Durchführung der Bodenordnung (Umlegung und Flurneuordnung) im Rahmen der Leitziele zum nachhaltigen Wachstum und Hamburgs Sprungs über die Elbe durch Neuordnung und zweckmäßige Gestaltung von Flächen für den Wohnungsbau sowie Gewerbe und Agrarflächen.
 - vorbereitende Untersuchungen für städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen für Konversionsflächen wie den Altonaer Bahnhof (75 ha) mit dem Ziel, ressourcenschonend Wohn-, Gewerbe- und Grünflächen für einen neuen Stadtteil „Mitte-Altona“ zu entwickeln.

4.2.2.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26102 Stadterneuerung und Bodenordnung

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse	6.804	15.638	11.393	16	16	16	16
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.006	544	6	6	6	6	6
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten	2.362	2.529	2.356	2.530	2.503	2.331	2.325
a) Kosten für Entgelte	918	925	929	944	979	849	814
b) Kosten für Bezüge	912	993	897	1.000	950	940	967
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	177	178	215	238	240	216	210
e) Kosten für Versorgungsleistungen	356	432	315	348	334	326	334
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	430	519	519	202	202	201	201
6. Sonstige Kosten				130	300	300	130
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	2.006	12.046	8.512	-2.851	-2.994	-2.822	-2.646
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit				0	0	0	0
10. Finanzergebnis				0	0	0	0
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	2.006	12.046	8.512	-2.851	-2.994	-2.822	-2.646
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	2.006	12.046	8.512	-2.851	-2.994	-2.822	-2.646
16. Globale Mehr- oder Minderkosten				0	0	0	0
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	2.006	12.046	8.512	-2.851	-2.994	-2.822	-2.646

Erläuterungen

Die Produktgruppe ist von den Personalausgaben geprägt. Im Zuge der Bewirtschaftung können dieser Produktgruppe entsprechende Mittel im Wege der Sollübertragung aus der Produktgruppe 261.03 „Zentrales Programm WSB“ zur Verfügung gestellt werden, um Projekte im Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) durchzuführen.

In den Kosten für Verwaltungstätigkeit sind die Aufwendungen für Bodenordnungsmaßnahmen (BauGB), Flurbereinigungsverfahren (FlurbG) und städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen (BauGB) – revolvingender Fonds – enthalten.

Bodenordnung (hoheitliches Grundstückstauschverfahren, bei dem die eingebrachten Grundstücke Hamburgs und privater Grundeigentümer als Umlegungsmasse den Charakter eines Sondervermögens haben) und städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen, bei denen Ortsteile entsprechend ihrer besonderen Bedeutung für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erstmalig entwickelt oder im Rahmen einer städtebaulichen Neuordnung einer neuen Entwicklung zugeführt werden, dienen der Bildung von neuen und zweckmäßig gestalteten Grundstücken, z.B. für:

- Wohnungsbau und sonstige Gebäude, Gewerbebetriebe
- neue oder zu verändernde Einkaufs- oder Ortszentren,
- Wiedernutzung brachliegender Flächen,
- Gemeinbedarfszwecke.

Dabei werden gleichzeitig die entsprechenden Erschließungs-, Verkehrs- und Grünflächen für den Gemeingebrauch sowie Immissionsschutzflächen bereitgestellt.

Durch ländliche Grundstücksneuordnung nach dem FlurbG sollen die Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft verbessert, die Landentwicklung gefördert sowie Nachteile für die Landeskultur, die durch Inanspruchnahme größerer ländlicher Grundstücke entstehen, vermieden werden.

Außer Geldleistungen, die Beteiligte für die Aufhebung oder Änderung von Grundstücken oder Rechten an Grundstücken erhalten, sind auch Umzugskosten, Entschädigungen für Betriebsverlagerungen und Betriebsaufgaben sowie Nebenkosten (z.B. für sachlich gebotene Beratung im Umlegungsverfahren) zu Lasten dieses Kontenbereichs zu übernehmen. Die Entscheidungen über die Gewährung von Geldleistungen in sämtlichen Umlegungsverfahren sowie über die Gewährung, über Festsetzung der Konditionen eventueller Darlehen und über den Grunderwerb in Entwicklungsgebieten liegen bei der Kommission für Bodenordnung.

In Bodenordnungsverfahren (BauGB), Flurbereinigungsverfahren (FlurbG) und städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen (BauGB) entstehen Hamburg vor und nach Zuweisung der Grundstücke an Beteiligte Ausgaben für Bodenuntersuchungen, Baureifmachung, Erschließung, Aufwendungen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach dem Kostenerstattungsgesetz (KostEG), Besitzeinweisungen, Abbruch, bauliche Veränderungen, Architekten- und Ingenieurleistungen, Sachverständige, Kosten und Gebühren für die Inanspruchnahme von Amtshandlungen anderer Behörden, gebietsbezogene Bürgerbeteiligungen/ -informationen, Informationsveranstaltungen, Kommunikationskonzepte und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kosten für die Anmietung entsprechend erforderlicher Räumlichkeiten, Erstattung von Mietausfall und dgl..

An Erlösen fließen Geldausgleiche und Geldbeiträge, die Beteiligte an hoheitlichen Verfahren zur Grundstücksneuordnung nach den Bestimmungen des BauGB zu zahlen haben, sonstige Rückzahlungen im Zusammenhang mit Bodenordnungsmaßnahmen wie z.B. aus der Darlehensgewährung und sonstige Erträge im Rahmen ländlicher Grundstücksneuordnungen nach Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) sowie Erträge aus Grundstücksveräußerungen in Verfahren nach §§ 165-171 BauGB (städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen), soweit für einen vorangegangenen Grunderwerb die Kosten hier entstanden sind, zu.

Diese Rückflüsse sowohl aus Grunderwerbsmitteln Hamburgs als auch von Privaten sind zur Absicherung der Finanzierung sowohl laufender als auch künftiger Verfahren und Maßnahmen vorzuhalten (Revolvierender Fonds).

Eine Veränderung der bisherigen Veranschlagung ist im Bereich der Erlöse ersichtlich. Die Veranschlagung der Erlöse aus Bodenordnungsmaßnahmen (ehem. jährl. 4.625 Tsd. Euro) entfällt aufgrund der Unvorhersehbarkeit des Abschlusses der Maßnahmen und der damit verbundenen Erzielung der Erlöse. In der Bewirtschaftung stehen die Erlöse weiterhin in voller Höhe für neue Bodenordnungsmaßnahmen zur Verfügung (Revolvierender Fonds).

Weiterhin sind die Zuweisungen des Bundes für die Integrierte Stadtteilentwicklung (ehemals jährlich 6.700 Tsd. Euro) nicht mehr als Erlöse in dieser Produktgruppe veranschlagt, sondern bilden sich künftig als Einzahlungen aus Investitionszuschüssen ab. Hintergrund ist, dass es sich bei der Bund-Länder-Städtebauförderung um ein Investitionsprogramm handelt und die Projekte und Maßnahmen, für die die Bundesmittel eingesetzt werden, investiver Natur sind.

Ab dem Haushaltsjahr 2015 sind im Kontenbereich Sonstige Kosten jährlich Aufwendungen aus der Zuführung zu Rückstellungen für Prozess für Prozessrisiken (Rückerstattungen von Sanierungsrechtlichen Ausgleichsbeträgen nach §154 BauGB) veranschlagt.

4.2.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 26102 Stadterneuerung und Bodenordnung

- Z 1: Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf durch soziale und materielle Stabilisierung der Gebiete (Kennzahl B_261_02_001 - Kennzahl B_261_02_006)
- Z 2: Schutz vor Verdrängung in bestimmten Quartieren (Kennzahl B_261_02_007)
- Z 3: Verbesserung von Grundstücksstrukturen als Voraussetzung für die Realisierung planrechtlich vorgesehener bzw. angestrebter Grundstücksnutzungen sowie Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse im ländlichen Raum sowie der Landentwicklung und des Naturschutzes (Kennzahl B_261_02_008 - Kennzahl B_261_02_012)

4.2.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26102 Stadterneuerung und Bodenordnung

	Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
B_261_02_001 Anzahl der Fördergebiete der Integrierten Stadtteilentwicklung (RISE) inkl. landesfinanzierter Fördergebiete. Gebiete mit sich überlagernden Programmfestlegungen werden für jedes Programmsegment angerechnet	St.	55	55	43	45	42	27	27
B_261_02_002 davon Anzahl der Fördergebiete im Programmsegment Soziale Stadt	St.	14	15	11	14	13	10	10
B_261_02_003 davon Anzahl der Fördergebiete im Programmsegment Städtebauliche Sanierung	St.	13	13	9	7	7	3	3
B_261_02_004 davon Anzahl der Fördergebiete im Programmsegment Stadtumbau	St.	4	7	4	4	2	0	0
B_261_02_005 davon Anzahl der Fördergebiete im Programmsegment Aktive Stadt- und Ortsteilzentren	St.	10	11	9	11	12	7	7
B_261_02_006 davon Anzahl der Fördergebiete im Programmsegment Städtebaulicher Denkmalschutz	St.	2	2	2	2	2	3	3
B_261_02_007 Anzahl der Gebiete mit Sozialer Erhaltungsverordnung	St.	3	5	8	10	14	15	16
B_261_02_008 Neu geordnete Flächen für den Wohnungsbau	qm	61.581	1.706	49.490	87.900	66.810	43.700	143.215
B_261_02_009 Neu geordnete Flächen für Gewerbe	qm	0	0	30.565	77.537	24.000	14.000	55.000
B_261_02_010 Neu geordnete Flächen für Straßenverkehr, öffentliches Grün und Gewässer	qm	48.221	1.068	29.526	59.212	24.206	71.550	91.673
B_261_02_011 Neu geordnete Flächen für sonstige öffentliche Zweckbestimmungen (Schulen, Kindertagesheime u. ä.)	qm	0	0	0	3.793	0	0	2.000
B_261_02_012 Wert der durch die Bodenordnung neu gebildeten Grundstücksflächen	Tsd. EUR	8.272	20	10.395	77.344	13.671	6.850	9.998

Kennzahlen Integrierten Stadtteilentwicklung

zu Kennzahl B_261_02_001 - Kennzahl B_261_02_006: Die Kennzahlen zu den RISE-Fördergebieten bilden die Aktivitäten Hamburgs in den verschiedenen Programmsegmenten der Bund-Länder-Städtebauförderung ab. Die Kennzahlwerte berücksichtigen dabei sowohl die bislang festgesetzten Fördergebiete (s. dazu auch Produktgruppe Sozialraummanagement im Vorbericht zu den Einzelplänen der Bezirksämter) als auch die perspektivisch geplanten Fördergebiete sowie deren Anmeldung und Programmfestlegung gegenüber dem Bund. Der Rückgang der Anzahl der Fördergebiete resultiert u.a. aus der Beendigung des Programmsegments „Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen“ (2016) und der Landesfinanzierten Fördergebiete.

zu Kennzahl B_261_02_007: Die Kennzahlenwerte zu den Gebieten mit Sozialer Erhaltungsverordnung berücksichtigen auch derzeit in der Prüfung befindliche sowie dafür vorgesehene Gebiete.

zu Kennzahl B_261_02_008 - Kennzahl B_261_02_012: wirkungsbezogene Kennzahlen.

Kennzahlen Bodenordnung

Den Bodenordnungsverfahren liegen komplizierte Grundstücks- und Rechtsverhältnissen zu Grunde, für die sich ohne hoheitliche Neuordnungsverfahren planungsgemäße bauliche und sonstige Nutzungen nicht realisieren würden. Bodenordnungsverfahren sind mit erheblichen Unwägbarkeiten behaftet und stehen in Abhängigkeit von Entscheidungen privater und öffentlicher Dritter. Dennoch wurden für alle aufgeführten Kalenderjahre Kennzahlenwerte angegeben. Die Kennzahlen/-werte ergeben sich nach den Ausweisungen der den Neuordnungsverfahren zu Grunde liegenden B-Pläne und den angestrebten Verfahrensfortschritten, d.h. den angestrebten Ausweisungen und Zuteilungen dieser Flächen.

Dabei gilt grundsätzlich für alle Kennzahlen, dass der Rückgang der Kennzahlenwerte aus dem Verfahrensentwicklungen insb. in den großen Umlegungsverfahren U 334 (B-Plan Neugraben-Fischbek 65) und U 335 (B-Plan Finkenwerder 32) resultiert.

Weiteren laufenden Neuordnungsverfahren liegen wesentlich kleinere B-Plan-Bereiche zu Grunde mit komplizierten Grundstücks- und Rechtsverhältnissen, für die sich ohne hoheitliche Neuordnungsverfahren eine planungsgemäße Nutzung nicht realisieren würde.

zu Kennzahl B_261_02_009: Neuordnungsverfahren werden/wurden primär zur Entwicklung von Wohnungsbauflächen betrieben. Die Kennzahlenwerte sind bestimmt insb. durch das zur Bereitstellung von Gewerbeflächen eingeleitete Umlegungsverfahren U 346 (B-Plan Harburg 66 / Neuland 22). Weiteren laufenden Neuordnungsverfahren mit insgesamt geringem Gewerbeflächenanteil liegen B-Plan-Bereiche zu Grunde mit komplizierten Grundstücks- und Rechtsverhältnissen, für die sich ohne hoheitliche Neuordnungsverfahren eine planungsgemäße Nutzung nicht realisieren würde.

zu Kennzahl B_261_02_010: Der Rückgang der Kennzahlenwerte resultiert aus den Verfahrensfortschritten, insb. in den großen Umlegungsverfahren U 334 (B-Plan Neugraben-Fischbek 65) und U 335 (B-Plan Finkenwerder 32).

zu Kennzahl B_261_02_011: Für die laufenden Verfahren sind entsprechende Flächenzuteilungen nicht mehr anzugeben, weil bspw. in der Vergangenheit bereits entsprechende Flächen ausgewiesen und zugeteilt wurden.

4.2.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26102 Stadterneuerung und Bodenordnung

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
RISE							
Erlöse	99	227		16	16	16	16
Kosten	1.553	2.211		1.554	1.766	1.810	1.602
Saldo Jahresergebnis 1 RISE	-1.454	-1.985		-1.537	-1.749	-1.794	-1.586
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 RISE	0	0	0	0	0	0	0
Soziale Erhaltungsverordnung							
Erlöse	0	0					
Kosten	86	117		232	238	244	250
Saldo Jahresergebnis 1 Soziale Erhaltungsverordnung	-86	-117		-232	-238	-244	-250
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Soziale Erhaltungsverordnung	0	0	0	0	0	0	0
Bodenordnung							
Erlöse	6.705	15.412		0	0	0	0
Kosten	3.159	1.263		1.082	1.007	784	810
Saldo Jahresergebnis 1 Bodenordnung	3.546	14.148		-1.082	-1.007	-784	-810
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Bodenordnung	0	0	0	0	0	0	0

4.2.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26102 Stadterneuerung und Bodenordnung

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ				34,76	33,91	29,87	28,88
Bitte Erläuterung erfassen							

4.2.2.3 Produktgruppe 26103 Zentrales Programm WSB

4.2.2.3.1 Vorwort der Produktgruppe 26103 Zentrales Programm WSB

In dieser Produktgruppe werden die veranschlagten Mittel für Maßnahmen der Integrierten Stadtteilentwicklung und für den Wohnraumschutz unterjährig per Sollübertragung in andere Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

Zielsetzung des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) ist es, dazu beizutragen, Hamburg als gerechte und lebenswerte Stadt weiterzuentwickeln und die soziale Kohäsion in der Stadt zu fördern.

Die gesamtstädtischen Leitziele von RISE sind:

- Verbesserung der Lebensbedingungen durch soziale und materielle Stabilisierung des Fördergebiets;
- Verbesserung der Entwicklungsperspektiven für die Menschen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Wirtschaft und Integration;
- Stärkung der Mitwirkungsmöglichkeiten und der Eigenaktivität der Bürgerinnen und Bürger;
- Abbau bzw. Beseitigung städtebaulicher Defizite wie Funktions- und Substanzschwäche bei der technischen und sozialen Infrastruktur, den privaten Gebäudenutzungen und im öffentlichen Raum.

Unter dem Dach von RISE sind Mittel für Maßnahmen in den Programmsegmenten der Bund-Länder-Städtebauförderung veranschlagt.

Mit dem Programmsegment „Soziale Stadt“ werden Maßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung von Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf gefördert. Damit soll ein Beitrag zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, zur Weiterentwicklung der Bevölkerungszusammensetzung, zur Erhöhung der Wohnqualität und Nutzungsvielfalt, zur Verbesserung der Generationengerechtigkeit der Quartiere und zur Integration aller Bevölkerungsgruppen geleistet werden.

Die im Rahmen des Programmsegments „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ geförderten Gesamtmaßnahmen dienen dazu, zentrale Versorgungsbereiche, die durch Funktionsverluste, insbesondere gewerblichen Leerstand, bedroht oder davon bereits betroffen sind, zu stärken und deren funktionale Stabilität zu sichern. Ziel ist es, diese Bereiche als Standorte für Wirtschaft und Kultur sowie als Orte zum Wohnen, Arbeiten und Leben zu erhalten und zu entwickeln.

Mit dem Programmsegment „Stadtumbau“ soll in Fördergebieten, die von erheblichen städtebaulichen Funktionsverlusten betroffen sind, frühzeitig auf Strukturveränderungen durch demografische oder ökonomische Entwicklungen reagiert und den damit verbundenen städtebaulichen Auswirkungen in Stadtgebieten entgegen gewirkt werden.

Mit dem Programmsegment „Städtebaulicher Denkmalschutz“ sollen Gesamtmaßnahmen gefördert werden mit dem Ziel, historisch geprägte Stadtbereiche und Ensembles zu erhalten und zu revitalisieren. Es können Modernisierungs-, Instandsetzungs- sowie Sicherungsmaßnahmen an erhaltenswerten Gebäuden und historischen Ensembles oder sonstiger baulicher Anlagen von geschichtlicher, künstlerischer oder städtebaulicher Bedeutung gefördert werden.

Das Programmsegment „Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen“ zielt in erster Linie auf die Behebung städtebaulicher Missstände, den Abbau von städtebaulicher Funktionsschwächen sowie die Entwicklung der baulichen Struktur nach sozialen, hygienischen, wirtschaftlichen und kulturellen Erfordernissen.

Die Durchführung der Maßnahmen der Integrierten Stadtteilentwicklung obliegt regelhaft den Bezirksämtern.

Die Bezirksämter sollen für die Durchführung des Hamburgischen Wohnraumschutzgesetzes (HmbWoSchG) im Rahmen ihrer Zuständigkeit unterstützt werden. Zu den gesetzlichen Aufgaben in diesem Zusammenhang gehören die Erhaltung und Pflege von Wohnraum sowie die Vermeidung und Beseitigung der Zweckentfremdung von Wohnraum. Die Bezirksämter sollen beim Ergreifen von Maßnahmen auf Grundlage des Hamburgischen Wohnraumschutzgesetzes bedarfsgerecht per Sollübertragung unterstützt werden.

4.2.2.3.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26103 Zentrales Programm WSB

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse				134	368	568	768
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit				50	50	50	50
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen	25.193	16.366	12.220	0	0	0	0
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen			686	384	943	1.292	1.646
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-25.193	-16.366	-12.906	-300	-625	-774	-928
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	-25.193	-16.366	-12.906	-300	-625	-774	-928
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-25.193	-16.366	-12.906	-300	-625	-774	-928
16. Globale Mehr- oder Minderkosten				6.000	5.000	5.000	5.000
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	-25.193	-16.366	-12.906	-6.300	-5.625	-5.774	-5.928

Erläuterungen

Aus dieser Produktgruppe werden hauptsächlich Gesamtmaßnahmen der Programmsegmente der Bund-Länder-Städtebauförderung im Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) gefördert. Dies geschieht durch Sollübertragungen in die fachlich zuständigen Produktgruppen. Die hier veranschlagten Mittel sichern - zusammen mit den im Investitionsprogramm RISE Bund/Land veranschlagten Auszahlungen - die Inanspruchnahme der Bundesfinanzhilfen (1/3) durch Bereitstellung des Komplementäranteils Hamburgs (2/3) auf Basis der jährlichen Verwaltungsvereinbarung der Bund-Länder-Städtebauförderung. Die Bundesfinanzhilfen sind im Investitionsprogramm RISE Bund/Land als Einzahlungen veranschlagt. Die Bundesmittel werden entsprechend der förderfähigen Ausgaben vereinnahmt.

Die Veranschlagung der Mittel für RISE erfolgt ab dem Haushaltsjahr 2015/2016 im Kontenbereich Globale Mehrkosten, da nur hier ein flexibler Mitteleinsatz gewährleistet werden kann. Bislang wurden die Mittel im Kontenbereich Kosten für Transferleistungen ausgewiesen. Aufgrund der Vielfältigkeit der Maßnahmen der Integrierten Stadtteilentwicklung sind zum Zeitpunkt der Veranschlagung weder die einzelnen Projekte noch die Zahlungsempfänger bekannt, sodass keine konkretere Veranschlagung in anderen Kontenbereichen möglich ist.

Zu den Kosten gehören regelmäßig die zur Vorbereitung und Durchführung von Gesamtmaßnahmen erforderlichen Maßnahmen wie die Beauftragung von Gebietsentwicklern, die Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohnern sowie die Aktivierung lokaler Akteure, die Erstellung von Problem- und Potenzialanalysen sowie von Integrierten Entwicklungskonzepten, der Betrieb von Stadtteilbüros, die Einrichtung von Verfügungsfonds sowie die Durchführung von Maßnahmen der lokalen Öffentlichkeitsarbeit.

Ergänzend werden Maßnahmen in Landesfinanzierten Fördergebieten gefördert sowie nicht-investive Projekte in den Fördergebieten der Bund-Länder-Städtebauförderung.

Die im Vergleich zu den Vorjahren deutlich verminderten Planraten ab 2015 resultieren aus einer veränderten Veranschlagungs- und Bewirtschaftungssystematik. Bis 2012 wurden die Maßnahmen der Integrierten Stadtteilentwicklung nahezu vollständig dem nicht-investiven Bereich zugeordnet. Seit 2013 erfolgt eine nach den Regeln der Doppik differenzierte Veranschlagung und Bewirtschaftung der Mittel im konsumtiven und investiven Bereich. Ab 2015 ist eine Verschiebung der konsumtiven Kosten zu Gunsten der investiven Auszahlungen erforderlich, da die bisherige Veranschlagung der Kosten und der Auszahlungen für Investitionen nicht mehr den anteiligen Fördermittelbedarfen in den RISE-Fördergebieten für investive und nicht-investive (Bau-) Projekte entsprach. Die Reduzierung des Ansatzes im Jahr 2016 resultiert aus der Absenkung des Haushaltsansatzes für die Integrierte Stadtteilentwicklung um insgesamt 5.000 Tsd. Euro im Jahr 2016. Im Rahmen der Prioritätensetzung zur Einhaltung der Schuldenbremse werden damit die bereits in der bisherigen mittelfristigen Finanzplanung begründeten Konsolidierungsmaßnahmen vollzogen.

Erstmals ab dem Haushaltsjahr 2015 sind jährlich Kosten aus Verwaltungstätigkeit in Höhe von 50 Tsd. Euro veranschlagt, um die Bezirksamter für die Durchführung des Hamburgischen Wohnraumschutzgesetzes (HmbWoSchG) im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu unterstützen. In diesem Zusammenhang fallen Kosten, wie zum Beispiel Türöffnungen, Wohnungsräumungen, Gutachten oder das Einsetzen von Treuhändern an.

4.2.2.3.3 Ziele der Produktgruppe 26103 Zentrales Programm WSB

Für die Produktgruppe Zentrales Programm WSB werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht. Die veranschlagten Mittel werden unterjährig per Sollübertragung in andere Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

4.2.2.3.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26103 Zentrales Programm WSB

Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018

Für die Produktgruppe Zentrales Programm WSB werden keine Kennzahlen ausgebracht (siehe auch Ausführungen unter Ziffer 4.1.2.3.3).

4.2.2.3.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26103 Zentrales Programm WSB

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Zentrales Programm RISE							
Erlöse	0	0		134	368	568	768
Kosten	25.193	16.366		6.384	5.943	6.292	6.646
Saldo Jahresergebnis 1 Zentrales Programm RISE	-25.193	-16.366		-6.250	-5.575	-5.724	-5.878
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Zentrales Programm RISE	0	0	0	0	0	0	0
Wohnraumschutz							
Kosten				50	50	50	50
Saldo Jahresergebnis 1 Wohnraumschutz				-50	-50	-50	-50
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Wohnraumschutz	0	0	0	0	0	0	0
<p>Auf diesen Produkten findet ausschließlich eine „Soll-Bewirtschaftung“ statt, d.h. die Haushaltsmittel werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen im Aufgabenbereich des Amtes für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung sowie in anderen Aufgabenbereichen des Einzelplans der BSU oder anderer Einzelpläne übertragen.</p>							

4.2.2.3.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26103 Zentrales Programm WSB

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ							
<p>Für die Produktgruppe Zentrales Programm WSB sind keine Vollzeitäquivalente veranschlagt.</p>							

4.2.2.4 Produktgruppe 26104 Bezirkliche Zuweisungen WSB

4.2.2.4.1 Vorwort der Produktgruppe 26104 Bezirkliche Zuweisungen WSB

In dieser Produktgruppe sind die finanziellen Ressourcen dargestellt, die den Bezirken in Form von Rahmen-, Zweck- und Einzelzuweisungen (vgl. § 36 - 39 BezVG) zur Verfügung gestellt werden

Die Produktgruppe enthält Mittel für die Zweckzuweisungen "Wohngeld" und "Umzugsprämien für Rollstuhlfahrer".

Gem. § 38 BezVG sind Mittel für Wohngeldausgaben veranschlagt. Nach dem Wohngeldgesetz in der jeweils geltenden Fassung wird zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens ein Miet- oder Lastenzuschuss zu den Aufwendungen für den Wohnraum geleistet. Die Höhe des Wohngelds richtet sich nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltmitglieder, der zu berücksichtigenden Miete oder Belastung und dem Gesamteinkommen. Da Wohngeld ein Wohnkostenzuschuss ist, muss der betreffende Haushalt seinen sonstigen Lebensunterhalt (und einen Teil der Wohnkosten) aus eigenen Mitteln bestreiten können. Eine vollständige Übernahme der Wohnkosten durch Wohngeld ist ausgeschlossen. Empfänger von bestimmten SGB II- und SGB XII-Leistungen haben keinen Anspruch auf Wohngeld, wenn bei deren Leistungsberechnung Kosten der Unterkunft berücksichtigt worden sind.

Wohngeld ist eine bundesgesetzliche Leistung, die zur Hälfte vom Bund getragen wird. Die Ausgaben können von der FHH nicht gesteuert werden, weil die Leistungsvoraussetzungen (einschließlich der Leistungshöhe) bundesrechtlich vorgegeben sind und somit eine Zahlungspflicht besteht.

Die veranschlagten Beträge für Wohngeld 2015 und 2016 in Höhe von jeweils 34.000 Tsd. EUR werden wie folgt auf die Bezirke verteilt:

Hamburg-Mitte = 23,53% = 8.000 Tsd. EUR

Altona = 14,12% = 4.800 Tsd. EUR

Eimsbüttel = 9,41% = 3.200 Tsd. EUR

Hamburg-Nord = 14,41% = 4.900 Tsd. EUR

Wandsbek = 17,94% = 6.100 Tsd. EUR

Bergedorf = 7,35% = 2.500 Tsd. EUR

Harburg = 13,24% = 4.500 Tsd. EUR

Ebenfalls gem. § 38 BezVG werden Mittel für Umzugsprämien zur Freimachung von Rollstuhlbenutzerwohnungen als freiwillige Leistung der FHH in dieser Produktgruppe veranschlagt.

Die veranschlagten Beträge für Umzugsprämien für Rollstuhlfahrer 2015 und 2016 in Höhe von jeweils 15 Tsd. EUR werden wie folgt auf die Bezirke verteilt: Wandsbek = 100% = 15 Tsd. EUR

Die Gewährung der Umzugsprämien wird zentral vom Bezirksamt Wandsbek wahrgenommen. Die Mittel werden bedarfsgerecht an die jeweiligen Bezirksamter übertragen.

4.2.2.4.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26104 Bezirkliche Zuweisungen WSB

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit							
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen				34.015	34.015	34.015	34.015
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit				-34.015	-34.015	-34.015	-34.015
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)				-34.015	-34.015	-34.015	-34.015
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis				-34.015	-34.015	-34.015	-34.015
16. Globale Mehr- oder Minderkosten				0	0	0	0
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)				-34.015	-34.015	-34.015	-34.015

Aus technischen Gründen sind die Istwerte 2012 und 2013 sowie Planwerte 2014, die auf die im Doppelhaushalt 2013/2014 noch kameral geführten Titel entfallen, in den Vergleichswerten der obigen Tabelle nicht enthalten. Bei Einbeziehung dieser Titel erhöhen sich die Vergleichswerte im Kontenbereich Kosten für Transferleistungen um 23.576 Tsd. Euro (Ist 2012), 21.117 Tsd. Euro (Ist 2013) und 34.015 Tsd. Euro (Fortg. Plan 2014)

Trotz der Auskömmlichkeit der Mittel in den Vorjahren ist zu erwarten, dass die Mittel in der veranschlagten Höhe aufgrund der Rahmenbedingungen des Wohnungsmarktes mit einem tendenziell steigenden Mietniveau erforderlich sind.

Die Erstattungen des Bundes für die Kosten aus Wohngeld sind als Erlöse in Produktgruppe Wohnen veranschlagt.

Die Zahlung von Wohngeld ist eine gesetzliche Leistung gem. Wohngeldgesetz (WoGG). Die Mittel werden als Zweckzuweisung bedarfsgerecht zu Beginn eines Haushaltsjahres an die Bezirksämter übertragen, die für die Durchführung der Wohngeldzahlungen an die Leistungsberechtigten zuständig sind.

4.2.2.4.3 Ziele der Produktgruppe 26104 Bezirkliche Zuweisungen WSB

Für die Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen WSB werden keine Ziele definiert. Die veranschlagten Mittel werden zu Beginn des jeweiligen Geschäftsjahres per Sollübertragung in die zutreffende Produktgruppe der bezirklichen Einzelpläne übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke.

4.2.2.4.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26104 Bezirkliche Zuweisungen WSB

Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Für die Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen WSB werden keine Kennzahlen definiert (siehe auch Ausführungen unter Ziffer 4.1.2.4.3).							

4.2.2.4.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26104 Bezirkliche Zuweisungen WSB

Auf den Produkten der Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen WSB findet ausschließlich eine „Soll-Bewirtschaftung“ statt, d.h. die Haushaltsmittel werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen in den bezirklichen Einzelplänen übertragen.

4.2.2.4.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26104 Bezirkliche Zuweisungen WSB

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ							
Für die Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen WSB sind keine Vollzeitäquivalente veranschlagt.							

4.2.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 261 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Investitionsprogramme							
IP RISE B/L							
Einzahlungen	1.639	985					
Auszahlungen	300	456					
Saldo für IP RISE B/L	1.339	528					
IP RISE B/L							
Einzahlungen				6.700	5.000	5.000	5.000
Auszahlungen	7.353	6.160	7.020	13.168	8.721	8.748	8.927
Saldo für IP RISE B/L	-7.353	-6.160	-7.020	-6.468	-3.721	-3.748	-3.927
IP RISE Land							
Auszahlungen	1.461	1.728	1.560	1.000			
Saldo für IP RISE Land	-1.461	-1.728	-1.560	-1.000			
Summe Investitionsprogramme	-7.475	-7.359	-8.580	-7.468	-3.721	-3.748	-3.927

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzelinvestitionen							
Summe Einzelinvestitionen							
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen							
Auszahlungen sonstige Investitionen							
Summe sonstige Investitionen							
Globale Minderauszahlungen							
Globale Minderauszahlungen							
Summe Investitionsmittel	-7.475	-7.359	-8.580	-7.468	-3.721	-3.748	-3.927

Erläuterungen zu den Investitionen

Aus dem Investitionsprogramm RISE Bund/Land werden Gesamtmaßnahmen der Programmsegmente der Bund-Länder-Städtebauförderung im Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) gefördert. Die Mittel werden eingesetzt für Maßnahmen in den Programmsegmenten Soziale Stadt, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, Stadumbau, Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen und Städtebaulicher Denkmalschutz. Die Mittel sichern - zusammen mit den im Zentralen Programm WSB (PG 261.03) veranschlagten Mitteln - die Inanspruchnahme der Bundesfinanzhilfen (1/3) durch Bereitstellung des Komplementäranteils Hamburgs (2/3) auf Basis der jährlichen Verwaltungsvereinbarung der Bund-Länder-Städtebauförderung. Die Bundesfinanzhilfen sind im Investitionsprogramm RISE Bund/Land als Einzahlungen veranschlagt. Sie werden entsprechend der förderfähigen Ausgaben vereinnahmt.

Aus dem Investitionsprogramm RISE Land werden investive Maßnahmen in den Fördergebieten, die aus Landesmitteln (also ohne ergänzende Bundesfinanzhilfen der Städtebauförderung) gefördert werden, finanziert.

Zum Ende des Jahres 2015 enden die vereinbarten Laufzeiten der landesfinanzierten Fördergebiete. In 2016 werden nur noch letzte Zahlungen erfolgen.

Zielsetzung des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung ist es, dazu beizutragen, Hamburg als gerechte und lebenswerte Stadt weiterzuentwickeln und die soziale Kohäsion in der Stadt zu fördern.

Die gesamtstädtischen Leitziele sind:

- Verbesserung der Lebensbedingungen durch soziale und materielle Stabilisierung des Fördergebiets;
- Verbesserung der Entwicklungsperspektiven für die Menschen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Wirtschaft und Integration;
- Stärkung der Mitwirkungsmöglichkeiten und der Eigenaktivität der Bürgerinnen und Bürger;
- Abbau bzw. Beseitigung städtebaulicher Defizite wie Funktions- und Substanzschwäche bei der technischen und sozialen Infrastruktur, den privaten Gebäudenutzungen und im öffentlichen Raum.

Die Zuweisungen des Bundes für die Integrierte Stadtteilentwicklung unterliegen ab dem Haushaltsjahr 2015 einer veränderten Veranschlagung. Sie sind nicht mehr als Erlöse in der Produktgruppe 261.02 veranschlagt, sondern bilden sich künftig im Investitionsprogramm (IP) RISE Bund/Land als Einzahlungen aus Investitionszuschüssen ab, da die Projekte und Maßnahmen, für die die Bundesmittel eingesetzt werden, investiver Natur sind. Infolge des ab 2016 um 5.000 Tsd. Euro verringerten Haushaltsansatzes für die Integrierte Stadtteilentwicklung werden auch die Einzahlungen aus Investitionszuschüssen des Bundes ab 2016 im Ergebnis um 1.700 Tsd. Euro geringer veranschlagt, als in den Vorjahren.

Die im Vergleich zu den Vorjahren deutlich erhöhte Planrate der Auszahlungen für 2015 im IP RISE Bund/Land resultiert aus der ab 2015 erforderlichen Verschiebung der konsumtiven Kosten zu Gunsten der investiven Auszahlungen. Die bisherige Veranschlagung der Kosten für Transferleistungen und der Auszahlungen für Investitionen entsprach nicht mehr den anteiligen Fördermittelbedarfen in den RISE-Fördergebieten für investive und nicht-investive (Bau-)Projekte.

Die Absenkung der Planraten für Auszahlungen ab 2016 wurde bereits in der bisherigen mittelfristigen Finanzplanung im Rahmen der Prioritätensetzung zur Einhaltung der Schuldenbremse vorgenommen (Absenkung des Haushaltsansatzes für die Integrierte Stadtteilentwicklung ab 2016 um 5.000 Tsd. Euro).

Die gebotene vorsichtige Veranschlagung der Erstattung der Bundesmittel für die Integrierte Stadtteilentwicklung zieht eine Absenkung der entsprechenden RISE-Mittel auf der Ausgabeseite nach sich.

4.2.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 261 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Hamb. Stadtumbau- und Sanierungspr.							
Einzahlungen	45	45					
Saldo Hamb. Stadtumbau- und Sanierungspr.	45	45					
Summe Darlehen	45	45					

Erläuterungen zu den Darlehen

In der Integrierten Stadtteilentwicklung mit der Bund-Länder-Städtebauförderung können Maßnahmen in den Fördergebieten (Gesamtmaßnahme) durch Zuwendungen (Zuschüsse oder Darlehen) gefördert werden. Rückzahlungen für alle Programmsegmente werden über das o.g. Darlehen abgebildet.

4.2.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 261 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
GL Wohngelddatenabgleich							
Kosten				5	5	5	5
Saldo GL Wohngelddatenabgleich				-5	-5	-5	-5
Summe Gesetzliche Leistungen				-5	-5	-5	-5

Erläuterungen zu den gesetzlichen Leistungen

Die Kostenerstattung für die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung basiert § 22 Abs. 2 Wohngeldverordnung. Die Kosten werden jeweils am 1. April für das laufende Kalenderjahr erstattet.

4.2.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 261 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

Aus der Ermächtigung der Produktgruppen 261.01 Wohnen, 261.02 Stadterneuerung und Bodenordnung und 261.03 Zentrales Programm WSB Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und sonstige Kosten zu verursachen, dürfen bis zur Höhe eines Drittels des Ansatzes Kosten aus Gründen der Billigkeit verursacht werden.

Die Ermächtigungen, Auszahlungen für die Investitionsprogramme RISE Bund/Land und RISE Land zu leisten, sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ermächtigungen der Produktgruppe Wohnen und der Produktgruppe Zentrales Programm WSB, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, sind übertragbar.

- Die IFB geht bei der Berechnung ihres Ausgleichsbedarfs für den Zins- und Verlustausgleich aus dem Hamburger Haushalt, der als Kosten für Transferleistungen in der Produktgruppe Wohnen veranschlagt ist, stets von der Vollausslastung der Förderprogramme im jeweiligen Geschäfts- bzw. Haushaltsjahr aus. Es werden dabei bestimmte regelhafte Zeitverläufe der Mittelauszahlung zugrunde gelegt (Baubeginn, Baufortschritt, Fertigstellung). Stellt sich die Realität anders dar, ist der Mittelbedarf der IFB geringer als ursprünglich geplant. Es kann z. B. zu zeitlichen Verschiebungen bei der Auszahlung von Zuschüssen an die Kunden der IFB kommen. Das führt zu einem geringeren Verlustausgleich in dem laufenden Geschäfts- bzw. Haushaltsjahr und zu einem höheren Verlustausgleich im Folgejahr. Die Bildung von Haushaltsresten kann somit a priori nicht ausgeschlossen werden. Die Übertragung von Haushaltsresten für den Zins- und Verlustausgleich ist grundsätzlich erforderlich, um auch haushalterisch flexibel auf Veränderungen im Geschäftsverlauf der IFB reagieren zu können. Andernfalls könnte es zu Einschränkungen bei der Wohnungsbauförderung durch die IFB kommen.

- In der Produktgruppe Zentrales Programm WSB ist eine Übertragbarkeit der Kosten für Transferleistungen erforderlich, da mit diesen Mitteln überwiegend mehrjährige Maßnahmen gefördert werden, die teilweise aufgrund von Verzögerungen in das Folgejahr verschoben werden. Die Mittel werden z.B. im Zuge der Finanzierung bereits beschlossener und noch ausstehender Modernisierungsmaßnahmen u.a. für Erstattungen von Kosten für notwendige Sozialplanleistungen wie z.B. Mieterumsetzungen eingesetzt. Die Maßnahmen sind verbindlich geplant und teilweise in der Umsetzung. Hier kommt es häufig zu Verzögerungen bei der Umsetzung von Mietern, so dass Kosten für Transferleistungen in das Folgejahr verschoben werden müssen.

4 Teilpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

4.3 Teilplan des Aufgabenbereichs 262 Bauordnung und Hochbau

4.3.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 262 Bauordnung und Hochbau

Der Aufgabenbereich gliedert sich in die beiden Produktgruppen „Bauordnung und Hochbau“ und „Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)“ auf.

Der Aufgabenbereich ist auf ministerieller Ebene für die Entwicklung und Fortschreibung von Gesetzen und anderen Rechtsnormen in den Bereichen Bauordnung und Hochbau zentral zuständig. Diese ministerielle Funktion bildet den wichtigsten Aufgabenschwerpunkt des Amtes. So wird die Kernvorschrift für das Bauen in Hamburg, die Hamburgische Bauordnung (HBauO), laufend an die gesellschaftlichen Anforderungen und die technischen (umweltschonenden) Innovationen angepasst. Auch die der HBauO nachgeordneten Vorschriften werden ständig auf dem Laufenden gehalten. Neben Sicherheitsaspekten in Bezug auf die Unversehrtheit der Bürgerinnen und Bürger sowie der baulichen Vermögenswerte stehen dabei die Überlegungen zur Reduzierung des Energie- und Ressourcenverbrauchs im Zentrum der Aufgabenerfüllung. Dies bezieht sich auch auf alle öffentlichen Gebäude, für die neben den allgemein gültigen Vorschriften des Bauordnungsrechts besondere Standards für den öffentlichen Hochbau in Bezug auf die Nutzung, die Bautechnik, die Energieeffizienz und die Energieversorgung zu entwickeln und fortzuschreiben sind.

Als ein weiterer Schwerpunkt des Aufgabenbereiches ist die Erledigung der Bauaufgaben des Bundes zu nennen. Hierzu zählen die Planung und Ausführung aller hochbaulichen Baumaßnahmen (Investitionen und Bauunterhaltung) des Bundes für seine zivilen und militärischen Liegenschaften in der Freien und Hansestadt Hamburg.

4.3.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 262 Bauordnung und Hochbau

4.3.2.1 Produktgruppe 26201 Bauordnung und Hochbau

4.3.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 26201 Bauordnung und Hochbau

Die Produktgruppe umfasst die zwei Fachbereiche Bauordnung und Hochbau mit jeweils folgenden Aufgabenschwerpunkten:

Der Aufgabenschwerpunkt im Bereich Bauordnung besteht in der Sicherstellung bauordnungsrechtlicher und technischer Mindeststandards für das Bauen in Hamburg. Hierzu werden auf ministerieller Ebene die notwendigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften entwickelt und fortgeschrieben. Die einheitliche und rechtssichere Umsetzung wird durch fachliche Vorgaben und die zentralen Arbeitsmittel für die Bauaufsicht erreicht.

Zum Arbeitsbereich Bauordnung zählen auch die Wahrnehmung der bauaufsichtlichen Aufgaben - einschließlich der Genehmigungsverfahren - für die Hafencity, die Speicherstadt und die Mitte Altona sowie die Zustimmungsverfahren für öffentliche Bauten.

Im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren werden besondere baurechtliche und technische Prüfungen durchgeführt. Außerdem ist der Bereich für die Sicherstellung des Arbeits- und Immissionsschutzes auf Baustellen verantwortlich.

Der Aufgabenschwerpunkt im Bereich Hochbau liegt in der Sicherstellung der Qualität öffentlicher Gebäude, sowohl in baufachlicher wie energetischer Hinsicht. Hierzu zählt neben der Entwicklung von Vorgaben bzw. Festlegung von Standards auf ministerieller Ebene insbesondere auch das Energiemanagement der öffentlichen Gebäude. Das Energiemanagement umfasst sowohl das Verbrauchscontrolling als auch den Abschluss von Versorgungsverträgen mit den Energielieferanten.

In der Produktgruppe 262.01 Bauordnung und Hochbau ist zu dem die Hochbaudienststelle enthalten.

4.3.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26201 Bauordnung und Hochbau

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse	3.628	2.976	5.819	4.243	4.262	4.281	4.300
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	830	712	1.651	1.100	1.094	1.053	1.062
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten				15	15	15	15
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten	6.140	6.245	9.291	7.912	7.990	8.212	8.343
a) Kosten für Entgelte	2.895	2.812	5.072	3.446	3.495	3.598	3.612
b) Kosten für Bezüge	1.912	1.990	2.278	2.690	2.702	2.773	2.856
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter			278			0	0
d) Kosten für Sozialleistungen	558	542	782	812	823	846	853
e) Kosten für Versorgungsleistungen	775	901	881	964	970	995	1.022
4. Kosten für Transferleistungen	35	618					
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	216	218	218	181	120	117	117
6. Sonstige Kosten			10	190	190	190	190
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-3.592	-4.816	-5.351	-5.140	-5.133	-5.292	-5.413
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit				0	0	0	0
10. Finanzergebnis				0	0	0	0
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	-3.592	-4.816	-5.351	-5.140	-5.133	-5.292	-5.413
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-3.592	-4.816	-5.351	-5.140	-5.133	-5.292	-5.413
16. Globale Mehr- oder Minderkosten				0	0	0	0
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	-3.592	-4.816	-5.351	-5.140	-5.133	-5.292	-5.413

Die Schwankungen in der Veranschlagung der Erlöse und der Personalkosten gegenüber dem Ist 2013 und dem Soll 2014 resultieren aus der Eingliederung der Hochbaudienststelle in die Produktgruppe .

Die Kosten aus Verwaltungstätigkeit bestehen im Wesentlichen aus Kosten, die durch die Prüfung von statischen Unterlagen, Überwachung von Baustellen durch Vertragsingenieure, Untersuchung der Prüflingenieure und Überwachung von Bauprodukten anfallen.

4.3.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 26201 Bauordnung und Hochbau

- Z 1: Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bei baulichen Anlagen und auf Grundstücken durch Prüfung und Überwachung von planungsrechtlichen, bauordnungsrechtlichen und technischen Mindeststandards sowie die Bereitstellung der dazu erforderlichen Vorgaben (Gesetze, Verordnungen, Fachanweisungen) (B_262_01_001-B_262_01_004)
- Z 2: Qualitätssicherung bauaufsichtlicher Entscheidungen unter Wahrung der gesamthamburgischen Belange (B_262_01_005-B_262_01_007)
- Z 3: Verbindliche Auslegung des bauordnungsrechtlichen Regelwerkes und Beratung in baurechtlich und technisch schwierigen Sachverhalten (B_262_01_008)
- Z 4: Bekämpfung des Lohndumpings zur Sicherung der Qualität bei der Bauausführung öffentlicher Baumaßnahmen (B_262_01_009-B_262_01_010)
- Z 5: Gewährleistung einer einheitlichen Vergabe von Architekten- und Bauleistungen der hamburgischen Verwaltung unter Beachtung baulicher, planungsrelevanter und energetischer Mindeststandards (B_262_01_011-B_262_01_013)
- Z 6: Einsparung von Energie in öffentlichen Gebäuden (B_262_01_014-B_262_01_017)
- Z 7: Erledigung von Bauaufgaben des Landes (Hochbaudienststelle) (B_262_01-018 - B_262_01_020)

4.3.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26201 Bauordnung und Hochbau

	Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
B_262_01_001 Anzahl der Baugenehmigungs- und Zustimmungsverfahren	St.	236	210	150	160	180	170	150
B_262_01_002 Anzahl der Technischen Genehmigungsverfahren	St.	795	826	750	750	750	750	750
B_262_01_003 Anzahl der Verfahren bei der Prüfung der bautechnischen Nachweise (Standicherheit, Wärmeschutz und Energieeinsparung)	St.	1.876	2.037	1.900	1.900	1.800	1.700	1.700
B_262_01_004 Anzahl der Präventionsgespräche und Kontrollen zur Gewährleistung des Arbeits- und Umweltschutzes auf Baustellen	St.	4.966	4.343	4.100	4.100	4.100	4.100	4.100
B_262_01_005 Anzahl der Beteiligungen an bauaufsichtlichen Verfahren	St.	867	816	800	800	800	800	800
B_262_01_006 Anzahl an neuen und aktualisierten fachbehördlichen Vorgaben und Richtlinien für die Bauaufsicht	St.	19	18	17	12	12	10	8
B_262_01_007 Anzahl an vorhandenen fachbehördlichen Vorgaben und Richtlinien für die Bauaufsicht	St.	96	100	100	100	95	90	85
B_262_01_008 Anzahl an fachbehördlichen Beratungen zu bauaufsichtlichen Angelegenheiten, zum Arbeits- und Immissionsschutz auf Bau-stellen und hinsichtlich der bau-technischen Nachweise	St.	888	874	850	800	800	800	800
B_262_01_009 Anzahl der kontrollierten Firmen	St.	119	124	100	100	100	100	100
B_262_01_010 Anzahl der beanstandeten Firmen	St.	32	21	25	25	25	25	25
B_262_01_011 Anzahl der fachbehördlichen Beratungen in Vergabeangelegenheiten und baufachlichen Fragestellungen	St.	65	50	60	65	65	65	65
B_262_01_012 Anzahl an neuen und aktualisierten fachbehördlichen Vorgaben und Empfehlungen für den Hochbau	St.	14	8	11	10	10	10	10
B_262_01_013 Anzahl an vorhandenen fachbehördlichen Vorgaben und Empfehlungen für den Hochbau	St.	90	74	73	70	70	70	70
B_262_01_014 Anzahl an Abnahmestellen Gas	St.	2.249	2.256	2.006	1.924	1.925	1.925	1.925
B_262_01_015 Anzahl an Abnahmestellen Fernwärme	St.	443	443	457	459	459	459	459
B_262_01_016 Anzahl an Abnahmestellen Strom	St.	3.711	3.677	3.878	4.025	3.867	3.870	3.870
B_262_01_017 Anzahl der betreuten Liegenschaften	St.	840	834	829	815	810	810	810
B_262_01_018 Gesamtbauvolumen der Baumanagement-Projekte	Mio EUR	210	227	199	150	120	100	100
B_262_01_019 Umgesetztes Bauvolumen in Baumanagement-Projekten	Mio EUR	37,6	20,9	11,5	16	13	11	10
B_262_01_020 Anzahl der Zuwendungsprüfungen/ Projekte in der Technischen Aufsicht	ANZ	7	10	15	20	40	65	65

zu B_262_01_020: Die Kennzahl ist neu und steht im Zusammenhang mit der Hochbaudienststelle.

4.3.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26201 Bauordnung und Hochbau

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Leitung und Leitungsunterstützung							
Erlöse	0	0					
Kosten	219	261		414	415	426	434
Saldo Jahresergebnis 1 Leitung und Leitungsunterstützung	-219	-261		-414	-415	-426	-434
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Leitung und Leitungsunterstützung	0	0	0	0	0	0	0
Genehmigungen u. Zulassungsentscheidungen							
Erlöse	1.360	1.086		2.078	2.077	2.078	2.076
Kosten	532	632		848	853	873	880
Saldo Jahresergebnis 1 Genehmigungen u. Zulassungsentscheidungen	829	454		1.230	1.224	1.204	1.197
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Genehmigungen u. Zulassungsentscheidungen	0	0	0	0	0	0	0
Techn. Prüfungen bautechn. Nachweise							
Erlöse	231	184		351	351	351	351
Kosten	449	512		899	904	903	857
Saldo Jahresergebnis 1 Techn. Prüfungen bautechn. Nachweise	-218	-328		-548	-553	-552	-506
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Techn. Prüfungen bautechn. Nachweise	0	0	0	0	0	0	0
Kontrolle auf Baustellen							
Erlöse	87	69		133	133	133	133
Kosten	452	534		682	686	703	707
Saldo Jahresergebnis 1 Kontrolle auf Baustellen	-365	-465		-550	-553	-570	-574
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Kontrolle auf Baustellen	0	0	0	0	0	0	0
Beiträge zu bauaufsichtl. Entscheidungen							
Erlöse	0	0					
Kosten	286	341		546	546	557	573
Saldo Jahresergebnis 1 Beiträge zu bauaufsichtl. Entscheidungen	-286	-341		-546	-546	-557	-573
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Beiträge zu bauaufsichtl. Entscheidungen	0	0	0	0	0	0	0
Arbeitsmittel für die Bauaufsicht							
Erlöse	0	0					
Kosten	457	547		886	889	913	932
Saldo Jahresergebnis 1 Arbeitsmittel für die Bauaufsicht	-457	-547		-886	-889	-913	-932
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Arbeitsmittel für die Bauaufsicht	0	0	0	0	0	0	0
bauaufsichtliche Beratung							
Erlöse	0	0					
Kosten	303	362		606	608	624	637
Saldo Jahresergebnis 1 bauaufsichtliche Beratung	-303	-362		-606	-608	-624	-637
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 bauaufsichtliche Beratung	0	0	0	0	0	0	0

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Kontrolle Tariflohn							
Erlöse	0	0					
Kosten	393	465		563	568	583	584
Saldo Jahresergebnis 1 Kontrolle Tariflohn	-393	-465		-563	-568	-583	-584
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Kontrolle Tariflohn	0	0	0	0	0	0	0
hochbauliche Beratung							
Erlöse	64	51		97	98	97	99
Kosten	337	395		583	582	584	605
Saldo Jahresergebnis 1 hochbauliche Beratung	-273	-344		-486	-484	-487	-506
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 hochbauliche Beratung	0	0	0	0	0	0	0
Arbeitsmittel für den öffentl. Hochbau							
Erlöse	0	0					
Kosten	423	501		730	730	738	763
Saldo Jahresergebnis 1 Arbeitsmittel für den öffentl. Hochbau	-423	-501		-730	-730	-738	-763
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Arbeitsmittel für den öffentl. Hochbau	0	0	0	0	0	0	0
Einkauf von Energie							
Erlöse	0	0					
Kosten	676	497		420	423	425	413
Saldo Jahresergebnis 1 Einkauf von Energie	-676	-497		-420	-423	-425	-413
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Einkauf von Energie	0	0	0	0	0	0	0
Erfassung u. Controlling Energiedaten							
Erlöse	0	0					
Kosten	848	558		726	670	677	664
Saldo Jahresergebnis 1 Erfassung u. Controlling Energiedaten	-848	-558		-726	-670	-677	-664
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Erfassung u. Controlling Energiedaten	0	0	0	0	0	0	0
Neu-, Um- u. Erweiterungsbauten Land							
Erlöse	1.887	1.585		1.584	1.603	1.622	1.641
Kosten	1.846	2.186		1.479	1.521	1.564	1.662
Saldo Jahresergebnis 1 Neu-, Um- u. Erweiterungsbauten Land	41	-600		105	82	58	-21
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Neu-, Um- u. Erweiterungsbauten Land	0	0	0	0	0	0	0

4.3.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26201 Bauordnung und Hochbau

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ				109,57	107,57	107,07	105,24

siehe Vorwort zum Einzelplan

4.3.2.2 Produktgruppe 26202 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

4.3.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 26202 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

Die Bundesbauabteilung ist im Wege der Organleihe zuständig für die Erledigung der hochbaulichen Bauaufgaben des Bundes für dessen in der Freien und Hansestadt liegenden zivilen und militärischen Liegenschaften. Durch eigenes Personal oder durch beauftragte Architekten- und Ingenieurbüros werden die Planung und die Bauausführung wahrgenommen. Die Kosten dieser Produktgruppe werden auf Grundlage eines Verwaltungsabkommens in voller Höhe vom Bund erstattet.

4.3.2.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26202 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse	10.119	12.622	17.547	16.459	17.238	17.558	17.901
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	4.084	4.923	7.040	7.370	7.370	7.370	7.370
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	513	561		488	488	488	488
b) davon IT-Kosten				500	500	500	500
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	11	8		12	12	12	12
3. Personalkosten	7.033	7.251	8.773	9.067	9.846	10.166	10.509
a) Kosten für Entgelte	4.425	4.482	5.421	5.687	6.288	6.507	6.738
b) Kosten für Bezüge	1.194	1.264	1.576	1.537	1.569	1.607	1.651
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	851	856	1.109	1.181	1.298	1.342	1.390
e) Kosten für Versorgungsleistungen	563	649	667	662	691	710	730
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten				22	22	22	22
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-997	448	1.734	0	0	0	0
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	-997	448	1.734	0	0	0	0
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-997	448	1.734	0	0	0	0
16. Globale Mehr- oder Minderkosten				0	0	0	0
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	-997	448	1.734	0	0	0	0

Die Bundesbauabteilung arbeitet im Auftrag des Bundes. Gemäß der mit dem Bund abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung wird jahresübergreifend eine vollständige Refinanzierung aller Ist-Kosten der Bundesbauabteilung vorgenommen. Die Erlöse sind insbesondere von den zu erwartenden Personalkosten und den zu erwartenden Aufwendungen für Honorarleistungen an freiberuflichTätige geprägt. Diese Aufwendungen sind abhängig vom Auftragsvolumen des Bundes. Die Erlöse entsprechen den Vorgaben aus der Verwaltungsvereinbarung.

Bei den Kosten aus Verwaltungstätigkeit entfällt der größte Anteil auf Vergütungen an freiberuflich tätige Architekten, Ingenieure u.a., die für Leistungen beauftragt werden, die nicht mit eigenem Personal abgedeckt werden können.

Auf Grundlage eines Verwaltungsabkommens werden die Kosten dieser Produktgruppe in voller Höhe vom Bund erstattet. Die Erlöserwartung sowie die Höhe der zu erwartenden Kosten richten sich nach den Rahmenbedingungen der Verwaltungsvereinbarung.

4.3.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 26202 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

· Z 1: Erledigung der Bauaufgaben des Bundes (Hochbau) (B_262_02-001 und B_262_02_002)

4.3.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26202 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

	Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
B_262_02_001 Projektleistungen	Tsd. EUR	6.400	6.700	8.000	9.500	9.500	9.500	10.000
B_262_02_002 Bauausgaben	Tsd. EUR	7.300	7.900	10.140	9.700	9.600	9.600	9.500

Bei den Kennzahlen für dieser Produktgruppe handelt es sich um Haushaltsmittel des Bundes (rd. 54 Mio. €), die durch die Bundesbauabteilung bewirtschaftet werden. Es handelt sich somit nicht um Haushaltsmittel der FHH.

Das Bauvolumen des Bundes wird vorraussichtlich steigen.

4.3.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26202 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Neu-, Um- u. Erweiterungsbauten Bund							
Erlöse	7.082	8.834		9.711	10.170	10.359	10.562
Kosten	7.919	8.627		11.571	12.030	12.219	12.422
Saldo Jahresergebnis 1 Neu-, Um- u. Erweiterungsbauten Bund	-837	208		-1.860	-1.860	-1.860	-1.860
Erweiterungsbauten Bund							
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Neu-, Um- u. Erweiterungsbauten Bund	0	0	0	0	0	0	0
Bauunterhaltungsmaßnahmen Bund							
Erlöse	3.037	3.788		6.748	7.068	7.199	7.339
Kosten	3.198	3.548		4.888	5.208	5.339	5.479
Saldo Jahresergebnis 1 Bauunterhaltungsmaßnahmen Bund	-161	240		1.860	1.860	1.860	1.860
Bauunterhaltungsmaßnahmen Bund							
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Bauunterhaltungsmaßnahmen Bund	0	0	0	0	0	0	0

4.3.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26202 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ				133,63	140,63	140,63	140,63
Die Kosten dieser Produktgruppe werden auf Grundlage eines Verwaltungsabkommens in voller Höhe vom Bund erstattet, deshalb unterliegt es nicht den Sparvorgaben der FHH. Das Bauvolumen des Bundes wird in den nächsten Jahren steigen. Dies erfordert eine Überprüfung des Personalbestandes und ggf. eine Anpassung.							

4.3.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 262 Bauordnung und Hochbau

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Investitionsprogramme							
Summe Investitionsprogramme							
Einzelinvestitionen							
Summe Einzelinvestitionen							
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen							
Auszahlungen sonstige Investitionen			51				
Summe sonstige Investitionen			-51				
Globale Minderauszahlungen							
Globale Minderauszahlungen							
Summe Investitionsmittel			-51				
In der Produktgruppe Bauaufgaben des Bundes (Hochbau) sind die anzuschaffenden Vermögensgegenstände nicht eigentumsfähig. Die Vermögensgegenstände wurden für Zwecke der Rechnungslegung dem Bund zugeordnet.							

4.3.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 262 Bauordnung und Hochbau

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Summe Darlehen							

Darlehen sind nicht veranschlagt.

4.3.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 262 Bauordnung und Hochbau

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Summe Gesetzliche Leistungen							

Keine Gesetzlichen Leistungen

4.3.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 262 Bauordnung und Hochbau

Aus den Ermächtigungen aller Produktgruppen, Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und sonstige Kosten zu verursachen, dürfen bis zur Höhe eines Drittels des jeweiligen Ansatzes Kosten aus Gründen der Billigkeit verursacht werden.

4 Teilpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

4.4 Teilplan des Aufgabenbereichs 263 Landes- und Landschaftsplanung

4.4.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 263 Landes- und Landschaftsplanung

Der Aufgabenbereich gliedert sich in die Produktgruppen "Landes- und Landschaftsplanung", "Zentrale Programme Landes- und Landschaftsplanung" und "Bezirkliche Zuweisungen Landes- und Landschaftsplanung".

Im Aufgabenbereich Landes- und Landschaftsplanung werden die planerischen Voraussetzungen für ein qualitatives und nachhaltiges Wachstum der Stadt geschaffen. Dabei finden sowohl urbane Belange wie auch Schutz und Entwicklung der öffentlichen Freiräume Berücksichtigung.

Wesentliche Schwerpunkte sind

- Fortführung eines integrierten Räumlichen Leitbildes für Hamburg
- Erarbeitung und konzeptionelle Weiterentwicklung gesamtstädtischer Konzepte zu vielfältigen Themen der Stadt-, Landschafts- und Grünplanung und Steuerung der operativen Umsetzung über formelle und informelle Instrumente
- Aktualisierung und Weiterentwicklung der gesetzlichen Planungsinstrumente Flächennutzungsplan (FNP) und Landschaftsprogramm (LAPRO)
- Erstellung von informellen teilträumlichen Plänen zur Konkretisierung der Aussagen des FNP und des LAPRO im Einzelfall
- Mitwirkung an der verbindlichen Bauleitplanung der Bezirke insbesondere über landesplanerische Stellungnahmen sowie Wahrnehmung von ministeriellen Steuerungs- und Beratungsaufgaben
- Verantwortliche Steuerung gesamtstädtisch bedeutender Projekte in Zuständigkeit des Senates (z. B. HafenCity, Deckel BAB A 7, Mitte Altona, Entwicklung der Elbinseln) einschließlich erforderlicher Bebauungspläne
- Bezirksübergreifende Fach- und Programmplanungen (z. B. Gartendenkmalpflege, Baumsanierung, Baumkataster sowie nutzerbezogene Programme)
- Operative Unterstützung der Aufgaben des Oberbaudirektors
- Einbringung gesamtstädtischer Interessen bei Planungen Dritter
- Raumordnung und Regionalplanung, Zusammenarbeit mit Gebietskörperschaften und Gremien der Metropolregion (z. B. Nachbarschaftsforen)
- Öffentlichkeitsarbeit und Partizipation zu Themen der gesamtstädtischen Entwicklung und der Senatsprojekte sowie Weiterentwicklung von Partizipationsmethoden und Beratung der Bezirke bei Partizipationsprojekten
- Vertretung der Stadt Hamburg in den verschiedenen nationalen Gremien zur Raumentwicklung

4.4.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 263 Landes- und Landschaftsplanung

4.4.2.1 Produktgruppe 26301 Landes- und Landschaftsplanung

4.4.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 26301 Landes- und Landschaftsplanung

In dieser Produktgruppe sind die vom Aufgabenbereich Landes- und Landschaftsplanung direkt zu bewirtschaftenden Ressourcen dargestellt. Finanzielle Schwerpunkte im Bereich der Stadtplanung sind die Kosten für gesamtstädtisch bedeutsame Planungen, insbesondere die Vorbereitung von großen Wohnungsbau- und Stadtentwicklungsvorhaben. Der Bereich Landschaftsplanung und Stadtgrün zeichnet sich durch die Kosten für die konzeptionelle Entwicklung und den Erhalt der öffentlichen Erholungsflächen aus.

4.4.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26301 Landes- und Landschaftsplanung

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	7.524	7.713	3.175	3.174	3.174	3.174	3.174
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	6.406	7.282	7.651	2.435	2.541	2.001	2.031
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	0	0					
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten	8.209	8.893	7.956	7.725	7.778	8.304	8.479
a) Kosten für Entgelte	4.373	4.617	3.679	4.145	4.088	4.507	4.578
b) Kosten für Bezüge	2.105	2.313	2.542	1.932	2.023	2.031	2.096
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	843	890	811	905	898	981	997
e) Kosten für Versorgungsleistungen	888	1.073	924	743	769	785	808
4. Kosten für Transferleistungen	7.572	42.013	4.193	4.562	4.562	4.562	4.482
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	13.369	13.552	13.138	16.674	3.475	3.530	5.299
6. Sonstige Kosten	16.977	18.484	13	158	158	158	158
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-45.008	-82.510	-29.776	-28.380	-15.341	-15.381	-17.275
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit				0	0	0	0
10. Finanzergebnis				0	0	0	0
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	-45.008	-82.510	-29.776	-28.380	-15.341	-15.381	-17.275
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-45.008	-82.510	-29.776	-28.380	-15.341	-15.381	-17.275
16. Globale Mehr- oder Minderkosten				0	0	0	0
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	-45.008	-82.510	-29.776	-28.380	-15.341	-15.381	-17.275

In den geplanten Erlösen sind im Wesentlichen Pachteinnahmen für Kleingartenflächen und Zuweisungen des Bundes für die Pflege und die Ruherechtsentschädigung für Kriegsgräber enthalten. Das Ergebnis enthält darüber hinaus Erlöse für die durchlaufenden Mittel für Innovationsbereiche und -quartiere.

Finanzielle Schwerpunkte bei den Sachkosten sind im Kontenbereich „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ Kosten für die Vorbereitung der Planung von Wohnungsbauvorhaben, insbesondere für die Projekte Überdeckung der A 7 und Entwicklung der Bahnflächen Altona.

Der Kontenbereich „Kosten für Transferleistungen“ ist in den Planjahren ab 2015 geprägt durch die Zuweisungen an die AöR Hamburger Friedhöfe und die kirchlichen Friedhöfe für die Ruherechtsentschädigung und Pflege von Kriegsgräbern. Enthalten ist außerdem eine Zuweisung an die AöR Hamburger Friedhöfe zur Pflege des öffentlichen Grüns auf den Hauptfriedhöfen Ohlsdorf und Öjendorf, die bislang im Kontenbereich Kosten aus Verwaltungstätigkeit geplant war. Im Ergebnis der Jahre 2012 und 2013 sind darüber hinaus die von der Kommune eingezogenen Innovationsabgaben (abzgl. einer Verwaltungskostenpauschale), die an die jeweiligen Aufgabenträger in den Innovationsquartieren und -bereichen für die Maßnahmen zur Aufwertung des Standortes weitergeleitet werden, in Höhe von ca. 4 Mio. Euro dargestellt. Einen wesentlichen Anteil am Ergebnis haben die Zuweisungen an die IBA Hamburg GmbH und die igs 2013 gmbh. In 2013 ist der Zuschuss an die igs 2013 gmbh zum Ausgleich des Durchführungshaushaltes in Höhe von 34 Mio. Euro enthalten. In 2014 ist der Zuschuss zu Dachbegrünungen, der über die Investitions- und Förderbank abgewickelt werden soll, in Höhe von 3 Mio. Euro enthalten.

Im Kontenbereich „Sonstige Kosten“ sind in den Jahren 2012 und 2013 die Mittel dargestellt, die die IBA Hamburg GmbH an Dritte zur Förderung von Projekten aufgewendet hat. Die bislang investiv veranschlagte Maßnahme wurde im Zuge der strategischen Neuausrichtung des Haushalts konsumtiv übergeleitet. Die Planzahlen ab 2015 beziehen sich auf Beiträge zur Entwicklung von Regionalparks in der Metropolregion und Mitgliedsbeiträge für das Deutsche Institut für Urbanistik.

Die Kosten für Abschreibungen beziehen sich gewährte Investitionszuschüsse für den Energiebunker und den Ausbau des Bestattungsforums des Friedhofs Ohlsdorf sowie auf Software.

4.4.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 26301 Landes- und Landschaftsplanung

- Z 1: Erarbeitung und Vermittlung räumlicher und themenbezogener Entwicklungsziele der Stadt (B_263_01_001 und B_263_01_002)
- Z 2: Entwicklung und Umsetzung von Leitlinien und Grundsätzen der Raumordnung und Stadtentwicklung sowie Darstellung der sich daraus ergebenden Nutzungen für die Gesamtstadt (B_263_01_003 und B_263_01_004)
- Z 3: Sicherstellung der gesamtstädtischen Belange durch verbindliches Planrecht in Senatsplänen (B_263_01_005 - B_263_01_009)
- Z 4: Entwicklung und Umsetzung großer Stadtentwicklungsvorhaben (B_263_01_010)
- Z 5: Sicherstellung der gesamtstädtischen Belange bei bezirklichen Planungen (B_263_01_011 - B_263_01_013)
- Z 6: Sicherung und Stärkung der Raumstruktur sowie der Metropolfunktion Hamburgs (B_263_01_014)
- Z 7: Sicherung städtebaulicher und freiraumplanerischer Belange bei Planungen Dritter mit gesamtstädtischer Bedeutung (B_263_01_015 - B_263_01_019)
- Z 8: Sicherung und Entwicklung der öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen und Freiräume (B_263_01_020 - B_263_01_030)

4.4.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26301 Landes- und Landschaftsplanung

	Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
B_263_01_001 Anzahl der in Arbeit befindlichen Konzepte	St.	9	6	10	10	10	10	10
B_263_01_002 Anzahl der durchgeführten Veranstaltungen der Stadtwerkstatt	St.	3	3	4	4	4	4	4
B_263_01_003 Anzahl der Flächennutzungsplan- und Landschaftsprogrammänderungen	St.	133	131	120	120	120	120	120
B_263_01_004 Anzahl der in Arbeit befindlichen teilräumlichen oder fachbezogenen Planungen	St.	20	28	19	22	22	22	22
B_263_01_005 Anzahl der eingeleiteten Senatsbebauungspläne (Grobabstimmung)	St.	5	0	5	3	2	1	1
B_263_01_006 Anzahl der Senatsbebauungspläne, die Vorwegenehmigungsreife erlangt haben	St.	1	0	1	5	2	2	1
B_263_01_007 Anzahl der festgestellten Senatsbebauungspläne	St.	0	0	0	4	4	1	3
B_263_01_008 Anzahl der abgeschlossenen städtebaulichen Verträge	St.	0	0	1	2	2	1	1
B_263_01_009 Anzahl der durchgeführten Wettbewerbsverfahren zu Senatsplänen	St.	3	0	1	1	1	1	1
B_263_01_010 Anzahl der Projekte	St.	4	4	4	4	4	4	4
B_263_01_011 Anzahl landesplanerischer Stellungnahmen	St.	26	22	35	25	25	25	25
B_263_01_012 Anzahl abgeschlossener Genehmigungsprüfungen	St.	23	22	20	20	20	20	20
B_263_01_013 Anzahl der in Arbeit befindlichen teilräumlichen Planungen und Wettbewerbe, zu denen Beiträge geleistet werden	St.	52	55	22	55	55	55	55
B_263_01_014 Anzahl der Planungen und Projekte	St.	15	16	16	16	14	14	14
B_263_01_015 Anzahl laufender Innovationsquartiere und -bereiche	St.	17	17	18	17	16	15	12
B_263_01_016 Anzahl der Planfeststellungsverfahren, zu denen Stellung genommen wird	St.	31	37	12	35	35	35	35
B_263_01_017 Anzahl der Vorhaben, Planungen und Konzepte Dritter, zu denen Stellung genommen wird	St.	1.072	670	750	750	750	750	750
B_263_01_018 Anzahl der durchgeführten Wettbewerbsverfahren zu Planungen Dritter	St.	10	15	25	15	15	15	15
B_263_01_019 Anzahl der Dispofälle Wohnen und Gewerbe	St.	116	106	130	120	120	120	120
B_263_01_020 Anzahl der in Arbeit befindlichen Konzepte, Programme und Steuerungsinstrumente	St.	17	18	19	17	16	14	14
B_263_01_021 öffentliche Grün- und Erholungsanlagen	ha	3.238	3.238	3.291	3.309	3.326	3.343	3.361
B_263_01_122 Kosten Grünanlagenunterhaltung (Sachkosten) per qm	EUR	0,31	0,33	0,42	0,45	0,46	0,48	0,48
B_263_01_123 Defizit Grünanlagenunterhaltung (Sachkosten)	%	0	0	16,66	12,59	11,19	9,63	9,78
B_263_01_024 Anzahl Zugänge Kleingartenersatzparzellen	St.	43	52	146	172	219	0	106
B_263_01_025 Anzahl Kündigungen Kleingartenparzellen	St.	7	29	113	330	56	0	0
B_263_01_026 Anzahl der Straßenbäume	St.	230.022	227.887	227.000	227.000	227.000	227.000	227.000
B_263_01_027 Anzahl Ersatzpflanzungen Straßenbäume	St.	1.254	997	720	720	720	720	720
B_263_01_028 Defizit verkehrssicherheitsrelevante Straßenbaumpfleßmaßnahmen	%	67	69	69	70	70	70	70
B_263_01_129 Unterhaltungsmittel (Sachkosten) Bestattungsfläche per qm	EUR	0,59	0,58	0,58	0,58	0,58	0,58	0,58
B_263_01_030 Unterhaltung öffentl. Grünanteil auf staatlichen Friedhöfen per m²	EUR	1,28	1,62	1,62	1,45	1,45	1,45	1,45

zu B_263_01_024 und B_263_01_025: Die Anzahl der Parzellenzugänge ist von der Flächenverfügbarkeit abhängig. Für 2014 sind neue Parzellen in 7, für 2015 in 5 und für 2016 in 4 Kleingartenvereinen geplant. Die Anzahl der Parzellenkündigungen ist abhängig von dem vorgesehenen Zeitpunkt der anderweitigen Flächenverwendung und der in diesem Zusammenhang ausgesprochenen Kündigung des Pachtverhältnisses. Die Kündigungen in 2015 stehen im Wesentlichen in Zusammenhang mit dem Neubauvorhaben „Pergolenviertel“.

zu B_263_01_122, B_263_01_123 und B_263_01_129: Die Kennzahlen sind im Vergleich zum Haushaltsplan 2013 / 2014 nur auf der Basis der Sachkosten und nicht unter Einbeziehung der Personalkosten der Bezirksämter ermittelt worden.

4.4.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26301 Landes- und Landschaftsplanung

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Gesamtstädtische Entwicklungsplanung							
Erlöse	0	0					
Kosten	827	895		865	1.154	1.520	1.883
Saldo Jahresergebnis 1 Gesamtstädtische Entwicklungsplanung	-827	-895		-865	-1.154	-1.520	-1.883
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Gesamtstädtische Entwicklungsplanung	0	0	0	0	0	0	0
Stadtwerkstatt							
Erlöse	0	0					
Kosten	411	429		450	453	476	484
Saldo Jahresergebnis 1 Stadtwerkstatt	-411	-429		-450	-453	-476	-484
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Stadtwerkstatt	0	0	0	0	0	0	0
Vorber. Bauleit- und Landschaftsplanung							
Erlöse	0	0					
Kosten	1.815	2.121		1.129	1.143	1.181	1.229
Saldo Jahresergebnis 1 Vorber. Bauleit- und Landschaftsplanung	-1.815	-2.121		-1.129	-1.143	-1.181	-1.229
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Vorber. Bauleit- und Landschaftsplanung	0	0	0	0	0	0	0
Senatsplanungen							
Erlöse	0	0		2	2	2	2
Kosten	1.247	1.718		547	560	571	602
Saldo Jahresergebnis 1 Senatsplanungen	-1.247	-1.718		-545	-558	-569	-600
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Senatsplanungen	0	0	0	0	0	0	0
Stadtentwicklungsvorhaben							
Erlöse	35	36		15	15	15	15
Kosten	21.598	59.960		3.404	3.420	3.165	3.135
Saldo Jahresergebnis 1 Stadtentwicklungsvorhaben	-21.563	-59.924		-3.389	-3.405	-3.150	-3.120
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Stadtentwicklungsvorhaben	0	0	0	0	0	0	0
Mitwirkung bezirkliche Planungen							
Erlöse	0	0					
Kosten	597	678		589	593	632	645
Saldo Jahresergebnis 1 Mitwirkung bezirkliche Planungen	-597	-678		-589	-593	-632	-645
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Mitwirkung bezirkliche Planungen	0	0	0	0	0	0	0
überregionale Planungen und Projekte							
Erlöse	0	0					
Kosten	457	460		157	160	163	171
Saldo Jahresergebnis 1 überregionale Planungen und Projekte	-457	-460		-157	-160	-163	-171
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 überregionale Planungen und Projekte	0	0	0	0	0	0	0

Einzelplan der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Planungen und Projekte Dritter							
Erlöse	0	0					
Kosten	4.933	5.322		997	1.057	1.068	1.095
Saldo Jahresergebnis 1 Planungen und Projekte Dritter	-4.933	-5.322		-997	-1.057	-1.068	-1.095
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Planungen und Projekte Dritter	0	0	0	0	0	0	0
Plan.öffentl.Grünanl. u.Freiraum							
Erlöse	7.489	7.678		3.157	3.157	3.157	3.157
Kosten	20.768	18.619		7.902	7.926	8.024	8.006
Saldo Jahresergebnis 1 Plan.öffentl.Grünanl. u.Freiraum	-13.279	-10.941		-4.745	-4.769	-4.868	-4.849
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Plan.öffentl.Grünanl. u.Freiraum	0	0	0	0	0	0	0
Sondervermögen Stadt und Hafen							
Erlöse				0	0	0	0
Kosten				15.514	2.047	1.754	3.199
Saldo Jahresergebnis 1 Sondervermögen Stadt und Hafen				-15.514	-2.047	-1.754	-3.199
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Sondervermögen Stadt und Hafen	0	0	0	0	0	0	0

Soweit nicht erläutert, sind in den Produktkosten überwiegend Personalkosten enthalten.

Erläuterungen zu den Produkten:

· Gesamtstädtische Entwicklungsplanung:

In den Produktkosten sind ab 2015 die Abschreibungen für das Finanzierungsprogramm Wohnungsbauentwicklung enthalten.

· Vorber. Bauleit- und Landschaftsplanung:

Die Kosten in den Planjahren sind gegenüber den Ergebnissen 2012 und 2013 reduziert, da der für vorbereitende Planungen aufzuwendende Personalkostenanteil für Planungen, die den Projekten HafenCity, Neue Mitte Altona, Deckel A 7 sowie Sprung über die Elbe zuzurechnen sind, künftig in dem Produkt „Stadtentwicklungsvorhaben“ dargestellt wird.

· Senatsplanungen:

Die Kosten in den Planjahren sind gegenüber den Ergebnissen 2012 und 2013 reduziert, da der für verbindliche Bauleitplanung aufzuwendende Personalkostenanteil für Planungen, die den Projekten HafenCity, Neue Mitte Altona, Deckel A 7 sowie Sprung über die Elbe zuzurechnen sind, künftig in dem Produkt „Stadtentwicklungsvorhaben“ dargestellt wird.

· Stadtentwicklungsvorhaben:

Im Ergebnis der Jahre 2012 und 2013 sind Aufwendungen für Zuwendungen an die IBA GmbH dargestellt, mit der die IBA GmbH Förderungen Projekte Dritter vorgenommen hat. In 2013 ist unter anderem die Zuwendung an die igs 2013 gmbh in Höhe von 34 Mio. Euro für den Ausgleich des Durchführungshaushaltes enthalten.

· Überregionale Planungen und Projekte:

Im Ergebnis der Jahre 2012 und 2013 sind Aufwendungen für EU-Projekte enthalten.

· Planungen und Projekte Dritter:

In den Ergebnissen für 2012 und 2013 sind die durchlaufenden Mittel für die Innovationsquartiere und -bereiche enthalten.

· Planungen für Grünanlagen und Freiräume:

Die Erlöse enthalten überwiegend Zahlungen für Kleingartenpacht, Bundesmittel für die Pflege von Kriegsgräbern sowie die Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse an die AöR Hamburger Friedhöfe. Im Ergebnis der Jahre 2012 und 2013 sind die Abschreibungen für Baumaßnahmen in Grün- und Erholungsanlagen enthalten, die ab 2015 in den Einzelplänen der Bezirke dargestellt werden.

· Sondervermögen Stadt und Hafen

Veranschlagt sind Kosten für Abschreibungen auf die Finanzanlage „Sondervermögen Stadt und Hafen“, da das bilanzielle Eigenkapital angepasst wurde.

4.4.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26301 Landes- und Landschaftsplanung

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ				107,08	104,65	107,44	105,93
siehe Vorwort zum Einzelplan.							

4.4.2.2 Produktgruppe 26302 Zentr. P. Landes-u.Landschaftsplanung

4.4.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 26302 Zentr. P. Landes-u.Landschaftsplanung

In dieser Produktgruppe sind die finanziellen Ressourcen dargestellt, die anderen Produktgruppen, Teil- und Einzelplänen zur Umsetzung von Maßnahmen der zentralen Programme „Planung und Begleitung des Wohnungsbaus“, „Infrastrukturelle Aufwertungen in Zusammenhang mit großen Entwicklungsvorhaben“ und „Aufwertung öffentlicher Freiräume und Kleingärten“ dienen.

4.4.2.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26302 Zentr. P. Landes-u.Landschaftsplanung

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse	55	55	55	55	55	55	55
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	58	4	3.840	0	0	0	0
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen	63	48	55	0	0	0	0
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen			207	196	644	1.032	1.273
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-65	4	-4.047	-141	-589	-977	-1.218
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	-65	4	-4.047	-141	-589	-977	-1.218
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-65	4	-4.047	-141	-589	-977	-1.218
16. Globale Mehr- oder Minderkosten				2.595	2.595	2.595	2.575
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	-65	4	-4.047	-2.736	-3.184	-3.572	-3.793

Einzelplan der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Die Planjahre enthalten im Wesentlichen Sachkosten für die Planung der Infrastrukturmaßnahmen „Entwicklung der Harburger Schlossinsel“, "Flächenentwicklung Bahnflächen Altona" sowie Planungsmittel für die Landschafts- und Grünplanung. Außerdem sind Mittel für die Instandhaltung des Infrastrukturvermögens der Harburger Schlossinsel und von öffentlichen Grünflächen in Kleingartenanlagen vorgesehen. Die Aufwendungen werden im Kontenbereich "Globale Mehr- oder Minderkosten" geplant, da von dort eine Zuweisung an unterschiedliche Kontenbereiche der Empfänger möglich ist.

Die Kosten für Abnutzung beziehen sich auf den Bau von Parkanlagen, Spielplätzen und Kleingartenanlagen sowie die Infrastrukturmaßnahmen auf der Schlossinsel Harburg.

4.4.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 26302 Zentr. P. Landes-u.Landschaftsplanung

Für die Produktgruppe "Zentrale Programme" werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht. Die veranschlagten Mittel werden unterjährig per Sollübertragung in andere Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

4.4.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26302 Zentr. P. Landes-u.Landschaftsplanung

Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Kennzahlen wurden nicht definiert.							

4.4.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26302 Zentr. P. Landes-u.Landschaftsplanung

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Planung und Begleitung des Wohnungsbaus							
Erlöse	0	0					
Kosten	0	0		200	200	200	200
Saldo Jahresergebnis 1 Planung und Begleitung des Wohnungsbaus	0	0		-200	-200	-200	-200
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Planung und Begleitung des Wohnungsbaus	0	0	0	0	0	0	0
Infrastrukturelle Aufwertungen							
Erlöse	0	0					
Kosten	0	0		2.065	2.173	2.285	2.333
Saldo Jahresergebnis 1 Infrastrukturelle Aufwertungen	0	0		-2.065	-2.173	-2.285	-2.333
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Infrastrukturelle Aufwertungen	0	0	0	0	0	0	0
Aufwertung ö. Freiräume u.Kleingärten							
Erlöse	55	55		55	55	55	55
Kosten	0	0		526	866	1.142	1.315
Saldo Jahresergebnis 1 Aufwertung ö. Freiräume u.Kleingärten	55	55		-471	-811	-1.087	-1.260
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Aufwertung ö. Freiräume u.Kleingärten	0	0	0	0	0	0	0

Einzelplan der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Auf diesen Produkten findet eine „Soll-Bewirtschaftung“ statt. Die Haushaltsmittel werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen übertragen.

Erläuterung zu den Produkten

· Planung und Begleitung des Wohnungsbaus:

In diesem Produkt sind Sollübertragungen für Planungsmittel vorgesehen.

· Infrastrukturelle Aufwertungen:

Es sind Aufwendungen für die Unterhaltung von Infrastrukturmaßnahmen im Harburger Binnenhafen sowie Abschreibungen für die Investitionsprogramme „Infrastruktur Sprung über die Elbe“ und „Infrastruktur Neue Mitte Altona“ enthalten.

· Aufwertung o. Freiräume und Kleingärten:

Geplant sind Aufwendungen für die Pflege von Kriegsgräbern und Abschreibungen für Maßnahmen der Investitionsprogramme „Wohnungsbauaufolgekosten“ und „Grün- und Kleingarten, Bau“, die an die Bezirke zu übertragen sind.

4.4.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26302 Zentr. P. Landes-u.Landschaftsplanung

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ							
Für diese Produktgruppe wurden keine VZÄ geplant.							

Einzelplan der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

4.4.2.3 Produktgruppe 26303 Bezirkliche Zuweisungen LP

4.4.2.3.1 Vorwort der Produktgruppe 26303 Bezirkliche Zuweisungen LP

In dieser Produktgruppe sind die finanziellen Ressourcen dargestellt, die den Bezirken in Form von Rahmen-, Zweck- und Einzelzuweisungen (vgl. § 36 - 39 BezVG) zur Verfügung gestellt werden

Die Produktgruppe enthält Mittel für die Rahmenzuweisungen „öffentliches Grün“ und „Stadtplanung“ sowie Zweckzuweisungen für "Bestattungen nach § 10 Bestattungsgesetz“.

Die Rahmenzuweisung „öffentliches Grün“ enthält Mittel für die Pflege der öffentlichen Grünanlagen und Spielplätze, Pflege der Straßenbäume, Betriebskosten für die bezirklichen Friedhöfe in Hamburg-Mitte, Altona, Bergedorf und Harburg sowie Mittel für ökologische Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen im öffentlichen Grün. Die Verteilung erfolgt überwiegend unter Berücksichtigung der Flächengröße und der Anzahl der Straßenbäume. Die Ansätze wurden gegenüber den Vorjahren durch Aufstockung der Mittel und durch Umschichtung aus der investiven Rahmenzuweisung für öffentliches Grün erhöht. Die veranschlagten Beträge für 2015/2016 in Höhe von 19.876 Tsd. Euro / 20.376 Tsd. Euro werden wie folgt auf die Bezirke verteilt:

Hamburg-Mitte = $32,73 / 32,55\% = 6.506 / 6.631$ Tsd. EUR

Altona = $14,14 / 14,20\% = 2.811 / 2.894$ Tsd. EUR

Eimsbüttel = $8,38 / 8,39\% = 1.666 / 1.709$ Tsd. EUR

Hamburg-Nord = $13,31 / 13,40\% = 2.646 / 2.731$ Tsd. EUR

Wandsbek = $14,66 / 14,71\% = 2.913 / 2.998$ Tsd. EUR

Bergedorf = $8,74 / 8,71\% = 1.736 / 1.775$ Tsd. EUR

Harburg = $8,04 / 8,04\% = 1.598 / 1.638$ Tsd. EUR

Die Rahmenzuweisung „ Stadtplanung“ enthält Mittel für die Vergabe von Planungsleistungen für vorbereitende und verbindliche Bauleitplanung an Dritte, Beteiligung der Öffentlichkeit sowie Karten und drucktechnische Arbeiten. Die Verteilung erfolgt zu 50% als gleichmäßiger Sockelbetrag an alle Bezirke und zu jeweils 25% nach Einwohnerzahl und Flächengröße. Die veranschlagten Beträge für 2015 und 2016 in Höhe von jeweils 650 Tsd. Euro werden wie folgt auf die Bezirke verteilt:

Hamburg-Mitte = $15,85\% = 103$ Tsd. EUR

Altona = $13,38\% = 87$ Tsd. EUR

Eimsbüttel = $12,31\% = 80$ Tsd. EUR

Hamburg-Nord = $13,08\% = 85$ Tsd. EUR

Wandsbek = $17,85\% = 116$ Tsd. EUR

Bergedorf = $14,00\% = 91$ Tsd. EUR

Harburg = $13,54\% = 88$ Tsd. EUR

Die Zweckzuweisung „Bestattungen nach § 10 Bestattungsgesetz“ enthält Mittel für die Bestattung Verstorbener ohne Angehörige oder mit Angehörigen, die nicht tätig werden. Die veranschlagten Beträge für 2015 und 2016 in Höhe von jeweils 1.300 Tsd. Euro werden in Anlehnung an die Vorjahresbedarfe wie folgt auf die Bezirke verteilt:

Hamburg-Mitte = $33,08\% = 430$ Tsd. EUR

Altona = $13,85\% = 180$ Tsd. EUR

Eimsbüttel = $7,69\% = 100$ Tsd. EUR

Hamburg-Nord = $17,69\% = 230$ Tsd. EUR

Wandsbek = $16,92\% = 220$ Tsd. EUR

Bergedorf = $3,85\% = 50$ Tsd. EUR

Harburg = $6,92\% = 90$ Tsd. EUR

4.4.2.3.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26303 Bezirkliche Zuweisungen LP

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit				20.526	21.026	21.526	21.707
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen				1.300	1.300	1.300	1.300
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen				54	162	269	375
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit				-21.880	-22.488	-23.095	-23.382
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)				-21.880	-22.488	-23.095	-23.382
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis				-21.880	-22.488	-23.095	-23.382
16. Globale Mehr- oder Minderkosten				0	0	0	0
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)				-21.880	-22.488	-23.095	-23.382

In den Kosten aus Verwaltungstätigkeit ist die Zuweisung für die Unterhaltung der Grün- und Erholungsanlagen sowie die Zuweisung für Planungskosten für die Stadtplanung in Höhe von 650 Tsd. €uro enthalten. Die Transferleistungen beinhalten die Kosten für die Zuweisung an die Bezirksämter für den Leistungszweck " Bestattungen Verstorbener ohne Angehörige".

4.4.2.3.3 Ziele der Produktgruppe 26303 Bezirkliche Zuweisungen LP

Für die Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen LP werden keine Ziele definiert. Die veranschlagten Mittel werden zu Beginn des jeweiligen Geschäftsjahres per Sollübertragung in die zutreffende Produktgruppe der bezirklichen Einzelpläne übertragen und dienen dort zu Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke.

4.4.2.3.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26303 Bezirkliche Zuweisungen LP

Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018

Kennzahlen wurden nicht definiert.

4.1.2.3.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26303 Bezirkliche Zuweisungen LP

Auf den Produkten der Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen WSB findet ausschließlich eine „Soll Bewirtschaftung“ statt, d.h. die Haushaltsmittel werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen in den bezirklichen Einzelplänen übertragen.

4.4.2.3.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26303 Bezirkliche Zuweisungen LP

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ							
Für diese Produktgruppe wurden keine Vollzeitäquivalente geplant.							

4.4.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 263 Landes- und Landschaftsplanung

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Investitionsprogramme							
Grün- und Erholungsanlagen Bau temporär							
Auszahlungen	137	196					
Saldo für Grün- und Erholungsanlagen Bau temporär	-137	-196					
Grunderwerb Grün							
Einzahlungen	4.297	165	700	700	700	700	700
Auszahlungen	1.915	376	1.385	1.025	1.025	1.025	1.025
Saldo für Grunderwerb Grün	2.382	-212	-685	-325	-325	-325	-325
Infrastruktur Sprung über die Elbe							
Einzahlungen	0	0					
Auszahlungen	27.619	16.951	250				
Saldo für Infrastruktur Sprung über die Elbe	-27.619	-16.951	-250				
Grunderwerb Grün temporär							
Auszahlungen	0	0					
Saldo für Grunderwerb Grün temporär	0	0					
Finanzierungsprogramm Wohnungsbautw.							
Auszahlungen				7.733	14.105	14.168	11.854
Saldo für Finanzierungsprogramm Wohnungsbautw.				-7.733	-14.105	-14.168	-11.854
Wohnungsbaufolgekosten							
Auszahlungen	0	0	1.550	7.198	7.944	5.147	1.178
Saldo für Wohnungsbaufolgekosten	0	0	-1.550	-7.198	-7.944	-5.147	-1.178
Grün- und Kleingartenanlagen Bau							
Auszahlungen	173	12	3.385	2.285	2.285	2.655	3.103
Saldo für Grün- und Kleingartenanlagen Bau	-173	-12	-3.385	-2.285	-2.285	-2.655	-3.103
Große Kleingartenanlagen Bau							
Auszahlungen	0	89	1.730	1.430	920	800	910
Saldo für Große Kleingartenanlagen Bau	0	-89	-1.730	-1.430	-920	-800	-910
Infrastruktur Sprung über die Elbe							
Auszahlungen	0	0	2.000	1.000	1.400	1.800	2.200
Saldo für Infrastruktur Sprung über die Elbe	0	0	-2.000	-1.000	-1.400	-1.800	-2.200
Öffentliche Grünanlagen							
Auszahlungen				969	969	969	969
Saldo für Öffentliche Grünanlagen				-969	-969	-969	-969
Summe Investitionsprogramme	-25.546	-17.459	-9.600	-20.940	-27.948	-25.864	-20.539

Einzelinvestitionen							
Neubau Betriebsstandort Nord							
Einzahlungen	1.132	0					
Saldo für Neubau Betriebsstandort Nord	1.132	0					
Infrastruktur Neue Mitte Altona							
Auszahlungen	0	0	840	879	1.041	432	1.020
Saldo für Infrastruktur Neue Mitte Altona	0	0	-840	-879	-1.041	-432	-1.020
Planten un Blumen							
Auszahlungen				450	450	350	350
Saldo für Planten un Blumen				-450	-450	-350	-350
Summe Einzelinvestitionen	1.132	0	-840	-1.329	-1.491	-782	-1.370

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR	Ist 2012 Tsd. EUR
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen							
Auszahlungen sonstige Investitionen	940	1.145					
Summe sonstige Investitionen	-940	-1.145					
Globale Minderauszahlungen							
Globale Minderauszahlungen							
Summe Investitionsmittel	-25.354	-18.604	-10.440	-22.269	-29.439	-26.646	-21.909

Finanzierungsprogramm Wohnungsbauentwicklung

Um dem stetig ansteigendem Druck auf dem Hamburger Wohnungsmarkt entgegen zu wirken, wurde mit dem Vertrag für Hamburg vom 04.07.2011 das Ziel postuliert, pro Jahr 6.000 neue Wohneinheiten zu realisieren. Da die Fläche Hamburgs begrenzt ist, führt dies zur Aktivierung von Flächen mit hoher Komplexität, Verlagerungsbedarfen, Lärmproblematiken sowie Konfliktpotenzialen in der Bevölkerung, was häufig zu einer Steigerung der Kosten führt.

Insofern können auch bei privaten Flächen im Einzelfall nicht alle Kosten durch den Entwickler übernommen werden. Das Finanzierungsprogramm dient daher auch zur Deckung von Kosten, die im Rahmen von Städtebaulichen Verträgen nicht an Private übertragbar sind.

Mit der Entflechtungsdrucksache (2012/00684) wurde beschlossen, dass für sämtliche auf städtischen Flächen bzw. durch die FHH zu entwickelnde Vorhaben vom jeweiligen Projektentwickler umfassende Kosten-, Finanzierungs- und Zeitpläne aufzustellen sind, die sämtliche projektbezogenen Ausgabe-, und Einnahmepositionen beinhalten. Anzustreben ist zumindest ein ausgeglichenes Ergebnis.

Sofern besondere Belastungen oder besondere städtebauliche und politische Zielsetzungen dazu führen, dass ein ausgeglichenes Ergebnis nicht erzielbar ist und das Projekt insofern mit einem Defizit abschließt, soll die Finanzierung bis zur Höhe der zu erwartenden Erlöse durch den Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen erfolgen, während die darüberhinausgehenden Kosten aus diesem Finanzierungsprogramm zu decken sind.

Wohnungsbaufolgekosten

Im Rahmen der Wohnungsbaufensive des Senats sollen jährlich 6.000 neue Wohnungen in Hamburg geschaffen werden. Für die mit der Entwicklung von Wohngebieten verbundenen erforderlichen Investitionen der sozialen Infrastruktur (Neubau, Qualitätsverbesserung von Grünanlagen, Spielplätzen und sonstigen Freiräumen) sind Mittel in diesem Investitionsprogramm vorgesehen.

Grün- und Kleingartenanlagen Bau

Mit den veranschlagten Mitteln sollen vorrangig in Bereichen des Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramms und in Neubaugebieten sowie in dicht bebauten und unterversorgten Stadtteilen Grünanlagen und Spielplätze hergerichtet bzw. bedarfsgerecht umgestaltet werden. Ebenfalls vorgesehen ist die Einrichtung von Bewegungsangeboten für Erwachsene jeden Alters in öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen. In dem Ansatz sind Mittel für gartendenkmalpflegerische Maßnahmen, Realisierungswettbewerbe sowie die für Baumaßnahmen erforderlichen Architektenhonorare, Kosten für Baugrunduntersuchung, Vermessung und sonstige vorbereitende Tätigkeiten enthalten. Geplant ist außerdem der Bau von Kleingartenparzellen, um die Ersatzlandverpflichtung nach dem Bundeskleingartengesetz für geräumte Kleingärten zu erfüllen. Dies geschieht auch durch Nachverdichtung in vorhandenen Kleingartenanlagen.

Große Kleingartenanlagen Bau

Auf dem Gelände südlich Brookdeich soll eine Logistikfläche entwickelt werden. Ein entsprechendes B-Plan-Verfahren ist eingeleitet (Bergedorf 99). Zum Ersatz der entfallenden 88 Kleingärten ist die FHH gemäß Bundeskleingartengesetz und dem sog. „10.000er-Vertrag“ verpflichtet. Gleichzeitig ist eine Kompensation für die ebenfalls entfallenden Grabelandparzellen zugesagt worden, die in Form von auf das städtische Liefersoll anrechenbare Ersatzkleingärten erfolgen wird. Für die Sicherung der Ersatzkleingärten wurde der B-Plan Bergedorf 108/Altengamme 11 (Entwurf) eingeleitet. Hier sollen in 8 Bauabschnitten insgesamt 230-250 Parzellen geschaffen werden, die über die 88 Parzellen hinaus einen Beitrag zum Abbau des gesamtstädtischen Liefersolls leisten. Der Gesamtmittelbedarf in Höhe von 3.110 Tsd. € verteilt sich auf die Jahre 2013- 2019 und entspricht der bisherigen Finanzplanung.

Im Zusammenhang mit der IGS 2013 sind für die entfallenen Kleingärten 193 Ersatzkleingärten herzustellen. Ein Teil der Ersatzkleingärten wurde aus den Infrastrukturmitteln „Sprung über die Elbe“ parallel zur IGS 2013 hergestellt. Im Zuge der Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße werden ca. 70-90 Kleingartenparzellen entfallen (Stand Planfeststellungsunterlagen 2011). Der Gesamtmittelbedarf für die in Wilhelmsburg entstandenen Bedarfe für Ersatzkleingärten in Höhe von 2.780 Tsd. € verteilt sich auf die Jahre 2014-2019 und entspricht der bisherigen Finanzplanung.

Infrastruktur Sprung über die Elbe

Die Finanzierung der erforderlichen Investitionskosten für die Infrastrukturmaßnahmen zur Entwicklung der Harburger Schlossinsel erfolgt auf Grundlage der Bürgerschaftsdrucksache 19/6609 vom 29.06.2010 in Verbindung mit der Senatsdrucksache Nr. 2010/01404 vom 22.06.2010 mit seinerzeit geschätzten Gesamtkosten von 43,4 Mio. Euro. Davon sind ca. 39,4 Mio. Euro für Investitionen in Infrastruktur und 4 Mio. Euro u.a. für Grunderwerb vorgesehen.

Um die eingesetzte Entwicklungsdynamik im Harburger Binnenhafen weiterhin zu unterstützen und die Sicherstellung der dafür erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen, unter anderem vorrangig durchzuführende Brückensanierungen, zu ermöglichen, ist eine Anhebung der jährlichen investiven Raten erforderlich. Damit wird die Realisierung des Wohnungsbaupotentials von insgesamt bis zu 500 WE im östlichen Binnenhafen ermöglicht.

Öffentliche Grünanlagen

Veranschlagt ist die Rahmenezuweisung an die Bezirke für kleinere gestalterische Maßnahmen in Grünanlagen und auf Spielplätzen, Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten sowie die Grundinstandsetzung der Betriebsgebäude für den Gartenbaubereich. Aus der Zuweisung werden des Weiteren Investitionsmaßnahmen auf bezirklichen Friedhöfen für Fahrzeuge, Geräte, Hochbaumaßnahmen sowie Tiefbaumaßnahmen (Wege, Wasserleitung und Herrichtung von Belegungsflächen) finanziert.

Die Anmeldung entspricht als Ausgangsbasis der geltenden Finanzplanung. Ab 2015 sind aufgrund der Einführung der Doppik Haushaltsmittel in Höhe von 355 Tsd. € für die Ersatzbeschaffung von Spielgeräten, die aufgrund von Vorgaben der Anlagenbuchhaltung aus der Finanzbehörde zukünftig konsumtiv zu veranschlagen sind, in den konsumtiven Bereich übergeleitet worden.

Hamburg-Mitte = 17,23% = 167 Tsd. EUR

Altona = 18,27% = 177 Tsd. EUR

Eimsbüttel = 6,4% = 62 Tsd. EUR

Hamburg-Nord = 12,59% = 122 Tsd. EUR

Wandsbek = 20,02% = 194 Tsd. EUR

Bergedorf = 11,56% = 112 Tsd. EUR

Einzelplan der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Harburg = 13,93% = 135 Tsd. EUR

Infrastruktur Neue Mitte Altona

Ausgelöst durch die von der DB AG beabsichtigte Verlagerung der Fern- und Regionalbahn vom Bahnhof Altona in den Bereich des S-Bahnhofes Diebsteich und durch das Freiwerden nicht mehr benötigter Bahn- und Industrieflächen an der Harkortstraße wurden 2007 vorbereitende Untersuchungen für eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme eingeleitet. Die freiwerdenden Bahn- und Industrieflächen an der Harkortstraße stehen unabhängig von der Verlagerung der Fernbahn bereits heute für eine Neuentwicklung zur Verfügung. Im 1. Entwicklungsabschnitt können ca. 1.600 Wohneinheiten und im 2. Entwicklungsabschnitt weitere rund 1.900 Wohneinheiten realisiert werden. Ein ergänzender Nutzungsmix mit wohnungsnahen Dienstleistungen, Nahversorgung, einer Stadtteilschule, weitere soziale Infrastruktur etc. ebenso wie die Realisierung eines ca. 8 ha großen Stadtteilparks sind geplant.

Vor diesem Hintergrund ergibt sich ein zeitlicher Entwicklungshorizont von mindestens 15 Jahren, in dem zur Umsetzung der Planungen sowohl für den vorgezogenen südlichen Teil, als auch für die Flächen nördlich der Stresemannstraße umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen zu realisieren sind. Die angemeldeten Investitionsmittel dienen zur Herstellung der öffentlichen Grünflächen von rd. 8 ha im gesamten Masterplangebiet. Davon sind derzeit rd. 4,43 Mio. Euro für die öffentlichen Grünfläche (rd. 2,4 ha) im 1. Bauabschnitt vorgesehen.

Planten un Blomen

Für Planten un Blomen existiert seit 1986 ein Rahmenplan zur Umgestaltung, um die Parkanlage nach der Zeit der Gartenbauausstellungen auf aktuellem und international herausragenden Niveau zu entwickeln. Mit der langfristigen Festigung und Erweiterung der Standorte Messe und CCH ergibt sich für Planten un Blomen die Notwendigkeit und die Chance der Überplanung und Neugestaltung im Bereich zwischen Messe/Fernsehturm und CCH. Geplant sind neue Eingangssituationen mit geänderter Wegführung sowie die Grundüberholung gartenhistorisch wertvoller Anlagenteile. Weitere Mittel sind im Wesentlichen für die Erneuerung von Zäunen, Wegen, Treppen und Wasserläufen einzusetzen. Zukünftige Maßnahmen sollen sich an dem in 2010 vorgelegten „Entwicklungskonzept Planten un Blomen“ orientieren. In den Jahren 2015 und 2016 werden 100 Tsd. über der geltenden Finanzplanrate veranschlagt. Diese Mittel dienen zur Finanzierung der technischen Umrüstung der Wasserlichtorgel auf LED-Beleuchtung.

4.4.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 263 Landes- und Landschaftsplanung

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Summe Darlehen							

Darlehen wurden nicht geplant.

4.4.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 263 Landes- und Landschaftsplanung

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
ges. Leistg. öff. Grün a. Friedhöf.							
Kosten				3.400	3.400	3.400	3.400
Saldo ges. Leistg. öff. Grün a. Friedhöf.				-3.400	-3.400	-3.400	-3.400
ges. Leistg. öff. Grün a. Friedhöf. (BEZ)							
Erlöse				55	55	55	55
Kosten				55	55	55	55
Saldo ges. Leistg. öff. Grün a. Friedhöf. (BEZ)				0	0	0	0
gesetzliche Leistungen Bestattung							
Kosten				264	264	264	184
Saldo gesetzliche Leistungen Bestattung				-264	-264	-264	-184
gesetzliche Leistungen Kriegsgräber							
Erlöse				982	982	982	982
Kosten				893	893	893	893
Saldo gesetzliche Leistungen Kriegsgräber				89	89	89	89
Summe Gesetzliche Leistungen				-3.575	-3.575	-3.575	-3.495

In den gesetzlichen Leistungen sind die Aufwendungen für die Unterhaltung des öffentlichen Grüns für die Friedhöfe Ohlsdorf und Öjendorf in Höhe von 3,4 Mio. Euro, Aufwendungen für Altgrabverträge auf den Flächen der Hamburger Friedhöfe AöR und für Gräber im öffentlichen Interesse sowie für Kriegsgräber enthalten.

4.4.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 263 Landes- und Landschaftsplanung

Aus der Ermächtigung der Produktgruppe 263.01 Landes und Landschaftsplanung des Aufgabenbereiches, Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und sonstige Kosten zu verursachen, dürfen bis zur Höhe eines Drittels des Ansatzes Kosten aus Gründen der Billigkeit verursacht werden.

Die Ermächtigungen der Produktgruppe Landes- und Landschaftsplanung sowie der Produktgruppe Zentrale Programme Landes- und Landschaftsplanung, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, ist übertragbar. Für die Pflege und Ruherechtserschädigung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, werden Haushaltsmittel durch den Bund zur Verfügung gestellt und an Hamburger kirchliche und staatliche Friedhöfe weitergeleitet. Für jahresübergreifende Abrechnungen und die Bildung einer Landesreserve für unvorhersehbare Bedarfe ist die Übertragbarkeit erforderlich.

4 Teilpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

4.5 Teilplan des Aufgabenbereichs 264 Umweltschutz

4.5.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 264 Umweltschutz

Der Aufgabenbereich 264 Umweltschutz besteht aus den folgenden Produktgruppen:

Produktgruppe 264.01 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz

Produktgruppe 264.02 Altlasten, Bodenschutz und Geologischer Dienst

Produktgruppe 264.03 Abfallwirtschaft

Produktgruppe 264.04 Bezirkliche Zuweisungen U

Produktgruppe 264.05 Zentrale Programme U

Schwerpunkte des Aufgabenbereichs 264 Umweltschutz sind:

Das Amt für Umweltschutz ist Oberste Landesbehörde für die Umsetzung des Wasser-, des Bodenschutz- und des Abfallrechts. Es ist zuständig für übergeordnete und ministerielle Angelegenheiten im Bereich der Wasserwirtschaft, des Bodenschutzes und der Abfallwirtschaft. Dazu gehören die Mitwirkung an der Gesetzgebung auf Bundes- und Landesebene und die Vertretung Hamburgs in den Gremien der Bund/Länderarbeitsgemeinschaften Wasser (LAWA), Boden (LABO) und Abfall (LAGA).

Für die Aufgabenfelder des Amtes bedeutet dies unter anderem:

* Erhalt und Verbesserung Hamburgs als „Grüne Stadt am Wasser“ u.a. durch den Schutz und die Bewirtschaftung aller Gewässer, die Umsetzung der Vorgaben der Europäischen Wasserrahmen-, der EG-Meeressstrategie, der Badegewässer- und der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie, Überwachung und Schutz der Grundwasservorkommen, Sicherung und Verbesserung der Gewässerfunktionen, Verbesserung des ökologischen Zustands der Untereibe auf Hamburger Gebiet, Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsplanung, Genehmigungen auf der Grundlage von Fachinformationssystemen. Das Amt für Umweltschutz ist Fachaufsicht für Hamburg Wasser und Auftraggeber des LSBG für die Bereiche Wasserbau und Hochwasserschutz.

* Maßnahmen zum Schutz des Bodens, wie Gefährdungsabschätzung und Anordnung von Untersuchungen und Sanierungen für Flächen mit Boden- und Grundwasserbelastungen, Förderung der Flächenbereitstellung für Wohnungsbau und Gewerbe im Rahmen des Flächenrecyclings, Unterstützung bei der Planung, Ausschreibung, Vergabe und Durchführung von Sanierungs- und Sicherungsmaßnahmen auf städtischen Flächen, Einbringen von Bodenschutzaspekten in Bau- und Planungsverfahren, Identifizierung schutzwürdiger Böden, Schaffung von Arbeits- und Entscheidungsgrundlagen in Form von Fachinformationssystemen (FIS) mit dem Ziel der Steigerung der ökologischen Qualität und der Lebensqualität, u.a. durch den sorgsamen Umgang mit unbelasteten und belasteten Böden.

* Abfallwirtschaftsplanung, fachliche Steuerung der Stadtreinigung Hamburg mit den Themenschwerpunkten kommunale Abfallentsorgung, Wegereinigung und Winterdienst sowie ergänzender Maßnahmen und Programme zur Optimierung der Sauberkeit der Stadt, Wahrnehmung zentraler Vollzugsaufgaben u.a. in den Bereichen nationale und internationale Nachweisverfahren, Schiffsentsorgung sowie Genehmigung und Überwachung von Abfallentsorgungsanlagen.

* Information und Beratung bei geowissenschaftlichen Fragestellungen für die Erkundung von Lagerstätten und Rohstoffen, Geothermie (Erdwärme), Speicherpotenziale im tiefen Untergrund sowie für geowissenschaftliche Aufgaben beim Boden- und Grundwasserschutz, bei der Altlastensanierung, beim Bodendenkmal-, Natur- und Landschaftsschutz, Durchführung der geologischen Landesaufnahme und Führen des zentralen geologischen Archivs (Bohrarchiv).

* Fachaufsicht über den Bereich Umweltuntersuchungen des Instituts für Hygiene und Umwelt.

4.5.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 264 Umweltschutz

4.5.2.1 Produktgruppe 26401 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz

4.5.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 26401 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz

Schwerpunkte der Produktgruppe 264.01 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz sind:

· Schutz und nachhaltige Bewirtschaftung der Gewässer, insbesondere durch die weitere Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie, der EG-Badegewässerrichtlinie, der EG-Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie und des Hamburger Beitrags zum Maßnahmenprogramm für den Bewirtschaftungsplan der Elbe. Entwicklung der Gewässer als Lebensraum unter Beibehaltung ihrer vielfältigen Nutzungen.

· Sicherstellung des Hochwasserschutzes (Überflutungs-, Binnenhochwasser- und Sturmflut-/Küstenschutz) und Umsetzung der EG-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie. Verbesserung der innerstädtischen Gewässer durch Erneuerung und Sicherung der Ufermauern, Sedimententnahme zur Sicherung der Fahrtiefen und der Vorflut als Beitrag zum Erhalt bzw. zur Verbesserung der Infrastruktur.

· Schutz und Sicherung der Grundwasservorkommen als Ressource für die öffentliche Trinkwasserversorgung.

4.5.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26401 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	16.784	18.770	16.785	16.476	16.888	17.312	17.312
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	37.682	38.134	37.792	32.918	32.385	32.001	32.156
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	1.293	1.019	1.491	0	0	0	0
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten	4.138	4.354	4.311	4.208	4.303	4.367	4.438
a) Kosten für Entgelte	2.537	2.685	2.528	2.420	2.474	2.499	2.526
b) Kosten für Bezüge	762	759	817	909	929	954	981
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	0	0	109	0	0	0	0
d) Kosten für Sozialleistungen	489	517	521	516	528	534	541
e) Kosten für Versorgungsleistungen	350	393	336	363	372	380	390
4. Kosten für Transferleistungen	4.855	4.520	4.791	8.806	8.795	8.658	8.658
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	20.118	20.654	21.241	22.371	25.000	25.468	25.951
6. Sonstige Kosten	7.008	7.226	4.777	2.325	2.325	2.325	2.325
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-57.017	-56.118	-56.127	-54.152	-55.920	-55.507	-56.216
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit				0	0	0	0
10. Finanzergebnis				0	0	0	0
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	-57.017	-56.118	-56.127	-54.152	-55.920	-55.507	-56.216
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-57.017	-56.118	-56.127	-54.152	-55.920	-55.507	-56.216
16. Globale Mehr- oder Minderkosten				0	0	0	0
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	-57.017	-56.118	-56.127	-54.152	-55.920	-55.507	-56.216

Im Zuge der strategischen Neuausrichtung des Haushaltes der FHH wurden bisher kameral veranschlagte Investitionen in Höhe von rd. 13%, entsprechend rd. 6,3 Mio. EUR in 2014 und rd. 15% entsprechend rd. 5,5 Mio. EUR in 2015 und 2016 konsumtiv übergeleitet.

Die Produktgruppe erzielt Erlöse u.a. aus dem Bereich Grundwassergebühr. Zu Beginn der Jahre 2011 und 2013 erfolgten jeweils Gebührenerhöhungen. Die Erlöse sind Schwankungen unterworfen, da die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, dass Zahlungspflichtige Gebührenerhöhungen zum Anlass nehmen, ihre jeweils erlaubten Fördermengen unter Kostenaspekten einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Der wesentliche Anteil im Kontenbereich „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ liegt bei den von der FHH zu tragenden Sielbenutzungsgebühren für die Entwässerung öffentlicher Wege, öffentlicher Grün- und Erholungsanlagen und öffentlicher Hochwasserschutzanlagen. Die Gebühren werden zukünftig aufgrund der ermittelten versiegelten und an das Sielnetz angeschlossene Fläche multipliziert mit dem Gebührensatz pro m² berechnet. Dabei liegt der Hauptanteil bei den öffentlichen Wegen mit knapp 25 Mio. Euro jährlich.

Einen weiteren Kostenschwerpunkt bilden die Kosten für Unterhaltung, Betrieb und Bewirtschaftung der öffentlichen Hochwasserschutzanlagen und der dazugehörigen Nebenanlagen und Grundstücke, die im Zuständigkeitsbereich der BSU und im Zuständigkeitsbereich der Hamburg Port Authority (HPA) liegen. Berücksichtigt sind ebenfalls Aufwendungen für die Deichverteidigung einschl. Miete und Unterhaltung von Stützpunkten sowie die Kosten für die Beseitigung der durch andere oder höhere Gewalt verursachten Schäden.

Einsparungen im Schwerpunktbereich „Umsetzung der EG-Hochwasserrisikomanagementrichtlinie“ werden zu einer zeitlichen Streckung bei der Umsetzung von Maßnahmen führen.

Die Kosten der Transferleistungen werden hauptsächlich für Reparaturen, Reinigung und Inspektionen der Straßenentwässerungsanlagen des Wegekörpers der FHH vorgehalten, die der HSE erstattet werden. Die Erhöhung der Kosten für Transferleistungen in 2014 auf 2015 wurde aufgrund einer veränderten Zuordnung zu Plankostenarten (Kosten aus Verwaltungstätigkeit) erforderlich.

Das Institut für Hygiene und Umwelt (HU) führt im Auftrag der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Umweltuntersuchungen, insbesondere chemische und chemisch-physikalische Untersuchungen an Gewässern zur Überwachung gemäß der EG-WRRL durch. Im Rahmen der Prioritätensetzung zur Einhaltung der Schuldenbremse sind im HU weitere Effizienz- und Rationalisierungspotenziale nur noch durch die Reduzierung von Untersuchungsleistungen und ggf. durch personelle Maßnahmen zu realisieren.

Weitere Mittelabsenkungen im Rahmen der Prioritätensetzung zur Einhaltung der Schuldenbremse wurden bei der Gewässerunterhaltung und bei den Messnetzen zur Gewässerbeobachtung vorgenommen.

Die Abschreibungskosten entstehen hauptsächlich aus dem Bestand aus Hochwasserschutzanlagen, insbesondere Deiche, Hochwasserschutzwände, Schleusen, Sperrwerke, Schöpfwerke, Deichsiele, Tore und Dammbalkensperren.

4.5.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 26401 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz

Z 1: Sicherstellen einer nachhaltigen Nutzung und ganzheitlichen Bewirtschaftung der Gewässer durch Erarbeitung und Durchsetzen fachlicher Vorgaben zu Plan- und Wasserrechtsverfahren, Gewässerüberwachung und -management (B_264_01_001-B_264_01_002)

Z 2: Wiederherstellung der Durchgängigkeit der Gewässer für Fische und andere aquatische Lebewesen, Gewährleistung der Mindestwasserführung, einer hinreichenden Eigendynamik sowie die Vermeidung von hydraulischem Stress, Schaffung/Erhalt von standorttypischen Gewässerstrukturen, Anpassung bzw. Reduzierung der Gewässerunterhaltung, Reduzierung von Nähr- und Schadstoffeinträgen sowie von Sauerstoffdefiziten gemäß EG-Wasserrahmenrichtlinie und EG-Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie (B_264_01_002)

Z 3: Gewährleistung von Schutz und nachhaltigem Gebrauch des Grundwassers gem. Vorgaben der EG-Wasserrahmenrichtlinie (B_264_01_003)

Z 4: Erhalt bzw. Erreichen der mindestens guten Qualität der EG-Badegewässer (B_264_01_004)

Z 5: Verbesserung der Schadstoffsituation der Elbe - insbesondere der Sedimente - durch Initialisierung und fachliche Begleitung von Sanierungsmaßnahmen und Ursachenforschung (B_264_01_005)

Z 6: Sicherstellen einer nachhaltigen Nutzung und ganzheitlichen Bewirtschaftung der Gewässer durch Erteilung wasserrechtlicher Genehmigungen (B_264_01_006-B_264_01_010)

Z 7: Vorbeugender Grundwasserschutz zur Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung (B_264_01_009)

Z 8: Automatisiertes Management der Informationen zur Gewässeraufsicht und Überwachung (B_264_01_012)

Z 9: Fertigstellung des laufenden Bauprogrammes Hochwasserschutz (HWS) 1993-2016 (B_264_01_011-B_264_01_013)

Z 10: Grundinstandsetzung der vorhandenen Hochwasserschutzanlagen (B_264_01_014-B_264_01_015)

Z 11: Erhalt und Betrieb der öffentlichen Hochwasserschutzanlagen (B_264_01_014-B_264_01_015)

4.5.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26401 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz

	Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
B_264_01_001 Abgeschlossene Wasserwirtschaftliche Maßnahmen an Oberflächengewässern; Anzahl Maßnahmen BSU/LSBG	St.	6	4	4	2	2	1	1
B_264_01_002 Anzahl Umsetzung und Koordinierung abgeschlossener Maßnahmen zum Überwachungs- und Maßnahmenprogramm gemäß Wasserrahmenrichtlinie und Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie	St.	65	69	75	50	50	40	40
B_264_01_003 Messstellen mit auffälligen Befunden im oberflächennahen Grundwasser	%	42	38	40	40	40	40	40
B_264_01_004 Anteil der Badestellen mit mindestens guter Qualität	%	88	88	94	94	94	94	94
B_264_01_005 Bearbeitungsstand bei der Umsetzung von Schadstoff-Sanierungsmaßnahmen im Elbe-Einzugsgebiet	%	20	31	41	45	50	55	60
B_264_01_006 Anzahl wasserrechtliche Genehmigungen (auch für regenerative Energien)	St.	1.064	957	1.270	1.290	1.310	1.250	1.250
B_264_01_007 Anzahl wasser- und schifffahrtsrechtlicher Gebührenbescheide (Umweltgebührenordnung und Grundwassergebührengesetz)	St.	950	1.224	1.420	1.440	1.460	1.350	1.350
B_264_01_008 Durchschnittliche Einnahmen pro Gebührenbescheid	Tsd. EUR	15,35	12,16	10	10	10	11	11
B_264_01_009 Rohwasserbeprobungen in Förderbrunnen der Trinkwassergewinnung mit auffälligen Befunden	%	46	47	40	40	40	40	40
B_264_01_010 Anzahl Neueinträge Datenbanksystem Gewässeraufsicht und Überwachung	St.	6.000.000	6.000.000	6.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000
B_264_01_011 Bauprogramm HWS 1993-2016: Bis zur Beendigung des lfd. Bauprogramms Hochwasserschutz noch mit Schutzniveau von vor 1993 geschützter Flächenanteil des potentiell durch Sturmfluten gefährdeten FHH-Gesamtgebietes	%	20,57	5,33	4,64	2	0	0	0
B_264_01_012 Bauprogramm HWS 1993-2016: Erhöhung der Hauptdeichlinie/Wände, noch fertig zu stellende Restlänge (gesamt: 25 km)	km	1,8	1,2	0,4	0,8	0,8	0	0
B_264_01_013 Bauprogramm HWS 1993-2016: Anzahl der fertiggestellten Einzelbauwerke aus dem Bauprogramm Hochwasserschutz pro Jahr	St.	2	4	2	4	2	0	0
B_264_01_014 Anteil der Instandsetzung der Hochwasserschutzanlagen im Haushaltsjahr , bez. auf die Gesamtlänge (Deiche u. Wände)	%	1	1	1	0,5	0,5	0,5	0,5
B_264_01_015 Anzahl Instandhaltungsmaßnahmen an HWS-Einzelanlagen	St.	20	10	20	20	20	15	15

zu B_264_01_002: ab 2015/2016 Hinzunahme der Maßnahmen an der Tideelbe und im Hamburger Küstengewässer.

zu B_264_01_003: Mindestens eine Schwellenwert-Überschreitung gem. Grundwasserverordnung oder ein Nachweis von
Arzneimitteln (ab 2011) oder Dimethylsulfamid (DMS)

zu B_264_01_009: Mind. ein positiver Befund an Pflanzenbehandlungs- u. Schädlingsbekämpfungsmitteln (PBSM), Chlorkohlenwasserstoffen (CKW)
oder sonstigen organischen Spurenstoffen sowie Schwermetallkonzentrationen oberhalb

des Grenzwertes nach Trinkwasserverordnung

zu B_264_01_014: Zahl als langfristige Tendenz grob geschätzt

4.5.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26401 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Leitung und Leitungsunterstützung							
Erlöse	0	0		0	0	0	
Kosten	25.209	25.650		268	276	278	253
Saldo Jahresergebnis 1 Leitung und Leitungsunterstützung	-25.209	-25.650		-268	-276	-278	-253
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Leitung und Leitungsunterstützung	0	0	0	0	0	0	0
Wasserwirtsch. Maßn. management							
Erlöse	410	995		793	793	793	793
Kosten	23.459	24.202		48.108	48.249	48.166	48.377
Saldo Jahresergebnis 1 Wasserwirtsch. Maßn. management	-23.049	-23.207		-47.315	-47.456	-47.373	-47.584
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Wasserwirtsch. Maßn. management	0	0	0	0	0	0	0
Wasserrechtl. Gen.							
Erlöse	16.163	16.934		3.347	3.429	3.514	3.514
Kosten	1.266	1.333		601	614	625	565
Saldo Jahresergebnis 1 Wasserrechtl. Gen.	14.897	15.601		2.746	2.815	2.889	2.949
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Wasserrechtl. Gen.	0	0	0	0	0	0	0
Wasserversorgungsmanagement							
Erlöse	0	0		12.316	12.646	12.985	12.985
Kosten	635	653		280	285	288	264
Saldo Jahresergebnis 1 Wasserversorgungsmanagement	-635	-653		12.036	12.361	12.697	12.721
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Wasserversorgungsmanagement	0	0	0	0	0	0	0
Infosysteme, Daten							
Erlöse	163	685		7	7	7	7
Kosten	13.626	13.718		1.439	1.444	1.450	1.392
Saldo Jahresergebnis 1 Infosysteme, Daten	-13.463	-13.033		-1.432	-1.437	-1.443	-1.385
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Infosysteme, Daten	0	0	0	0	0	0	0
Hochwasserrisikomanagement							
Erlöse	48	157		13	13	13	13
Kosten	9.606	9.333		19.932	21.940	22.012	22.677
Saldo Jahresergebnis 1 Hochwasserrisikomanagement	-9.557	-9.176		-19.919	-21.927	-21.999	-22.664
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Hochwasserrisikomanagement	0	0	0	0	0	0	0

Die Abweichung bei den Kosten im Produkt "Leitung und Leitungsunterstützung" zwischen 2014 und 2015 resultiert aus einer korrigierten Zuordnung zum sachlich richtigen Produkt "Wasserwirtschaftliches Maßnahmenmanagement".

4.5.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26401 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ				56,92	56,42	55,05	54,05
Vgl. Vorwort zum Einzelplan							

4.5.2.2 Produktgruppe 26402 Altlasten, Bodenschutz u. Geolog. Dst

4.5.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 26402 Altlasten, Bodenschutz u. Geolog. Dst

Schwerpunkte der Produktgruppe 264.02 Altlasten, Bodenschutz und Geologischer Dienst sind:

Schutz und Entwicklung der natürlichen Bodenfunktionen und Definition der Klimafunktion der Böden für städtische Räume.

Fortsetzung des altlastbedingten Flächenrecyclings bei Wohnungsbau- und Gewerbeflächen mit Hinweisen auf Altlasten.

Steigerung der ökologischen Qualität und der Lebensqualität durch den sorgsamen Umgang mit belasteten Böden und die Beseitigung der Gefahren für Menschen, Boden und Grundwasser durch Altlasten und schädliche Bodenverunreinigungen.

Bearbeiten geowissenschaftlicher Aufgaben für eine nachhaltige Nutzung des Hamburger Untergrunds, z. B. beim Boden- und Grundwasserschutz; den Speicherpotenzialen im tiefen Untergrund, der Geothermie, bei Georisiken und der Rohstoffgewinnung.

4.5.2.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26402 Altlasten, Bodenschutz u. Geolog. Dst

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse	382	286	233	234	234	234	234
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	318	173	136	2.133	1.947	1.947	1.947
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	34	38					
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten	5.694	6.007	5.743	5.347	5.568	5.704	5.839
a) Kosten für Entgelte	4.016	4.250	4.000	3.673	3.754	3.844	3.931
b) Kosten für Bezüge	577	574	618	623	711	730	751
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	774	819	807	742	763	781	799
e) Kosten für Versorgungsleistungen	328	364	318	309	340	349	358
4. Kosten für Transferleistungen	2.319	2.239	2.339	2.295	2.283	2.147	2.147
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	2.870	2.959	2.952	3.935	2.611	2.497	2.369
6. Sonstige Kosten	15.560	17.588	8.301	2.135	3.550	4.450	4.661
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-26.380	-28.680	-19.238	-15.612	-15.726	-16.512	-16.730
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit				0	0	0	0
10. Finanzergebnis				0	0	0	0
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	-26.380	-28.680	-19.238	-15.612	-15.726	-16.512	-16.730
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-26.380	-28.680	-19.238	-15.612	-15.726	-16.512	-16.730
16. Globale Mehr- oder Minderkosten				0	0	0	0
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	-26.380	-28.680	-19.238	-15.612	-15.726	-16.512	-16.730

Im Kontenbereich „sonstige Kosten“ sind die Kosten für den Vollzug des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG) für Untersuchungs-, Vorbereitungs- und Nachsorgemaßnahmen bei schutzwürdigen Böden und Untergrundverunreinigungen dargestellt. Die Maßnahmen

werden überwiegend aufgrund des Bodenschutz- und des Wasserrechts sowie aus finanz- und wirtschaftspolitischen

Interessen (z.B. Bereitstellung von Flächen für den Wirtschafts-/Gewerbebereich) durchgeführt.

Schutzwürdige Böden, die Gefährdung von Böden, schädliche Bodenveränderungen, Verdachtsflächen, Altlasten

und altlastverdächtige Flächen werden aufgespürt, untersucht sowie beobachtet, akute Gefahrensituationen werden

abgewendet. Die Einsatzmöglichkeit innovativer Sanierungstechnologien wird untersucht. Es werden Sanierungsanlagen

zur Behandlung von Grundwasser, Bodenluft oder zum Fassen von Ölkontaminationen betrieben.

Besonders herauszuheben sind die Gefahrenabwehrmaßnahme „Sanierung der Westerweiterung EUROGATE/

Sanierung Petroleumhafen“ sowie die Flächenrecyclingmaßnahme „Äußerer Veringkanal“:

Im Bereich des Petroleumhafens wurden die Flächen seit ca. 100 Jahren zur Lagerung von petrochemischen Produkten genutzt. Das Gelände ist in hohem Maße mit Mineralölkohlenwasserstoffen (MKW), Aromaten (BTEX) sowie mit polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) belastet. Die Belastungsschwerpunkte wurden in den vergangenen Jahren entfernt, sogenannte in-situ-Sanierungen, bei denen die Schadstoffe biologisch oder chemisch entfernt werden, werden jetzt vorbereitet.

Im Äußeren Veringkanal hatte die BSU im Zusammenhang mit der Entwicklung von Gewerbeflächen im Hafengebiet

für die HPA die Schaffung einer Landfläche übernommen. Mit den Arbeiten wurde 2012 begonnen, sie werden planmäßig mit der weiteren Verfüllung und anschließenden Konsolidierung der Landfläche fortgeführt.

Zur Dokumentation und für Auskünfte wird das Bodeninformationssystem mit dem Altlasthinweiskataster geführt. Es

können Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden. Sanierungen werden vorrangig auf öffentlichen

Flächen durchgeführt, soweit die FHH kostenpflichtig ist. Hinzu kommen Sanierungen auf privaten Flächen auf

Grundlage öffentlich-rechtlicher Verträge, mit denen die FHH eine Sanierungspflicht übernimmt sowie Sanierungsmaßnahmen

im Rahmen des Flächenrecyclings aus finanz- und wirtschaftspolitischen Interessen (s. oben). Nach

abgeschlossener Sanierung erfolgt die Nachsorge.

Es können Aufwendungen für die Beratung und Betreuung Sanierungsbetroffener, Entschädigungen und Zahlungen

aus Billigkeitsgründen sowie Kredithilfen und Gerichtskosten geleistet werden. Das Beschaffen und Betreiben

von (Mess-)Geräten sowie die Durchführung erforderlicher Qualifizierungsmaßnahmen ist aus diesen Mitteln möglich.

Es können anteilige Finanzierungen von Forschungs- und Entwicklungsprojekten oder sonstigen Fördermaßnahmen

erfolgen, die vom Bund oder sonstigen Dritten mitfinanziert werden.

Im Rahmen der Prioritätensetzung zur Einhaltung der Schuldenbremse wurden Mittelabsenkungen bei der Altlastensanierung vorgenommen.

Im Kontenbereich „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ liegt der finanzielle Schwerpunkt u.a. bei der Erfassung von

Bodendaten und der Bestimmung von Georisiken im Hamburger Raum. Hierzu werden z.B. Untersuchungen zur

Stabilität von Hangbereichen und Auslaugungsprozessen im Umfeld von Salzstöcken durchgeführt. Geowissenschaftliche

Arbeiten zur Entwicklung von Geographischen Informationssystemen (GIS) und GIS-gestützten Auskunftsinstrumenten

zur räumlichen Darstellung der natürlichen Georessourcen des Hamburger Raums sowie die Erstellung

geologischer, hydrologischer und ingenieurgeologischer Auskünfte und gutachterlicher Stellungnahmen werden ebenfalls darunter veranschlagt.

Im Kontenbereich „Kosten für Transferleistungen“ sind Umweltuntersuchungen des Institutes für Hygiene und Umwelt abgebildet.

Die Kosten für „Abschreibungen“ resultieren insbesondere auf Bauwerken auf der Deponie Georgswerder (Betriebs- und

Informationsgebäude, Höhenrundweg) sowie Sanierungsbauwerken (z.B. Spundwände, deponietechnische Anlagen, Stauwasseranlagen, Rohrleitungen, Messtechnik) und Großgeräte.

4.5.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 26402 Altlasten, Bodenschutz u. Geolog. Dst

Z 1: Ständige Aktualisierung der Digitalen Bodenkarte mit Darstellung der Bodenfunktionen für das gesamte Stadtgebiet; Beantwortung von Anfragen anderer Dienststellen und Privater zu Flächen; Schützen und Verbessern der Qualität und Vielfalt der Bodenfunktionen (Entwicklungsziele für Böden, Fachplan "Schutzwürdige Böden" (B_264_02_001)

Z 2: Gefährdungsabschätzung für alle altlastverdächtigen Flächen (avF), Altlasten, Verdachtsflächen und schädlichen Bodenveränderungen bis 2020 durchführen (B_264_02_002-B_264_02_003)

Z 3: Beseitigung von festgestellten Gefahren für Menschen und Umwelt durch verunreinigte Böden (B_264_02_004-B_264_02_005)

Z 4: Flächenbereitstellung im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren, Planungsvorhaben, Grundstücksverkehr, Nutzungsänderungen (B_264_02_006)

Z 5: Gewährleisten von sicherem Bauen, Wohnen und Arbeiten im Rahmen von Bau- und Planungsvorhaben (B_264_02_007)

Z 6: Gewährleistung eines schnellen Zugriffs auf die Fachinformationssysteme sowie Information und Beratung von Behörden und Dritten auf den Gebieten der Hydrogeologie, Ingenieurgeologie, Geothermie sowie bei Fragen der Speicherpotentiale und Georisiken (B_264_02_008)

Z 7: Bereitstellung geowissenschaftlicher Informationen durch Karten und rechnergestützte Modellierung des Hamburger Untergrunds (B_264_02_009)

4.5.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26402 Altlasten, Bodenschutz u. Geolog. Dst

	Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
B_264_02_001 Anzahl bodenschutzrechtlicher Stellungnahmen zu Bau- und Planungsvorhaben	St.	33	25	50	50	50	50	50
B_264_02_002 Anzahl der abgeschlossenen Gefährdungsabschätzungen gem. § 9 BBodSchG (inkl. Amtsermittlungen und aktuelle Schadensfälle)	St.	126	69	111	90	90	90	90
B_264_02_003 Anzahl der laufenden Gefährdungsabschätzungen (inkl. Amtsermittlungen und aktuelle Schadensfälle)	St.	428	426	510	400	400	400	400
B_264_02_004 Anzahl der abgeschlossenen Sanierungen pro Jahr	ha	0,6	10,5	0	1	1	1	1
B_264_02_005 Anzahl der laufenden Sanierungen gem. BBodSchG (inkl. Betrieb, Unterhaltung und Überwachung)	St.	28	29	30	30	30	30	30
B_264_02_006 Abgeschlossene Flächen für das Flächenrecycling pro Jahr	ha	25	57	30	30	30	30	30
B_264_02_007 In Bearbeitung befindliche Flächen für das Flächenrecycling pro Jahr	ha	258	158	150	150	150	150	150
B_264_02_008 Anzahl der Anfragen und Auskünfte im Rahmen der geowissenschaftlichen Beratung	St.	1.046	1.065	1.100	975	1.000	1.025	1.050
B_264_02_009 Anzahl der erstellten Karten und Profilschnitte in versch. Maßstäben	St.	103	115	120	95	100	105	110

zu B_264_02_002: Wirkungskennzahl

zu B_264_02_004: Wirkungskennzahl. Erfahrungsgemäß starke Schwankungen, Festlegung weiterer Plangrößen noch nicht

abgeschlossen. Planbar sind nur die städtischen Sanierungen, die Erg. beinhalten auch private Sanierungen soweit

bekannt.

zu B_264_02_005: Wirkungskennzahl

zu B_264_02_006: Wirkungskennzahl. Die erreichten recycelten Flächen in ha sind abhängig von der planungsrechtlichen oder

wirtschaftlichen Umsetzung von Flächen. Sie sind nicht allein vom Amt für Umweltschutz beeinflussbar. Die Abarbeitungsprioritäten

und -fortschritte bestimmen sich nach den Planungs- und baurechtlichen Voraussetzungen

zu B_264_02_008: Wirkungskennzahl

Anzahl altlastverdächtige Flächen: Ergebnis 2013 Hamburg: 1.688, Berlin: 5.838, Bremen: 3.513 (Stück)

Anzahl Altlasten: Ergebnis 2013 Hamburg: 563, Berlin: 793, Bremen: 410 (Stück)

Anzahl abgeschlossene Gefährdungsabschätzungen: Ergebnis 2013 Hamburg: 3.278, Berlin: 1.206, Bremen: 1.073 (Stück)

Anzahl Sanierung abgeschlossen: Ergebnis 2013 Hamburg: 471, Berlin: 221, Bremen: 673 (Stück)

Anzahl Altlasten in der Überwachung: Ergebnis 2013 Hamburg: 151, Berlin: 103, Bremen: 180 (Stück)

(Planwerte für die Vergleichskennzahlen werden in der Länderarbeitsgemeinschaft Bodenschutz (LABO) nicht erhoben)

Zuwachs der digital verfügbaren Bohrdaten pro Jahr:

	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Hamburg	4.553	5.389	6.673	5.320	3.000	3.000	3.000
Berlin	k.A.	2.703	2.500	927	1.000	1.000	1.000
Bremen	9.771	1.817	1.673	3.372	750	750	750

Anzahl der ausgewiesenen Geotope:

	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Plan 2014	Plan 2015	lan 2016
Hamburg	30	30	30	30	30	30	30
Berlin	65	65	65	65	65	65	65
Bremen	0	0	10	20	20	20	20

4.5.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26402 Altlasten, Bodenschutz u. Geolog. Dst

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Bodeninformationssysteme							
Erlöse	38	28		24	24	24	24
Kosten	1.903	2.328		1.804	1.891	2.033	2.080
Saldo Jahresergebnis 1 Bodeninformationssysteme	-1.865	-2.300		-1.780	-1.867	-2.009	-2.056
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Bodeninformationssysteme	0	0	0	0	0	0	0
Gefahrenabwehr							
Erlöse	250	188		154	154	154	154
Kosten	18.623	17.122		10.350	10.473	10.881	10.939
Saldo Jahresergebnis 1 Gefahrenabwehr	-18.373	-16.933		-10.197	-10.320	-10.727	-10.785
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Gefahrenabwehr	0	0	0	0	0	0	0
Flächenrecycling							
Erlöse	62	46		37	37	37	37
Kosten	3.823	6.540		2.690	2.555	2.766	2.853
Saldo Jahresergebnis 1 Flächenrecycling	-3.760	-6.495		-2.653	-2.518	-2.729	-2.816
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Flächenrecycling	0	0	0	0	0	0	0
Bohrdatenbank							
Erlöse	24	18		19	19	19	19
Kosten	1.238	1.551		602	626	641	656
Saldo Jahresergebnis 1 Bohrdatenbank	-1.214	-1.532		-583	-607	-622	-637
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Bohrdatenbank	0	0	0	0	0	0	0
Geowissenschaft							
Erlöse	7	5		0	0	0	0
Kosten	1.133	1.410		399	414	425	436
Saldo Jahresergebnis 1 Geowissenschaft	-1.126	-1.405		-399	-414	-425	-436
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Geowissenschaft	0	0	0	0	0	0	0
Bitte Erläuterung erfassen							

4.5.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26402 Altlasten, Bodenschutz u. Geolog. Dst

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ				75,28	75,28	74,28	73,28

Vgl. Vorwort zum Einzelplan

4.5.2.3 Produktgruppe 26403 Abfallwirtschaft

4.5.2.3.1 Vorwort der Produktgruppe 26403 Abfallwirtschaft

Schwerpunkte der Produktgruppe 264.03 Abfallwirtschaft sind:

Weiterentwicklung einer umweltverträglichen und ressourcenschonenden Abfallwirtschaft durch die Überwachung von Abfallströmen und Abfallentsorgungsanlagen, geregelte Schiffsentsorgung, Ausbau des Recyclings (z.B. von Wertstoffen aus privaten Haushalten) sowie Gewährleistung der langfristigen Entsorgungssicherheit durch Abfallwirtschaftsplanung.

Optimierung der Sauberkeit der Stadt und des Winterdienstes durch fachliche Steuerung der Stadtreinigung

Hamburg (SRH) sowie ergänzende Programme und Maßnahmen.

4.5.2.3.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26403 Abfallwirtschaft

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse	2.795	2.715	457	1.922	1.922	1.922	1.922
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.809	1.713	161	2.617	2.614	2.610	2.606
<i>a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>b) davon IT-Kosten</i>							
<i>c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>							
3. Personalkosten	2.642	2.765	2.728	2.886	2.760	2.807	2.826
<i>a) Kosten für Entgelte</i>	1.134	1.200	1.130	1.295	1.239	1.250	1.235
<i>b) Kosten für Bezüge</i>	923	918	989	947	905	930	957
<i>c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>							
<i>d) Kosten für Sozialleistungen</i>	219	232	259	302	289	292	291
<i>e) Kosten für Versorgungsleistungen</i>	366	414	350	342	327	335	343
4. Kosten für Transferleistungen	38.816	34.004	34.007	33.685	33.677	33.610	33.611
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	5	14	32	26	67	106	148
6. Sonstige Kosten	13	1					
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-40.489	-35.782	-36.471	-37.292	-37.196	-37.211	-37.269
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit				0	0	0	0
10. Finanzergebnis				0	0	0	0
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	-40.489	-35.782	-36.471	-37.292	-37.196	-37.211	-37.269
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-40.489	-35.782	-36.471	-37.292	-37.196	-37.211	-37.269
16. Globale Mehr- oder Minderkosten				0	0	0	0
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	-40.489	-35.782	-36.471	-37.292	-37.196	-37.211	-37.269

Schwerpunktmäßig setzen sich die Kosten aus Verwaltungstätigkeit aus folgenden Maßnahmen zusammen:

1. Sicherung der Binnenschiffsentsorgung

Hiernach wird die Bilgenentölung der Binnenschifffahrt nach dem Verursacherprinzip finanziert. Die Bundesrepublik Deutschland hat dazu ein Übereinkommen über die Sammlung, Abgabe und Annahme von Abfällen in

der Rhein- und Binnenschifffahrt (ZKR-Übereinkommen) am 10.03.2004 ratifiziert. Das Übereinkommen ist am

01.11.2009, nachdem Belgien als letzter Rheinanliegerstaat beigetreten ist, in Kraft getreten.

2. Rücknahmeverpflichtungen bei gescheiterten oder illegalen Abfallverbringungen

Soweit Verursacher zur Kostentragung nicht herangezogen werden können, trifft die Rücknahmeverpflichtung

jeweils das Bundesland, dessen Zuständigkeitsgebiet Ausgangspunkt der entsprechenden Abfallverbringung

ist.

3. Aufwendungen zur Optimierung der Wertstoffeffassung

Im Rahmen der Recyclingoffensive von SRH und BSU ist beabsichtigt, die Effizienz der Sammelsysteme (insbesondere

Blaue Tonne für Papier, Wertstofftonne für Abfälle aus überwiegend Kunststoffen und Metallen, Biotonne

für Bio- und Grünabfälle) in Hamburg weiter zu optimieren.

4. Erlöse und Aufwendungen für Hafenauffangeinrichtungen zur Entsorgung von Schiffsabfällen

Das internationale MARPOL-Übereinkommen von 1973 verpflichtet die FHH, die Einrichtung von Auffanganlagen

zur Aufnahme ölhaltiger Abwässer (MARPOL- Anlage I) von Seeschiffen in deutschen Häfen sicherzustellen

sowie entsprechende Entsorgungsmöglichkeiten zu schaffen. Die Erhöhung der Erlöse und der Kosten aus Verwaltungstätigkeit von 2014 auf 2015 resultiert u.a. aus der erstmaligen Veranschlagung von zweckgebundenen Erlösen und den dazugehörigen Kosten.

5. öffentliche Toiletten

Die Erhöhung der Kosten aus Verwaltungstätigkeit von 2014 auf 2015 resultiert u.a. aus einer Aufgabenverlagerung im Zusammenhang mit öffentlichen Toiletten von der Produktgruppe " Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz" zur Produktgruppe "Abfallwirtschaft".

Die Kosten für Transferleistungen beziehen sich überwiegend auf die Erstattung von Leistungen der SRH.

Insbesondere sind dies nicht gebührenpflichtige Leistungen der SRH im Rahmen der Sauberkeit in der Stadt, wie

z.B. Fahrbahnreinigung, Gehwegreinigung, Beseitigung von wilden Müllablagerungen und Sonderdienste sowie

Winterdienst auf Fahrbahnen und anliegerfreien Zusatzstrecken. Außerdem sind Umweltuntersuchungen des Institutes

für Hygiene und Umwelt enthalten.

4.5.2.3.3 Ziele der Produktgruppe 26403 Abfallwirtschaft

Z 1: Optimierung der Abfallwirtschaft u. a. durch Konzepte zur strukturellen Weiterentwicklung, Maßnahmen zur Förderung von Vermeidung und Verwertung von Abfällen, Ausbau von Wertstofffassungssystemen sowie Feststellung des Bedarfs an Kapazitäten für Abfallbeseitigungsanlagen im Rahmen der Abfallwirtschaftsplanung (B_264_03_001)

Z 2: Steigerung der Wertstofffassung in der kommunalen Abfallwirtschaft [Ressourcen und Klimaschutz] (B_264_03_002)

Z 3: Gewährleistung einer sauberen Stadt sowie Aufrechterhaltung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf den vorgesehenen Winterdienstflächen (B_264_03_003)

Z 4: Gewährleistung der ordnungsgemäßen und schadlosen Entsorgung von Abfällen durch Überwachung der nationalen und internationalen Abfallströme (B_264_03_004-B_264_03_005)

Z 5: Bereitstellung des Angebotes einer umweltverträglichen Schiffsentsorgung für Hamburg anlaufende Schiffe (B_264_03_006)

Z 6: Gewährleistung des Betriebes von Abfallentsorgungsanlagen im Rahmen des geltenden Umweltrechtes und der umweltverträglichen Entsorgung von Abfällen in geeigneten Anlagen bzw. Maßnahmen (B_264_03_007-B_264_03_008)

4.5.2.3.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26403 Abfallwirtschaft

	Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
B_264_03_001 Menge der Restabfälle zur Beseitigung (thermische Behandlung) aus privaten Haushalten pro Jahr	t	483.000	471.000	475.000	450.000	440.000	430.000	420.000
B_264_03_002 Anteil getrennterfasster Wertstoffe aus privaten Haushalten an der Gesamtmenge des Abfalls aus privaten Haushalten	%	32	33	36	37	39	41	43
B_264_03_003 Anteil der innerhalb von 3 Tagen erledigten Meldungen bei der Hotline Saubere Stadt	%	94	95	80	80	80	80	80
B_264_03_004 Anzahl der Begleitscheine national	St.	92.600	100.400	92.600	100.000	100.000	100.000	100.000
B_264_03_005 Anzahl Entsorgungsvorgänge international (Anzahl der Begleitscheine international)	St.	4.826	4.924	4.500	5.000	5.000	5.000	5.000
B_264_03_006 Zahl der durchgeführten Entsorgungen im Verhältnis zur Gesamtzahl der abgabepflichtigen Schiffsankünfte	%	18	17	30	18	18	18	18
B_264_03_007 Anzahl der abschließend bearbeiteten Zulassungs- und Genehmigungsvorgänge	St.	54	37	80	80	80	80	80
B_264_03_008 Anzahl der Überwachungen (Regel-, Anlass- und Sonderüberwachungen)	St.	114	103	120	110	110	110	110
zu B_264_03_001, B_264_03_002, B_264_03_003 und B_264_03_006: Wirkungskennzahlen								

4.5.2.3.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26403 Abfallwirtschaft

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Abfallwirtschaft							
Erlöse	0	0					
Kosten	768	846		709	689	689	689
Saldo Jahresergebnis 1 Abfallwirtschaft	-768	-846		-709	-689	-689	-689
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Abfallwirtschaft	0	0	0	0	0	0	0
Management Stadtbild							
Erlöse	221	220		2	2	2	2
Kosten	39.899	34.914		33.962	33.989	34.063	34.153
Saldo Jahresergebnis 1 Management Stadtbild	-39.679	-34.695		-33.960	-33.987	-34.061	-34.151
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Management Stadtbild	0	0	0	0	0	0	0
Entsorgungsvorgänge							
Erlöse	1.992	1.931		325	325	325	325
Kosten	1.343	1.456		1.512	1.465	1.436	1.429
Saldo Jahresergebnis 1 Entsorgungsvorgänge	649	475		-1.187	-1.140	-1.111	-1.104
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Entsorgungsvorgänge	0	0	0	0	0	0	0
Schiffsentsorgung							
Erlöse	0	0		1.500	1.500	1.500	1.500
Kosten	265	232		1.692	1.677	1.677	1.657
Saldo Jahresergebnis 1 Schiffsentsorgung	-265	-232		-192	-177	-177	-157
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Schiffsentsorgung	0	0	0	0	0	0	0
Abfallentsorgungsanlagen							
Erlöse	582	564		95	95	95	95
Kosten	1.009	1.049		1.339	1.298	1.268	1.263
Saldo Jahresergebnis 1 Abfallentsorgungsanlagen	-427	-485		-1.244	-1.203	-1.173	-1.168
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Abfallentsorgungsanlagen	0	0	0	0	0	0	0

Im Produkt Schiffsentsorgung sind ab 2015 erstmalig Erlöse aus der Abgabe zur Finanzierung von Aufwendungen für Hafenauffangeinrichtungen für die Entsorgung von Schiffsabfällen und Kosten für Aufwendungen für Hafenauffanganlagen zur Entsorgung von Schiffsabfällen in Höhe von je 1,5 Mio. Euro veranschlagt.

Im Produkt Schiffsentsorgung ist die jährliche Anzahl der zuberücksichtigenden Seeschiffsauskünfte nicht planbar.

Die Erlöse dienen der vollständigen Finanzierung der Aufwendungen für Hafenauffangeinrichtungen. Dies

entspricht der Verpflichtung zur Umsetzung der „Richtlinie 2000/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates

vom 27.11.2000 über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände“ der die FHH mit

Inkrafttreten des Hamburgischen Gesetzes über Schiffsabfälle und Ladungsrückstände (Hmb. Schiffsentsorgungsgesetz

– HmbSchEG) vom 17.12.2002 (HmbGVBl. S. 343) mit Wirkung vom 01.01.2003 nachgekommen ist.

4.5.2.3.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26403 Abfallwirtschaft

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ				42,01	39,01	38,01	37,01
Vgl. Vorwort zum Einzelplan							

4.5.2.4 Produktgruppe 26404 Bezirkliche Zuweisungen U

4.5.2.4.1 Vorwort der Produktgruppe 26404 Bezirkliche Zuweisungen U

In dieser Produktgruppe sind die finanziellen Ressourcen dargestellt, die den Bezirken in Form von Rahmen- und Zweckzuweisungen (vgl. §§ 36-38 BezVG) zur Verfügung gestellt werden. Zweckbestimmung sind die Rahmenezuweisungen für den Betrieb der Gewässer, für kleine wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen und für öffentliche Toiletten sowie die Zweckzuweisungen für wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen, für den Hochwasserschutz und für Trinkwassernotbrunnen.

<u>RZ Betrieb Gewässer</u>	<u>2015</u>	<u>2016</u>
Hamburg-Mitte	= 14,28% = 384 Tsd. Euro	= 14,23% = 357 Tsd. Euro
Altona	= 4,09% = 110 Tsd. Euro	= 4,70% = 118 Tsd. Euro
Eimsbüttel	= 8,07% = 217 Tsd. Euro	= 7,10% = 178 Tsd. Euro
Hamburg-Nord	= 6,92% = 186 Tsd. Euro	= 7,34% = 184 Tsd. Euro
Wandsbek	= 16,70% = 449 Tsd. Euro	= 16,67% = 418 Tsd. Euro
Bergedorf	= 34,96% = 940 Tsd. Euro	= 34,61% = 868 Tsd. Euro
Harburg	= 14,98% = 403 Tsd. Euro	= 15,35% = 385 Tsd. Euro
<u>RZ kl. wasserw. Baumaßnahmen</u>		
Hamburg-Mitte	= 10,75% = 43 Tsd. Euro	= 10,75% = 43 Tsd. Euro
Altona	= 4,75% = 19 Tsd. Euro	= 4,75% = 19 Tsd. Euro
Eimsbüttel	= 8,00% = 32 Tsd. Euro	= 8,00% = 32 Tsd. Euro
Hamburg-Nord	= 7,75% = 31 Tsd. Euro	= 7,75% = 31 Tsd. Euro
Wandsbek	= 19,00% = 76 Tsd. Euro	= 19,00% = 76 Tsd. Euro
Bergedorf	= 39,25% = 157 Tsd. Euro	= 39,25% = 157 Tsd. Euro
Harburg	= 10,50% = 42 Tsd. Euro	= 10,50% = 42 Tsd. Euro
<u>RZ öffentliche Toiletten</u>		
Hamburg-Mitte	= 57,79% = 538 Tsd. Euro	= 57,79% = 538 Tsd. Euro
Altona	= 6,98% = 65 Tsd. Euro	= 6,98% = 65 Tsd. Euro
Eimsbüttel	= 2,91% = 27 Tsd. Euro	= 2,91% = 27 Tsd. Euro
Hamburg-Nord	= 6,01% = 56 Tsd. Euro	= 6,91% = 56 Tsd. Euro
Wandsbek	= 0,00% = 0 Tsd. Euro	= 0,00% = 0 Tsd. Euro
Bergedorf	= 5,47% = 51 Tsd. Euro	= 5,47% = 51 Tsd. Euro
Harburg	= 20,84% = 194 Tsd. Euro	= 20,84% = 194 Tsd. Euro
<u>ZZ wasserw. Baumaßnahmen</u>		
Hamburg-Mitte	= 10,74% = 95 Tsd. Euro	= 11,39% = 95 Tsd. Euro
Altona	= 4,64% = 41 Tsd. Euro	= 4,92% = 41 Tsd. Euro
Eimsbüttel	= 8,03% = 71 Tsd. Euro	= 8,51% = 71 Tsd. Euro
Hamburg-Nord	= 7,81% = 69 Tsd. Euro	= 8,27% = 69 Tsd. Euro
Wandsbek	= 18,90% = 167 Tsd. Euro	= 20,02% = 167 Tsd. Euro
Bergedorf	= 39,25% = 347 Tsd. Euro	= 35,62% = 297 Tsd. Euro

Harburg	= 10,63% = 94 Tsd. Euro	= 11,27% = 94 Tsd. Euro
<u>ZZ Hochwasserschutz</u>		
Hamburg-Mitte	= 42,23% = 668 Tsd. Euro	= 42,23% = 668 Tsd. Euro
Altona	= 0,06% = 1 Tsd. Euro	= 0,06% = 1 Tsd. Euro
Eimsbüttel	= 0,06% = 1 Tsd. Euro	= 0,06% = 1 Tsd. Euro
Hamburg-Nord	= 0,06% = 1 Tsd. Euro	= 0,06% = 1 Tsd. Euro
Wandsbek	= 0,06% = 1 Tsd. Euro	= 0,06% = 1 Tsd. Euro
Bergedorf	= 50,32% = 796 Tsd. Euro	= 50,32% = 796 Tsd. Euro
Harburg	= 7,21% = 114 Tsd. Euro	= 7,21% = 114 Tsd. Euro
<u>ZZ Trinkwassernotbrunnen</u>		
Hamburg-Mitte	= 17,57% = 13 Tsd. Euro	= 16,67% = 5 Tsd. Euro
Altona	= 8,11% = 6 Tsd. Euro	= 10,00% = 3 Tsd. Euro
Eimsbüttel	= 17,57% = 13 Tsd. Euro	= 16,67% = 5 Tsd. Euro
Hamburg-Nord	= 17,57% = 13 Tsd. Euro	= 16,67% = 5 Tsd. Euro
Wandsbek	= 22,96% = 17 Tsd. Euro	= 23,32% = 7 Tsd. Euro
Bergedorf	= 5,41% = 4 Tsd. Euro	= 6,67% = 5 Tsd. Euro
Harburg	= 10,81% = 8 Tsd. Euro	= 10,00% = 3 Tsd. Euro

4.5.2.4.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26404 Bezirkliche Zuweisungen U

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit				6.560	6.286	6.116	6.187
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen				59	178	297	416
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit				-6.619	-6.464	-6.413	-6.603
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)				-6.619	-6.464	-6.413	-6.603
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis				-6.619	-6.464	-6.413	-6.603
16. Globale Mehr- oder Minderkosten				0	0	0	0
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)				-6.619	-6.464	-6.413	-6.603
Siehe die Erläuterung im Vorwort der Produktgruppe.							

4.5.2.4.3 Ziele der Produktgruppe 26404 Bezirkliche Zuweisungen U

Für die Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen werden keine Ziele definiert. Die veranschlagten Mittel werden zu Beginn des jeweiligen Geschäftsjahres per Sollübertragung in die zutreffende Produktgruppe der bezirklichen Einzelpläne übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke.

4.5.2.4.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26404 Bezirkliche Zuweisungen U

Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Für die Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen U werden keine Kennzahlen definiert (siehe auch Ausführungen unter Ziffer 4.1.2.4.3).							

4.5.2.4.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26404 Bezirkliche Zuweisungen U

Auf diesen Produkten findet ausschließlich eine „Soll-Bewirtschaftung“ statt, d.h. Haushaltsmittel werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen in den bezirklichen Einzelplänen übertragen.

4.5.2.4.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26404 Bezirkliche Zuweisungen U

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ							
Für die Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen U sind keine Vollzeitäquivalente veranschlagt.							

4.5.2.5 Produktgruppe 26405 Zentrale Programme U

4.5.2.5.1 Vorwort der Produktgruppe 26405 Zentrale Programme U

Für die Produktgruppe "Zentrale Programme" werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht. Die veranschlagten Mittel werden gemäß der Vorgaben der EG Wasserrahmenrichtlinie, zur Umsetzung von Gewässerinfrastrukturmaßnahmen und für den Grunderwerb unterjährig per Sollübertragung in andere Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

4.5.2.5.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26405 Zentrale Programme U

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit				0	0	0	0
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen				61	194	336	485
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit				-61	-194	-336	-485
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)				-61	-194	-336	-485
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis				-61	-194	-336	-485
16. Globale Mehr- oder Minderkosten				690	690	690	690
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)				-751	-884	-1.026	-1.175

Die im Kontenbereich "Globale Mehrkosten" veranschlagten Kosten stehen im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) in der Flussgebietsgemeinschaft Elbe. Die Maßnahmen dienen der Verbesserung des ökologischen Potentials der Oberflächengewässer, insbesondere der Verbesserung der Gewässerstruktur und der Durchgängigkeit der Gewässer. Die einzelnen Projekte sind zum Zeitpunkt der Veranschlagung noch nicht bekannt. Insofern besteht keine Möglichkeit, die Veranschlagung bei einem anderen Kontenbereich vorzunehmen.

4.5.2.5.3 Ziele der Produktgruppe 26405 Zentrale Programme U

Für die Produktgruppe Zentrale Programme werden keine Ziele definiert. Die veranschlagten Mittel werden unterjährig per Sollübertragung auf die sachlich zuständigen Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

4.5.2.5.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26405 Zentrale Programme U

Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Für die Produktgruppe Zentrale Programme U werden keine Kennzahlen definiert.							

4.5.2.5.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26405 Zentrale Programme U

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Hamburger Maßn. zur Umsetzung EG WRRL							
Kosten				751	884	1.026	1.175
Saldo Jahresergebnis 1 Hamburger Maßn. zur Umsetzung EG WRRL				-751	-884	-1.026	-1.175
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Hamburger Maßn. zur Umsetzung EG WRRL	0	0	0	0	0	0	0
Auf diesen Produkten findet ausschließlich eine „Soll-Bewirtschaftung“ statt, d.h. die Haushaltsmittel werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen im Aufgabenbereich Umweltschutz sowie auf andere Aufgabenbereiche des Einzelplans der BSU oder anderer Einzelpläne übertragen.							

4.5.2.5.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26405 Zentrale Programme U

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ							
Für die Produktgruppe Zentrale Programme U werden keine Vollzeitäquivalente veranschlagt.							

4.5.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 264 Umweltschutz

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Investitionsprogramme							
Wasserw. Baumaßnahmen							
Einzahlungen	12.104	13.163	8.000				
Auszahlungen	45.196	40.667	31.593	1.180	1.409	1.517	1.510
Saldo für Wasserw. Baumaßnahmen	-33.093	-27.505	-23.593	-1.180	-1.409	-1.517	-1.510
Sielbaubeiträge gem. Abgabeng.							
Einzahlungen	144	293	100	100	100	100	100
Saldo für Sielbaubeiträge gem. Abgabeng.	144	293	100	100	100	100	100
Instandsetzg. öffent. Toilett.							
Auszahlungen	28	92	380				
Saldo für Instandsetzg. öffent. Toilett.	-28	-92	-380				
GI Gewässerinfrastruktur							
Einzahlungen	145	0					
Auszahlungen	0	684	7.000				
Saldo für GI Gewässerinfrastruktur	145	-684	-7.000				
Grunderwerb Hochwasserschutz							
Auszahlungen	538	112	800	800	800	800	800
Saldo für Grunderwerb Hochwasserschutz	-538	-112	-800	-800	-800	-800	-800
Grunderwerb sonst. Maßnahm.							
Auszahlungen	427	1	153	19	19	19	19
Saldo für Grunderwerb sonst. Maßnahm.	-427	-1	-153	-19	-19	-19	-19
Regen-Mischwassersiele							
Auszahlungen	0	0	50	50	50	50	50
Saldo für Regen-Mischwassersiele	0	0	-50	-50	-50	-50	-50
Instandsetzg. Entwässerungsanl.							
Auszahlungen	2.213	2.350	2.100	2.100	2.100	2.100	2.100
Saldo für Instandsetzg. Entwässerungsanl.	-2.213	-2.350	-2.100	-2.100	-2.100	-2.100	-2.100
Investitionszuschuss für HU							
Auszahlungen	918	918	918	918	918	918	918
Saldo für Investitionszuschuss für HU	-918	-918	-918	-918	-918	-918	-918
Verkauf von Grundstücken							
Einzahlungen	94	0	40	40	40	40	40
Saldo für Verkauf von Grundstücken	94	0	40	40	40	40	40
Wasserkunst Kaltehofe							
Auszahlungen	0	0					
Saldo für Wasserkunst Kaltehofe	0	0					
Hochwasserschutz							
Einzahlungen				11.000	11.000	11.000	11.000
Auszahlungen				19.593	19.593	19.593	19.593
Saldo für Hochwasserschutz				-8.593	-8.593	-8.593	-8.593
Altlastensanierung							
Einzahlungen	0	0					
Auszahlungen	4.991	3.353	925	546	376	380	401
Saldo für Altlastensanierung	-4.991	-3.353	-925	-546	-376	-380	-401
Beschaffung Geräte etc.							
Auszahlungen	28	624	32	18	25	26	31
Saldo für Beschaffung Geräte etc.	-28	-624	-32	-18	-25	-26	-31
Instandsetzg. öffent. Toilett.							
Auszahlungen				380	380	380	380

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Saldo für Instandsetzg. öffent. Toilett.				-380	-380	-380	-380
RZ kl. wasserwirt. Baumaßnahmen							
Auszahlungen				599	599	599	599
Saldo für RZ kl. wasserwirt. Baumaßnahmen				-599	-599	-599	-599
ZZ wasserwirt. Baumaßnahmen							
Auszahlungen				1.777	1.777	1.777	1.777
Saldo für ZZ wasserwirt. Baumaßnahmen				-1.777	-1.777	-1.777	-1.777
EG-Wasserrahmenrichtl. Elbe							
Auszahlungen				2.040	2.040	2.040	2.040
Saldo für EG-Wasserrahmenrichtl. Elbe				-2.040	-2.040	-2.040	-2.040
GI Gewässerinfrastruktur							
Auszahlungen				1.045	2.000	2.000	2.698
Saldo für GI Gewässerinfrastruktur				-1.045	-2.000	-2.000	-2.698
Grunderwerb sonst. Maßnahmen							
Auszahlungen				134	134	134	134
Saldo für Grunderwerb sonst. Maßnahmen				-134	-134	-134	-134
Summe Investitionsprogramme	-41.852	-35.345	-35.811	-20.059	-21.080	-21.193	-21.910
Einzelinvestitionen							
Summe Einzelinvestitionen							
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen							
Auszahlungen sonstige Investitionen							
Summe sonstige Investitionen							
Globale Minderauszahlungen							
Globale Minderauszahlungen							
Summe Investitionsmittel	-41.852	-35.345	-35.811	-20.059	-21.080	-21.193	-21.910

Aus den Investitionsprogrammen „Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen“ und „Hochwasserschutz“ werden

Mittel für folgende Maßnahmen bereitgestellt:

Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der Gewässer und deren Nebenanlagen. Dies sind z.B. Staubauwerke, Schleusen, Schöpfwerke, Deichsiele, Niederschlagswasserbehandlungsanlagen, Rückhaltebecken Gebäude etc. Die aufgrund der Prioritätensetzung zur Einhaltung der Schuldenbremse abgesenkten Investitionsmittel führen zu einer zeitlichen Streckung baulicher Maßnahmen bzw. auch zu einem vollständigen Verzicht auf einzelne Maßnahmen, sofern diese nicht mehr im Rahmen des gegebenen Investitionsvolumens finanziert werden können.

Aus dem Investitionsprogramm „Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen und Hochwasserschutz“ wurde der Hochwasserschutz ausgegliedert und als einzelnes Investitionsprogramm veranschlagt.

Verbesserung der vorhandenen öffentlichen Hochwasserschutzlinie einschließlich der zugehörigen Binnenentwässerung. In erster Linie gehören dazu die Erhöhung und Verstärkung der öffentlichen Hochwasserschutzanlagen im Rahmen des „Bauprogramms Hochwasserschutz“. Dieses Bauprogramm sieht die Verbesserung und Anpassung der vorhandenen 103 km langen öffentlichen Hochwasserschutzlinie und der 77 Einzelbauwerke an die aktuellen Bemessungswasserstände nach Dringlichkeitsstufen vor. Der Schwerpunkt der Arbeiten liegt nunmehr bei der Verstärkung der Hochwasserschutzwände und der Anpassung oder des Neubaus der an das Ende des Bauprogramms gestellten Einzelbauwerke (Schleusen, Sperrwerke, Schöpfwerke, Deichsiele, Tore und Dammbalkensperren).

Hamburger Maßnahmen zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) in der Flussgebietsgemeinschaft Elbe. Das gesetzlich festgelegte Ziel „guter chemischer Zustand“ und „guter ökologischer Zustand“ bzw. „gutes ökologisches Potential“ (§27 WHG und HWaG §§ 27a-c) ist für 34 Oberflächenwasserkörper, die den definierten Qualitätsanforderungen und festgelegten Zielen der WRRL nicht entsprechen, zu erreichen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen erfolgt überwiegend über die Produktgruppe 264.05 im Rahmen eines Zentralen Programms U, da hier mehrere Maßnahmenträger der Verwaltung für die Durchführung zuständig sind.

Im Investitionsprogramm „Grundinstandsetzung Gewässerinfrastruktur“ werden Mittel für die Grundinstandsetzung von Uferbefestigungen bereitgestellt. Durch die FHH müssen an Gewässern im Alster- und Billerevier ca. 25 km Uferwände und ca. 30 km andere konstruktive Uferbefestigungen unterhalten werden. Eine Zustandsbewertung der überwiegend zwischen 1880 und 1950 erbauten, konstruktiven Bauwerke hat ergeben, dass die Mehrzahl grundinstand gesetzt werden muss. Hierzu wurde ein Programmplan aufgestellt, in dem die gefährdetsten Uferbefestigungen priorisiert aufgelistet werden. Bei rd. 4 km Uferwandabschnitten ist die Tragfähigkeit und Gebrauchstauglichkeit derart schlecht, dass eine Sperrung von Bauwerken durchgeführt werden musste oder droht. Durch die Absenkung der Investitionsmittel in diesem Bereich müssen die Maßnahmen über mehrere Jahre gestreckt werden, ggf. ist mit Sperrungen von Wasserwegen oder angrenzenden Landflächen zu rechnen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen erfolgt über die Produktgruppe 264.05 im Rahmen eines Zentralen Programms U, da hier mehrere Maßnahmenträger der Verwaltung für die Durchführung zuständig sind.

Aus dem Investitionsprogramm „Regen-/Mischwassersiele“ erstattet die FHH der Anstalt Hamburger Städtentwässerung anteilige Herstellungskosten für die Erstbesielung (Straßenentwässerungsanteil), die nicht durch Einnahmen gedeckt sind. Die laufenden Erstbesielungsmaßnahmen sind weitestgehend abgeschlossen, so dass der Zuschussbedarf für Siele reduziert werden konnte.

Das Investitionsprogramm „Instandsetzung Entwässerungsanlagen“ berücksichtigt Aufwendungen für die Erneuerung (im Zuge von Silerneuerungsarbeiten) bzw. Grundinstandsetzung von durch Alterungsprozesse schadhafte Trümmen und Anschlussleitungen.

In den Investitionsprogrammen „Grunderwerb Hochwasserschutz“ und „Grunderwerb sonst. Maßnahmen“ werden Grundstücke für den Hochwasserschutz (Deichgrunderwerb), die im Zusammenhang mit dem Bauprogramm Hochwasserschutz stehen, und Grundstücke für wasserwirtschaftliche Maßnahmen wie z.B. Gewässerausbauten und Gestaltungsmaßnahmen angekauft bzw. Werterstattung bei Flächentausch zwischen Verwaltungsvermögen verschiedener Behörden und Vermessungskosten, Grunderwerbssteuer und Honorarkosten für das LiG geleistet. Die Umsetzung dieser Maßnahmen erfolgt über die Produktgruppe 264.05 im Rahmen eines Zentralen Programms U.

Im Investitionsprogramm „Altlastensanierung“ werden Mittel u.a. für den Messstellenbau im Rahmen der Altlastuntersuchung bereitgestellt. Um den Sanierungserfolg dauerhaft zu gewährleisten, sind auch zukünftig in den Bereichen des Sanierungsbetriebes und der Eigenkontrolle Investitionen zu tätigen. Insbesondere die Alterung der bestehenden Anlagen und Bauwerke führt dazu, dass in den kommenden Jahren Grundinstandsetzungsmaßnahmen durchgeführt werden müssen. Dazu zählt insbesondere der Ersatz der veralteten Mess- und Regeltechnik. Im Rahmen der Eigenkontrolle bei baulich gesicherten Altlasten und bei Grundwassersanierungen ist es notwendig, zur kontinuierlichen Kontrolle und Überwachung neue Grundwassermessstellen zu bauen.

Aus dem Investitionsprogramm „Beschaffung Geräte“ werden hauptsächlich Großgeräte für das Geologische Landesamt finanziert.

Aus dem Investitionsprogramm "Instandsetzung öffentliche Toiletten" werden Neubauten, notwendige Sanierungen sowie Vandalismusschäden, die vor allem in den unbewachten Toilettenanlagen zu verzeichnen sind, finanziert.

4.5.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 264 Umweltschutz

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Summe Darlehen							

Darlehen sind nicht veranschlagt.

4.5.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 264 Umweltschutz

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
gesetzl. L. Umsetzung EG-Richtlinie							
Kosten				159	159	159	159
Saldo gesetzl. L. Umsetzung EG-Richtlinie				-159	-159	-159	-159
GL Trinkwassernotbrunnen							
Kosten				10	10	10	10
Saldo GL Trinkwassernotbrunnen				-10	-10	-10	-10
Summe Gesetzliche Leistungen				-169	-169	-169	-169

Die wesentlichen gesetzlichen Leistungen des Aufgabenbereichs Umweltschutz entstehen im Zusammenhang mit dem vorgeschriebenen Überwachungsprogramm für die Erstellung bzw. Fortschreibung der Maßnahmenpläne gemäß EG-Wasserrahmenrichtlinie sowie der Umsetzung der EG-Badegewässerrichtlinie und der Durchführung des Wassersicherungsgesetzes (WasSG) für den Bereich der Deckung des lebensnotwendigen Bedarfs an Trinkwasser in Hamburg.

4.5.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 264 Umweltschutz

Aus der Ermächtigung der Produktgruppen 264.01 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz, 264.02 Altlasten, Bodenschutz und Geologischer Dienst und 264.03 Abfallwirtschaft, Kosten aus den Kontenbereichen "Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit" und "sonstige Kosten" zu verursachen, dürfen bis zur Höhe eines Drittels des Ansatzes Kosten aus Gründen der Billigkeit verursacht werden.

In der Produktgruppe Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz sind im Kontenbereich "Kosten für Transferleistungen" u.a.folgende Sachverhalte veranschlagt:

-Erstattungen an HSE für Betrieb und Unterhaltung von Straßenentwässerungsanlagen. Nicht abgeflossene Mittel werden für eine Spitzabrechnung im Folgejahr benötigt.

-Umsetzung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) / Zuweisungen Hamburgs für die Finanzierung des Sekretariats Meeresschutz. Eine endgültige Abrechnung des Sekretariats erfolgt erst nach Jahresabschluss.

-Zuschuss zu den Betriebskosten Wasserkunst Kaltehofe. Die vollständige Auszahlung der Zuwendung erfolgt erst nach Prüfung und Anerkennung des Verwendungsnachweises im 1. Quartal des Folgejahres.

In der Produktgruppe Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz sind im Kontenbereich "sonstige Kosten" u.a.folgende Sachverhalte veranschlagt:

Hamburger Maßnahmen zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) in der Flussgebietsgemeinschaft Elbe, Umsetzung Artikelgesetz und EU-Hochwasserrichtlinie (HWRL) sowie Regenwassermanagement, Verbesserung des Hochwasserschutzes einschließlich der Binnenentwässerung, Untersuchungs-, Vorbereitungs- und Nachsorgemaßnahmen bei Untergrundverunreinigungen. Aufgrund von Komplexität der einzelnen Maßnahmen, aus denen sich z.T. langjährige Planungs- und Umsetzungszeiträume ergeben, kommt es zu Abrechnungsüberhängen, die in den Folgejahren kassenwirksam werden.

Die Ermächtigungen der Produktgruppe Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz Kosten für Transferleistungen und sonstige Kosten i.Z.m. den o.a. Sachverhalten zu leisten sind übertragbar.

In der Produktgruppe Altlasten, Bodenschutz und geologischer Dienst ist im Kontenbereich "Kosten für Transferleistungen" folgender Sachverhalt veranschlagt:

Zuschuss zu den Betriebskosten Ausstellungsgebäude Georgswerder. Die vollständige Auszahlung der Zuwendung erfolgt erst nach Prüfung und Anerkennung des Verwendungsnachweises im 1. Quartal des Folgejahres.

In der Produktgruppe Altlasten, Bodenschutz und geologischer Dienst sind im Kontenbereich "sonstige Kosten" folgende Sachverhalte veranschlagt:

Untersuchungs-, Vorbereitungs- und Nachsorgemaßnahmen bei Untergrundverunreinigungen, Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen einschl. Kampfmitteluntersuchungskosten, Baudurchführung von Sanierungsmaßnahmen einschl. Kampfmitteluntersuchungskosten, Mobilisierung von Flächen, Jarrestrasse Quellensanierung, Fortlaufende Sicherung, Überwachung sowie Unterhaltung und Erneuerung von Sanierungsanlagen und -bauwerken, Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen im Rahmen des Projektes Energieberg Georgswerder. Aufgrund von Komplexität der einzelnen Maßnahmen, aus denen sich z.T. langjährige Planungs- und Umsetzungszeiträume ergeben, kommt es zu Abrechnungsüberhängen, die in den Folgejahren kassenwirksam werden.

Die Ermächtigung der Produktgruppe Altlasten, Bodenschutz und geologischer Dienst "Kosten für Transferleistungen" und "sonstige Kosten" i.Z.m. den o.a. Sachverhalten zu leisten sind übertragbar.

In der Produktgruppe Abfallwirtschaft ist im Kontenbereich "Kosten für Transferleistungen" folgender Sachverhalt veranschlagt:

Maßnahmen zur Stadtteilpflege durch Förderung zusätzl. Reinigungsarbeiten u. and. Vorhaben z. Verbesserung der Sauberkeitssituation. Reste werden zur Unterstützung einzelner Sauberkeitsprojekte, die über das Jahr nicht immer planbar sind und sich größtenteils spontan ergeben, benötigt.

Die Ermächtigung der Produktgruppe Abfallwirtschaft "Kosten für Transferleistungen" i.Z.m. dem o.a. Sachverhalt zu leisten ist übertragbar.

4 Teilpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

4.6 Teilplan des Aufgabenbereichs 265 Natur- und Ressourcenschutz

4.6.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 265 Natur- und Ressourcenschutz

Dieser Aufgabenbereich umfasst die Produktgruppen Klimaschutz und Nachhaltigkeit, Energie, Naturschutz, Zentrale Programme Natur- und Ressourcenschutz sowie Bezirkliche Zuweisungen NR.

Im Wesentlichen wird dieser Bereich durch die nachfolgend dargestellten Aspekte geprägt.

- Die Ausrichtung der fachbehördlichen Maßnahmen an den Grundgedanken der Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung, um Hamburgs Identität als grüne Stadt am Wasser zu wahren.
- Die Förderung und Stärkung einer nachhaltigen Entwicklung Hamburgs, insbesondere mit der Darstellung und Gestaltung des Dreiklangs von „Ökonomie, Ökologie und Soziales“, u.a. durch die Implementierung einer umweltfreundlichen Beschaffung und die Entwicklung eines Nachhaltigkeitsberichts mit Zielen und Indikatoren.
- Die Unterstützung der Bildung für nachhaltige Entwicklung in Hamburg, z.B. durch die „Initiative Hamburg lernt Nachhaltigkeit“.
- Die Förderung der Umweltbildung, z.B. durch das Freiwillige Ökologische Jahr.
- Die Konzipierung und Umsetzung der klimapolitischen Zielsetzungen Hamburgs als Beitrag zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele; dazu gehören insbesondere die Umsetzung des Masterplans Klimaschutz (als Fortsetzung des Klimaschutzkonzepts 2007-2012), die Fortentwicklung einer Strategie zur Anpassung an den Klimawandel sowie das Controlling der Maßnahmen.
- Die Unterstützung der Energiewende, insbesondere durch den Ausbau flexibler Strom- und Wärmeerzeugung bzw. Strom- und Wärmenutzung sowie durch die Verbesserung der Energieeffizienz. Hierzu gehört auch die Erstellung von quartiersübergreifenden Wärmekonzepten.
- Die Förderung von Energie- und Ressourceneffizienz bei Bürgern und Unternehmen durch Investitions-Förderprogramme und Beratung bei der Modernisierung von Wohn- und Nicht-Wohngebäuden sowie Gewerbebetrieben.
- Der Ausbau der Nutzung von regenerativen Energien, u.a. durch Schaffung der Voraussetzungen zum Anwachsen der installierten Windkraftleistung.
- Die Fortführung der Umweltpartnerschaft zwischen Behörden und Wirtschaft zum Erreichen zusätzlicher Umweltziele.
- Die Wahrnehmung von Aufgaben zum Schutz, zur Pflege, Entwicklung sowie zur Sicherung der Freiflächen Hamburgs, insbesondere der Natur- und Landschaftsschutzgebiete sowie des Nationalparks Hamburgisches Wattenmeer auf der Grundlage fachlicher Anforderungen und politischer Vorgaben sowie des Europarechts.
- Der Schutz der Tier- und Pflanzenwelt einschließlich ihrer Lebensräume.
- Die Bewahrung der Werte und Funktionen des Naturhaushalts bei Eingriffen.

4.6.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 265 Natur- und Ressourcenschutz

4.6.2.1 Produktgruppe 26501 Klimaschutz und Nachhaltigkeit

4.6.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 26501 Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Schwerpunkte der Arbeit der Produktgruppe Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind insbesondere die nachfolgend dargestellten Maßnahmen:

Konzipierung und Umsetzung der klimapolitischen Zielsetzungen Hamburgs als Beitrag zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele. Als klimapolitischer, strategischer Entwicklungsplan wurde dazu auf den Erfahrungen im Rahmen des Hamburger Klimaschutzkonzepts 2007-2012 aufbauend ein Masterplan Klimaschutz erstellt, der jetzt umgesetzt wird. Weiterer Handlungsschwerpunkt sind die Erstellung und Fortentwicklung einer Strategie zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Die strategisch-konzeptionelle Weiterentwicklung, die Operationalisierung und das Monitoring dieser Strategiepläne erfolgen federführend durch die Leitstelle Klimaschutz.

Förderung und Stärkung einer nachhaltigen Entwicklung Hamburgs, aufsetzend auf den zentralen Ergebnissen des Umwelthauptstadti Jahres, insbesondere mit der Darstellung und Gestaltung des Dreiklangs von „Ökonomie, Ökologie und Soziales“, u.a. durch die Implementierung einer umweltfreundlichen Beschaffung und die Entwicklung eines Nachhaltigkeitsberichts mit Zielen und Indikatoren.

Förderung der Umweltbildung, insbesondere durch die Modernisierung des Umweltzentrums Gut Karlshöhe, das Freiwillige Ökologische Jahr sowie die Unterstützung der Bildung für nachhaltige Entwicklung in Hamburg, z.B. durch die „Initiative Hamburg lernt Nachhaltigkeit“.

4.6.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26501 Klimaschutz und Nachhaltigkeit

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse	657	845	5	83	64	27	5
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	931	938	281	180	180	180	180
<i>a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>b) davon IT-Kosten</i>							
<i>c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>							
3. Personalkosten	1.693	1.567	1.494	1.445	1.416	1.504	1.436
<i>a) Kosten für Entgelte</i>	868	848	735	750	779	798	733
<i>b) Kosten für Bezüge</i>	465	370	436	383	337	384	392
<i>c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>							
<i>d) Kosten für Sozialleistungen</i>	167	163	160	166	169	175	164
<i>e) Kosten für Versorgungsleistungen</i>	193	185	163	146	131	147	147
4. Kosten für Transferleistungen	818	733	665	766	766	766	766
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	25	25	25	242	242	242	242
6. Sonstige Kosten				67	29	29	30
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-2.810	-2.417	-2.460	-2.617	-2.569	-2.694	-2.649
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit				0	0	0	0
10. Finanzergebnis				0	0	0	0
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	-2.810	-2.417	-2.460	-2.617	-2.569	-2.694	-2.649
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-2.810	-2.417	-2.460	-2.617	-2.569	-2.694	-2.649
16. Globale Mehr- oder Minderkosten				0	0	0	0
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	-2.810	-2.417	-2.460	-2.617	-2.569	-2.694	-2.649

Die im Ergebnisplan ausgewiesenen „Erlöse“ wurden ausschließlich für Auflösungsbeträge für Sonderposten im Zusammenhang mit geleisteten Zuschüssen zur Planung und Modernisierung sowie zum Ausbau des Guts Karlshöhe veranschlagt. Schwankungen im Ist zwischen den einzelnen Geschäftsjahren erklären sich vor allem durch die Nichtplanbarkeit der Erstattungen vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die pädagogische Begleitung durch die BSU und für die außerhalb der BSU tätigen FÖJ-Teilnehmer/innen sowie Erlöse von den Einsatzstellen außerhalb der BSU.

Bei den im Kontenbereich „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ zusammengefassten Sachkosten handelt es sich vor allem um Aufwendungen im Zusammenhang mit der Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) in Hamburg (146 Tsd. EUR). Plan- und Ist-Daten des FÖJ sind nur bedingt vergleichbar, da Erlöse, die für Mehraufwendungen eingesetzt werden dürfen, stark schwanken. Darüber hinaus dienen die ermächtigten Mittel der Konzipierung, Realisierung, Koordinierung und Kommunikation von Maßnahmen zur Förderung einer modernen, zukunftsweisenden und nachhaltigen Stadtentwicklung (100 Tsd. EUR).

Die „Kosten für Transferleistungen“ entstehen schwerpunktmäßig durch Zuschüsse in Höhe von 500 Tsd. EUR für den Betrieb und die Unterhaltung des Hamburger Guts Karlshöhe, Zuschüsse an den Zukunftsrat Hamburg (40 Tsd. EUR), Beiträge zur Unterstützung von Akteuren der Initiative Hamburg lernt Nachhaltigkeit (max. 55 Tsd. EUR) sowie die Förderung von Maßnahmen der Umweltberatung (71 Tsd. EUR, u.a. Zuwendung an die Verbraucherzentrale Hamburg).

Die nicht zahlungswirksamen „Kosten für Abnutzung – Abschreibungen“ entstehen durch die Aktivierung verschiedener Vermögensgegenstände (wie bspw. Dauerausstellung, Restaurantnutzung, Tagungs- und Verwaltungsräume, Kinderforschungswerkstatt) des Guts Karlshöhe.

Die im Zusammenhang mit dem Masterplan Klimaschutz entstehenden Kosten für Transferleistungen sind in der Produktgruppe 265.04 Zentrale Programme Natur- und Ressourcenschutz (siehe Ziffer 4.1.2.4) ausgewiesen, da die Mittel der Unterstützung von Leistungszwecken anderer Produktgruppen dienen und nur so im Vollzug eine Sollübertragung dieser Mittel an die fachlich zuständigen Produktgruppen ermöglicht wird.

4.6.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 26501 Klimaschutz und Nachhaltigkeit

- Z 1: Nachhaltige Entwicklung Hamburgs auf der Basis der Ergebnisse der "Umwelthauptstadt 2011" voranbringen (Kennzahlen B_265_01_001 bis 003)
- Z 2: Beitrag Hamburgs zur Treibhausgasreduzierung um 40% bis 2020 und um 80% bis 2050 (Kennzahl B_265_01_005)
- Z 3: Fortschreibung, Weiterentwicklung und Überprüfung des Masterplans Klimaschutz (Kennzahlen B_265_01_006 bis 008)
- Z 4: Zweijährige Fortschreibung des Aktionsplans Klimafolgenanpassung und Integration der Gesamtstrategie zur Klimafolgenanpassung in den Masterplan Klimaschutz (Kennzahl B_265_01_007)

4.6.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26501 Klimaschutz und Nachhaltigkeit

	Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
B_265_01_001 Anzahl der nach norddeutschem NUN-Standard zertifizierten außerschulischen Bildungseinrichtungen	St.	0	0	0	5	5	5	5
B_265_01_002 Anzahl aller am FÖJ (Freiwilliges Ökologisches Jahr) Teilnehmenden	Pers.	64	65	64	66	65	65	65
B_265_01_003 Anzahl aller Besucher der Ausstellung im Gut Karlshöhe	Pers.	5.769	7.951	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
B_265_01_005 Minderung des CO2-Ausstoßes pro Jahr gegenüber dem Emissionswert von 2012 durch Maßnahmen des Masterplans Klimaschutz	t	0	0	0	190.000	190.000	190.000	190.000
B_265_01_006 Anteil des Förderungsbereichs "Minderung der Treibhausgase" an der Verteilung der Mittel des Masterplans Klimaschutz	%	77,9	79,9	79,6	90,0	90,0	90,0	90,0
B_265_01_007 Anteil des Förderungsbereichs "Anpassung an den Klimawandel" an der Verteilung der Mittel des Masterplans Klimaschutz	%	1,2	7,7	1,2	4,0	4,0	4,0	4,0
B_265_01_008 Anteil des Förderungsbereichs "Übergreifende Sektoren und Themen" an der Verteilung der Mittel des Masterplans Klimaschutz	%	20,9	12,4	13,2	6,0	6,0	6,0	6,0

zu B_265_01_001: NUN = Norddeutsche Partnerschaft zur Unterstützung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

zu B_265_01_003: Eröffnung im August 2011. Die Planzahlen für 2013 und 2014 konnten noch nicht auf Erfahrungswerten aufsetzen und erwiesen sich als unrealistisch. Als Ziel wird daher die Planzahl aus dem Jahr 2012 auch für 2015 ff. fortgeschrieben.

zu B_265_01_005: Wirkungsbezogene Kennzahl. Die Kennzahl musste im Hinblick auf den ab 2015 reduzierten Mittelansatz neu berechnet werden.

zu B_265_01_006 bis 008: Der Masterplan Klimaschutz wurde Mitte 2013 fertiggestellt, sodass auf dessen Grundlage die Planzahlen 2015 und 2016 – auch im Hinblick auf den ab 2015 reduzierten Mittelansatz – angepasst wurden.

4.6.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26501 Klimaschutz und Nachhaltigkeit

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Leitung Aufgabenbereich 265							
Erlöse	0	0		20			
Kosten	346	368		313	270	276	265
Saldo Jahresergebnis 1 Leitung Aufgabenbereich 265	-346	-368		-293	-270	-276	-265
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Leitung Aufgabenbereich 265	0	0	0	0	0	0	0
Nachhaltige Entwicklung							
Erlöse	0	0					
Kosten	750	503		409	410	429	415
Saldo Jahresergebnis 1 Nachhaltige Entwicklung	-750	-503		-409	-410	-429	-415
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Nachhaltige Entwicklung	0	0	0	0	0	0	0
Umweltbildung und Bildung für NE							
Erlöse	0	0					
Kosten	363	319		236	236	252	242
Saldo Jahresergebnis 1 Umweltbildung und Bildung für NE	-363	-319		-236	-236	-252	-242
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Umweltbildung und Bildung für NE	0	0	0	0	0	0	0
Freiwilliges Ökologisches Jahr							
Erlöse	0	0					
Kosten	427	443		350	351	369	357
Saldo Jahresergebnis 1 Freiwilliges Ökologisches Jahr	-427	-443		-350	-351	-369	-357
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Freiwilliges Ökologisches Jahr	0	0	0	0	0	0	0
Gut Karlshöhe							
Erlöse	657	845		63	64	27	5
Kosten	886	894		861	860	878	871
Saldo Jahresergebnis 1 Gut Karlshöhe	-229	-49		-798	-796	-851	-866
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Gut Karlshöhe	0	0	0	0	0	0	0
Treibhausgasminderung							
Erlöse	0	0					
Kosten	149	158		112	106	108	106
Saldo Jahresergebnis 1 Treibhausgasminderung	-149	-158		-112	-106	-108	-106
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Treibhausgasminderung	0	0	0	0	0	0	0
Masterplan Klimaschutz							
Erlöse	0	0					
Kosten	544	578		419	400	409	398
Saldo Jahresergebnis 1 Masterplan Klimaschutz	-544	-578		-419	-400	-409	-398
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Masterplan Klimaschutz	0	0	0	0	0	0	0

Erläuterungen zu den Produkten:

Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ):

Bei den im Ist ausgewiesenen Erlösen handelt es sich um für die pädagogische Begleitung durch die BSU und für die außerhalb der BSU tätigen FÖJ-Teilnehmer/innen vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie aus den Einsatzstellen außerhalb der BSU geleistete Erstattungen; für die Folgejahre ist die Höhe dieser nicht planbar.

4.6.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26501 Klimaschutz und Nachhaltigkeit

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ				18,89	18,24	19,02	17,51
Vgl. Vorwort zum Einzelplan							

4.6.2.2 Produktgruppe 26502 Energie

4.6.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 26502 Energie

In der Fachabteilung „Energie“ der BSU werden die wesentlichen Themen der Energiepolitik, der Energieversorgung und rationellen Energieverwendung, der Förderung moderner Energietechniken, des Einsatzes der regenerativen Energien im Strom- und Wärmemarkt, des energieeffizienten Bauens sowie der Bereich "Umwelt und Wirtschaft" federführend bearbeitet. Die Abteilung prüft und gestaltet umfassend Grundsatz- und Einzelfragen der Energie in umweltfachlicher, wirtschaftlicher, technischer und rechtlicher Hinsicht. Die Fachabteilung Energie ist verantwortlich für die Entwicklung von Förderprogrammen, deren Steuerung und Umsetzung. Energieprojekte werden in die Hamburger Klimaschutzpolitik eingebracht. Die Abteilung vertritt das Thema Energie nach außen innerhalb wie außerhalb Hamburgs in unterschiedlichen Gremien der Länder und des Bundes.

Schwerpunkte der Arbeit der Produktgruppe Energie sind insbesondere

- die Förderung und Umsetzung eines zukunftsfähigen Umgangs mit Energie und Ressourcen für eine nachhaltige Entwicklung Hamburgs; dies auch als Beitrag Hamburgs zur globalen Verantwortung für Klimaschutz und der Ressourcenschonung,
- die Förderung der Investitionen in den Ressourcenschutz und in erneuerbare Energien durch Bündnisse mit der Wirtschaft,
- die Unterstützung der Hamburger Energiewende und des Klimaschutzes und
- die Entwicklung, Steuerung und Begleitung von Förderprogrammen.

4.6.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26502 Energie

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse	436	419	396	274	0	0	0
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.219	1.211	493	912	912	912	912
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	174	0					
3. Personalkosten	2.598	2.403	2.287	2.359	2.444	2.364	2.380
a) Kosten für Entgelte	1.329	1.299	1.126	1.165	1.217	1.206	1.268
b) Kosten für Bezüge	717	570	672	680	695	647	604
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	256	250	244	261	273	268	277
e) Kosten für Versorgungsleistungen	296	284	245	253	259	243	231
4. Kosten für Transferleistungen	8.748	8.833	4.489	2.835	2.844	2.832	2.857
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	2.357	3.018	2.720	2.873	1.664	605	20
6. Sonstige Kosten				1	1	1	1
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-14.485	-15.046	-9.593	-8.706	-7.865	-6.714	-6.170
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit				0	0	0	0
10. Finanzergebnis				0	0	0	0
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	-14.485	-15.046	-9.593	-8.706	-7.865	-6.714	-6.170
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-14.485	-15.046	-9.593	-8.706	-7.865	-6.714	-6.170
16. Globale Mehr- oder Minderkosten				0	0	0	0
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	-14.485	-15.046	-9.593	-8.706	-7.865	-6.714	-6.170

Die im Ergebnisplan für die Jahre bis 2015 ausgewiesenen Erlöse wurden überwiegend für Auflösungsbeträge für Sonderposten im Zusammenhang mit geleisteten Zuschüssen zur Aufstellung von 100 Mikro-Blockheizkraftwerken der Firma LichtBlick SE veranschlagt.

Bei den im Kontenbereich „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ zusammengefassten Sachkosten handelt es sich vor allem um im Zusammenhang mit der Erstellung von Konzepten und Programmen, der Planung und Organisation von Kampagnen sowie Informations- und Beratungsleistungen entstehenden Aufwendungen (Plan 2015 und 2016 jeweils 805 Tsd. EUR). Eine weitere Ermächtigung in Höhe von 100 Tsd. EUR für die Kommunikation der UmweltPartnerschaft Hamburg in die Unternehmen, Verbände und die Öffentlichkeit, für Gutachten und Untersuchungen sowie zur Förderung von Projekten durch direkte Aufträge und durch Zuwendungen liegt vor. Die Erhöhung der Ansätze in diesem Kontenbereich begründet sich durch zusätzlich bereitgestellte Mittel für die kontinuierliche Fortführung der Informations- und Beratungsleistungen. Die „Ist-Werte“ der Jahre 2012 und 2013 enthalten auch die Ausgaben bereitgestellter Mittel aus dem Klimaschutzkonzept bzw. dem Masterplan Klimaschutz für die Steigerung der Reichweite der Klimaschutzprogramme durch aktive Einbindung nicht beteiligter Unternehmen durch Institutionen der Wirtschaft.

Die „Kosten für Transferleistungen“ stehen beinahe vollständig mit der Förderung von Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung und zur Nutzung regenerativer Energiequellen in Beziehung. Ab dem Jahr 2015 werden Teile des bisherigen Mittelansatzes in die Produktgruppe 265.04 Zentrale Programme Natur und Ressourcenschutz (s. Ziffer 4.1.2.4) verlagert. Dies gewährleistet die Flexibilität der Mittelverwendung durch die Möglichkeit der Sollübertragung dieser Mittel an andere Produktgruppen. Weiterhin wurde ab 2015 eine Verlagerung von Mitteln zugunsten des Kontenbereiches „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ für die kontinuierliche Fortführung der Informations- und Beratungsleistungen vorgenommen.

Die insgesamt geringere Veranschlagung der „Kosten für Transferleistungen“ wurde im Rahmen der Prioritätensetzung zur Einhaltung der Schuldenbremse vorgenommen.

Die nicht zahlungswirksamen „Kosten für Abnutzung – Abschreibungen“ stehen im Zusammenhang mit für o.g. Förderungsmaßnahmen in Form von Zuwendungen bewilligten und geleisteten Investitionszuschüssen, die von 2007 bis 2013 als immaterielle Vermögensgegenstände mit einer Nutzungsdauer von vier Jahren aktiviert wurden.

4.6.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 26502 Energie

Z 1: Minderung der CO2-Emissionen, die von Hamburgern verursacht werden (Kennzahl B_265_02_001 bis 011)

4.6.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26502 Energie

	Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
B_265_02_003 Durch Modernisierung von Nichtwohngebäuden erreichte Energieeinsparungen im Jahr	MWh	0	385	10000	6.670	6.670	6.670	6.670
B_265_02_004 Durch Modernisierung von Nichtwohngebäuden erreichte CO2-Einsparung	t	0	66	3000	2.000	2.000	2.000	2.000
B_265_02_005 Durch technische Verbesserungen in Betrieben erreichte Energieeinsparungen im Jahr	MWh	92.340	22.550	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
B_265_02_006 Durch technische Verbesserungen in Betrieben erreichte CO2-Einsparung	t	33.480	53.420	70.000	40.000	40.000	40.000	40.000
B_265_02_007 Erneuerte Heizleistung	KW	2.921	4.467	3.850	3.850	3.850	3.850	3.850
B_265_02_008 Durch thermische Solarenergie einschließlich Heizungsmodernisierung erreichte CO2-Einsparung	t	1.011	1.543	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
B_265_02_009 Durch neu installierte Wärmeleistung mit Bioenergie erreichte CO2-Einsparung	t	1.002	489	1.750	875	875	875	875
B_265_02_010 UmweltPartner	ANZ	948	1.002	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
zu B_265_02_003 bis 006: wirkungsbezogene Kennzahlen								
zu B_265_02_003 bis 004: neues Programm ab 2012; umgesetzte Projekte ab 2013								
zu B_265_02_008 bis 009: wirkungsbezogene Kennzahlen								

4.6.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26502 Energie

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Verbesserung der Energieeffizienz							
Erlöse	436	419		274	0	0	0
Kosten	10.582	11.221		6.278	5.149	4.073	3.663
Saldo Jahresergebnis 1 Verbesserung der Energieeffizienz	-10.146	-10.802		-6.004	-5.149	-4.073	-3.663
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Verbesserung der Energieeffizienz	0	0	0	0	0	0	0
Einsatz erneuerbarer Energien							
Erlöse	0	0					
Kosten	2.021	2.166		1.172	1.171	1.123	1.001
Saldo Jahresergebnis 1 Einsatz erneuerbarer Energien	-2.021	-2.166		-1.172	-1.171	-1.123	-1.001
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Einsatz erneuerbarer Energien	0	0	0	0	0	0	0
UmweltPartnerschaft und Information							
Erlöse	0	0					
Kosten	1.926	1.872		1.530	1.545	1.519	1.506
Saldo Jahresergebnis 1 UmweltPartnerschaft und Information	-1.926	-1.872		-1.530	-1.545	-1.519	-1.506
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 UmweltPartnerschaft und Information	0	0	0	0	0	0	0

4.6.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26502 Energie

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ				30,06	30,06	28,06	27,06
Vgl. Vorwort zum Einzelplan							

4.6.2.3 Produktgruppe 26503 Naturschutz

4.6.2.3.1 Vorwort der Produktgruppe 26503 Naturschutz

Schwerpunkte der Arbeit der Produktgruppe Naturschutz sind insbesondere:

- Die Umsetzung der inhaltlichen Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes sowie des Hamburgischen Gesetzes zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes einschließlich der Flora , Fauna , Habitat sowie der Vogelschutzrichtlinie der EU.
- Der Schutz, die Pflege, Entwicklung und Sicherung der Natur und Landschaftsschutzgebiete Hamburgs sowie des Nationalparks Hamburgisches Wattenmeer auf der Grundlage der fachlichen Anforderungen sowie gesetzlicher und politischer Vorgaben.
- Die Erhaltung der Biodiversität im Hamburger Staatsgebiet durch die Entwicklung und Umsetzung von Arten und Biotopschutzmaßnahmen, die Sicherung eines Biotopverbundes sowie die Nutzung von Kenntnissen über Tier , Pflanzenarten und Biotopen nach Erfassung in Katastern.
- Die Erhaltung und Entwicklung großer Teile der Kulturlandschaften Hamburgs als Lebensraum für wildwachsende Pflanzen und wildlebende Tiere durch den Vertragsnaturschutz.
- Der Ausgleich von Schäden an Natur und Landschaft durch konsequente Umsetzung der Eingriffsregelung in Hamburg sowie Renaturierung und langfristige Bewirtschaftung von Flächen des Sondervermögens Naturschutz und Landschaftspflege.
- Die Überwachung des Handels mit geschützten Tier und Pflanzenarten.
- Die Steigerung des Naturerlebnisses im Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer durch naturkundliche Bildungsmaßnahmen.

4.6.2.3.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26503 Naturschutz

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	395	356	63	336	340	344	347
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.387	1.144	1.050	926	926	926	926
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	6	23					
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	371	192	231	0	0	0	0
3. Personalkosten	2.802	2.635	2.445	2.672	2.750	2.840	2.848
a) Kosten für Entgelte	1.686	1.648	1.430	1.615	1.669	1.731	1.797
b) Kosten für Bezüge	545	433	510	508	516	526	474
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	325	318	296	339	350	363	371
e) Kosten für Versorgungsleistungen	246	236	209	210	215	220	206
4. Kosten für Transferleistungen	1.383	1.400	977	1.287	1.287	1.287	1.287
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	98	102	104	1.437	1.201	1.517	1.562
6. Sonstige Kosten	3	0	15	219	219	219	220
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-5.278	-4.925	-4.528	-6.205	-6.043	-6.445	-6.496
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit				0	0	0	0
10. Finanzergebnis				0	0	0	0
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	-5.278	-4.925	-4.528	-6.205	-6.043	-6.445	-6.496
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-5.278	-4.925	-4.528	-6.205	-6.043	-6.445	-6.496
16. Globale Mehr- oder Minderkosten				0	0	0	0
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	-5.278	-4.925	-4.528	-6.205	-6.043	-6.445	-6.496

Die im Ergebnisplan für die Jahre 2012 und 2013 ausgewiesenen Erlöse wurden überwiegend (273 Tsd. EUR in 2012, 277 Tsd. EUR in 2013) durch die Erstattung von Sach-, Personal- und IT-Folgekosten aus dem Wirtschaftsplan des Sondervermögens Naturschutz und Landschaftspflege erzielt. Die übrigen Erlöse entstehen vornehmlich aus der Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken (ca. 36 Tsd. EUR), im Zusammenhang mit der Vermietung von Dienst- und Werkdienstwohnungen (13 Tsd. EUR) sowie durch Gebühren, Zwangs- und Bußgelder auf Grundlage des § 29 HambBNatSchAG, § 69 BNatSchG und § 13 BArtSchVo (ca. 14 Tsd. EUR).

Im Kontenbereich „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ sind für den Zeitraum ab 2015 jährlich insbesondere folgende Sachkosten zusammengefasst:

- Betriebsausgaben für den Naturschutz, u.a. für Naturschutzgebiete, Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer, Hamburger Biotopkataster, Naturschutzinformationshäuser (544 Tsd. EUR),
- Kosten für den Aufbau eines Biotopverbundes und der Fachkonzeption Arten- und Biotopschutz (80 Tsd. EUR),
- Kosten für den Schutz heimischer Tier- und Pflanzenarten, v.a. Artenkataster (65 Tsd. EUR),
- Kosten für die Überwachung des Zustandes europaweit seltener und gefährdeter Lebensräume und Arten, einschließlich Bericht gegenüber der EU-Kommission (74 Tsd. EUR),
- Kosten für die Verbesserung der Lebensbedingungen für Pflanzen und Tiere in und an Gewässern (50 Tsd. EUR),
- Kosten für Gutachten, insbesondere im Zusammenhang mit der Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten (50 Tsd. EUR).

Die davon-Ausweisungen „Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen“ beziehen sich insbesondere auf Aufwendungen für die Modernisierung von Gebäuden und baulichen Anlagen der Produktgruppe Naturschutz; die ebenfalls herausgehobenen „Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz“ entstanden bzw. entstehen für empfangene Leistungen im Zusammenhang mit der Natura 2000-Managementplanung und dem entsprechenden Monitoring, für den Aufbau eines Biotopverbundes und der Fachkonzeption Arten- und Biotopschutz, für die Verbesserung der Lebensbedingungen für Pflanzen und Tiere in und an Gewässern sowie für externe Gutachten und Untersuchungen.

Die „Kosten für Transferleistungen“ entstehen schwerpunktmäßig im Rahmen des Vertragsnaturschutz-Programms „Biotopschutz durch Einschränkung der Bewirtschaftung von Flächen - Extensivierungsprogramm“ (682 Tsd. EUR), durch Zuschüsse an die Stiftung „Naturschutz Hamburg“ und die „Stiftung zum Schutz gefährdeter Pflanzen“ (130 Tsd. EUR) sowie für Zuwendungen zur Projektförderung und institutionellen Förderung der Naturschutzverbände und Stiftungen (465 Tsd. EUR). Die Aufstockung der Mittel für das Extensivierungsprogramm um 300 Tsd. EUR wird zur Kompensation wegfallender EU-Fördermittel ermöglicht.

Die „Kosten für Abnutzung – Abschreibungen“ stehen insbesondere mit der Aktivierung des Nationalpark-Hauses und der Nationalpark-Station auf der Insel Neuwerk, von Betriebs-/ Verwaltungsgebäuden, Infohäusern und Dienstwohnungen in den Naturschutzgebieten sowie der internetbasierten Fachanwendung Artenkataster und dem Biotopkartierungsprogramm im Zusammenhang.

Die im Zusammenhang mit der Unterhaltung und Durchführung von naturschutzrechtlich verbindlichen Ausgleichsmaßnahmen auf Grund von Festsetzungen in Bauleitplänen einschließlich Entwicklungspflege entstehenden Kosten aus Verwaltungstätigkeit sind in der Produktgruppe 265.04 Zentrale Programme Natur- und Ressourcenschutz (siehe Ziffer 4.1.2.4) ausgewiesen.

4.6.2.3.3 Ziele der Produktgruppe 26503 Naturschutz

- Z 1: Bereitstellung von Grundlagen für den Arten- und Biotopschutz sowie Schutz von gefährdeten Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung der europäischen und nationalen Vorschriften zum Handel (Kennzahlen B_265_03.001 bis 002)
- Z 2: Ausweisung und Erweiterung von Schutzgebieten sowie Erhaltung eines guten Pflegezustandes (Kennzahlen B_265_03_003 bis 004)
- Z 3: Sicherung des Naturschutzes in der Kulturlandschaft durch Vertragsnaturschutz (Kennzahl B_265_3_005)
- Z 4: Gewährleistung natürlicher Dynamik sowie Förderung von naturkundlicher Bildung und Naturerlebnis im Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer (Kennzahlen B_265_03_006 bis 007)
- Z 5: Sicherung und Verbesserung des Erhaltungszustandes der Arten und Lebensräume nach der Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Richtlinie und der Vogelarten nach Vogelschutzrichtlinie in Hamburg (Kennzahlen B_265_03_008 bis 010)
- Z 6: Sicherung eines Biotopverbundes auf mindestens 15% der Landesfläche (Kennzahl B_265_03_011)
- Z 7: Vermeidung und Ausgleich von Schäden an Natur und Landschaft (naturschutzrechtliche Eingriffsregelung) (Kennzahl B_265_03_012)

4.6.2.3.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26503 Naturschutz

	Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
B_265_03_001 Datensätze im Artenkataster	ANZ	250.000	260.000	270.000	280.000	290.000	300.000	300.000
B_265_03_002 Anzahl der erteilten Genehmigungen im Rahmen der EU-VO 338/97 - Handel mit geschützten Tier- und Pflanzenarten	St.	388	296	250	250	250	250	250
B_265_03_003 Anteil der ausgewiesenen Naturschutzgebietsflächen an der Gesamtfläche Hamburgs	%	8,57	8,86	8,88	9,40	9,40	9,40	9,40
B_265_03_004 Anteil der ausgewiesenen Landschaftsschutzgebietsflächen an der Gesamtfläche Hamburgs	%	19,1	19,1	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
B_265_03_005 Vertragsnaturschutzflächen	ha	1.655	1.655	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700
B_265_03_006 Anzahl der Besucher im Nationalpark-Haus	Pers.	15.925	18.906	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
B_265_03_007 Anzahl der naturkundlichen Führungen im Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer	St.	191	232	200	200	200	200	200
B_265_03_008 Anteil der in Hamburg vorkommenden FFH-Arten mit einem günstigen Erhaltungszustand an allen in Hamburg vorkommenden FFH-Arten	%	21	21	21	21	23	24	24
B_265_03_009 Anteil der in Hamburg vorkommenden FFH-Lebensraumtypen mit einem günstigen Erhaltungszustand an allen in Hamburg vorkommenden FFH-Lebensraumtypen	%	36	36	36	36	36	39	39
B_265_03_010 Anteil der in Hamburg vorkommenden Anhang I-Vogelarten nach VogelSchRI mit einem günstigen Erhaltungszustand an allen in Hamburg vorkommenden Anhang I-Vogelarten nach Vogelschutzrichtlinie	%	59	59	63	63	63	63	63
B_265_03_011 Anteil der gesicherten Flächen des Biotopverbundes an der Gesamtfläche Hamburgs	%	0	0	0	0	0	0	0
B_265_03_012 Flächen, die im Auftrag des Sondervermögens Naturschutz und Landschaftspflege renaturiert sowie langfristig bewirtschaftet und unterhalten werden	ha	820	850	870	1.070	1.130	1.180	1.230
<p>zu B_265_03_004: Die Ausweisung des LSG Wilhelmsburg erhöht die Planzahl um ca. 720 ha.</p> <p>zu B_265_03_008 bis 009: In Auswertung der neuen Kartierungsdaten und im Ergebnis des in den Vorjahren durchgeführten Monitorings muss die bisherige Bewertung (aus 2007) bei einigen Schutzgütern im Nachhinein als zu positiv angesehen werden. Auch hat sich durch Bundesvorgaben in Teilen die Bewertungsmethodik geändert. Zudem ist die Anzahl der Arten insgesamt gegenüber 2007 gestiegen, wobei viele dieser Arten als „unbekannt“ einzustufen sind. Dies hat Auswirkungen auf den relativen Anteil der „günstig“ zu bewertenden Arten, so dass der Prozentanteil gesunken ist. Die neuen Kennzahlen spiegeln insofern eine realistischere Situation für Hamburg wider.</p> <p>zu B_265_03_008 bis 010: wirkungsbezogene Kennzahlen</p> <p>zu B_265_03_011: Die Erfassung von Kennzahlen kann erst erfolgen, wenn die Integration des Biotopverbundes in das Landschaftsprogramm abgeschlossen und er damit planerisch gesichert ist.</p>								

4.6.2.3.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26503 Naturschutz

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Arten- und Biotopschutz							
Erlöse	28	45		8	8	8	8
Kosten	1.068	996		1.139	1.148	1.174	1.180
Saldo Jahresergebnis 1 Arten- und Biotopschutz	-1.041	-951		-1.131	-1.140	-1.166	-1.172
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Arten- und Biotopschutz	0	0	0	0	0	0	0
Natur- und Landschaftsschutz							
Erlöse	359	305		54	54	54	54
Kosten	2.214	2.010		1.758	1.780	1.805	1.806
Saldo Jahresergebnis 1 Natur- und Landschaftsschutz	-1.855	-1.705		-1.704	-1.726	-1.751	-1.752
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Natur- und Landschaftsschutz	0	0	0	0	0	0	0
Vertragsnaturschutz							
Erlöse	0	0					
Kosten	702	611		846	850	855	856
Saldo Jahresergebnis 1 Vertragsnaturschutz	-702	-611		-846	-850	-855	-856
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Vertragsnaturschutz	0	0	0	0	0	0	0
Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer							
Erlöse	9	6		1	1	1	1
Kosten	450	506		425	433	443	448
Saldo Jahresergebnis 1 Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer	-440	-501		-424	-432	-442	-447
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer	0	0	0	0	0	0	0
FFH- und Vogelschutzrichtlinie							
Erlöse	0	0					
Kosten	232	214		206	210	214	219
Saldo Jahresergebnis 1 FFH- und Vogelschutzrichtlinie	-232	-214		-206	-210	-214	-219
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 FFH- und Vogelschutzrichtlinie	0	0	0	0	0	0	0
Biotopverbund							
Erlöse	0	0					
Kosten	245	223		184	187	190	190
Saldo Jahresergebnis 1 Biotopverbund	-245	-223		-184	-187	-190	-190
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Biotopverbund	0	0	0	0	0	0	0
Eingriffsregelung							
Erlöse	0	0					
Kosten	407	385		339	348	358	351
Saldo Jahresergebnis 1 Eingriffsregelung	-407	-385		-339	-348	-358	-351
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Eingriffsregelung	0	0	0	0	0	0	0
Geschäftsbesorgung Sondervermögen Naturs							
Erlöse	0	0		273	277	281	284
Kosten	355	336		1.644	1.427	1.750	1.793

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Saldo Jahresergebnis 1 Geschäftsbesorgung Sondervermögen Naturs	-355	-336		-1.371	-1.150	-1.469	-1.509
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Geschäftsbesorgung Sondervermögen Naturs	0	0	0	0	0	0	0

4.6.2.3.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26503 Naturschutz

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ				36,93	36,93	36,93	35,73
Vgl. Vorwort zum Einzelplan							

4.6.2.4 Produktgruppe 26504 Zentr.Progr. Natur-u.Ressourcenschutz

4.6.2.4.1 Vorwort der Produktgruppe 26504 Zentr.Progr. Natur-u.Ressourcenschutz

Für die Produktgruppe Zentrale Programme Natur und Ressourcenschutz werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht. Die veranschlagten Mittel werden unterjährig für Maßnahmen des Masterplans Klimaschutz sowie für die Unterhaltung und Durchführung von naturschutzrechtlich verbindlichen Ausgleichsmaßnahmen auf Grund von Festsetzungen in Bauleitplänen per Sollübertragung in andere Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

4.6.2.4.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26504 Zentr.Progr. Natur-u.Ressourcenschutz

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse	444	233					
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	146	15	90	140	140	140	140
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen	0	0	13.400	0	0	0	0
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	298	218	-13.490	-140	-140	-140	-140
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	298	218	-13.490	-140	-140	-140	-140
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	298	218	-13.490	-140	-140	-140	-140
16. Globale Mehr- oder Minderkosten				7.153	7.174	7.139	7.218
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	298	218	-13.490	-7.293	-7.314	-7.279	-7.358

Die im Kontenbereich „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ zusammengefassten Sachkosten werden für die Unterhaltung und Durchführung von naturschutzrechtlich verbindlichen Ausgleichsmaßnahmen auf Grund von Festsetzungen in Bauleitplänen einschließlich Entwicklungspflege benötigt.

Die im Kontenbereich "Globale Mehrkosten" veranschlagten Kosten stehen überwiegend im Zusammenhang mit Maßnahmen des Masterplans Klimaschutz, in geringem Umfang ab 2015 auch mit Maßnahmen zur Förderung der Energiewende. Zum Zeitpunkt der Veranschlagung sind weder die Projekte noch die Zahlungsempfänger bekannt. Insofern besteht keine Möglichkeit, die Veranschlagung bei einem anderen Kontenbereich vorzunehmen.

Im Rahmen der Prioritätensetzung zur Einhaltung der Schuldenbremse werden die Ansätze für den Masterplan Klimaschutz reduziert. Mit den Mitteln werden künftig verstärkt CO2-einsparende Maßnahmen gefördert. Daneben sollen auch weiterhin Maßnahmen gefördert werden, die kein CO2 einsparen, wie z.B. Anpassungs-, Bildungs-, Beratungs- oder Forschungsprojekte, allerdings in deutlich verringertem Umfang.

4.6.2.4.3 Ziele der Produktgruppe 26504 Zentr.Progr. Natur-u.Ressourcenschutz

Für die Produktgruppe Zentrale Programme Natur- und Ressourcenschutz werden keine Ziele definiert. Die veranschlagten Mittel werden unterjährig per Sollübertragung in andere Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

4.6.2.4.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26504 Zentr.Progr. Natur-u.Ressourcenschutz

Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018

Für die Produktgruppe Zentrale Programme Natur- und Ressourcenschutz werden keine Kennzahlen definiert (siehe auch Ausführungen unter Ziffer 4.1.2.4.3).

4.6.2.4.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26504 Zentr.Progr. Natur-u.Ressourcenschutz

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Zentrales Programm Masterpl. Klimaschutz							
Erlöse	0	0					
Kosten	145	15		6.919	6.938	6.905	6.981
Saldo Jahresergebnis 1 Zentrales Programm Masterpl. Klimaschutz	-145	-15		-6.919	-6.938	-6.905	-6.981
Masterpl. Klimaschutz							
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Zentrales Programm Masterpl. Klimaschutz	0	0	0	0	0	0	0
Naturschutzrechtl. Ausgleichsmaßnahmen							
Erlöse	444	233					
Kosten	1	0		140	140	140	140
Saldo Jahresergebnis 1 Naturschutzrechtl. Ausgleichsmaßnahmen	443	232		-140	-140	-140	-140
Ausgleichsmaßnahmen							
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Naturschutzrechtl. Ausgleichsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0
Zentrales Programm Energiewende							
Kosten				234	236	234	237
Saldo Jahresergebnis 1 Zentrales Programm Energiewende				-234	-236	-234	-237
Energiewende							
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Zentrales Programm Energiewende	0	0	0	0	0	0	0
Auf diesen Produkten findet ausschließlich eine „Soll-Bewirtschaftung“ statt, d.h. die Haushaltsmittel werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen im Aufgabenbereich Natur- und Ressourcenschutz sowie auf andere Aufgabenbereiche des Einzelplans der BSU oder anderer Einzelpläne übertragen.							

4.6.2.4.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26504 Zentr.Progr. Natur-u.Ressourcenschutz

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ							
Für die Produktgruppe Zentrale Programme Natur- und Ressourcenschutz sind keine Vollzeitäquivalente veranschlagt.							

4.6.2.5 Produktgruppe 26505 Bezirkliche Zuweisungen NR

4.6.2.5.1 Vorwort der Produktgruppe 26505 Bezirkliche Zuweisungen NR

In dieser Produktgruppe sind die finanziellen Ressourcen dargestellt, die den Bezirken in Form von Rahmen-, Zweck- und Einzelzuweisungen (vgl. § 36 - 39 BezVG) zur Verfügung gestellt werden. Einzige Zweckbestimmung ist derzeit die Rahmenezuweisung Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für den Naturschutz. Die veranschlagten Beträge 2015 und 2016 in Höhe von jeweils 90 Tsd. EUR werden wie folgt auf die Bezirke verteilt (im Bezirk Eimsbüttel befindet sich kein Naturschutzgebiet):

Hamburg-Mitte = 16,67% = 15 Tsd. EUR,

Altona = 15,56% = 14 Tsd. EUR,

Hamburg-Nord = 12,22% = 11 Tsd. EUR,

Wandsbek = 17,78% = 16 Tsd. EUR,

Bergedorf = 26,67% = 24 Tsd. EUR,

Harburg = 11,11% = 10 Tsd. EUR.

4.6.2.5.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26505 Bezirkliche Zuweisungen NR

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit				90	90	90	90
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit				-90	-90	-90	-90
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)				-90	-90	-90	-90
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis				-90	-90	-90	-90
16. Globale Mehr- oder Minderkosten				0	0	0	0
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)				-90	-90	-90	-90

Siehe die Erläuterung im Vorwort der Produktgruppe.

4.6.2.5.3 Ziele der Produktgruppe 26505 Bezirkliche Zuweisungen NR

Für die Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen NR werden keine Ziele definiert. Die veranschlagten Mittel werden zu Beginn des jeweiligen Geschäftsjahres per Sollübertragung in die zutreffende Produktgruppe der bezirklichen Einzelpläne übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke.

4.6.2.5.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26505 Bezirkliche Zuweisungen NR

Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Für die Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen NR werden keine Kennzahlen definiert (siehe auch Ausführungen unter Ziffer 4.1.2.5.3).							

4.6.2.5.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26505 Bezirkliche Zuweisungen NR

Auf diesen Produkten findet ausschließlich eine „Soll-Bewirtschaftung“ statt, d.h. die Haushaltsmittel werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen in den bezirklichen Einzelplänen übertragen.

4.6.2.5.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26505 Bezirkliche Zuweisungen NR

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ							
Für die Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen NR sind keine Vollzeitäquivalente veranschlagt.							

4.6.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 265 Natur- und Ressourcenschutz

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Investitionsprogramme							
EU-Projekt LIFE 06 Zero Emission Ships							
Einzahlungen	0	0					
Auszahlungen	0	0					
Saldo für EU-Projekt LIFE 06 Zero Emission Ships	0	0					
Neu-, Um-, Ausbau von Gebäuden							
Auszahlungen	462	277	80	80	80	80	80
Saldo für Neu-, Um-, Ausbau von Gebäuden	-462	-277	-80	-80	-80	-80	-80
Grunderwerb verbindl. Ausgleichflächen							
Einzahlungen	111	58					
Auszahlungen	297	0	100	60	76	78	89
Saldo für Grunderwerb verbindl. Ausgleichflächen	-186	58	-100	-60	-76	-78	-89
Grunderwerb Naturschutz, Landschaftspf.							
Auszahlungen	426	-327	365	365	365	365	365
Saldo für Grunderwerb Naturschutz, Landschaftspf.	-426	327	-365	-365	-365	-365	-365
Summe Investitionsprogramme	-1.074	108	-545	-505	-521	-523	-534
Einzelinvestitionen							
Modernisierung Gut Karlshöhe							
Auszahlungen	217	233					
Saldo für Modernisierung Gut Karlshöhe	-217	-233					
Summe Einzelinvestitionen	-217	-233					
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen							
Auszahlungen sonstige Investitionen							
Summe sonstige Investitionen							
Globale Minderauszahlungen							
Globale Minderauszahlungen							
Summe Investitionsmittel	-1.291	-125	-545	-505	-521	-523	-534

Die Abweichungen zwischen den einzelnen Jahren für Investitionsmittel sind darin begründet, dass sich die Flächenankäufe für Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie für naturschutzrechtlich verbindliche Ausgleichsflächen nicht kontinuierlich vollziehen, sondern von der Ausweisung in Bauleitplänen, dem aktuellen Stand der Unterschutzstellung und der Verkaufsbereitschaft der Grundeigentümer abhängen.

4.6.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 265 Natur- und Ressourcenschutz

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Summe Darlehen							

Für den Aufgabenbereich Natur- und Ressourcenschutz sind keine Darlehen veranschlagt.

4.6.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 265 Natur- und Ressourcenschutz

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
GL Enteignung und Entschädigung							
Kosten				10	10	10	10
Saldo GL Enteignung und Entschädigung				-10	-10	-10	-10
GL Verbindliche Ausgleichsmaßnahmen							
Kosten				90	90	90	90
Saldo GL Verbindliche Ausgleichsmaßnahmen				-90	-90	-90	-90
Summe Gesetzliche Leistungen				-100	-100	-100	-100

Die wesentlichen gesetzlichen Leistungen des Aufgabenbereiches Natur- und Ressourcenschutz bestehen im Zusammenhang mit der Enteignung und Entschädigung nach §§ 19 und 20 Hamburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz sowie der Unterhaltung von naturschutzrechtlich verbindlichen Ausgleichsmaßnahmen auf Grund von Festsetzungen in Bauleitplänen.

4.6.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 265 Natur- und Ressourcenschutz

Aus der Ermächtigung der Produktgruppen 265.01 Klimaschutz und Nachhaltigkeit, 265.02 Energie und 265.03 Naturschutz, Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit und sonstige Kosten zu verursachen, dürfen bis zur Höhe eines Drittels des Ansatzes Kosten aus Gründen der Billigkeit verursacht werden.

In der Produktgruppe Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind Kosten für Transferleistungen für den Masterplan Klimaschutz veranschlagt. Dieser läuft bis Ende des Jahres 2020. Klimaschutz-Maßnahmen werden laufend umgesetzt. Ggf. in einem Jahr nicht abgeflossene Mittel werden im Folgejahr für weitere Maßnahmen dringend benötigt, um die Ziele des Masterplan Klimaschutz erreichen zu können. Die Ermächtigungen der Produktgruppe Klimaschutz und Nachhaltigkeit, Kosten für Transferleistungen i.Z.m. dem MAsterplan Klimaschutz zu verursachen, sind übertragbar.

In der Produktgruppe Energie sowie in der Produktgruppe Zentrale Programme sind im Kontenbereich „Kosten für Transferleistungen“ sind folgende Sachverhalte veranschlagt bzw. werden durchgeführt:

1. Förderprogramme der BSU, die in der Investitions- u. Förderbank Hamburg (IFB) durchgeführt werden. Diese werden überwiegend aus Mitteln des Masterplans Klimaschutz finanziert.
2. EFRE-Fördermittel der Förderperiode 2014-2020 in Höhe von insgesamt rd. 24 Mio. Euro auch zur Durchführung im Rahmen der Verträge mit der Investitions- u. Förderbank Hamburg (IFB)
3. Mittel für weitergehende Untersuchungen als möglichen Handlungsauftrag im Rahmen der Erstellung und der Ergebnisse des Wärmekonzeptes zur Zukunftsfähigkeit der Wärmeversorgung in Hamburg
4. Maßnahmen des Umweltmanagements langfristige Weiterführung (Ökoprofit und Qualitätsverbund umweltbewusster Betriebe – QuB)

Nicht abgeflossene Mittel werden im Folgejahr dringend benötigt, um die eingegangenen Verpflichtungen z.B. zum Masterplan Klimaschutz, gegenüber der Investitions- und Förderbank Hamburg sowie der EFRE-Verwaltungsbehörde einhalten zu können. Die Ermächtigungen der Produktgruppe Energie sowie der Produktgruppe Zentrale Programme, Kosten für Transferleistungen i.Z.m. mit den genannten Sachverhalten zu verursachen, sind übertragbar.

Die Ermächtigungen der Produktgruppe Naturschutz, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, sind übertragbar. In der Produktgruppe Naturschutz sind Kosten für Transferleistungen für das Vertragsnaturschutz-Programm „Biotopschutz durch Einschränkung der Bewirtschaftung von Flächen Extensivierungsprogramm“ veranschlagt. Es erfolgt noch bis Ende 2015 eine Kofinanzierung durch die EU. Die Rückflüsse der Kofinanzierungsmittel durch die EU werden in der Regel erst zum Jahresende an das Naturschutzamt stattfinden. Im gleichen Haushaltsjahr können die Haushaltsmittel dann nicht mehr verausgabt werden. Im Folgejahr werden sie aber für die Auszahlung der Verträge und begleitender Maßnahmen benötigt. Eine Übertragung der Reste ist zur Abwicklung des gesamten Verfahrens zwingend erforderlich.

In der Produktgruppe Naturschutz sind im Kontenbereich Kosten für Transferleistungen Mittel für Zuwendungen für Projektförderung und institutionelle Förderung der Naturschutzverbände und Stiftungen sowie Zuschüsse an die Stiftung „Naturschutz Hamburg“ und die „Stiftung zum Schutz gefährdeter Pflanzen“ veranschlagt. Diese werden teilweise über das laufende Haushaltsjahr hinaus bewilligt. Für die eingegangenen Verpflichtungen durch Zuwendungsbescheide ist eine Übertragung der Reste zwingend erforderlich.

In der Produktgruppe Naturschutz sind im Kontenbereich Kosten für Transferleistungen Mittel für Leistungen nach §§ 19 und 20 Hamburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Enteignungen und Entschädigung) veranschlagt. Die Kosten für Entschädigungen werden zum Ausgleich erlittener Nachteile oder Einschränkungen geleistet. Die Verfahren können sich bis zur Entscheidung über mehrere Jahre hinziehen. Eine Erstattung der gesetzlichen Leistungen ist dann zu gewährleisten.

4 Teilpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

4.7 Teilplan des Aufgabenbereichs 266 Immissionsschutz und Betriebe

4.7.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 266 Immissionsschutz und Betriebe

Der Aufgabenbereich 266 Immissionsschutz und Betriebe besteht aus folgenden Produktgruppen:

Produktgruppe 266.01 Immissionsschutz und Betriebe

Produktgruppe 266.02 Bezirkliche Zuweisungen IB

Der Aufgabenbereich ist für den Technischen Umweltschutz zuständig, und hierbei insbesondere für den betrieblichen und anlagenbezogenen Umweltschutz. Ziel des Aufgabenbereichs ist es, ein hohes Umweltschutzniveau

unter Beachtung vorhandener Rechtsgrundlagen zu erreichen. Der Aufgabenbereich ist durch folgende Aufgabenschwerpunkte geprägt:

- Gewährleisten des ordnungsgemäßen medienübergreifenden Umweltschutzes in Betrieben, u.a. durch Zulassung

von Anlagen, Genehmigungen, Erlaubnisse und Befreiungen, Überwachung von Betrieben zur Einhaltung

von Umweltvorschriften, Prävention und Gefahrenabwehr, Aufklärung und Beratung zur Lösung von

betrieblichen Umweltproblemen

- Weiterentwicklung von anlagen- und betriebsbezogenen Standards im Umweltschutz

- Schutz vor schädlichen Auswirkungen gentechnischer Verfahren und Produkte

- Umsetzung der Umweltschutzvorschriften im Bereich des anlagen- und betriebsbezogenen Gewässerschutzes

- Gewährleisten der ordnungsgemäßen Abwasserbehandlung, -beseitigung und -einleitung von öffentlichen

Flächen und privaten Wohngrundstücken

- Sofortige Bekämpfung von akuten Schadensfällen für die Umwelt und umweltgerechte Sanierung nach Bränden

und Schadensfällen mit Chemikalien.

- Anlagenbezogener Lärmschutz, Lärmaktionsplanung für den Ballungsraum Hamburg, Fluglärmschutz

- Atomrechtliche Aufgaben im Zusammenhang mit der Kernenergienutzung, Schutz vor den Gefahren ionisierender

Strahlung und elektromagnetischer Felder, Chemikalienpolitik

- Registrierung von Schadstoffemissionen und Abfallverbringungen bei industriellen Tätigkeiten,

- Luftreinhalteplanung.

Der Mittel- und Stellenbedarf wird dabei insbesondere durch folgende Rahmendaten bestimmt:

- Anzahl, Umfang und Schwierigkeitsgrad von Verfahren zu Anlagengenehmigungen und Einleitungserlaubnissen,

- Umfang und Intensität der Überwachung und daraus resultierende Handlungsbedarfe,

- Anzahl und Ausmaß der Umweltschadensfällen, zu denen Sofortmaßnahmen ergriffen werden müssen

- Intensität und Umfang der Vorsorgeplanungen

4.7.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 266 Immissionsschutz und Betriebe

4.7.2.1 Produktgruppe 26601 Immissionsschutz und Betriebe

4.7.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 26601 Immissionsschutz und Betriebe

Die Aufgabenschwerpunkte der Produktgruppe sind im Vorwort zum Aufgabenbereich beschrieben. Alle Abteilungen des Amtes sind an der Erstellung dieser Produkte beteiligt.

4.7.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26601 Immissionsschutz und Betriebe

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	5.544	7.322	8.413	7.028	8.251	8.605	8.605
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	627	977	680	575	575	679	679
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	75	76	62	50	50	62	62
3. Personalkosten	9.896	10.233	10.355	9.588	9.539	9.905	10.154
a) Kosten für Entgelte	5.860	5.889	6.105	4.888	4.817	5.032	4.990
b) Kosten für Bezüge	2.008	2.154	2.123	2.627	2.654	2.729	2.947
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	1.129	1.135	1.264	1.086	1.074	1.120	1.124
e) Kosten für Versorgungsleistungen	899	1.056	863	987	994	1.024	1.093
4. Kosten für Transferleistungen	479	570	532	555	537	537	537
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	75	310	325	211	278	356	409
6. Sonstige Kosten				12	12	12	12
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-5.533	-4.768	-3.479	-3.913	-2.690	-2.884	-3.186
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit				0	0	0	0
10. Finanzergebnis				0	0	0	0
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	-5.533	-4.768	-3.479	-3.913	-2.690	-2.884	-3.186
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-5.533	-4.768	-3.479	-3.913	-2.690	-2.884	-3.186
16. Globale Mehr- oder Minderkosten				0	0	0	0
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	-5.533	-4.768	-3.479	-3.913	-2.690	-2.884	-3.186

Erlöse im Aufgabenbereich 266 werden insbesondere erzielt aus

- Abwasserabgaben,
- Verwaltungsgebühren,
- Benutzungsgebühren,
- Erstattung von Verwaltungskosten sowie
- Einnahmen durch Serviceleistungen der Fachgruppe RESY (das DV-gestützte Rufbereitschafts- und Ersteinsatz-Informationssystem ist eine Gefahrstoffdatenbank zur überregionalen Nutzung für die Bereiche Wasser, Boden und Luft).

Der reduzierte Ansatz für Erlöse in 2015 und 2016 gegenüber 2014 resultiert aus der Erwartung von Mindererlösen bei Benutzungsgebühren nach Umweltgebührenordnung im Zusammenhang mit der Entnahme von Oberflächenwasser.

Die Kostenseite des Aufgabenbereichs 266 wird zu mehr als 80% durch die Personalkosten geprägt. Die Kosten aus Verwaltungstätigkeit fallen für die Durchführung von Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahren (260 Tsd. Euro p.a.) und für die Erarbeitung von Lärminderungsmaßnahmen und Luftreinhalteplanung (je 70 Tsd. Euro p.a.) an. Kosten für Transferleistungen beinhalten die Zuweisungen im Zusammenhang mit der Bund-/Länder-Vereinbarung über die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen.

Im Rahmen der Prioritätensetzung sind zur Einhaltung der Schuldenbremse in den Jahren 2015 und 2016 zu jeweils 105 Tsd. Euro Kürzungen bei den Kosten aus Verwaltungstätigkeit erfolgt. Weitere Einsparungen erfolgen über die Personalkosten. Ab 2017 sollen die Einsparungen ausschließlich über die Personalkosten erbracht werden.

4.7.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 26601 Immissionsschutz und Betriebe

- Z 1: Gewährleistung eines ordnungsgemäßen anlagen- und betriebsbezogenen Immissionsschutzes; Abwehr von Gefahren durch gentechnische Verfahren (B-266_01_001-B-266_01_005)
- Z 2: Umsetzung des Wasser- und Abwasserrechts hinsichtlich der Anforderungen des anlagen- und betriebsbezogenen Gewässerschutzes und der Abwassertechnik (B-266_01_005-B-266_01_011)
- Z 3: Sicherung einer umweltverträglichen Entsorgung von Abfällen aus Betrieben (B-266_01_012-B-266_01_013)
- Z 4: Verursachergerechte Beteiligung an der Verbesserung der Gewässergüte (B-266_01_014-B-266_01_015)
- Z 5: Lärm- und Fluglärmschutz (B-266_01_016-B-266_01_019)
- Z 6: Umweltgefahrenabwehr bei akuten Schadensfällen (B-266_01_020-B-266_01_022)
- Z 7: Schutz und Vorsorge vor den Risiken der Kernenergienutzung und vor schädlichen Einwirkungen nicht ionisierender Strahlung (B-266_01_023)
- Z 8: Information der Öffentlichkeit über die Schadstofffreisetzung durch Industrieanlagen (B-266_01_024)
- Z 9: Planerische Gestaltung eines verträglichen Nebeneinanders von Industrie/Gewerbe und empfindlichen Nutzungen (B-266_01_025)
- Z 10: Luftreinhalteplanung (B-266_01_026)

4.7.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26601 Immissionsschutz und Betriebe

	Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
B_266_01_001 Anzahl der abgeschlossenen Zulassungsverfahren nach Immissionsschutz- und Gentechnikrecht	St.	88	71	60	60	60	60	60
B_266_01_002 Durchschnittliche Bearbeitungszeit der Zulassungsverfahren nach Immissionsschutz- und Gentechnikrecht in Monaten	Monate	2,35	2,75	2,40	2,80	2,80	2,90	2,90
B_266_01_003 Anzahl der überwachten Einheiten im Rahmen der Regelüberwachung nach Immissionsschutz- und Gentechnikrecht	St.	185	223	240	200	190	175	160
B_266_01_004 Anzahl der durchgeführten Anlassüberwachungen nach Immissionsschutz- und Gentechnikrecht	St.	127	159	200	160	160	160	160
B_266_01_005 Anzahl der veranlassten Umweltverbesserungen nach Immissionsschutz- und Gentechnikrecht	St.	unbekannt	70	60	65	65	60	60
B_266_01_006 Anzahl der abgeschlossenen Zulassungsverfahren und -entscheidungen nach Wasser- und Abwasserrecht	St.	551	750	500	700	700	700	700
B_266_01_007 Anzahl der überwachten Einheiten im Rahmen der Regelüberwachung nach Wasser- und Abwasserrecht	St.	206	172	250	215	205	185	175
B_266_01_008 Anzahl der durchgeführten Anlassüberwachungen nach Wasser- und Abwasserrecht	St.	712	1.145	1.200	960	910	910	910
B_266_01_009 Anzahl der veranlassten Umweltverbesserungen nach Wasser- und Abwasserrecht	St.	255	340	250	230	230	220	220
B_266_01_010 Anzahl der Abwasseranalysen von Direkt- und Indirekteinleitern	St.	1.751	2.004	2.500	1.600	1.600	1.600	1.600
B_266_01_011 davon mit Überschreitungen	St.	206	209	150	150	150	150	150
B_266_01_012 Anzahl der abfallrechtlichen Überwachungen	St.	194	211	250	210	200	180	170
B_266_01_014 Abwasserabgabe brutto	Tsd. EUR	6.222	unbekannt	7.755	6.200	6.200	6.200	6.200
B_266_01_015 Mit der Abwasserabgabe verrechenbare Sanierungsmaßnahmen	Tsd. EUR	5.340	unbekannt	6.400	5.400	5.400	5.400	5.400
B_266_01_016 Anträge auf Ausnahmen von den Nachtflugbeschränkungen	St.	74	39	100	50	50	50	50
B_266_01_017 davon genehmigt	St.	27	28	30	30	30	30	30
B_266_01_018 Erfasste und bearbeitete Fluglärmbeschwerden	St.	2.974	2.858	1.500	2.500	2.500	2.500	2.500
B_266_01_019 Schalltechnische Untersuchungen (Messung, Beurteilung und Bewertung); Schallimmissionsprognosen	St.	160	156	200	200	200	200	200
B_266_01_020 Anzahl der von außen eingegangenen Schadensmeldungen und Nachbarschaftsbeschwerden	St.	566	610	870	600	600	600	600
B_266_01_021 dazu durchgeführte Sofortmaßnahmen	ANZ	20	223	300	220	220	220	220
B_266_01_022 Ermittelte Verursacher	ANZ	15	60	150	60	60	60	60
B_266_01_023 Fachliche Stellungnahmen in Zusammenhang mit der Kernenergienutzung und Kernbrennstofftransporten	ANZ	0	105	100	100	100	100	100
B_266_01_024 Berichte zum Europäischen Schadstofffreisetzungs- und Verbringungsregister (PRTR) für Hamburg	ANZ	70	68	75	70	70	70	70
B_266_01_025 Fachliche Stellungnahmen im Rahmen der Bauleitplanung zur Umsetzung eines prä-ventiven Umweltschutzes und zur Vermeidung/Minimierung von Nutzungskonflikten	ANZ	40	28	60	40	40	40	40
B_266_01_026 Fachliche Verhandlungen/Abstimmungsgespräche in Zusammenhang mit der Luftreinhaltung	ANZ	0	192	180	180	180	180	180

zu Kennzahlen B-266_01_003, B-266_01_004, B-266_01_00, B-266_01_008 und B-266_01_012: Für die Kennzahlen im Bereich Überwachung sind auf Grund der EDV-Umstellung von "BEWEAN-Dafür" auf "BEST" keine gesicherten Angaben möglich.

zu Kennzahl B-266_01_005: Im alten Erfassungsbogen für Umweltverbesserungen wurden Umweltverbesserungen nach Gentechnikrecht nicht erfasst, so dass ein Wert für diese Kennzahl im Jahr 2012 nicht ermittelt werden kann.

zu Kennzahl B-266_01_022: Die Planzahl von 150 für 2014 wurde auf Basis der Ist-Zahl 2011 erhoben (darin noch enthalten die Ölspurenbeseitigung, welche seit November 2011 nicht mehr durchgeführt wird), ab Planzahl 2015 dann auf Basis der Ist-Zahl von 2013. Die Ist-Zahl ist abhängig von der Art der gemeldeten Schadensfälle, die durch die BSU nicht gesteuert werden kann.

4.7.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26601 Immissionschutz und Betriebe

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Immissionschutz und Gentechnikrecht							
Erlöse	2.144	2.830		2.383	2.383	2.382	2.382
Kosten	3.342	3.692		3.555	3.536	3.663	3.756
Saldo Jahresergebnis 1 Immissionschutz und Gentechnikrecht	-1.198	-862		-1.172	-1.153	-1.281	-1.374
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Immissionschutz und Gentechnikrecht	0	0	0	0	0	0	0
Wasser- und Abwasserrecht							
Erlöse	2.217	2.929		3.214	4.424	4.773	4.773
Kosten	3.252	3.589		3.408	3.390	3.509	3.554
Saldo Jahresergebnis 1 Wasser- und Abwasserrecht	-1.035	-660		-194	1.034	1.264	1.219
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Wasser- und Abwasserrecht	0	0	0	0	0	0	0
Überwachungen nach dem Abfallrecht							
Erlöse	45	59		50	50	50	50
Kosten	414	451		429	427	444	455
Saldo Jahresergebnis 1 Überwachungen nach dem Abfallrecht	-369	-392		-379	-377	-394	-405
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Überwachungen nach dem Abfallrecht	0	0	0	0	0	0	0
Erhebung Abwasserabgabe							
Erlöse	1.111	1.467		1.235	1.235	1.235	1.235
Kosten	131	139		134	134	140	146
Saldo Jahresergebnis 1 Erhebung Abwasserabgabe	980	1.329		1.101	1.101	1.095	1.089
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Erhebung Abwasserabgabe	0	0	0	0	0	0	0
Lärmaktionsplanung, Fluglärm							
Erlöse	9	12		10	10	10	10
Kosten	1.305	1.393		844	839	901	924
Saldo Jahresergebnis 1 Lärmaktionsplanung, Fluglärm	-1.296	-1.381		-834	-829	-891	-914
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Lärmaktionsplanung, Fluglärm	0	0	0	0	0	0	0
Umweltschadensfälle							
Erlöse	11	14		128	141	147	147
Kosten	1.586	1.696		1.524	1.573	1.715	1.811
Saldo Jahresergebnis 1 Umweltschadensfälle	-1.575	-1.681		-1.396	-1.432	-1.568	-1.664
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Umweltschadensfälle	0	0	0	0	0	0	0
Kernernergie Nutzung							
Erlöse	7	10		8	8	8	8
Kosten	236	254		239	238	247	252
Saldo Jahresergebnis 1 Kernernergie Nutzung	-229	-245		-231	-230	-239	-244
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Kernernergie Nutzung	0	0	0	0	0	0	0
Berichtspflichten							

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Erlöse	0	0					
Kosten	211	227		211	210	219	222
Saldo Jahresergebnis 1 Berichtspflichten	-211	-227		-211	-210	-219	-222
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Berichtspflichten	0	0	0	0	0	0	0
Luftqualitätspläne							
Erlöse	0	0					
Kosten	600	649		597	594	651	671
Saldo Jahresergebnis 1 Luftqualitätspläne	-600	-649		-597	-594	-651	-671
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Luftqualitätspläne	0	0	0	0	0	0	0
Siehe die Erläuterungen im Vorwort.							

4.7.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26601 Immissionsschutz und Betriebe

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ				132,72	126,32	127,82	126,01
Vgl. Vorwort zum Einzelplan.							

4.7.2.2 Produktgruppe 26602 Bezirkliche Zuweisungen IB

4.7.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 26602 Bezirkliche Zuweisungen IB

In dieser Produktgruppe sind die finanziellen Ressourcen dargestellt, die den Bezirken in Form von Ramen-, Zweck- und Einzelzuweisungen (vgl. §§ 36 - 39 BezVG) zur Verfügung gestellt werden. Derzeit besteht diese Produktgruppe aus zwei Zweckzuweisungen. Die veranschlagten Beträge 2015 und 2016 in Höhe von jeweils 15 Tsd. Euro für Gutachten und Untersuchungen sowie jeweils 37 Tsd. Euro für die Beseitigung von Schäden an öffentlichen Anlagen und Ausgaben für Geräte und Instrumente für Überwachungsaufgaben werden wie folgt auf die Bezirke verteilt:

Gutachten und Untersuchungen

Hamburg-Mitte = 6,67% = 1 Tsd. Euro,

Altona = 13,33% = 2 Tsd. Euro,

Bezirk Eimsbüttel = 13,33% = 2 Tsd. Euro,

Hamburg-Nord = 26,67% = 4 Tsd. Euro,

Wandsbek = 13,33% = 2 Tsd. Euro,

Bergedorf = 13,33% = 2 Tsd. Euro,

Harburg = 13,33% = 2 Tsd. Euro.

Beseitigung von Schäden/Geräte und Instrumente

Hamburg-Mitte = 5,41% = 2 Tsd. Euro,

Altona = 2,70% = 1 Tsd. Euro,

Bezirk Eimsbüttel = 35,14% = 13 Tsd. Euro,

Hamburg-Nord = 8,11% = 3 Tsd. Euro,

Wandsbek = 8,11% = 3 Tsd. Euro,

Bergedorf = 35,14% = 13 Tsd. Euro,

Harburg = 5,41% = 2 Tsd. Euro.

4.7.2.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26602 Bezirkliche Zuweisungen IB

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit				52	52	52	52
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz				15	15	15	15
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit				-52	-52	-52	-52
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)				-52	-52	-52	-52
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis				-52	-52	-52	-52
16. Globale Mehr- oder Minderkosten				0	0	0	0
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)				-52	-52	-52	-52
Siehe die Erläuterung im Vorwort der Produktgruppe.							

4.7.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 26602 Bezirkliche Zuweisungen IB

Für die Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen IB werden keine Ziele definiert. Die veranschlagten Mittel werden zu Beginn des jeweiligen Geschäftsjahres per Sollübertragung in die zutreffende Produktgruppe der bezirklichen Einzelpläne übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke.

4.7.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26602 Bezirkliche Zuweisungen IB

Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Für die Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen IB werden keine Kennzahlen definiert (siehe auch Ausführungen unter Ziffer 4.1.2.2.3).							

4.7.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26602 Bezirkliche Zuweisungen IB

Auf diesen Produkten findet ausschließlich eine „Soll-Bewirtschaftung“ statt, d.h. die Haushaltsmittel werden auf die sachlich zuständigen Produktgruppen in den bezirklichen Einzelplänen übertragen.

4.7.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26602 Bezirkliche Zuweisungen IB

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ							
Für die Produktgruppe Bezirkliche Zuweisungen IB sind keine Vollzeitäquivalente veranschlagt.							

4.7.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 266 Immissionsschutz und Betriebe

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Investitionsprogramme							
Summe Investitionsprogramme							
Einzelinvestitionen							
Zuweisung Schadstoffbek.geräte							
Auszahlungen	0	0	77				
Saldo für Zuweisung Schadstoffbek.geräte	0	0	-77				
Zuweisung Schadstoffbek.geräte							
Auszahlungen	265	355	265	228	490	490	490
Saldo für Zuweisung Schadstoffbek.geräte	-265	-355	-265	-228	-490	-490	-490
Summe Einzelinvestitionen	-265	-355	-342	-228	-490	-490	-490
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen							
Auszahlungen sonstige Investitionen	11	14	15	15	15	15	15
Summe sonstige Investitionen	-11	-14	-15	-15	-15	-15	-15
Globale Minderauszahlungen							
Globale Minderauszahlungen							
Summe Investitionsmittel	-276	-369	-357	-243	-505	-505	-505

Die Einzelinvestition hat die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen im Rahmen einer entsprechenden Verwaltungsvereinbarung des Bundes und der fünf norddeutschen Küstenländer zum Ziel. Veranschlagt sind anteilige Kosten für die Beschaffung von Schiffen (deren Aus- und Umrüstung) sowie von geräten und Ausstattungsgegenständen im Rahmen der genannten Verwaltungsvereinbarung. Unter sonstigen Investitionen sind Ersatzbeschaffungen für Geräte und Ausstattungsgegenstände veranschlagt.

4.7.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 266 Immissionsschutz und Betriebe

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Summe Darlehen							

Für den Aufgabenbereich Immissionsschutz und Betriebe sind keine Darlehen veranschlagt.

4.7.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 266 Immissionsschutz und Betriebe

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
GL Lärmaktionsplanung							
Kosten				573	570	621	630
Saldo GL Lärmaktionsplanung				-573	-570	-621	-630
GL Luftreinhaltung							
Kosten				310	308	347	357
Saldo GL Luftreinhaltung				-310	-308	-347	-357
Summe Gesetzliche Leistungen				-883	-878	-968	-987

Gesetzliche Leistung Lärmaktionsplanung

Nach dem Gesetz zur Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm vom 24.06.2005 sind die Länder verpflichtet, strategische Lärmkarten für die Hauptlärm- Quellgruppen Straßenverkehr, Schienenverkehr, Luftverkehr sowie Industrie/Hafen zu erstellen und alle 5 Jahre zu aktualisieren. Der EU-Kommission ist über das Bundesministerium für Umwelt (BMU) entsprechend zu berichten. Auf der Grundlage dieser Lärmkarten wurde für den Ballungsraum Hamburg ein Aktionsplan erstellt, der Vorschläge für Lärminderungsmaßnahmen und Handlungskonzepte enthält, die nun schrittweise umgesetzt werden sollen. Für die Bearbeitung und Durchführung der dort aufgeführten konkreten Maßnahmen und Abarbeitung einzelner Handlungskonzepte sind externe / gutachterliche Hilfestellungen notwendig. Neben Gutachtenkosten sollen auch weitere Sachkosten bezahlt werden können, die jetzt noch nicht konkret absehbar sind (Verbrauchsmaterialien, Schulungen, spezielle Software, Moderation von Öffentlichkeitsveranstaltungen, Anmietungen von Veranstaltungsräumen u.ä.).

Gesetzliche Leistung Luftreinhaltung

Der Senat ist verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um der Richtlinie 2008/50/EG vom 21. Mai 2008 über Luftqualität und saubere Luft für Europa (EU-Luftqualitätsrichtlinie) bzw. der 22. (bzw. künftig 39.) Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes nachzukommen. Nach Lage der Messergebnisse der Luftmessnetzes in Hamburg kann davon ausgegangen werden, dass der ab 1.1. 2010 geltende Jahresimmissionswert für Stickstoffdioxid (NO₂) von 40 µg/m³ aber auch die festgelegte Überschreitungshäufigkeit von 18 für den NO₂-Stundenwert von 200 µg/m³ in Hamburg nicht eingehalten werden kann, obwohl seit 2004 ein entsprechender Luftreinhalteplan vorliegt. Ferner besteht für PM₁₀ weiterhin das Risiko, dass in Jahren mit ungünstigen meteorologischen Ausbreitungsbedingungen der Grenzwert für den PM₁₀-Tagesmittelwert (Überschreitungshäufigkeit) nicht überall eingehalten wird. Es ist deshalb unbedingt erforderlich, Maßnahmen zur dauerhaften Verminderung der Luftschadstoffe Stickstoffdioxid und PM₁₀ festzulegen. Die neue Luftqualitätsrichtlinie bietet den zuständigen Behörden einen Aufschub bis längstens 5 Jahren, wenn in einem **Luftqualitätsplan** gemäß Artikel 22 der neuen Richtlinie aufgezeigt wird, wie die Einhaltung der Grenzwerte vor Ablauf der neuen Frist erreicht werden soll. Der Antrag auf Fristverlängerung ist der EU-Kommission 2011 vorzulegen, damit diese prüfen kann, ob die Voraussetzungen für eine Fristverlängerung vorliegen. Um die Vorgaben der EG-Kommission erfüllen zu können, muss die zuständige Behörde darlegen können, dass die im Luftqualitätsplan beschriebenen Maßnahmen zur Einhaltung der Grenzwerte führen. Dieser Nachweis wird in der Regel über externe Gutachten geführt. Zunächst wird der Ist-Zustand der Schadstoffbelastung erhoben und sodann eine Prognoserechnung unter Berücksichtigung der getroffenen und geplanten Maßnahmen für das Jahr 2015 vorgelegt. Unbedingt notwendig ist im Vorwege auch die Prüfung der Wirksamkeit von Maßnahmen in Bezug auf die Verbesserung der Luftqualität. Hier können nach Bedarf und unter bestimmten Voraussetzungen Minderungseffekte von Luftreinhaltemaßnahmen gutachterlich ermittelt werden. Desweiteren sind begleitende Untersuchungen (z.B. Erstellung eines Emissionskatasters, kleinräumige Immissionsprognosen, verkehrsplanerische Gutachten, Erwerb von Fahrzeugdaten, Validierung von Minderungsmaßnahmen etc.) sinnvoll und notwendig. Neben Gutachtenkosten sollen auch weitere Sachkosten bezahlt werden können (Druckerzeugnisse für die Öffentlichkeitsarbeit, Organisation von Öffentlichkeitsveranstaltungen, Verbrauchsmaterialien, Schulungskosten, spezielle Software u.ä.).

4.7.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 266 Immissionsschutz und Betriebe

Aus der Ermächtigung der Produktgruppe 266.01 Immissionsschutz und Betriebe, Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit zu verursachen, dürfen bis zur Höhe eines Drittels des Ansatzes Kosten aus Gründen der Billigkeit verursacht werden.

Die Ermächtigungen, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, sind übertragbar.

In der Produktgruppe Immissionsschutz und Betriebe sind Kosten für Transferleistungen für die Zuweisung an das Wasser- und Schifffahrtsamt Cuxhaven bzw. an das Land Schleswig-Holstein und dem Bund veranschlagt. Es besteht zwischen dem fünf norddeutschen Küstenländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern Niedersachsen und Schleswig-Holstein und dem Bund eine Verwaltungsvereinbarung über die gemeinsame Bekämpfung von Meeresverschmutzungen (Bürgerschaftsdrucksache 17/1083). Es werden Mittel entsprechend dem zwischen den Partnern abgestimmten Betriebs- und Unterhaltungskostenplan veranschlagt. Die Verwaltungsvereinbarung gilt b.a.w.

Aufgrund der komplexen Thematik und der Beteiligung mehrerer Länder können die im gemeinsamen Kostenplan beschlossenen Maßnahmen teilweise über das laufende Haushaltsjahr hinausgehen. Eine jahresscharfe Erfüllung der Verbindlichkeiten kann nicht gewährleistet werden, somit ist eine Übertragbarkeit der Transferleistungen notwendig.

4.8 Verpflichtungsermächtigungen der Teilpläne des Einzelplan 6

4.8.1 Teilplan des Aufgabenbereichs 260 Steuerung und Service

Verpflichtungsermächtigungen sind nicht veranschlagt

4.8.2 Teilplan des Aufgabenbereichs 261 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

4.8.2.1 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 261 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

4.8.2.1.1 Konsumtive VE der Produktgruppe 261.01 Wohnen

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit			270	229	115		
VE für Kosten für Transferleistungen							
VE für Sonstige Kosten							

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen sind erforderlich, um mehrjährige vertragliche Verpflichtungen eingehen zu können, und beziehen sich im Wesentlichen auf Kosten für Mietenspiegel und Wohnlagenverzeichnis (VE: 179 Tsd. in 2015, 103 Tsd. in 2016)

4.8.2.1.2 Konsumtive VE der Produktgruppe 261.02 Stadterneuerung und Bodenordnung

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit							
VE für Kosten für Transferleistungen							
VE für Sonstige Kosten							

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

4.8.2.1.3 Konsumtive VE der Produktgruppe 261.03 Zentrales Programm

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit							
VE für Kosten für Transferleistungen			12.220				
VE für Sonstige Kosten							
VE für Globale Mehrkosten				5.000	5.000		

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen sind erforderlich, um mehrjährige vertragliche Verpflichtungen eingehen zu können, und beziehen sich auf Kosten für Gesamtmaßnahmen der Programmsegmente der Bund-Länder-Städtebauförderung im Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) (VE: 5.000 Tsd. EUR). Die Veranschlagung der VE erfolgt im Gegensatz zum Haushaltsjahr 2014 im Kontenbereich Globale Mehrkosten, da zum Zeitpunkt der Veranschlagung weder einzelne Projekte noch die die Zahlungsempfänger bekannt sind und insofern keine Möglichkeit besteht, die Veranschlagung in einem anderen Kontenbereich vorzunehmen.

4.8.2.1.4 Konsumtive VE der Produktgruppe 261.04 Bezirkliche Zuweisungen WSB

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit							
VE für Kosten für Transferleistungen			9				
VE für Sonstige Kosten							

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:
Ab 2015 ist keine Verpflichtungsermächtigung mehr erforderlich.

4.8.2.2 Investive VE des Aufgabenbereichs 261 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Investitionsprogramm							
Verpflichtungsermächtigung für Investitionsprogramm RISE Bund/Land			7.020	8.721	8.748		
Verpflichtungsermächtigung für Investitionsprogramm RISE Land			1.560				
Verpflichtungsermächtigungen für Investitionsprogramme	0	0	8.580	8.721	8.748	0	0

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:
Die Verpflichtungsermächtigungen sind erforderlich, um mehrjährige vertragliche Verpflichtungen eingehen zu können, und beziehen sich auf Auszahlungen für Maßnahmen in der Stadtteilentwicklung (VE: 8.721 Tsd. EUR in 2015, 8.748 Tsd. EUR in 2016).

4.8.3 Teilplan des Aufgabenbereichs 262 Bauordnung und Hochbau

4.8.3.1 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 262 Bauordnung und Hochbau

4.8.3.1.1 Konsumtive VE der Produktgruppe 262.01 Bauordnung und Hochbau

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit	6.200	6.100	500	5.972	5.955	5.961	5.888
VE für Kosten für Transferleistungen							
VE für Sonstige Kosten							

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen voranging zur Beauftragung von freiberuflich Tätigen (Architekten, Ingenieure u.a.).

4.8.3.1.2 Konsumtive VE der Produktgruppe 262.02 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000
VE für Kosten für Transferleistungen							
VE für Sonstige Kosten							

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen voranging zur Beauftragung von freiberuflich Tätigen (Architekten, Ingenieure u.a.) für Tätigkeiten, die nicht mit dem vorhandenen Personal abgedeckt werden können.

4.8.4 Teilplan des Aufgabenbereichs 263 Landes- und Landschaftsplanung**4.8.4.1 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 263 Landes- und Landschaftsplanung****4.8.4.1.1 Konsumtive VE der Produktgruppe 263.01 Landes- und Landschaftsplanung**

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit	3.448	2.603	2.603	2.070	2.070	2.070	2.070
VE für Kosten für Transferleistungen							
VE für Sonstige Kosten				13	13	13	13

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen vorrangig dazu, für mehrjährige Planungsleistungen durch Dritte entsprechend langfristige Verträge schließen zu können.

4.8.4.1.2 Konsumtive VE der Produktgruppe 263.02 Zentrale Programme Landes- und Landschaftsplanung

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit	3.410	3.990	3.990				
VE für Kosten für Transferleistungen							
VE für Sonstige Kosten							
VE für Globale Mehrkosten				1.500	1.500	1.500	1.500

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen vorrangig dazu, für mehrjährige Planungs- und Unterhaltungsleistungen durch Dritte entsprechend langfristige Verträge schließen zu können. Dazu gehören Leistungen für das Wohnugsbauentwicklungsvorhaben Neue Mitte Altona und die Entwicklungen des Harburger Hafens. Außerdem dient die Verpflichtungsermächtigung der Absicherung eines Vertrages mit dem Landesbund der Gartenfreunde zur Verbesserung der Infrastruktur bestehender Kleingärten als Kompensation für nicht realisierbare Ersatzparzellen.

Die Veranschlagung der VE erfolgt im Gegensatz zum Haushaltsjahr 2014 im Kontenbereich Globale Mehrkosten, da zum Zeitpunkt der Veranschlagung einzelne Projekte noch nicht bekannt sind und insofern keine Möglichkeit besteht, die Veranschlagung in einem anderen Kontenbereich vorzunehmen.

4.8.4.1.3 Konsumtive VE der Produktgruppe 263.03 Bezirkliche Zuweisungen

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit	800	10.301	9.470	9.420	9.420	9.420	9.420
VE für Kosten für Transferleistungen							
VE für Sonstige Kosten							

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die Verpflichtungsermächtigung ermöglicht den Bezirken, jahresübergreifende Verträge für Planungs- und Unterhaltungsleistungen zu schließen.

4.8.4.2 Investive VE des Aufgabenbereichs 263 Landes- und Landschaftsplanung

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Investitionsprogramm							
Verpflichtungsermächtigung für Gründerwerb Grün- und Erholungsanlagen	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
Verpflichtungsermächtigung für Bau von Grün- und Kleingartenanlagen	4.400	3.430	3.430	2.500	2.500	2.500	2.500
Verpflichtungsermächtigung für Bau von Grün- und Kleingartenanlagen, temporäre Schwerpunkte	0	3.500	3.000	920	800	910	700
Verpflichtungsermächtigung für Infrastrukturmaßnahmen Schlossinsel Harburg	5.870	2.000	1.000	2.000	2.000	2.000	2.000
Verpflichtungsermächtigung für Finanzierungsprogramm	0	0	0	8.000	8.000	8.000	8.000
Verpflichtungsermächtigung für Wohnungsbauentwicklung	0	1.550	500	3.000	3.000	3.000	3.000
Verpflichtungsermächtigung für Wohnungsbaufolgekosten Grünanlagen	350	350	350	350	350	350	350
Verpflichtungsermächtigung für Rahmenzuweisung für Entwicklung Pflanzen und Blumen	1.400	1.324	1.324	969	969	969	969
Verpflichtungsermächtigung für Rahmenzuweisung für öffentliche Grünanlagen	12.670	13.154	10.604	18.739	18.619	18.729	18.519
Investitionsprogramme							

Einzelinvestition							
Verpflichtungsermächtigung für Flächenentwicklung Bahnflächen Altona	6.500	840	1.020	1.020	1.020	1.020	1.020
Verpflichtungsermächtigungen für Einzelinvestitionen	6.500	840	1.020	1.020	1.020	1.020	1.020

Erläuterungen :

Die Verpflichtungsermächtigungen ermöglichen das Eingehen von mehrjährigen Verpflichtungen bei Baumaßnahmen.

4.8.5 Teilplan des Aufgabenbereichs 264 Umweltschutz**4.8.5.1 Produktgruppen des Aufgabenbereichs****4.8.5.1.1 Konsumtive VE der Produktgruppe 264.01 Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz**

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit	0	0	7.032	5.865	5.732	5.679	5.633
VE für Kosten für Transferleistungen							
VE für Sonstige Kosten				148	148	148	148

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die VE sind erforderlich um mehrjährige vertragliche Verpflichtungen eingehen zu können, die sich im Zusammenhang mit der Unterhaltung und dem Betrieb wasserwirtschaftlicher Bauwerke, Hochwasserschutzanlagen und Deichverteidigungsanlagen ergeben. Die Veranschlagung einer VE für sonstige Kosten wurde aufgrund einer veränderten Zuordnung zu Plankostenarten erforderlich.

4.8.5.1.2 Konsumtive VE der Produktgruppe 264.02 Altlasten, Bodenschutz und Geolog.Dst.

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit	0	0	8.817	4.471	5.067	5.154	5.010
VE für Kosten für Transferleistungen			100	100	100	100	100
VE für Sonstige Kosten			0	1.648	1.648	1.648	1.648

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die VE werden zur Fortführung von Sanierungsmaßnahmen benötigt, mit denen meist mehrjährige vertragliche Verpflichtungen einhergehen. Die Veranschlagung einer VE für sonstige Kosten wurde aufgrund einer veränderten Zuordnung zu Plankostenarten erforderlich.

4.8.5.1.3 Konsumtive VE der Produktgruppe 264.03 Abfallwirtschaft

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit	0	0	201	201	9.420	9.420	9.420
VE für Kosten für Transferleistungen							
VE für Sonstige Kosten							

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die VE werden für die Rückführung von illegalen Abfallverbringungen benötigt.

4.8.5.1.4 Konsumtive VE der Produktgruppe 264.04 Bezirkliche Zuweisungen

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit			1.100	2.544	2.544	2.544	2.544
VE für Kosten für Transferleistungen							
VE für Sonstige Kosten							

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen vorrangig dazu, für mehrjährige Planungs- und Unterhaltungsleistungen durch Dritte entsprechend langfristige Verträge schließen zu können.

4.8.5.1.5 Konsumtive VE der Produktgruppe 264.05 Zentrale Programme U

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit							
VE für Kosten für Transferleistungen							
VE für Sonstige Kosten							
VE für Globale Mehrkosten				690	690	690	690
Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen: Die Verpflichtungsermächtigung ermöglicht den Bezirken, jahresübergreifende Verträge für Planungs- und Unterhaltungsleistungen für Maßnahmen zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) in der Flussgebietsgemeinschaft Elbe zu leisten. Die Maßnahmen dienen der Verbesserung des ökologischen Potentials der Oberflächengewässer, insbesondere der Verbesserung der Gewässerstruktur und Durchgängigkeit der Gewässer (Globale Mehrkosten). Die Projekte sind zum Zeitpunkt der Veranschlagung noch nicht bekannt. Insofern besteht keine Möglichkeit, die Veranschlagung bei einem anderen Kontenbereich vorzunehmen.							

4.8.5.2 Investive VE des Aufgabenbereichs 264 Umweltschutz

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Investitionsprogramm							
Verpflichtungsermächtigung für wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen	0	0	23.613	1.120	1.120	1.120	1.120
Verpflichtungsermächtigung für EG Wasserrahmenrichtlinie Elbe	0	0	0	60	60	60	60
Verpflichtungsermächtigung für Hochwasserschutz	0	0	0	19.793	18.000	18.000	18.000
Verpflichtungsermächtigung für Instandsetzung Entwässerungsanlagen	0	0	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
Verpflichtungsermächtigung für Bodenschutz/Altlasten	0	0	925	432	376	380	401
Verpflichtungsermächtigung für Beschaffung Geräte etc.	0	0	32	18	25	26	31
Verpflichtungsermächtigung für Instandsetzung öffentliche Toiletten	0	0	380	380	380	380	380
Verpflichtungsermächtigung für RZ kl. Wasserwirt. Baumaßnahmen	0	0	1.000	600	600	600	600
Verpflichtungsermächtigung für ZZ wasserwirt. Baumaßnahmen	0	0	2.961	1.567	1.567	1.567	1.567
Verpflichtungsermächtigung für ZP EG Wasserrahmenrichtlinie Elbe	0	0	0	2.040	2.040	2.040	2.040
Verpflichtungsermächtigung für ZP GI Gewässerinfrastruktur			3.000	2.000	2.000	2.698	2.900
Verpflichtungsermächtigungen für Investitionsprogramme	0	0	33.911	30.010	28.168	28.871	29.099

Erläuterungen :

Die VE ermöglichen das Eingehen von mehrjährigen Verpflichtungen bei Baumaßnahmen.

4.8.6 Teilplan des Aufgabenbereichs 265 Natur- und Ressourcenschutz**4.8.6.1 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 265 Natur- und Ressourcenschutz****4.8.6.1.1 Konsumtive VE der Produktgruppe 265.01 Klimaschutz und Nachhaltigkeit**

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit			281	180	180		
VE für Kosten für Transferleistungen			555	655	655		
VE für Sonstige Kosten							

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen sind erforderlich, um vertragliche Verpflichtungen für das jeweilige Folgejahr eingehen zu können, und beziehen sich im Wesentlichen auf zu leistende Zuschüsse für den Betrieb und die Unterhaltung des Guts Karlshöhe, Beiträge zur Unterstützung der Initiative Hamburg lernt Nachhaltigkeit (VE für Kosten aus Transferleistungen) sowie Aufwendungen im Zusammenhang mit der Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres, der Förderung einer modernen, zukunftsweisenden, nachhaltigen Stadtentwicklung und Vorhaben zur Umweltbildung (VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit). Die Höhe der VE orientiert sich deshalb an den Jahresbedarfen dieser Maßnahmen.

4.8.6.1.2 Konsumtive VE der Produktgruppe 265.02 Energie

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit			613	912	912		
VE für Kosten für Transferleistungen			4.235	2.844	2.832		
VE für Sonstige Kosten							

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Auf Grundlage der Verpflichtungsermächtigungen sind eine flexible und jahresübergreifende Planung, eine bessere Steuerung und die Forcierung einzelner Vorhaben und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Förderung der UmweltPartnerschaft Hamburg und der Bündelung vorhandener Klimaschutzaktivitäten (VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit) sowie der Förderung von Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung und zur Nutzung regenerativer Energiequellen (VE für Kosten aus Transferleistungen) möglich. Die Höhe der VE orientiert sich an den Jahresbedarfen dieser Maßnahmen.

4.8.6.1.3 Konsumtive VE der Produktgruppe 265.03 Naturschutz

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit			985	926	926		
VE für Kosten für Transferleistungen			977	1.287	1.287		
VE für Sonstige Kosten							

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen sind erforderlich, um vertragliche Verpflichtungen für das jeweilige Folgejahr eingehen zu können, und beziehen sich im Wesentlichen auf das Artenkataster, allgemeine Betriebsausgaben für den Naturschutz, Managementplanung und Monitoring sog. Natura 2000-Gebiete, den Aufbau eines Biotopverbunden und der Fachkonzeption Arten- und Biotopschutz (VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit) sowie den Vertragsnaturschutz, Zuwendungen an die Stiftung „Naturschutz Hamburg“, die „Stiftung zum Schutz gefährdeter Pflanzen“ und Vereine und Stiftungen für Naturschutzaufgaben (VE für Kosten für Transferleistungen). Die Höhe der VE orientiert sich deshalb an den Jahresbedarfen dieser Maßnahmen.

4.8.6.1.4 Konsumtive VE der Produktgruppe 265.04 Zentrale Programme Natur- und Ressourcenschutz

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit			50	50	50		
VE für Kosten für Transferleistungen			8.000				
VE für Sonstige Kosten							
VE für Globale Mehrkosten				7.174	7.139		

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Auf Grundlage der Verpflichtungsermächtigungen sind eine flexible und jahresübergreifende Planung, eine bessere Steuerung und die Forcierung einzelner Vorhaben und Maßnahmen im Zusammenhang mit naturschutzrechtlich verbindlichen Ausgleichsmaßnahmen (VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit) sowie dem Masterplan Klimaschutz und der Energiewende (ab 2015 VE für Globale Mehrkosten) möglich. Beim Masterplan Klimaschutz und der Energiewende sind zum Zeitpunkt der Veranschlagung weder die Projekte noch die Zahlungsempfänger bekannt. Insofern besteht keine Möglichkeit, die Veranschlagung bei einem anderen Kontenbereich vorzunehmen. Die Höhe aller VE orientiert sich grundsätzlich an den Jahresbedarfen der jeweiligen Maßnahmen.

4.8.6.2 Investive VE des Aufgabenbereichs 265 Natur- und Ressourcenschutz

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Investitionsprogramm							
Verpflichtungsermächtigung für Neu-, Um- und Ausbau von Gebäuden			80	80	80		
Verpflichtungsermächtigung für Grunderwerb für naturschutzrechtlich verbindliche Ausgleichsflächen			100	76	78		
Verpflichtungsermächtigungen für Investitionsprogramme	0	0	180	156	158	0	0

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen sind erforderlich, um für die beiden Investitionsprogramme frühzeitig vertragliche Verpflichtungen für das jeweilige Folgejahr eingehen und damit günstige Konditionen sichern zu können. Die Höhe der VE orientiert sich an den Jahresbedarfen dieser Maßnahmen.

4.8.7 Teilplan des Aufgabenbereichs 266 Immissionsschutz und Betriebe**4.8.7.1 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 266 Immissionsschutz und Betriebe****4.8.7.1.1 Konsumtive VE der Produktgruppe 266.01 Immissionsschutz und Betriebe**

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit			565	370	370		
VE für Kosten für Transferleistungen				350	350		
VE für Sonstige Kosten							

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen sind erforderlich, um vertragliche Verpflichtungen für das jeweilige Folgejahr eingehen zu können. Sie beziehen sich einerseits auf allgemeine Betriebsausgaben und Betriebsausgaben im Rahmen gesetzlicher Leistungen für Lärminderungsmaßnahmen und die Luftreinhalteplanung. Andererseits wird in zunehmendem Maß eine Verpflichtungsermächtigung zur frühzeitigen Zusicherung von Zuweisungen an das Wasser- und Schifffahrtsamt Cuxhaven sowie das Land Schleswig-Holstein für den Betrieb und die Unterhaltung von Schadstoffbekämpfungsgeräten und -einrichtungen benötigt, um diesen Dienststellen Planungssicherheit zu gewähren.

4.8.7.1.2 Konsumtive VE der Produktgruppe 266.02 Bezirkliche Zuweisungen IB

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit			37	37	37		
VE für Kosten für Transferleistungen							
VE für Sonstige Kosten							

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Auf Grundlage der Verpflichtungsermächtigung ist ein flexibler und jahresübergreifender Mitteleinsatz für die Bezirke möglich. Der Aufwand für die Beseitigung von Schäden ist nicht planbar und erfordert ggf. die Inanspruchnahme eines Vorgriffs auf das Folgejahr.

4.8.7.2 Investive VE des Aufgabenbereichs 266 Immissionsschutz und Betriebe

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einzelinvestitionen							
Verpflichtungsermächtigung für Zuweisung a.d. Wasser- u. Schifffahrtsamt			200	200	200		
Verpflichtungsermächtigungen für Einzelinvestitionen	0	0	200	200	200	0	0

Sonstige Investitionen

Neu- und Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen und Geräten			15				
Verpflichtungsermächtigung für			15				

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die Verpflichtungsermächtigung ist zur frühzeitigen Zusicherung von Zuweisungen an das Wasser- und Schifffahrtsamt Cuxhaven sowie das Land Schleswig-Holstein für den Betrieb und die Unterhaltung von Schadstoffbekämpfungsgeräten und -einrichtungen erforderlich, um diesen Dienststellen Planungssicherheit zu gewähren.

5 Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche
5.1 Ergebnis- und Finanzpläne des Aufgabenbereichs 260 Steuerung und Service (BSU)
5.1.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 260 Steuerung und Service (BSU)

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse aus lfd. Verwaltungstätigkeit	83	105	33	1.521	1.528	1.531	1.534
2. Erlöse aus Transferleistungen	803	1.472	444	0	0	0	0
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	67	72	102	507	507	507	507
6. Erlöse aus Verrechnungen				0	0	0	0
7. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	17.392	15.452	15.044	15.699	15.587	15.612	15.762
8. Personalkosten	19.017	19.441	16.854	16.860	16.955	17.159	16.949
a) Kosten für Entgelte	6.783	6.783	6.531	6.695	6.728	6.932	6.827
b) Kosten für Bezüge	6.246	6.313	6.530	6.277	6.317	6.283	6.223
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter				43	43	43	43
d) Kosten für Sozialleistungen	1.304	1.304	1.506	1.636	1.644	1.683	1.659
e) Kosten für Versorgungsleistungen	4.682	5.040	2.287	2.209	2.223	2.218	2.197
9. Kosten für Transferleistungen	14.015	14.162	14.104	1.494	1.512	1.531	1.531
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	142	1.045	5.990	14.303	12.871	11.811	12.504
12. Sonstige Kosten	9	8	-6.257	13.235	13.235	13.235	13.235
13. Kosten aus Verrechnungen				144	144	144	144
14. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-49.623	-48.457	-45.156	-59.707	-58.269	-57.454	-58.084
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Zinsen und ähnliche Kosten				0	0	0	0
20. Finanzergebnis				0	0	0	0
21. Ordentliches Ergebnis (14+20)	-49.623	-48.457	-45.156	-59.707	-58.269	-57.454	-58.084
22. Außerordentliche Erlöse							
23. Außerordentliche Kosten							
24. Außerordentliches Ergebnis							
25. Jahresergebnis (21+24)	-49.623	-48.457	-45.156	-59.707	-58.269	-57.454	-58.084
26. Globale Mehr- oder Minderkosten				-2.662	-607	-170	-226
27. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (25+26)	-49.623	-48.457	-45.156	-57.045	-57.662	-57.284	-57.858

5.1.2 Finanzplan des Aufgabenbereichs 260 Steuerung und Service (BSU)

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	952	1.107	579	2.028	2.035	2.038	2.041
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	47.981	46.252	37.197	42.215	44.256	44.947	44.856
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-47.028	-45.145	-36.618	-40.187	-42.221	-42.909	-42.815
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen							
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse	446	512	25	21	23	23	24
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden							
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen	957	7.882					
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	565	612		30	30	30	30
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen							
14. Globale Minderauszahlungen							
15. Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.968	-9.006	-25	-51	-53	-53	-54
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten							
19. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten							
20. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
21. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-48.996	-54.151	-36.643	-40.238	-42.274	-42.962	-42.869

5 Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche

5.2 Ergebnis- und Finanzpläne des Aufgabenbereichs 261 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

5.2.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 261 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0	0		0	0	0	0
2. Erlöse aus Transferleistungen	26.898	31.520	31.900	26.515	26.515	26.515	26.515
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	68	4.550	4.693	150	384	584	784
6. Erlöse aus Verrechnungen				0	0	0	0
7. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.127	825	307	183	295	181	336
8. Personalkosten	4.344	4.593	4.347	4.520	4.572	4.626	4.640
<i>a) Kosten für Entgelte</i>	2.094	2.112	2.120	1.996	2.184	2.115	2.078
<i>b) Kosten für Bezüge</i>	1.312	1.428	1.290	1.513	1.384	1.484	1.526
<i>c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>							
<i>d) Kosten für Sozialleistungen</i>	404	407	460	468	496	489	484
<i>e) Kosten für Versorgungsleistungen</i>	535	645	477	543	508	538	552
9. Kosten für Transferleistungen	124.098	122.894	96.299	151.521	158.331	155.683	132.508
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	430	519	1.205	586	1.144	1.493	1.847
12. Sonstige Kosten				164	334	322	132
13. Kosten aus Verrechnungen				0	0	0	
14. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-104.034	-92.762	-65.565	-130.309	-137.777	-135.206	-112.164
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Zinsen und ähnliche Kosten				0	0	0	0
20. Finanzergebnis				0	0	0	0
21. Ordentliches Ergebnis (14+20)	-104.034	-92.762	-65.565	-130.309	-137.777	-135.206	-112.164
22. Außerordentliche Erlöse							
23. Außerordentliche Kosten							
24. Außerordentliches Ergebnis							
25. Jahresergebnis (21+24)	-104.034	-92.762	-65.565	-130.309	-137.777	-135.206	-112.164
26. Globale Mehr- oder Minderkosten				6.000	5.000	5.000	5.000
27. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (25+26)	-104.034	-92.762	-65.565	-136.309	-142.777	-140.206	-117.164

5.2.2 Finanzplan des Aufgabenbereichs 261 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	26.898	35.879	36.525	26.515	26.515	26.515	26.515
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	130.035	127.667	100.425	161.631	167.648	164.893	141.850
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-103.137	-91.788	-63.900	-135.116	-141.133	-138.378	-115.335
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen	1.639	985		6.700	5.000	5.000	5.000
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse	9.114	8.344	8.580	14.168	8.721	8.748	8.927
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden							
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen							
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen							
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen							
14. Globale Minderauszahlungen							
15. Saldo aus Investitionstätigkeit	-7.475	-7.359	-8.580	-7.468	-3.721	-3.748	-3.927
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen	45	45					
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten							
19. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten							
20. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	45	45					
21. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-110.567	-99.103	-72.480	-142.584	-144.854	-142.126	-119.262

5 Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche

5.3 Ergebnis- und Finanzpläne des Aufgabenbereichs 262 Bauordnung und Hochbau

5.3.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 262 Bauordnung und Hochbau

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse aus lfd. Verwaltungstätigkeit	13.531	14.632	23.225	20.591	21.389	21.728	22.090
2. Erlöse aus Transferleistungen	62	813					
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	155	153	141	111	111	111	111
6. Erlöse aus Verrechnungen							
7. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	4.914	5.634	8.691	8.470	8.464	8.423	8.432
8. Personalkosten	13.173	13.496	18.064	16.979	17.836	18.378	18.852
a) Kosten für Entgelte	7.320	7.294	10.493	9.133	9.783	10.105	10.350
b) Kosten für Bezüge	3.106	3.254	3.854	4.227	4.271	4.380	4.507
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter			278			0	0
d) Kosten für Sozialleistungen	1.409	1.398	1.891	1.993	2.121	2.188	2.243
e) Kosten für Versorgungsleistungen	1.338	1.550	1.548	1.626	1.661	1.705	1.752
9. Kosten für Transferleistungen	35	618					
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	216	218	218	181	120	117	117
12. Sonstige Kosten			10	212	212	212	212
13. Kosten aus Verrechnungen							
14. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-4.589	-4.368	-3.617	-5.140	-5.133	-5.292	-5.413
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Zinsen und ähnliche Kosten				0	0	0	0
20. Finanzergebnis				0	0	0	0
21. Ordentliches Ergebnis (14+20)	-4.589	-4.368	-3.617	-5.140	-5.133	-5.292	-5.413
22. Außerordentliche Erlöse							
23. Außerordentliche Kosten							
24. Außerordentliches Ergebnis							
25. Jahresergebnis (21+24)	-4.589	-4.368	-3.617	-5.140	-5.133	-5.292	-5.413
26. Globale Mehr- oder Minderkosten				0	0	0	0
27. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (25+26)	-4.589	-4.368	-3.617	-5.140	-5.133	-5.292	-5.413

5.3.2 Finanzplan des Aufgabenbereichs 262 Bauordnung und Hochbau

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	13.654	15.163	23.272	20.608	21.406	21.745	22.107
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	16.783	18.198	25.084	23.802	24.616	25.068	25.496
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-3.130	-3.035	-1.812	-3.194	-3.210	-3.323	-3.389
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen							
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse							
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden							
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen							
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			51				
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen							
14. Globale Minderauszahlungen							
15. Saldo aus Investitionstätigkeit			-51				
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten							
19. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten							
20. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
21. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-3.130	-3.035	-1.863	-3.194	-3.210	-3.323	-3.389

5 Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche

5.4 Ergebnis- und Finanzpläne des Aufgabenbereichs 263 Landes- und Landschaftsplanung

5.4.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 263 Landes- und Landschaftsplanung

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse aus lfd. Verwaltungstätigkeit	5.509	5.754	1.402	1.402	1.402	1.402	1.402
2. Erlöse aus Transferleistungen	1.077	1.146	1.037	1.037	1.037	1.037	1.037
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	954	846	791	790	790	790	790
6. Erlöse aus Verrechnungen	40	23					
7. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	6.463	7.285	11.491	22.961	23.567	23.527	23.738
8. Personalkosten	8.209	8.893	7.956	7.725	7.778	8.304	8.479
<i>a) Kosten für Entgelte</i>	4.373	4.617	3.679	4.145	4.088	4.507	4.578
<i>b) Kosten für Bezüge</i>	2.105	2.313	2.542	1.932	2.023	2.031	2.096
<i>c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>							
<i>d) Kosten für Sozialleistungen</i>	843	890	811	905	898	981	997
<i>e) Kosten für Versorgungsleistungen</i>	888	1.073	924	743	769	785	808
9. Kosten für Transferleistungen	7.635	42.061	4.248	5.862	5.862	5.862	5.782
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	13.369	13.552	13.345	16.924	4.282	4.832	6.946
12. Sonstige Kosten	16.977	18.484	13	158	158	158	158
13. Kosten aus Verrechnungen							
14. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-45.074	-82.507	-33.823	-50.401	-38.418	-39.454	-41.874
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Zinsen und ähnliche Kosten				0	0	0	0
20. Finanzergebnis				0	0	0	0
21. Ordentliches Ergebnis (14+20)	-45.074	-82.507	-33.823	-50.401	-38.418	-39.454	-41.874
22. Außerordentliche Erlöse							
23. Außerordentliche Kosten							
24. Außerordentliches Ergebnis							
25. Jahresergebnis (21+24)	-45.074	-82.507	-33.823	-50.401	-38.418	-39.454	-41.874
26. Globale Mehr- oder Minderkosten				2.595	2.595	2.595	2.575
27. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (25+26)	-45.074	-82.507	-33.823	-52.996	-41.013	-42.049	-44.449

Siehe Erläuterungen zu den Ergebnisplänen der Produktgruppen.

5.4.2 Finanzplan des Aufgabenbereichs 263 Landes- und Landschaftsplanung

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	6.792	6.794	2.442	2.442	2.442	2.442	2.442
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	38.396	75.625	22.682	38.452	39.080	39.549	39.809
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-31.604	-68.831	-20.240	-36.010	-36.638	-37.107	-37.367
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen	0	0					
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	5.429	165	700	700	700	700	700
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse	811	688					
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden	1.915	316	1.385	1.025	1.025	1.025	1.025
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen	28.057	17.756	9.755	20.975	28.145	25.352	20.615
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen				969	969	969	969
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	8					
13. Sonstige Investitionsauszahlungen							
14. Globale Minderauszahlungen							
15. Saldo aus Investitionstätigkeit	-25.354	-18.604	-10.440	-22.269	-29.439	-26.646	-21.909
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten							
19. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten							
20. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
21. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-56.958	-87.435	-30.680	-58.279	-66.077	-63.753	-59.276

In den Auszahlungen für Baumaßnahmen ist ab 2015 erstmalig das Investitionsprogramm "Finanzierungsprogramm Wohnungsbauentwicklung" mit den Jahresraten 7.720 Tsd. Euro in 2015, 14.092 Tsd. Euro in 2016, 14.155 Tsd. Euro in 2017 und 11.841 Tsd. Euro in 2018 enthalten. Die Jahresraten für das Investitionsprogramm "Wohnungsbaufolgekosten" wurden ab 2015 deutlich erhöht, um die Versorgung mit öffentlichen Grünanlagen für neuen Wohnungsbau sicherzustellen.

Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen wurden ab 2015 erstmalig als investive Rahmenguweisung an die Bezirke für den Erwerb von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen veranschlagt.

5 Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche

5.5 Ergebnis- und Finanzpläne des Aufgabenbereichs 264 Umweltschutz

5.5.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 264 Umweltschutz

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse aus lfd. Verwaltungstätigkeit	17.639	17.936	15.937	17.837	18.249	18.673	18.673
2. Erlöse aus Transferleistungen	1.727	2.275	18	18	18	18	18
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	595	1.560	1.520	777	777	777	777
6. Erlöse aus Verrechnungen							
7. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	39.809	40.021	38.089	44.228	43.232	42.674	42.896
8. Personalkosten	12.475	13.126	12.782	12.441	12.631	12.878	13.103
a) Kosten für Entgelte	7.687	8.135	7.658	7.388	7.467	7.593	7.692
b) Kosten für Bezüge	2.262	2.251	2.424	2.479	2.545	2.614	2.689
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	0	0	109	0	0	0	0
d) Kosten für Sozialleistungen	1.482	1.568	1.587	1.560	1.580	1.607	1.631
e) Kosten für Versorgungsleistungen	1.045	1.172	1.004	1.014	1.039	1.064	1.091
9. Kosten für Transferleistungen	45.990	40.763	41.137	44.786	44.755	44.415	44.416
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	22.993	23.627	24.225	26.453	28.050	28.704	29.369
12. Sonstige Kosten	22.581	24.815	13.078	4.460	5.875	6.775	6.986
13. Kosten aus Verrechnungen							
14. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-123.886	-120.581	-111.836	-113.736	-115.500	-115.978	-117.302
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Zinsen und ähnliche Kosten				0	0	0	0
20. Finanzergebnis				0	0	0	0
21. Ordentliches Ergebnis (14+20)	-123.886	-120.581	-111.836	-113.736	-115.500	-115.978	-117.302
22. Außerordentliche Erlöse							
23. Außerordentliche Kosten							
24. Außerordentliches Ergebnis							
25. Jahresergebnis (21+24)	-123.886	-120.581	-111.836	-113.736	-115.500	-115.978	-117.302
26. Globale Mehr- oder Minderkosten				690	690	690	690
27. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (25+26)	-123.886	-120.581	-111.836	-114.426	-116.190	-116.668	-117.992

5.5.2 Finanzplan des Aufgabenbereichs 264 Umweltschutz

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	19.606	20.182	16.060	17.960	18.372	18.796	18.796
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	119.809	117.553	103.983	105.455	106.004	106.225	106.852
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-100.203	-97.370	-87.923	-87.495	-87.632	-87.429	-88.056
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen	12.392	13.456	8.100	11.100	11.100	11.100	11.100
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	94	0	40	40	40	40	40
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse	3.319	3.318	3.068	3.068	3.068	3.068	3.068
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden	964	113	953	953	953	953	953
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen	50.026	44.746	39.898	27.160	28.174	28.286	28.998
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	28	624	32	18	25	26	31
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen							
14. Globale Minderauszahlungen							
15. Saldo aus Investitionstätigkeit	-41.852	-35.345	-35.811	-20.059	-21.080	-21.193	-21.910
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten							
19. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten							
20. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
21. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-142.055	-132.716	-123.734	-107.554	-108.712	-108.622	-109.966

5 Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche

5.6 Ergebnis- und Finanzpläne des Aufgabenbereichs 265 Natur- und Ressourcenschutz

5.6.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 265 Natur- und Ressourcenschutz

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse aus lfd. Verwaltungstätigkeit	98	98	93	414	399	366	347
2. Erlöse aus Transferleistungen	1.024	1.138					
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	810	617	371	279	5	5	5
6. Erlöse aus Verrechnungen				0			
7. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.683	3.308	1.914	2.248	2.248	2.248	2.248
8. Personalkosten	7.092	6.605	6.226	6.476	6.610	6.708	6.664
a) Kosten für Entgelte	3.883	3.796	3.291	3.530	3.665	3.735	3.798
b) Kosten für Bezüge	1.727	1.373	1.618	1.571	1.548	1.557	1.470
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	748	732	700	766	792	806	812
e) Kosten für Versorgungsleistungen	735	705	617	609	605	610	584
9. Kosten für Transferleistungen	10.948	10.965	19.531	4.888	4.897	4.885	4.910
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	2.480	3.145	2.849	4.552	3.107	2.364	1.824
12. Sonstige Kosten	3	0	15	249	249	249	251
13. Kosten aus Verrechnungen				38	0	0	0
14. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-22.275	-22.171	-30.071	-17.759	-16.708	-16.084	-15.545
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Zinsen und ähnliche Kosten				0	0	0	0
20. Finanzergebnis				0	0	0	0
21. Ordentliches Ergebnis (14+20)	-22.275	-22.171	-30.071	-17.759	-16.708	-16.084	-15.545
22. Außerordentliche Erlöse							
23. Außerordentliche Kosten							
24. Außerordentliches Ergebnis							
25. Jahresergebnis (21+24)	-22.275	-22.171	-30.071	-17.759	-16.708	-16.084	-15.545
26. Globale Mehr- oder Minderkosten				7.153	7.174	7.139	7.218
27. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (25+26)	-22.275	-22.171	-30.071	-24.912	-23.882	-23.223	-22.763

5.6.2 Finanzplan des Aufgabenbereichs 265 Natur- und Ressourcenschutz

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	1.562	1.372	93	414	399	366	347
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	20.991	20.174	27.003	20.357	20.488	20.533	20.626
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-19.430	-18.802	-26.910	-19.943	-20.089	-20.167	-20.279
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen	111	58					
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse	217	233					
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden	698	-327	465	425	441	443	454
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen	462	277	80	80	80	80	80
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	25	0					
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen							
14. Globale Minderauszahlungen							
15. Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.291	-125	-545	-505	-521	-523	-534
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten							
19. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten							
20. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
21. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-20.721	-18.927	-27.455	-20.448	-20.610	-20.690	-20.813

5 Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche

5.7 Ergebnis- und Finanzpläne des Aufgabenbereichs 266 Immissionsschutz und Betriebe

5.7.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 266 Immissionsschutz und Betriebe

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.999	5.641	7.205	5.820	7.043	7.397	7.397
2. Erlöse aus Transferleistungen	1.246	1.216	1.208	1.208	1.208	1.208	1.208
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	299	465	0	0	0	0	0
6. Erlöse aus Verrechnungen							
7. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	627	977	680	627	627	731	731
8. Personalkosten	9.896	10.233	10.355	9.588	9.539	9.905	10.154
a) Kosten für Entgelte	5.860	5.889	6.105	4.888	4.817	5.032	4.990
b) Kosten für Bezüge	2.008	2.154	2.123	2.627	2.654	2.729	2.947
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	1.129	1.135	1.264	1.086	1.074	1.120	1.124
e) Kosten für Versorgungsleistungen	899	1.056	863	987	994	1.024	1.093
9. Kosten für Transferleistungen	479	570	532	555	537	537	537
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	75	310	325	211	278	356	409
12. Sonstige Kosten				12	12	12	12
13. Kosten aus Verrechnungen							
14. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-5.533	-4.768	-3.479	-3.965	-2.742	-2.936	-3.238
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Zinsen und ähnliche Kosten				0	0	0	0
20. Finanzergebnis				0	0	0	0
21. Ordentliches Ergebnis (14+20)	-5.533	-4.768	-3.479	-3.965	-2.742	-2.936	-3.238
22. Außerordentliche Erlöse							
23. Außerordentliche Kosten							
24. Außerordentliches Ergebnis							
25. Jahresergebnis (21+24)	-5.533	-4.768	-3.479	-3.965	-2.742	-2.936	-3.238
26. Globale Mehr- oder Minderkosten				0	0	0	0
27. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (25+26)	-5.533	-4.768	-3.479	-3.965	-2.742	-2.936	-3.238

5.7.2 Finanzplan des Aufgabenbereichs 266 Immissionsschutz und Betriebe

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	5.544	7.135	8.413	7.028	8.251	8.605	8.605
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	10.103	10.724	10.617	9.651	9.575	10.011	10.179
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-4.559	-3.589	-2.204	-2.623	-1.324	-1.406	-1.574
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen							
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse	265	355	342	228	490	490	490
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden							
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen							
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	11	14	15	15	15	15	15
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen							
14. Globale Minderauszahlungen							
15. Saldo aus Investitionstätigkeit	-276	-369	-357	-243	-505	-505	-505
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten							
19. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten							
20. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
21. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-4.835	-3.958	-2.561	-2.866	-1.829	-1.911	-2.079

**Haushaltsplan
Freie und Hansestadt Hamburg**

Haushaltsjahr 2015/2016

Stellenplan und Stellenübersichten

Einzelplan 6

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
-------------------	----------	--

I. Stellenbestand

kw 2015/ 16	kw 2017	kw 2018	kw 2019	kw >2019	kw o.T.	Vermerke
					22,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					33,73	Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	55,73	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte ¹⁾	Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer		Gesamt
			Planstellen	andere Amtsstellen	Stellen- nachwuchs*	Stellen	Stellen- nachwuchs*	ohne *
1	2	3	4	5	6	7	8	9
260	Steuerung & Service	2015/16	151,00		30,00	144,93		295,93
		2014	0,00		0,00	0,00		0,00
261	Wohnen + SB	2015/16	41,00			33,61		74,61
		2014	0,00			0,00		0,00
262	Bauordnung & Hochbau	2015/16	100,00			209,50		309,50
		2014	0,00			0,00		0,00
263	L. & L.-planung	2015/16	62,90			80,72		143,62
		2014	0,00			0,00		0,00
264	Umweltschutz	2015/16	60,00			148,95		208,95
		2014	0,00			0,00		0,00
265	NR	2015/16	31,50			66,03		97,53
		2014	0,00			0,00		0,00
266	IB	2015/16	64,00			97,19		161,19
		2014	0,00			0,00		0,00
6000	Zentr. Aufgaben+Recht	2015/16	0,00		0,00	0,00		0,00
		2014	154,50		35,00	166,48		320,98
6100	Wohnen+SB	2015/16	0,00			0,00		0,00
		2014	42,00			32,75		74,75
6200	Bauordnung+Hochbau	2015/16	0,00			0,00		0,00
		2014	43,00			68,00		111,00
6210	Abteilung Bundesbau	2015/16	0,00			0,00		0,00
		2014	40,00			114,50		154,50
6610	Landesplanung	2015/16	0,00			0,00		0,00
		2014	60,90			80,26		141,16
6700	Umweltschutz	2015/16	0,00			0,00		0,00
		2014	57,00			156,45		213,45
6800	NR	2015/16	0,00			0,00		0,00
		2014	41,00			62,03		103,03
6900	Immisionssch.,Betr.	2015/16	0,00			0,00		0,00
		2014	63,00			100,54		163,54
	gesamt:	2015/16	510,40	0,00	30,00	780,93	0,00	1.291,33
		2014	501,40	0,00	35,00	781,01	0,00	1.282,41

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2014) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2015/16.

Die vom Senat beantragten Stellenveränderungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten; sie werden im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Mit vorgesehenen Einsparungen konkret verbundene Stellenabgänge werden - soweit sie im vorliegenden Druck nicht bereits vollzogen sind - jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen (z.B. Stellen noch besetzt) bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung nicht vollzogen werden können, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
-------------------	----------	--

II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kap./AufgBer.	Anzahl der Stellen 2014	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2014				Stellenplan 2015/ 16	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge	Anzahl der Stellen 2015/ 16	2015/ 16/ 2014
				Zugang	Abgang				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
6	260 Steuerung & Service	0,00	-13,00	310,43	-1,50			295,93	295,93
	261 Wohnen + SB	0,00		76,75	-2,00	0,25	-0,39	74,61	74,61
	262 Bauordnung & Hochbau	0,00		310,50	-1,00			309,50	309,50
	263 L. & L.-planung	0,00		146,12	-2,50			143,62	143,62
	264 Umweltschutz	0,00		208,95				208,95	208,95
	265 NR	0,00		98,53	-1,00			97,53	97,53
	266 IB	0,00		163,19	-2,00			161,19	161,19
	6000 Zentr. Aufgaben+Recht	320,98	-1,00	3,00	-317,43		-5,55	0,00	-320,98
	6100 Wohnen+SB	74,75	-5,00	2,00	-74,75	3,00		0,00	-74,75
	6200 Bauordnung+Hochbau	111,00			-108,00		-3,00	0,00	-111,00
	6210 Abteilung Bundesbau	154,50			-154,50			0,00	-154,50
	6610 Landesplanung	141,16		7,00	-146,62	1,00	-2,54	0,00	-141,16
	6700 Umweltschutz	213,45		1,00	-209,95		-4,50	0,00	-213,45
	6800 NR	103,03	-12,50	4,00	-99,53	5,00		0,00	-103,03
	6900 Immisionssch.,Betr.	163,54			-163,19	1,00	-1,35	0,00	-163,54
	Summe:	1282,41	-31,50	+1331,47	-1283,97	+10,25	-17,33	1291,33	8,92

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	260	Steuerung und Service (Zentrale Aufgaben und Recht)

I. Stellenbestand

kw 2015/ 16	kw 2017	kw 2018	kw 2019	kw >2019	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					2,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					6,73	Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8,73	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 9	1,00			0,00	
B 4	2,00			0,00	
B 3	1,00			0,00	
A 16	8,00	1,00	1)	0,00	<i>Rückverlagerung in den Einzelplan 3.3 im Austausch mit einer B3-Stelle Leitender Regierun- gungsdirektor aus dem Aufgabenbereich 251 spätestens nach Ausscheiden des dor- tigen Stelleninhabers</i>
		1,00	2)		
A 15	10,00			0,00	
A 14	26,50	1,00	5)	0,00	<i>Rückverlagerung in ein Schulkapitel nach Freiwerden der Stelle</i>
A 13	11,00			0,00	
A 13	7,00	1,00	6)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat nach Ende des Auftragszeitraumes für die Einheit Flächenkoordinator</i>

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ AufgBer.	260	Steuerung und Service (Zentrale Aufgaben und Recht)

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
B 4				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 251; Stellentausch, stellenwirtschaftliche Maßnahme
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
A 16				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 251; Stellentausch, stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 16				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
A 15				9,00					9,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
A 15	-1,00								-1,00	kw Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle
A 15				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
A 14				24,50					24,50	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
A 14	-1,00								-1,00	kw Stellenstreichungen 2004 nach Freiwerden der Stelle
A 14				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
A 14	-1,00								-1,00	Beendigung der Projekts Umzug der BSU nach Wilhelmsburg
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
A 13				10,00					10,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
A 13				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
A 13	-1,00								-1,00	Beendigung der Projekts Umzug der BSU nach Wilhelmsburg
A 13				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
A 16	1); 1,00 Rückverlagerung in den Einzelplan 3.3 im Austausch mit einer B3-Stelle Leitender Regierungsdirektor aus dem Aufgabenbereich 251 spätestens nach Ausscheiden des dortigen Stelleninhabers	
A 16	2); kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung	
A 14	5); 1,00 Rückverlagerung in ein Schulkapitel nach Freiwerden der Stelle	
A 13	6); kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat nach Ende des Auftragszeitraumes für die Einheit Flächenkoordinator	

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	260	Steuerung und Service (Zentrale Aufgaben und Recht)

I. Stellenbestand

2015/ 16			2014		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 12	26,50			0,00	
A 11	28,00			0,00	
A 10	11,00			0,00	
A 9	3,00			0,00	
A 9	6,00			0,00	
A 8	6,00			0,00	
A 7	3,00			0,00	
A 6	1,00			0,00	
Summe:	151,00			0,00	

- B 9 Oberbaudirektorin/ Oberbaudirektor (1,00)
- B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (2,00)
- B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (2,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (6,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (2,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (8,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (2,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (23,50), Oberstudienrätin/ Oberstudienrat (1,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (1,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (10,00)
- A 13 Baurätin/Baurat (3,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (4,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (23,50), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (3,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (26,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (2,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (10,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (1,00)
- A 9 Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (3,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (6,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (6,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (3,00)
- A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

2015/ 16			2014		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 14	2,00			0,00	
A 13	2,00			0,00	
A 8	1,00			0,00	
Summe:	5,00			0,00	

- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

2015/ 16			2014		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*					
Nachwuchs hD	25,00			0,00	
Nachwuchs gD	5,00			0,00	
Summe:	30,00			0,00	

- Nachwuchs hD Baureferendarin/ Baureferendar (25,00)
- Nachwuchs gD Technische Oberinspektor-Anwärterin/ Technischer Oberinspektor-Anwärter (5,00)

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	260	Steuerung und Service (Zentrale Aufgaben und Recht)

II. Erläuterungen**Übersicht über die Leerstellen**

Wertigkeit	2015/ 16		Vermerk Nr.	2014	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon			Anzahl	§ 50a (1)
A 14	1,00			0,00	Nr. 3	
A 14	1,00			0,00	Nr. 7	
A 13	1,00			0,00	Nr. 7	
A 13	1,00			0,00	Nr. 6	
A 8	1,00			0,00	Nr. 6	
gesamt:	5,00			0,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-4,00			68,50	-1,00				63,50	
A 13				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
A 12				23,50					23,50	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
A 12				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
A 11				26,00					26,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
A 11				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
A 10				10,00					10,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
A 9				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
A 9				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
A 8				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
A 7				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
A 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>	-4,00	0,00	0,00	156,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	151,00	
Nachwuchs hD				25,00					25,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
Nachwuchs gD				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
<i>Summe Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*</i>	0,00	0,00	0,00	30,00	0,00	0,00	0,00	0,00	30,00	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 260 Steuerung und Service (Zentrale Aufgaben und Recht)

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	1,00			0,00	
E 14	8,00			0,00	
E 13	11,50			0,00	
E 12	5,00			0,00	
E 11	3,00			0,00	
E 10	5,73	0,73	8)	0,00	<i>kw: 0,73 EntgGr. E 10 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
		3,00	9)		
E 9	14,00			0,00	
E 9	1,00			0,00	
E 8	33,25			0,00	
E 6	22,00	1,00	11)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Beendigung des Projekts ELDORADO - flächendeckende Einführung der elektronischen Akte in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt</i>

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	260	Steuerung und Service (Zentrale Aufgaben und Recht)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
E 14				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
E 13				11,50					11,50	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
E 12				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
E 11				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
E 11	-1,00								-1,00	kw nach Beendigung des Projekts Eldorado - flächendeckende Einführung der elektronischen Akte in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
E 10				9,73					9,73	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
E 10	-4,00								-4,00	kw nach Beendigung des Projekts Eldorado - flächendeckende Einführung der elektronischen Akte in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
E 9				13,00					13,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
E 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel L09; personalwirtschaftliche Maßnahme
E 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
E 8				33,25					33,25	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
E 6				26,50					26,50	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
E 6	-2,00								-2,00	Beendigung der Projekts Umzug der BSU nach Wilhelmsburg
E 6	-1,00								-1,00	kw nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder
E 6	-1,00								-1,00	kw nach Beendigung des Projekts Eldorado - flächendeckende Einführung der elektronischen Akte in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 10	8) kw: 0,73 EntgGr. E 10 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)	
E 10	9) kw: 3,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Projekts ELDORADO - flächendeckende Einführung der elektronischen Akte in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 260 Steuerung und Service (Zentrale Aufgaben und Recht)

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 5	17,50			0,00	
E 4	4,00			0,00	
E 3	6,00	1,00	12)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 3 nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
E 2 ü	3,00	1,00	13)	0,00	
E 2	9,95			0,00	
Summe:	144,93			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	295,93			0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-9,00			113,98					104,98	
E 5				17,50					17,50	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
E 4				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
E 3				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
E 2 ü				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
E 2				9,95					9,95	Verlagerung von Kapitel 6000; SNH
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	-9,00	0,00	0,00	154,43	0,00	0,00	0,00	0,00	145,43	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	-0,50	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>	-9,00	0,00	0,00	154,43	-0,50	0,00	0,00	0,00	144,93	
Summe (ohne *) insgesamt	-13,00	0,00	0,00	310,43	-1,50	0,00	0,00	0,00	295,93	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 261 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

I. Stellenbestand

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 4	1,00			0,00	
A 16	3,00			0,00	
A 15	3,00			0,00	
A 14	6,00			0,00	
A 13	8,00			0,00	
A 13	1,00			0,00	
A 12	7,00			0,00	
A 11	10,00			0,00	
A 10	2,00			0,00	
A 8	0,00			0,00	
Summe:	41,00			0,00	

- B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (2,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (3,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (3,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (3,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (5,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (3,00)
- A 13 Baurätin/Baurat (1,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (4,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (3,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (5,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (5,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 14	1,00			0,00	
A 10	1,00			0,00	
Summe:	2,00			0,00	

- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ AufgBer. 261 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2015/ 16				2014	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 14	1,00			0,00	Nr. 6	
A 10	1,00			0,00	Nr. 7	
gesamt:	2,00			0,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 4				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6100; SNH
A 16				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6100; SNH
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6100; SNH
A 15				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6100; SNH
A 14				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6100; SNH
A 14				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6100; SNH
A 13				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6100; SNH
A 13				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6100; SNH
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 266; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6100; SNH
A 12				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6100; SNH
A 12				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6100; SNH
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 265; Aufgabenverlagerung
A 11				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6100; SNH
A 11				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6100; SNH
A 10				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6100; SNH
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6100; SNH
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 266; aufgabenbereichsübergreifende stellenwirtschaftliche Maßnahmen
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>		0,00	0,00	0,00	42,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	41,00

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	2,00			0,00	
E 14	7,00			0,00	
E 13	8,00			0,00	
E 12	1,00			0,00	
E 11	2,00			0,00	
E 10	2,00			0,00	
E 9	2,00			0,00	
E 8	5,00			0,00	
E 6	4,00			0,00	
E 3	0,61			0,00	
Summe:	33,61			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	74,61			0,00	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 261 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6100; SNH
E 14				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 6100; SNH
E 13				8,75					8,75	Verlagerung von Kapitel 6100; SNH
E 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 266; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6100; SNH
E 11				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6100; SNH
E 10				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6100; SNH
E 9				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6100; SNH
E 8				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6100; SNH
E 6				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6100; SNH
E 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 266; stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6100; SNH
Summe Arbeitnehmer										
	0,00	0,00	0,00	34,75	-1,00	0,00	0,00	0,00	33,75	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,25	-0,39	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,14	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	0,00	0,25	-0,39	34,75	-1,00	0,00	0,00	0,00	33,61	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,25	-0,39	76,75	-2,00	0,00	0,00	0,00	74,61	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 262 Bauordnung und Hochbau

I. Stellenbestand

2015/16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 4	1,00			0,00	
A 16	4,00			0,00	
A 15	16,00			0,00	
A 14	13,00			0,00	
A 13	10,00			0,00	
A 13	10,00			0,00	
A 12	24,00			0,00	
A 11	21,00			0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 4				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; SNH
A 16				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6200; SNH
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6210; SNH
A 15				9,00					9,00	Verlagerung von Kapitel 6200; SNH
A 15				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6207; SNH
A 15				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6210; SNH
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 263; Neuorganisation des Amtes für Landes- u. Landschaftsplanung
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6210; SNH
A 14				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 6200; SNH
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6207; SNH
A 14				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6210; SNH
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6207; SNH
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6210; SNH
A 13				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 6200; SNH
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6207; SNH
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6210; SNH
A 13				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6200; SNH
A 13				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6207; SNH
A 13				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6210; SNH
A 12				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 6200; SNH
A 12				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6207; SNH
A 12				11,00					11,00	Verlagerung von Kapitel 6210; SNH
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6210; SNH
A 11				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6200; SNH
A 11				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6207; SNH
A 11				13,00					13,00	Verlagerung von Kapitel 6210; SNH
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; SNH

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 262 Bauordnung und Hochbau

I. Stellenbestand

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 10	1,00			0,00	
Summe:	100,00			0,00	

- B 4 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
- A 16 Finanzpräsidentin/ Finanzpräsident (1,00), Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (3,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (15,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (11,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (9,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
- A 13 Baurätin/Baurat (10,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (1,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (23,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00), Technische Amtsfrau/ Technischer Amtmann (20,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 13	1,00			0,00	
Summe:	1,00			0,00	

- A 16 Finanzpräsidentin/ Finanzpräsident (0,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (1,00)

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 262 Bauordnung und Hochbau

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2015/ 16			2014	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 50a (1)
A 13	1,00			0,00	Nr. 6	
gesamt:	1,00			0,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				100,00	-1,00				99,00	
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6207; SNH
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>	0,00	0,00	0,00	101,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	100,00	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 262 Bauordnung und Hochbau

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	4,00			0,00	
E 14	14,00			0,00	
E 13	19,00			0,00	
E 12	75,50			0,00	
E 11	31,00			0,00	
E 10	7,00			0,00	
E 9	22,00			0,00	
E 9	2,00			0,00	
E 8	9,00			0,00	
E 6	14,00			0,00	
E 5	10,00			0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6207; SNH
E 15				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6210; SNH
E 14				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 6200; SNH
E 14				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6207; SNH
E 14				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6210; SNH
E 13				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6200; SNH
E 13				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6207; SNH
E 13				11,00					11,00	Verlagerung von Kapitel 6210; SNH
E 12				18,00					18,00	Verlagerung von Kapitel 6200; SNH
E 12				15,00					15,00	Verlagerung von Kapitel 6207; SNH
E 12				42,50					42,50	Verlagerung von Kapitel 6210; SNH
E 11				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6200; SNH
E 11				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6207; SNH
E 11				23,00					23,00	Verlagerung von Kapitel 6210; SNH
E 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; SNH
E 10				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 6210; SNH
E 9				16,00					16,00	Verlagerung von Kapitel 6200; SNH
E 9				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6207; SNH
E 9				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6210; SNH
E 9				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6210; SNH
E 8				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6200; SNH
E 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6207; SNH
E 8				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6210; SNH
E 6				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6200; SNH
E 6				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6207; SNH
E 6				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 6210; SNH
E 5				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6200; SNH
E 5				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 6210; SNH

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 262 Bauordnung und Hochbau

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 3	1,00			0,00	
E 2	1,00			0,00	
Summe:	209,50			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	309,50			0,00	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 262 Bauordnung und Hochbau

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				207,50					207,50	
E 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; SNH
E 2				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6210; SNH
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	0,00	0,00	0,00	209,50	0,00	0,00	0,00	0,00	209,50	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	0,00	0,00	310,50	-1,00	0,00	0,00	0,00	309,50	

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	263	Landes- und Landschaftsplanung

I. Stellenbestand

kw 2015/ 16	kw 2017	kw 2018	kw 2019	kw >2019	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 9,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 2,00 Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
B 6	1,00			0,00	
A 16	4,00			0,00	
A 15	5,00	1,00	1)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung des Projekts Ausbau BAB A7 - Landschaftsplanerische und städtebauliche Planungen im Zusammenhang mit der Überdeckung der Autobahn, spätestens 31.12.2014</i>
A 14	15,90			0,00	
A 13	15,00	6,00	2)	0,00	<i>kw: 6,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung des Projekts Ausbau BAB A7 - Landschaftsplanerische und städtebauliche Planungen im Zusammenhang mit der Überdeckung der Autobahn, spätestens 31.12.2014</i>
A 12	4,00			0,00	
A 11	10,00	1,00	3)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Freiwerden der Stelle</i>
A 10	7,00	1,00	4)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Beendigung des Projekts Ausbau BAB A7 - Landschaftsplanerische und städtebauliche Planungen im Zusammenhang mit der Überdeckung der Autobahn, spätestens 31.12.2014</i>
A 9	1,00			0,00	
Summe:	62,90			0,00	

B 6	Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
A 16	Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (4,00)
A 15	Baudirektorin/ Baudirektor (5,00)
A 14	Oberbaurätin/ Oberbaurat (14,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,90)
A 13	Baurätin/ Baurat (14,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
A 12	Amtsrätin/ Amtsrat (1,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (3,00)
A 11	Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (4,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (6,00)
A 10	Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (5,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (2,00)
A 9	Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ AufgBer. 263 Landes- und Landschaftsplanung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6610; SNH
A 16				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6610; SNH
A 15				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6610; SNH
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 262; Neuorganisation des Amtes für Landes- u. Landschaftsplanung
A 14				14,00					14,00	Verlagerung von Kapitel 6610; SNH
A 14				1,90					1,90	Verlagerung von Kapitel 6610; SNH
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6610; SNH
A 13				14,00					14,00	Verlagerung von Kapitel 6610; SNH
A 12				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6610; SNH
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6610; SNH
A 11				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6610; SNH
A 11				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 6610; SNH
A 10				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6610; SNH
A 10				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6610; SNH
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1311; stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6610; SNH
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	63,90	-1,00	0,00	0,00	0,00	62,90	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
A 15	1) kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung des Projekts Ausbau BAB A7 - Landschaftsplanerische und städtebauliche Planungen im Zusammenhang mit der Überdeckung der Autobahn, spätestens 31.12.2014	
A 13	2) kw: 6,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung des Projekts Ausbau BAB A7 - Landschaftsplanerische und städtebauliche Planungen im Zusammenhang mit der Überdeckung der Autobahn, spätestens 31.12.2014	
A 11	3) kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman nach Freiwerden der Stelle	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 263 Landes- und Landschaftsplanung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	1,00			0,00	
E 15	4,00			0,00	
E 14	10,50			0,00	
E 13	20,55			0,00	
E 12	15,67	1,00	5)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Freiverden der Stelle</i>
E 11	7,00			0,00	
E 9	4,00			0,00	
E 8	10,00	1,00	6)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 8 nach Beendigung des Projekts Ausbau BAB A7 - Landschaftsplanerische und städtebauliche Plaungen im Zusammenhang mit der Überdeckungung des Autobahn, spätestens 31.12.2014</i>
E 6	7,00			0,00	
E 3	1,00			0,00	
Summe:	80,72			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	143,62			0,00	

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	263	Landes- und Landschaftsplanung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6610; SNH
E 15				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6610; SNH
E 14				10,50					10,50	Verlagerung von Kapitel 6610; SNH
E 13				20,55					20,55	Verlagerung von Kapitel 6610; SNH
E 12				15,67					15,67	Verlagerung von Kapitel 6610; SNH
E 11				8,50					8,50	Verlagerung von Kapitel 6610; SNH
E 11					-1,50				-1,50	Verlagerung an Kapitel 1211; Übertragung von Verwaltungsvermögen und technische Aufsicht bei bezirklichen Maßnahmen im Landschaftsbau
E 9				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6610; SNH
E 8				10,00					10,00	Verlagerung von Kapitel 6610; SNH
E 6				6,50					6,50	Verlagerung von Kapitel 6610; SNH
E 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6610; SNH
Summe Arbeitnehmer										
	0,00	0,00	0,00	81,72	-1,50	0,00	0,00	0,00	80,22	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	82,22	-1,50	0,00	0,00	0,00	80,72	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	146,12	-2,50	0,00	0,00	0,00	143,62	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 12	5) kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Freiwerden der Stelle	

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	264	Umweltschutz

I. Stellenbestand

kw 2015/ 16	kw 2017	kw 2018	kw 2019	kw >2019	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					3,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					21,00	Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	24,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	1,00			0,00	
B 3	1,00			0,00	
A 16	3,00			0,00	
A 15	10,00	2,00	1)	0,00	<i>kw: 2,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung</i>
A 14	11,00			0,00	
A 13	12,00	1,00	2)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung</i>
A 13	2,00			0,00	
A 12	4,00			0,00	
A 11	10,00			0,00	
A 10	3,00			0,00	
A 8	2,00			0,00	
A 7	1,00			0,00	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ AufgBer. 264 Umweltschutz

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
A 15				9,00					9,00	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
A 14				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
A 14				9,00					9,00	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
A 13				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
A 13				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 11 HHB
A 13				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
A 13						1,00			1,00	Schaffung einer Buchungsgrundlage
A 13						-1,00			-1,00	Umwandlung in EntgGr. E 13 gem. Art. 11 Nr. 5 HHB
A 12				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
A 12				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
A 11				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
A 11				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
A 10				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
A 8				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
A 7				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
A 15	1) kw: 2,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung	
A 13	2) kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 264 Umweltschutz

I. Stellenbestand

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
Summe:	60,00			0,00	

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
- B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (1,00), Leitende Direktorin/ Leitender Direktor des Geologischen Landesamtes (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (9,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (9,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (9,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (3,00)
- A 13 Baurätin/Baurat (2,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (2,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (2,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (5,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (5,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (2,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (2,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 15	1,00			0,00	
A 14	1,00			0,00	
A 13	1,00			0,00	
A 12	6,00			0,00	
A 11	4,00			0,00	
A 10	3,00			0,00	
A 9	3,00			0,00	
A 8	3,00			0,00	
Summe:	22,00			0,00	

- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (2,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (4,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (3,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (1,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (3,00)
- A 9 Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (3,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (3,00)

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 264 Umweltschutz

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2015/ 16			2014	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 50a (1)
A 15	1,00			0,00	Nr. 5	
A 14	1,00			0,00	Nr. 5	
A 13	1,00			0,00	Nr. 5	
A 12	2,00			0,00	Nr. 5	
A 12	4,00			0,00	Nr. 5	
A 11	3,00			0,00	Nr. 5	
A 11	1,00			0,00	Nr. 5	
A 10	3,00			0,00	Nr. 5	
A 9	3,00			0,00	Nr. 5	
A 8	3,00			0,00	Nr. 5	
gesamt:	22,00			0,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	59,00	0,00	1,00	0,00	0,00	60,00	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 264 Umweltschutz

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	3,00			0,00	
E 14	18,00	1,00	3)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung</i>
E 13	58,45	1,00	4)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz</i>
		1,00	5)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Abschluss der Arbeiten zum Abfallwirtschaftsplan</i>
		9,00	6)		<i>kw: 9,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung</i>
		3,00	7)		<i>kw: 3,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder</i>
E 12	24,00	2,00	8)	0,00	<i>kw: 2,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung</i>
		1,00	9)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder</i>
E 11	7,50			0,00	
E 10	5,00			0,00	
E 9	8,00	1,00	10)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 9 nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung</i>
E 8	9,50	1,00	11)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 8 nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung</i>
E 7	1,00			0,00	
E 6	10,50	1,00	12)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
E 5	4,00			0,00	
Summe:	148,95			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	208,95			0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
E 14				18,00					18,00	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
E 13				59,45					59,45	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
E 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 11 HHB
E 13						-1,00			-1,00	Schaffung einer Buchungsgrundlage
E 13						1,00			1,00	Umwandlung in EntgGr. E 13 gem. Art. 11 Nr. 5 HHB
E 12				24,00					24,00	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
E 11				7,50					7,50	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
E 10				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
E 9				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
E 8				9,50					9,50	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
E 7				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
E 6				10,50					10,50	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
E 5				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6700; SNH
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	0,00	0,00	0,00	149,95	0,00	-1,00	0,00	0,00	148,95	

Summe (ohne *) insgesamt	0,00	0,00	0,00	208,95	0,00	0,00	0,00	0,00	208,95	
---------------------------------	------	------	------	--------	------	------	------	------	--------	--

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 14	3)	kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung	
E 13	4)	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz	
E 13	5)	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Abschluss der Arbeiten zum Abfallwirtschaftsplan	
E 13	6)	kw: 9,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung	
E 13	7)	kw: 3,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder	
E 12	8)	kw: 2,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung	
E 12	9)	kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder	

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	265	Natur- und Ressourcenschutz

I. Stellenbestand

kw 2015/ 16	kw 2017	kw 2018	kw 2019	kw >2019	kw o.T.	Vermerke
					3,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtenner/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 3	1,00			0,00	
A 16	2,00			0,00	
A 15	7,00			0,00	
A 14	7,00			0,00	
A 13	4,50			0,00	
A 13	1,00			0,00	
A 12	3,00			0,00	
A 11	2,00			0,00	
A 9	3,00			0,00	
A 8	1,00			0,00	
Summe:	31,50			0,00	

- B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (1,00), Leitende Direktorin/ Leitender Direktor für den Naturschutz (1,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (5,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (7,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (2,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,50)
- A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat (1,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (1,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (2,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (1,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (3,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
B 4	1,00			0,00	
Summe:	1,00			0,00	

- B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ AufgBer. 265 Natur- und Ressourcenschutz

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2015/ 16			2014	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 50a (1)
B 4	1,00			0,00	Nr. 3	
gesamt:	1,00			0,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6800; SNH
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6800; SNH
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6800; SNH
A 15				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6800; SNH
A 15				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6800; SNH
A 14				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 6800; SNH
A 13				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6800; SNH
A 13				2,50					2,50	Verlagerung von Kapitel 6800; SNH
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6800; SNH
A 12				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6800; SNH
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 261; Aufgabenverlagerung
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6800; SNH
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6800; SNH
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6800; SNH
A 9				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6800; SNH
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6800; SNH
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	32,50	-1,00	0,00	0,00	0,00	31,50	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 265 Natur- und Ressourcenschutz

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
SAV hD	0,00			0,00	
E 15	8,00			0,00	
E 14	6,00			0,00	
E 13	32,90	1,00	2)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Freiwerden der Stelle kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Umsetzung der Ausgleichsmaßnahme Altenwerder</i>
		1,00	3)		
		1,00	4)		
E 12	3,59			0,00	
E 11	4,50			0,00	
E 9	4,89			0,00	
E 9	1,00			0,00	
E 8	0,50			0,00	
E 6	4,00			0,00	
E 5	0,65			0,00	
Summe:	66,03			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	97,53			0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
SAV hD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6800; SNH
SAV hD								-1,00	-1,00	tarifrechtliche Bewertung
E 15				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 6800; SNH
E 15								1,00	1,00	tarifrechtliche Bewertung
E 14				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 6800; SNH
E 13				31,90					31,90	Verlagerung von Kapitel 6800; SNH
E 13							1,00		1,00	Höhergruppierung nach Neubewertung der Stelle
E 12				4,59					4,59	Verlagerung von Kapitel 6800; SNH
E 12								-1,00	-1,00	Höhergruppierung nach Neubewertung der Stelle
E 11				4,50					4,50	Verlagerung von Kapitel 6800; SNH
E 9				4,89					4,89	Verlagerung von Kapitel 6800; SNH
E 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6800; SNH
E 6				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6800; SNH
Summe Arbeitnehmer	0,00	0,00	0,00	64,88	0,00	0,00	0,00	0,00	64,88	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	0,00	1,15	0,00	0,00	0,00	0,00	1,15	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	0,00	0,00	0,00	66,03	0,00	0,00	0,00	0,00	66,03	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	0,00	0,00	98,53	-1,00	0,00	0,00	0,00	97,53	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 13	2) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Freiwerden der Stelle	
E 13	3) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung	
E 13	4) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Umsetzung der Ausgleichsmaßnahme Altenwerder	

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	266	Immissionsschutz und Betriebe

I. Stellenbestand

kw 2015/ 16	kw 2017	kw 2018	kw 2019	kw >2019	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					2,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					1,00	Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 16	2,00			0,00	
A 15	7,00			0,00	
A 14	17,00	2,00	1)	0,00	<i>kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Abschluss der Genehmigungsverfahren</i>
A 13	13,00			0,00	
A 13	4,00			0,00	
A 12	4,00			0,00	
A 11	7,00	1,00	2)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Freiwerden der Stelle</i>
A 10	5,00			0,00	
A 9	2,00			0,00	
A 8	2,00			0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
A 15				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
A 14				16,00					16,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
A 13				9,00					9,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
A 13						1,00			1,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 261; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 13				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
A 13				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
A 12				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
A 11				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
A 11				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
A 10				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
A 10				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
A 9				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 261; aufgabenbereichsübergreifende stellenwirtschaftliche Maßnahmen

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
A 14	1) kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Abschluss der Genehmigungsverfahren	
A 11	2) ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Freierwerden der Stelle	

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	266	Immissionsschutz und Betriebe

I. Stellenbestand

2015/ 16			2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte				
<u>Planstellen</u>				
A 7	1,00		0,00	
Summe:	64,00		0,00	

- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (6,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (16,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (9,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (4,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (3,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (3,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (2,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (5,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (3,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (2,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (2,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 266 Immissionsschutz und Betriebe

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				63,00	-1,00	1,00			63,00	
A 7				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
Summe Beamtinnen/ Beamte	0,00	0,00	0,00	64,00	-1,00	1,00	0,00	0,00	64,00	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 266 Immissionsschutz und Betriebe

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
SAV hD	1,00			0,00	
E 15 ü	2,00			0,00	
E 15	1,00			0,00	
E 14	3,00			0,00	
E 13	31,00			0,00	
E 12	24,50	1,00	3)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 12 Fallzahlenentw. der Genehmigungsverfahren bei Grundstücksentwässerungen</i>
E 11	12,67			0,00	
E 10	7,00			0,00	
E 9	2,02			0,00	
E 8	8,00			0,00	
E 6	4,00			0,00	
E 5	1,00			0,00	
Summe:	97,19			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	161,19			0,00	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 266 Immissionsschutz und Betriebe

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
SAV hD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
E 15 ü				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
E 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
E 14				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
E 13				31,00					31,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
E 13						-1,00			-1,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 261; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 12				24,50					24,50	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
E 11				12,67					12,67	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
E 10				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
E 9				2,02					2,02	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
E 8				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
E 6				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
E 6						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 261; stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 5				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6900; SNH
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	0,00	0,00	0,00	99,19	-1,00	-1,00	0,00	0,00	97,19	

Summe (ohne *) insgesamt	0,00	0,00	0,00	163,19	-2,00	0,00	0,00	0,00	161,19	
---------------------------------	------	------	------	--------	-------	------	------	------	--------	--

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 12	3) kw. 1,00 EntgGr. E 12 Fallzahlenentw. der Genehmigungsverfahren bei Grundstücksentwässerungen	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 6000 Amt für zentrale Aufgaben und Recht

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 9	0,00			1,00	
B 6	0,00			1,00	
B 4	0,00			0,00	
B 3	0,00			3,00	
A 16	0,00	1,00	1)	7,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 15	0,00	1,00	2)	11,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 14	0,00	1,00	4)	28,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	3)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	5)		<i>Vermerk weggefallen</i>

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ AufgBer. 6000 Amt für zentrale Aufgaben und Recht

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
B 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6610; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
B 4				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6800; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
B 4				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6610; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
B 4					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6800; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
A 16					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
A 16					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
A 15					-9,00				-9,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
A 15					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
A 14					-24,50				-24,50	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
A 14					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
A 16	1)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
A 15	2)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle
A 14	3)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat zum 31.12.2013 nach Beendigung des Projekts Umzug der BSU nach Wilhelmsburg
A 14	4)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat Stellenstreichungen 2004, nach Freiwerden der Stelle
A 14	5)	weggefallen	1,00 Rückverlagerung in ein Schulkapitel nach Freiwerden der Stelle

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 6000 Amt für zentrale Aufgaben und Recht

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16		Vermerk Nr.	2014	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 13	0,00	1,00	6)	12,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 13	0,00	1,00	7)	7,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 12	0,00			26,50	
A 11	0,00			27,50	
A 10	0,00			11,00	
A 9	0,00			4,00	
A 9	0,00			5,00	
A 8	0,00			6,00	
A 7	0,00			3,00	
A 6	0,00			1,00	
Summe:	0,00			154,50	

- B 9 Oberbaudirektorin/ Oberbaudirektor (0,00)
 B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
 B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
 B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (0,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00), Oberstudienrätin/ Oberstudienrat (0,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
 A 13 Baurätin/Baurat (0,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (0,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (0,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (0,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)
 A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (0,00)
 A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (0,00)

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 6000 Amt für zentrale Aufgaben und Recht

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				2,00	-52,50				-50,50	
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
A 13					-10,00				-10,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
A 13					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
A 13					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
A 13					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
A 12					-23,50				-23,50	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
A 12					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
A 11					-26,00				-26,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6900; Zurückverlagerung, da Wegfall d.Buchungsgrundlage
A 11					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
A 10					-10,00				-10,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
A 9					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
A 9					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
A 8					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
A 7					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
A 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	3,00	-157,00	0,00	0,00	0,00	-154,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	-0,50	3,00	-157,00	0,00	0,00	0,00	-154,50	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
A 13	6)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat zum 31.12.2013 nach Beendigung des Projekts Umzug der BSU nach Wilhelmsburg
A 13	7)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat nach Ende des Auftragszeitraumes für die Einheit Flächenkoordinator

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 6000 Amt für zentrale Aufgaben und Recht

I. Stellenbestand

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 14	0,00			1,00	
A 13	0,00			2,00	
A 8	0,00			1,00	
Summe:	0,00			4,00	

A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*					
Nachwuchs hD	0,00	5,00	8)	30,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
Nachwuchs gD	0,00			5,00	
Summe:	0,00			35,00	

Nachwuchs hD Baureferendarin/ Baureferendar (0,00)
 Nachwuchs gD Technische Oberinspektor-Anwärterin/ Technischer Oberinspektor-Anwärter (0,00)

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 6000 Amt für zentrale Aufgaben und Recht

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2015/ 16			2014	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 50a (1)
A 14	0,00			1,00	Nr. 7	
A 13	0,00			1,00	Nr. 7	
A 13	0,00			1,00	Nr. 6	
A 8	0,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	0,00			4,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Nachwuchs hD	-5,00								-5,00	Vermerkvollzug Ausbildungsinitiative
Nachwuchs hD					-25,00				-25,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
Nachwuchs gD					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
<i>Summe Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*</i>										
	-5,00	0,00	0,00	0,00	-30,00	0,00	0,00	0,00	-35,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
Nachwuchs hD	8) weggefallen	kw: 5,00 BesGr. Nachwuchs hD Baureferendarin/ Baureferendar zum 31.12.2012 nach Beendigung der Maßnahme zur Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	6000	Amt für zentrale Aufgaben und Recht

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	0,00			1,00	
E 14	0,00			8,00	
E 13	0,00			13,50	
E 12	0,00			5,00	
E 11	0,00	1,00	9)	4,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 10	0,00	0,73	10)	9,73	<i>Vermerk weggefallen</i>
		7,00	11)		<i>Vermerk weggefallen</i>
E 9	0,00			15,00	
E 9	0,00			1,00	
E 8	0,00			35,25	
E 6	0,00	1,00	12)	28,75	<i>Vermerk weggefallen</i>

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 6000 Amt für zentrale Aufgaben und Recht

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
E 14					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
E 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6610; stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6610; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 13						-11,50			-11,50	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
E 12						-5,00			-5,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
E 11						-4,00			-4,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
E 10						-9,73			-9,73	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
E 9						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 6610; stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 9						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 9						-13,00			-13,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
E 9						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
E 8						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 7000; Neustrukturierung der Behörden
E 8						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 8						-33,25			-33,25	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
E 6						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 6610; Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 6						-26,50			-26,50	Verlagerung an Kapitel 260; SNH

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 11	9)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projekts ELDORADO - flächendeckende Einführung der elektronischen Akte in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
E 10	10)	weggefallen	kw: 0,73 EntgGr. E 10 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
E 10	11)	weggefallen	kw: 7,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Projekts ELDORADO - flächendeckende Einführung der elektronischen Akte in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	6000	Amt für zentrale Aufgaben und Recht

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 6		2,00	13)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		2,00	14)		<i>Vermerk weggefallen</i>
E 5	0,00	1,00	15)	20,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 4	0,00			4,80	
E 3	0,00	1,00	16)	6,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 2 ü	0,00	2,00	17)	4,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 2	0,00			9,95	
Summe:	0,00			166,48	
Summe (ohne) insgesamt	0,00			320,98	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 6000 Amt für zentrale Aufgaben und Recht

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag					-119,98				-119,98	
E 5	-1,00								-1,00	Ausscheiden Mitarbeiter
E 5			-2,00						-2,00	Aufgabenstraffung im Bereich Innerer Dienstbetrieb
E 5					-17,50				-17,50	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
E 4					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
E 3					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
E 2 ü			-1,00						-1,00	Korrekturbuchung
E 2 ü					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
E 2					-9,95				-9,95	Verlagerung an Kapitel 260; SNH
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	-1,00	0,00	-3,00	0,00	-160,43	0,00	0,00	0,00	-164,43	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,00	-2,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,05	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>	-1,00	0,00	-5,05	0,00	-160,43	0,00	0,00	0,00	-166,48	
Summe (ohne *) insgesamt	-1,00	0,00	-5,55	3,00	-317,43	0,00	0,00	0,00	-320,98	

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	6100	Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

I. Stellenbestand

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 4	0,00			1,00	
A 16	0,00			3,00	
A 15	0,00			3,00	
A 14	0,00			7,00	
A 13	0,00			6,00	
A 13	0,00			1,00	
A 12	0,00			6,00	
A 11	0,00	2,00	1)	12,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 10	0,00			2,00	
A 8	0,00			1,00	
Summe:	0,00			42,00	

B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
 A 13 Baurätin/Baurat (0,00)
 A 12 Amträtin/ Amtrat (0,00), Technische Amträtin/ Technischer Amtrat (0,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 14	0,00			1,00	
A 10	0,00			1,00	
Summe:	0,00			2,00	

A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ AufgBer.	6100	Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2015/ 16				2014	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 14	0,00			1,00	Nr. 6	H.Beschl.
A 10	0,00			1,00		
gesamt:	0,00			2,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 4					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 261; SNH
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 261; SNH
A 16					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 261; SNH
A 15					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 261; SNH
A 14					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 261; SNH
A 14					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 261; SNH
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6610; stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 13					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 261; SNH
A 13					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 261; SNH
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 261; SNH
A 12					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 261; SNH
A 12					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 261; SNH
A 11	-1,00								-1,00	Ende Projekt Leitstelle Integrierte Stadtteilentwicklung
A 11	-1,00								-1,00	Ende Projekt Leitstelle Integrierte Stadtteilentwicklung
A 11					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 261; SNH
A 11					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 261; SNH
A 10					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 261; SNH
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 261; SNH
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	-2,00	0,00	0,00	0,00	-41,00	1,00	0,00	0,00	-42,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
A 11	1); weggefallen	kw: 2,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann zum 31.12.2012 nach Beendigung des Projekts Leitstelle Integrierte Stadtteilentwicklung

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	6100	Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	0,00			3,00	
E 14	0,00	2,00	2)	6,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 13	0,00			8,75	
E 12	0,00			1,00	
E 11	0,00			2,00	
E 10	0,00			2,00	
E 9	0,00			1,00	
E 8	0,00			4,00	
E 6	0,00	1,00	3)	4,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 3	0,00			1,00	
Summe:	0,00			32,75	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			74,75	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 6100 Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 261; SNH
E 15						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 14		2,00							2,00	Nachfolgeregelung Programmentwicklung und Grundsatzfragen der Integrierten Stadtteilentwicklung
E 14	-1,00								-1,00	Ende Projekt Leitstelle Integrierte Stadtteilentwicklung
E 14	-1,00								-1,00	Ende Projekt Leitstelle integrierte Stadtteilentwicklung
E 14		1,00				-7,00			-7,00	Verlagerung an Kapitel 261; SNH
E 14									1,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 13						-8,75			-8,75	Verlagerung an Kapitel 261; SNH
E 12						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 261; SNH
E 11						-2,00			-2,00	Verlagerung an Kapitel 261; SNH
E 10						-2,00			-2,00	Verlagerung an Kapitel 261; SNH
E 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 9						-2,00			-2,00	Verlagerung an Kapitel 261; SNH
E 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 8						-5,00			-5,00	Verlagerung an Kapitel 261; SNH
E 6	-1,00								-1,00	Ende Projekt Leitstelle Integrierte Stadtteilentwicklung
E 6						-3,00			-3,00	Verlagerung an Kapitel 261; SNH
E 3						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 261; SNH
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	-3,00	3,00	0,00	2,00	-33,75	-1,00	0,00	0,00	-32,75	

Summe (ohne *) insgesamt	-5,00	3,00	0,00	2,00	-74,75	0,00	0,00	0,00	-74,75	
---------------------------------	-------	------	------	------	--------	------	------	------	--------	--

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 14	2)	weggefallen	kw: 2,00 EntgGr. E 14 zum 31.12.2012 nach Beendigung des Projekts Leitstelle Integrierte Stadtteilentwicklung

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 6200 Amt für Bauordnung und Hochbau

I. Stellenbestand

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 4	0,00			1,00	
A 16	0,00			3,00	
A 15	0,00			9,00	
A 14	0,00			8,00	
A 13	0,00			6,00	
A 13	0,00			3,00	
A 12	0,00			7,00	
A 11	0,00			6,00	
Summe:	0,00			43,00	

B 4 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (0,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (0,00)
 A 13 Baurätin/Baurat (0,00)
 A 12 Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (0,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 13	0,00			1,00	
Summe:	0,00			1,00	

A 13 Baurätin/ Baurat (0,00)

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ AufgBer. 6200 Amt für Bauordnung und Hochbau

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2015/ 16				2014	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 13	0,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	0,00			1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen	
				Zu-gang	Ab-gang						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
B 4					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH	
A 16					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH	
A 15					-9,00				-9,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH	
A 14					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH	
A 13							2,00		2,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss	
A 13					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH	
A 13					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH	
A 12					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH	
A 11					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH	
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>		0,00	0,00	0,00	0,00	-45,00	2,00	0,00	0,00	-43,00	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 6200 Amt für Bauordnung und Hochbau

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 14	0,00			8,00	
E 13	0,00			0,00	
E 12	0,00			25,00	
E 11	0,00			7,00	
E 10	0,00			1,00	
E 9	0,00			17,00	
E 8	0,00			3,00	
E 6	0,00			2,00	
E 5	0,00			4,00	
E 3	0,00			1,00	
Summe:	0,00			68,00	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			111,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 14						-2,00			-2,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 14					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
E 13							5,00		5,00	Tarifrechtliche Bewertung aufgrund veränderter Anforderungen im Bereich Baugenehmigungen
E 13					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
E 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6800; stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 12			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung im Bereich Bauvergaben
E 12							-5,00		-5,00	Tarifrechtliche Bewertung aufgrund veränderter Anforderungen im Bereich Baugenehmigungen
E 12						-18,00			-18,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
E 11			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung im Bereich der obersten Bauaufsicht
E 11			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung im Bereich Baustatik
E 11					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
E 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
E 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6800; stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 9						-16,00			-16,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
E 8						-3,00			-3,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
E 6						-2,00			-2,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
E 5						-4,00			-4,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
E 3						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	0,00	0,00	-3,00	0,00	-63,00	-2,00	0,00	0,00	-68,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	-3,00	0,00	-108,00	0,00	0,00	0,00	-111,00	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 6210 Abteilung Bundesbau

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 16	0,00			1,00	
A 15	0,00			5,00	
A 14	0,00			3,00	
A 13	0,00			1,00	
A 13	0,00			5,00	
A 12	0,00			12,00	
A 11	0,00			13,00	
Summe:	0,00			40,00	

- A 16 Finanzpräsidentin/ Finanzpräsident (0,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
- A 13 Baurätin/Baurat (0,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (0,00)
- A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 16	0,00			1,00	
Summe:	0,00			1,00	

- A 16 Finanzpräsidentin/ Finanzpräsident (0,00)

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ AufgBer. 6210 Abteilung Bundesbau

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2015/ 16			2014	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 50a (1)
A 16	0,00			1,00	Nr. 5	
gesamt:	0,00			1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
A 15					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
A 14					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
A 13					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
A 12					-11,00				-11,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
A 11					-13,00				-13,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-40,00	0,00	0,00	0,00	-40,00	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 6210 Abteilung Bundesbau

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	0,00			2,00	
E 14	0,00			5,00	
E 13	0,00			11,00	
E 12	0,00			41,50	
E 11	0,00			24,00	
E 10	0,00			6,00	
E 9	0,00			3,00	
E 9	0,00			2,00	
E 8	0,00			5,00	
E 6	0,00			7,00	
E 5	0,00			7,00	
E 2	0,00			1,00	
Summe:	0,00			114,50	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			154,50	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 6210 Abteilung Bundesbau

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
E 14					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
E 13					-11,00				-11,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
E 12							1,00		1,00	Veränderte Anforderungen im IT-Bereich der BBA
E 12					-42,50				-42,50	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
E 11							-1,00		-1,00	Veränderte Anforderungen im IT-Bereich der BBA
E 11					-23,00				-23,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
E 10					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
E 9					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
E 9					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
E 8					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
E 6					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
E 5					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
E 2					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
Summe Arbeitnehmer										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-114,50	0,00	0,00	0,00	-114,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-114,50	0,00	0,00	0,00	-114,50	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-154,50	0,00	0,00	0,00	-154,50	

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	6610	Amt für Landesplanung

I. Stellenbestand

kw 2015/ 16	kw 2017	kw 2018	kw 2019	kw >2019	kw o.T.	Vermerke
					6,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	0,00			0,00	
B 4	0,00			1,00	
A 16	0,00			4,00	
A 15	0,00	1,00	1)	4,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 14	0,00			14,90	
A 13	0,00	6,00	2)	15,00	kw: 6,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung des Projekts Ausbau BAB A7 - Landschaftsplanerische und städtebauliche Planungen im Zusammenhang mit der Überdeckung der Autobahn, spätestens 31.12.2014
A 12	0,00			2,00	
A 11	0,00	1,00	3)	11,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 10	0,00	1,00	4)	8,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 9	0,00			1,00	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ AufgBer. 6610 Amt für Landesplanung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
B 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 263; SNH
B 4					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 16					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 263; SNH
A 15					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 263; SNH
A 14					-14,00				-14,00	Verlagerung an Kapitel 263; SNH
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6100; stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 14					-1,90				-1,90	Verlagerung an Kapitel 263; SNH
A 13					-14,00				-14,00	Verlagerung an Kapitel 263; SNH
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 263; SNH
A 12					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 263; SNH
A 12						1,00			1,00	Personalwirtschaftliche Maßnahme
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6700; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 263; SNH
A 11					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 263; SNH
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6700; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 11					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 263; SNH
A 10					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 263; SNH
A 10					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 263; SNH
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 263; SNH

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
A 15	1)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung des Projekts Ausbau BAB A7 - Landschaftplanerische und städtebauliche Planungen im Zusammenhang mit der Überdeckung der Autobahn, spätestens 31.12.2014
A 11	3)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Freiwerden der Stelle

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 6610 Amt für Landesplanung

I. Stellenbestand

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
Summe:	0,00			60,90	

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
- B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (0,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (0,00)
- A 9 Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (0,00)

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 10	0,00			1,00	
Summe:	0,00			1,00	

- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 6610 Amt für Landesplanung

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2015/ 16			2014	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 50a (1)
A 10	0,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	0,00			1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	3,00	-64,90	1,00	0,00	0,00	-60,90	

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	6610	Amt für Landesplanung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	0,00			1,00	
E 15	0,00			3,00	
E 14	0,00			10,50	
E 13	0,00			19,55	
E 12	0,00	1,00	5)	16,67	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 11	0,00			8,50	
E 9	0,00			3,00	
E 8	0,00	1,00	6)	10,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 6	0,00			6,54	
E 5	0,00			0,50	
E 3	0,00			1,00	
Summe:	0,00			80,26	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			141,16	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü E 15					-1,00		1,00		-1,00 1,00	Verlagerung an Kapitel 263; SNH Tarifliche Neubewertung- Veränderte Anforderungen im Bereich Business Improvement District und Housing Improvement District
E 15 E 14 E 13					-4,00 -10,50		-1,00		-4,00 -10,50 -1,00	Verlagerung an Kapitel 263; SNH Verlagerung an Kapitel 263; SNH Tarifliche Neubewertung- Veränderte Anforderungen im Bereich Business Improvement District und Housing Improvement District
E 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 13					-20,55				-20,55	Verlagerung an Kapitel 263; SNH
E 12 E 12 E 11 E 9					-15,67 -8,50		-1,00		-15,67 -8,50 1,00	Verlagerung an Kapitel 263; SNH Personalwirtschaftliche Maßnahme Verlagerung an Kapitel 263; SNH Verlagerung von Kapitel 6000; stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 9					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 263; SNH
E 8 E 6				1,00	-10,00				-10,00 1,00	Verlagerung an Kapitel 263; SNH Verlagerung von Kapitel 6000; Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 6 E 6 E 3			-1,00		-6,50 -1,00				-1,00 -6,50 -1,00	Aufgabenstraffung im Bereich Bauleitplanung Verlagerung an Kapitel 263; SNH Verlagerung an Kapitel 263; SNH
Summe Arbeitnehmer	0,00	0,00	-1,00	4,00	-81,72	-1,00	0,00	0,00	-79,72	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	1,00	-1,54	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,54	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	0,00	1,00	-2,54	4,00	-81,72	-1,00	0,00	0,00	-80,26	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	1,00	-2,54	7,00	-146,62	0,00	0,00	0,00	-141,16	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 12	5) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Freiwerden der Stelle

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	6700	Amt für Umweltschutz

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	0,00			1,00	
B 3	0,00			1,00	
A 16	0,00			3,00	
A 15	0,00	2,00	1)	10,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 14	0,00			10,00	
A 13	0,00	1,00	2)	10,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 13	0,00			2,00	
A 12	0,00			5,00	
A 11	0,00			9,00	
A 10	0,00			3,00	
A 8	0,00			2,00	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ AufgBer. 6700 Amt für Umweltschutz

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
A 15					-9,00				-9,00	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
A 14						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 14					-9,00				-9,00	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
A 14					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
A 13					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
A 13						1,00			1,00	§ 50a (1) Nr. 8 LHO
A 13					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
A 13					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
A 12					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6610; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 12					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
A 11					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6610; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
A 11					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
A 10					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
A 8					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 264; SNH

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
A 15	1): weggefallen	kw: 2,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
A 13	2): weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 6700 Amt für Umweltschutz

I. Stellenbestand

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 7	0,00			1,00	
Summe:	0,00			57,00	

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
 B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00), Leitende Direktorin/ Leitender Direktor des Geologischen Landesamtes (0,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
 A 13 Baurätin/Baurat (0,00)
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (0,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (0,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (0,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)
 A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (0,00)

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 15	0,00			1,00	
A 14	0,00			1,00	
A 13	0,00			1,00	
A 12	0,00			6,00	
A 11	0,00			4,00	
A 10	0,00			3,00	
A 9	0,00			3,00	
A 8	0,00			3,00	
Summe:	0,00			22,00	

- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (0,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (0,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 6700 Amt für Umweltschutz

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2015/ 16			2014	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 50a (1)
A 15	0,00			1,00	Nr. 5	
A 14	0,00			1,00	Nr. 5	
A 13	0,00			1,00	Nr. 5	
A 12	0,00			4,00	Nr. 5	
A 12	0,00			2,00	Nr. 5	
A 11	0,00			3,00	Nr. 5	
A 11	0,00			1,00	Nr. 5	
A 10	0,00			3,00	Nr. 5	
A 9	0,00			3,00	Nr. 5	
A 8	0,00			3,00	Nr. 5	
gesamt:	0,00			22,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				1,00	-59,00	2,00			-56,00	
A 7					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
Summe Beamtinnen/ Beamte	0,00	0,00	0,00	1,00	-60,00	2,00	0,00	0,00	-57,00	

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	6700	Amt für Umweltschutz

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	0,00			3,00	
E 14	0,00	1,00	3)	19,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 13	0,00	1,00	4)	60,45	<i>Vermerk weggefallen</i>
		9,00	5)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		3,00	6)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	7)		<i>Vermerk weggefallen</i>
E 12	0,00	2,00	8)	24,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	9)		<i>Vermerk weggefallen</i>
E 11	0,00			7,50	
E 10	0,00			5,00	
E 9	0,00	1,00	10)	8,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 8	0,00	1,00	11)	10,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 7	0,00			0,00	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 6700 Amt für Umweltschutz

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
E 14						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 14					-18,00				-18,00	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
E 13						-1,00			-1,00	§ 50a (1) Nr. 8 LHO
E 13					-59,45				-59,45	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
E 12					-24,00				-24,00	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
E 11					-7,50				-7,50	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
E 10					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
E 9					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
E 8			-1,50						-1,50	Aufgabenstraffung im Bereich Schiffsentsorgung
E 8					-9,50				-9,50	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
E 7					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 264; SNH

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 14	3)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
E 13	4)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Abschluss der Arbeiten zum Abfallwirtschaftsplan
E 13	5)	weggefallen	kw: 9,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
E 13	6)	weggefallen	kw: 3,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder
E 13	7)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz
E 12	8)	weggefallen	kw: 2,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
E 12	9)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	6700	Amt für Umweltschutz

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 6	0,00	1,00	12)	14,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 5	0,00			4,50	
Summe:	0,00			156,45	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			213,45	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 6700 Amt für Umweltschutz

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-1,50		-135,45	-2,00			-138,95	
E 6			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung im Bereich Schiffsentsorgung
E 6			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung im Geologischen Landesamt
E 6					-10,50				-10,50	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
E 5					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 264; SNH
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	0,00	0,00	-3,50	0,00	-149,95	-2,00	0,00	0,00	-155,45	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>	0,00	0,00	-4,50	0,00	-149,95	-2,00	0,00	0,00	-156,45	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	0,00	-4,50	1,00	-209,95	0,00	0,00	0,00	-213,45	

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	6800	Amt für Natur- und Ressourcenschutz

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 4	0,00			1,00	
B 3	0,00	1,00	1)	1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 16	0,00			2,00	
A 15	0,00			6,00	
A 14	0,00	1,00	2)	10,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		2,00	3)		<i>Vermerk weggefallen</i>
A 13	0,00	2,00	4)	6,50	<i>Vermerk weggefallen</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 4					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Stellenwirtschaftliche Maßnahme
B 3	-1,00								-1,00	Umsetzung Hamburger Klimaschutzkonzept
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; SNH
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; SNH
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; SNH
A 15						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 15					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 265; SNH
A 15					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 265; SNH
A 14	-1,00								-1,00	Ende Projekt Entwicklung einer Strategie für die Energieinfrastruktur von Strom und Gas in Hamburg
A 14					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 265; SNH
A 14	-2,00								-2,00	Umsetzung Hamburger Klimaschutzkonzept
A 13	-2,00								-2,00	Umsetzung Hamburger Klimaschutzkonzept
A 13					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 265; SNH

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
B 3	1)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor Künftig wegfallend nach Umsetzung des Hamburger Klimaschutzkonzepts 2007-2012
A 14	2)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat zum 31.12.2012 nach Beendigung des Projekts Entwicklung einer Strategie für die Energieinfrastruktur von Strom und Gas in Hamburg
A 14	3)	weggefallen	kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat künftig wegfallend nach Umsetzung des Hamburger Klimaschutzkonzepts 2007-2012
A 13	4)	weggefallen	kw: 2,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat künftig wegfallend nach Umsetzung des Hamburger Klimaschutzkonzepts 2007-2012

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 6800 Amt für Natur- und Ressourcenschutz

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 13	0,00	1,00	5)	2,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 12	0,00	1,00	6)	5,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 11	0,00	0,50	7)	2,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 9	0,00			1,00	
A 9	0,00			2,00	
A 8	0,00	1,00	8)	2,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
Summe:	0,00			41,00	

- B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
- B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00), Leitende Direktorin/ Leitender Direktor für den Naturschutz (0,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (0,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
B 4	0,00			1,00	
Summe:	0,00			1,00	

- B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber. 6800 Amt für Natur- und Ressourcenschutz

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2015/ 16		Vermerk Nr.	2014 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon			§ 50a (1)	
B 4	0,00			1,00	Nr. 3	
gesamt:	0,00			1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-6,00			1,00	-20,00	1,00			-24,00	
A 13					-2,50				-2,50	Verlagerung an Kapitel 265; SNH
A 13	-1,00				-1,00				-1,00	Umsetzung Hamburger Klimaschutzkonzept
A 12	-1,00								-1,00	Umsetzung Hamburger Klimaschutzkonzept
A 12					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 265; SNH
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; SNH
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; SNH
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; SNH
A 9					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 265; SNH
A 8	-1,00								-1,00	Umsetzung Hamburger Klimaschutzkonzept
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; SNH
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>	-9,00	0,00	0,00	1,00	-33,50	1,00	0,00	0,00	-40,50	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>	-9,50	0,00	0,00	1,00	-33,50	1,00	0,00	0,00	-41,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
A 13	5)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat künftig wegfallend nach Umsetzung des Hamburger Klimaschutzkonzepts 2007-2012
A 12	6)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 12 Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat künftig wegfallend nach Umsetzung des Hamburger Klimaschutzkonzepts 2007-2012
A 11	7)	weggefallen	kw: 0,50 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann künftig wegfallend nach Umsetzung des Hamburger Klimaschutzkonzepts 2007-2012

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	6800	Amt für Natur- und Ressourcenschutz

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
SAV hD	0,00	1,00	9)	1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 15 ü	0,00			0,00	
E 15	0,00			5,00	
E 14	0,00	2,00	10)	8,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	11)		<i>Vermerk weggefallen</i>
E 13	0,00	1,00	12)	29,90	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	13)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	14)		<i>Vermerk weggefallen</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
SAV hD										
E 15 ü				1,00	-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; SNH
E 15 ü									1,00	Verlagerung von Kapitel 6900; stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 15		1,00							-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 15		1,00							1,00	Nachfolgeregelung Leitstelle Klimaschutz
E 15									1,00	Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 14		1,00							-7,00	Verlagerung an Kapitel 265; SNH
E 14	-2,00								1,00	Nachfolgeregelung Klimaschutzkonzept
E 14									-2,00	Ende Projekt Wärmeversorgungskonzept/Stadtwerke
E 14	-1,00								-1,00	Umsetzung Hamburger Klimaschutzkonzept
E 14									-6,00	Verlagerung an Kapitel 265; SNH
E 13		1,00							1,00	Nachfolgeregelung Leitstelle Klimaschutz
E 13		1,00							1,00	Nachfolgeregelung Klimaschutzkonzept
E 13									-31,90	Verlagerung an Kapitel 265; SNH

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
SAV hD	9)	weggefallen	1,00 Der Stelleninhaber erhält Bezüge nach vergleichbar B 3
E 14	10)	weggefallen	kw: 2,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Projekts Hamburger Wärmeversorgungskonzept/Stadtwerke, spätestens zum 31.12.2012
E 14	11)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 14 zum 31.12.2012 nach Umsetzung des Hamburger Klimaschutzkonzepts 2007-2012
E 13	12)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 Stellenstreichung 2003; nach Freiwerden der Stelle
E 13	13)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
E 13	14)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Umsetzung der Ausgleichsmaßnahme Altenwerder

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	6800	Amt für Natur- und Ressourcenschutz

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16		Vermerk Nr.	2014	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 12	0,00			3,59	
E 11	0,00			4,50	
E 9	0,00			3,89	
E 9	0,00			1,00	
E 8	0,00			0,50	
E 6	0,00			4,00	
E 5	0,00			0,65	
Summe:	0,00			62,03	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			103,03	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 6800 Amt für Natur- und Ressourcenschutz

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-3,00	5,00		1,00	-45,90	-1,00			-43,90	
E 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 12					-4,59				-4,59	Verlagerung an Kapitel 265; SNH
E 11					-4,50				-4,50	Verlagerung an Kapitel 265; SNH
E 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 9					-4,89				-4,89	Verlagerung an Kapitel 265; SNH
E 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 265; SNH
E 6					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 265; SNH
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	-3,00	5,00	0,00	3,00	-64,88	-1,00	0,00	0,00	-60,88	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,15	0,00	0,00	0,00	-1,15	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>	-3,00	5,00	0,00	3,00	-66,03	-1,00	0,00	0,00	-62,03	
Summe (ohne *) insgesamt	-12,50	5,00	0,00	4,00	-99,53	0,00	0,00	0,00	-103,03	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 6900 Amt für Immissionsschutz und Betriebe

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 16	0,00			2,00	
A 15	0,00			7,00	
A 14	0,00	2,00	1)	17,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 13	0,00			13,00	
A 13	0,00			4,00	
A 12	0,00			4,00	
A 11	0,00	1,00	2)	8,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 10	0,00			4,00	
A 9	0,00			1,00	
A 9	0,00			1,00	
A 8	0,00			1,00	
A 7	0,00			1,00	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ AufgBer. 6900 Amt für Immissionsschutz und Betriebe

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
A 15					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
A 14					-16,00				-16,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
A 13					-9,00				-9,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
A 13					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
A 13					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
A 12					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Zurückverlagerung, da Wegfall d. Buchungsgrundlage
A 11					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
A 11					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
A 10					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
A 10					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
A 9					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
A 7					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
A 14	1) weggefallen	kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Abschluss der Genehmigungsverfahren
A 11	2) weggefallen	ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Freiwerden der Stelle

Einzelplan	6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kap./ Aufg.Ber.	6900	Amt für Immissionsschutz und Betriebe

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16		Vermerk Nr.	2014	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
Summe:	0,00			63,00	

- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
- A 13 Baurätin/Baurat (0,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (0,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (0,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (0,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtman (0,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (0,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (0,00)

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 6900 Amt für Immissionsschutz und Betriebe

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-64,00	0,00	0,00	0,00	-64,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-64,00	1,00	0,00	0,00	-63,00	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 6900 Amt für Immissionsschutz und Betriebe

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
SAV hD	0,00			1,00	
E 15 ü	0,00			2,00	
E 15	0,00			1,00	
E 14	0,00			3,00	
E 13	0,00			31,00	
E 12	0,00	1,00	3)	26,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 11	0,00			12,86	
E 10	0,00			7,66	
E 9	0,00			2,02	
E 8	0,00			8,00	
E 6	0,00			5,00	
E 5	0,00			1,00	
Summe:	0,00			100,54	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			163,54	

Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Kap./ Aufg.Ber. 6900 Amt für Immissionsschutz und Betriebe

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
SAV hD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
E 15 ü		1,00							1,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 15 ü					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6800; stellenwirtschaftliche Maßnahme
E 15 ü					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
E 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
E 14					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
E 13					-31,00				-31,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
E 12						-1,00			-1,00	umgew. gem. Art 8 Nr. 5 HHB
E 12					-24,50				-24,50	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
E 11					-12,67				-12,67	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
E 10					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
E 9					-2,02				-2,02	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
E 8					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
E 6					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
E 5					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 266; SNH
Summe Arbeitnehmer	0,00	1,00	0,00	0,00	-99,19	-1,00	0,00	0,00	-99,19	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	-1,35	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,35	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	0,00	1,00	-1,35	0,00	-99,19	-1,00	0,00	0,00	-100,54	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	1,00	-1,35	0,00	-163,19	0,00	0,00	0,00	-163,54	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 12	3) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 12 Fallzahlenentw. der Genehmigungsverfahren bei Grundstücksentwässerungen

Stellenplan
und
Stellenübersichten

der Hochbaudienststellen

Einzelplan WI Wirtschaftspläne
 Kap./ Aufg.Ber. 6207 Staatliche Hochbaudienststelle Landesbau - Hochschulbau

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16		Vermerk Nr.	2014	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 15	0,00			3,00	
A 14	0,00			2,00	
A 13	0,00			1,00	
A 13	0,00			2,00	
A 12	0,00			5,00	
A 11	0,00			2,00	
A 10	0,00			1,00	
Summe:	0,00			16,00	

A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (0,00)
 A 13 Baurätin/Baurat (0,00)
 A 12 Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (0,00)
 A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)

Wertigkeit	2015/ 16		Vermerk Nr.	2014	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 11	0,00			1,00	
Summe:	0,00			1,00	

A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)

Einzelplan **WI** **Wirtschaftspläne**
Kap./ AufgBer. **6207** **Staatliche Hochbaudienststelle Landesbau - Hochschulbau**

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2015/ 16			2014	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 50a (1)
A 11	0,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	0,00			1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 15					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
A 13					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
A 12					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
A 11					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>		0,00	0,00	0,00	0,00	-16,00	0,00	0,00	0,00	-16,00

Einzelplan WI Wirtschaftspläne
 Kap./ Aufg.Ber. 6207 Staatliche Hochbaudienststelle Landesbau - Hochschulbau

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	0,00			2,00	
E 14	0,00			3,00	
E 13	0,00			3,00	
E 12	0,00			15,00	
E 11	0,00			3,00	
E 9	0,00			3,00	
E 8	0,00			1,00	
E 6	0,00			4,00	
Summe:	0,00			34,00	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			50,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
E 14					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
E 13					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
E 12					-15,00				-15,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
E 11					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
E 9					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
E 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
E 6					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 262; SNH
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-34,00	0,00	0,00	0,00	-34,00	

Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-50,00	0,00	0,00	0,00	-50,00	

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2015/2016

Wirtschaftsplan

**des Landesbetriebes Geoinformation und Vermessung
(§ 106 LHO)**

Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

Gewinn- und Verlustplan nach dem Gesamtkostenverfahren	
Postenbezeichnung	
1	Umsatzerlöse
a)	Umsatzerlöse für Produkte und Dienstleistungen
b)	Entgelte für hoheitlichen Tätigkeiten
c)	Entgelte für ministerielle Aufgaben
2	Erhöhung oder Verminderung des Bestands zu fertigen und unfertigen Erzeugnissen
3	andere aktivierte Eigenleistungen
4	sonstige betriebliche Erträge
5	Materialaufwand:
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen <i>davon Fremdleistungen im Zusammenhang mit Umsatzprozessen</i> <i>davon Dienstleistungen Dataport</i>
6	Personalaufwand:
a)	Löhne und Gehälter
b)	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, <i>davon für Altersversorgung</i>
7	Abschreibungen:
a)	auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen
b)	auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten
8	Sonstige betriebliche Aufwendungen
a)	Personalbedingte Aufwendungen
b)	Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung
c)	Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb <i>davon IT-Aufwendungen</i>
d)	Übrige Sonstige Aufwendungen
9	Erträge aus Beteiligungen, <i>davon aus verbundenen Unternehmen</i>
10	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, <i>davon aus verbundenen Unternehmen</i>
11	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge, <i>davon aus verbundenen Unternehmen</i>
12	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
13	Zinsen und ähnliche Aufwendungen, <i>davon an verbundene Unternehmen</i>
14	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
15	außerordentliche Erträge
16	außerordentliche Aufwendungen
17	außerordentliches Ergebnis
18	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
19	sonstige Steuern
20	Abführungen an den Haushalt
21	Verlustübernahme aus dem Haushalt (Betriebszuschüsse)
22	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag.

Anlage 2.1

Ist 2012	Ist (vorläufig) 2013	Plan lfd. Haushaltsjahr 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Tsd. EUR						
23.309	23.403	22.487	21.709	21.739	21.839	21.939
11.568	10.613	9.697	9.185	9.215	9.315	9.415
11.741	12.790	12.790	11.524	11.524	11.524	11.524
			1.000	1.000	1.000	1.000
4	5	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
1.593	1.368	200	1.198	1.198	1.198	1.198
-2.643	-2.345	-2.740	-2.732	-2.732	-2.732	-2.732
-22	-21	-108	-108	-108	-108	-108
-2.621	-2.324	-2.632	-2.624	-2.624	-2.624	-2.624
-1.432	-815	-1.093	-1.093	-1.093	-1.093	-1.093
-1.189	-1.510	-1.531	-1.531	-1.531	-1.531	-1.531
-19.941	-20.783	-20.780	-20.058	-20.023	-19.786	-19.802
-14.356	-15.022	-15.497	-15.856	-15.821	-15.621	-15.629
-5.585	-5.761	-5.283	-4.202	-4.202	-4.165	-4.173
-2.802	-3.084	-2.605	-1.573	-1.588	-1.599	-1.616
-855	-986	-900	-900	-900	-900	-900
-855	-986	-900	-900	-900	-900	-900
0	0	0	0	0	0	0
-3.812	-3.329	-3.292	-3.287	-3.287	-3.287	-3.287
-74	-72	-106	-96	-96	-96	-96
-1.786	-1.444	-1.583	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500
-1.780	-1.731	-1.588	-1.676	-1.676	-1.676	-1.676
-1.171	-838	-1.053	-1.200	-1.200	-1.200	-1.200
-172	-82	-15	-15	-15	-15	-15
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
47	43	80	20	20	20	20
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
-2	-2	0	0	0	0	0
0		0	0	0	0	0
-2.300	-2.626	-4.945	-4.050	-3.985	-3.648	-3.564
431	750	700	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
431	750	700	0	0	0	0
0	-3	0	0	0	0	0
-3		-4	-4	-4	-4	-4
0		0	0	0	0	0
3.082	2.599	2.354	1.469	1.487	1.506	1.506
1.210	720	-1.895	-2.585	-2.502	-2.146	-2.062

Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

Kapitalflussplan (aggregiert)	
Postenbezeichnung	
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Erträgen / Aufwendungen davon konsumtive Zuführungen der FHH
2	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens (+/-)
3	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse (-)
4	Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (+/-)
5	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen (+/-)
6	Abnahme/Zunahme sonstiger Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind (+/-)
7	Zunahme/Abnahme sonstiger Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind (+/-)
8	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge (+/-)
9	Zahlungswirksame außerordentliche Erträge/Aufwendungen (+/-)
Kapitalfluss I aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe 1 bis 9)	
10	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens
11	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (-)
	davon
	- Einzelmaßnahme *
	- Programm **
12	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens (+)
13	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen (-)
	davon
	- Einzelmaßnahme *
	- Programm **
14	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens (+)
15	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen (-)
	davon
	- Einzelmaßnahme *
	- Programm **
16	Einzahlungen aus sonstigen Desinvestitionen (+)
17	Auszahlungen für sonstige Investitionen (-)
18	Einzahlungen aus investiven Zuführungen der FHH
19	Einzahlungen aus Zuschüssen Dritter
Kapitalfluss aus Investitionen (Summe 10 bis 19)	
Kapitalfluss II nach Investitionstätigkeit (Kapitalfluss I + Kapitalfluss aus Investitionen)	
20	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen, z. B. Einlagen der FHH (+)
21	Ablieferungen an die FHH, z. B. Eigenkapitalrückzahlungen (-)
davon enthaltene Ablieferung an die FHH	
22	Einzahlungen aus Darlehensaufnahme (+) ***
23	Auszahlungen für Darlehenstilgungen (-) ***
Kapitalfluss aus Finanzierung (Summe 20 bis 23)	
Kapitalfluss III (Kapitalfluss II + Kapitalfluss aus Finanzierung)	

* Einzelnen aufführen, wenn die Investition auf Grund der Bedeutung oder des finanziellen Umfangs dies erfordert.

** Zusammenfassung gleichartiger oder gleichgerichteter Investitionen.

*** Nur für Sondervermögen

Begründung:

Erläuterungen zur Gewinn-und Verlustplanung 2015/2016

Begründung für die Organisationsform Landesbetrieb:

Der LGV agiert in zwei Geschäftsfeldern: Er erfüllt für die Freie und Hansestadt Hamburg im Auftrag der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) die ihm auf der Grundlage von gesetzlichen Regelungen, Verordnungen und Senatsbeschlüssen zugewiesenen hoheitlichen und ministeriellen Aufgaben. Darüber hinaus ist der LGV Dienstleister für die Beratung und Bereitstellung von Geobasis- und Geofachdaten, Produkten und Anwendungen sowie für die Ausführung von Vermessungsarbeiten aller Art sowohl für öffentliche als auch für private Auftraggeber. Aus der Aufgabenwahrnehmung im ersten Geschäftsfeld resultieren amtliche Geodaten. Im zweiten Geschäftsfeld werden aus diesen Basisdaten marktorientierte Produkte und Dienstleistungen abgeleitet, deren rentierliche Vermarktung eine Entlastung des Gesamtergebnisses ermöglicht.

Die Organisationsform eines Landesbetriebes wurde gewählt, um die größeren Spielräume bei der Wirtschaftsführung und beim Einsatz finanzieller Ressourcen zu nutzen und durch ein entsprechendes Personalmanagement den bedarfsgerechten Ausgleich zwischen den beiden Geschäftsfeldern zu ermöglichen. Auf Grund dieser Interdependenzen ist die Organisationsform Landesbetrieb ideal, da sie gleichzeitig den Anforderungen an eine hoheitliche Aufgabenwahrnehmung gerecht wird als auch eine erlösorientierte Vermarktung von Geoprodukten ermöglicht. Eine Trennung der beiden Bereiche macht aufgrund dieser Abhängigkeiten ökonomisch keinen Sinn.

- 1a Der LGV ist Dienstleister für die Beratung und Bereitstellung von Geobasis- und Geofachdaten, Produkten und Anwendungen sowie für die Ausführung von Vermessungsarbeiten aller Art sowohl für öffentliche als auch für private Auftraggeber. Diese Leistungen stellt der LGV auf der Basis von Gebührenordnungen und Preisverzeichnissen in Rechnung. Die Absenkung dieser Umsatzerlöse für Produkte und Dienstleistungen ab 2015 ist insbesondere auf den Einnahmefall i.H.v. 750 Tsd. EUR als Konsequenz aus der Umsetzung des Transparenzgesetzes zurückzuführen.
- 1b Darüberhinaus erfüllt der LGV für die Freie und Hansestadt Hamburg im Auftrag der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) die ihm auf der Grundlage von gesetzlichen Regelungen, Verordnungen und Senatsbeschlüssen zugewiesenen hoheitlichen und ministeriellen Aufgaben. Hierfür erhält der LGV jährlich mit der BSU vereinbarte Entgelte. Der LGV muss bei den hoheitlichen Entgelten ab 2015/2016 eine Einsparvorgabe i.H.v. 1.016 Tsd. EUR und ab 2019 um weitere 810 T € p.a. umsetzen. Eine weitere Absenkung in dieser Position um 250 Tsd. EUR ergibt sich aus der Verschiebung von Entgelten in den neu ausgewiesenen Bereich 1c.
- 1c Diese erstmalig im Haushaltsplan ausgewiesene Position umfasst die Entgelte für im Auftrag der BSU wahrgenommene ministerielle Tätigkeiten. Diese beinhalten ab 2015 auch den Ausgleich der Erlöseinbußen infolge des Hamburgischen Transparenzgesetzes (HmbTG), das den LGV künftig zur unentgeltlichen Bereitstellung seiner bisher vermarkteten Geodaten verpflichtet (als hoheitliche Infrastrukturleistung).
- 4 318 Tsd. EUR Betriebsmittel GDI-HH, 200 Tsd. EUR Erträge aus Auflösung von Sonderposten, 575 Tsd. EUR Erstattung der Kosten für den 3A-Pflegevertrag durch das Landesamt für Geoinformation und Vermessung Schleswig-Holstein
- 5a Verbrauch von Rohstoffen, Verbrauch von Hilfs- und Betriebsstoffen, Dienst- und Schutzkleidung
- 5b Fremdleistungen im Zusammenhang mit Umsatzprozessen: einschließlich IT-Aufwand in Vorleistung für das Landesamt für Geoinformation und Vermessung Schleswig-Holstein für 3A-Pflegeverträge

- 6a Berechnung der Beamtenbezüge sowie der Gehälter für Tarifbeschäftigte. Ausgehend vom Planwert 2014 wurde eine jährliche Tarifsteigerung von 1,5 % berücksichtigt, die für rd. 300 VK im LGV ca. 300 Tsd. EUR p.a. ausmacht; durch aufgabenkritische Maßnahmen konnten die geplanten Personalkosten im Zeitraum von 2015 bis 2019 jedoch weitgehend konstant gehalten werden.
- 6b Versorgungsanteile Tarifbeschäftigte und Beamte sowie Zuführungen zu Pensionsrückstellungen; ab 2015 weniger wegen prozentualer Veränderung der Versorgungsanteile sowie Wegfall der Zuführungen zu Pensionsrückstellungen
- 8a Dienstreisen, Aufwendungen für Aus- und Fortbildung
- 8b Gebäudebewirtschaftung und -unterhaltung, Gebäudemiete
- 8c Kraftfahrzeugkosten, Geschäftsbedarf, Aufwand für PR und Marketing, IT-Aufwand, Mitgliedsbeiträge, Erstattung für Verwaltungsdienstleistungen, Anwalts-, Gerichts- und Gutachtenkosten
- 8d Wertberichtigungen, periodenfremder Aufwand, Schadenersatzleistungen
- 15 Wegfall der Erträge aus der Gewährleistungszusage der FHH für Pensions- und Beihilferückstellungen ab 2015
- 21 Die Position "Verlustausgleich" beinhaltet alle Zuschüsse zum Betriebshaushalt des LGV (Geldzufluss ohne Leistungsaustausch) von hamburgischen Dienststellen; geplant wurden insbesondere:
- Wegfall Betriebskostenzuschuss i.H.v. 124 Tsd. EUR p.a. ab 2015 als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung
 - Absenkung Versorgungszuschüsse ab 2015 (neue Prozentsätze ab 2015)
 - Personalverstärkungsmittel (letztmalig erhalten in 2012)
 - Zuschüsse aus dem Sonderprogramm für Schwerbehinderte
- 22 Obwohl der LGV im Haushaltsjahr 2015 Kürzungen von Entgelten in Höhe von 1.016 Tsd. EUR und Betriebszuschüssen i.H.v. insgesamt 124 Tsd. EUR zu verzeichnen hat, verschlechtert sich sein geplantes Jahresergebnis gegenüber 2014 lediglich um 690 Tsd. EUR. Aufgrund einer Vielzahl von finanziellen, personellen und organisatorischen Maßnahmen verringern sich die Jahresverluste trotz der berücksichtigten Tarifsteigerungen von 1,5 % von 2015 bis 2018 um 523 Tsd. EUR. Infolge einer Absenkung der Entgelte ab 2019 um weitere 810 Tsd. EUR werden die absehbaren Personaleinsparungen nicht mehr zur Kompensation der Tarifsteigerungen ausreichen. Folge ist eine Verschlechterung der Jahresergebnisse, von 2018 auf 2019 um rd. 1 Mio. EUR.

Trotz der umfangreichen Sparmaßnahmen beim LGV ist davon auszugehen, dass die Entgelte nicht kostendeckend sein werden. Daher wird der LGV in den Wirtschaftsplanjahren 2015/2016 und in den Folgejahren zur Gegenfinanzierung auf seine Rücklagen zurückgreifen müssen, um die negativen Effekte kurzfristig auszugleichen.

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber.	L09	Geoinformation und Vermessung

I. Stellenbestand

kw 2015/16	kw 2017	kw 2018	kw 2019	kw >2019	kw o.T.	Vermerke
					2,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 4	1,00			0,00	
B 2	1,00			0,00	
A 16	3,00			0,00	
A 15	9,00			0,00	
A 14	7,00			0,00	
A 13	6,00	1,00	1)	0,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach BesGr. E 13</i>
A 13	9,00			0,00	
A 12	21,00			0,00	
A 11	29,00			0,00	
A 10	10,00			0,00	
A 9	1,00			0,00	
A 7	1,00			0,00	
Summe:	98,00			0,00	

- B 4 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
- B 2 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (1,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (3,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (7,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (6,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (5,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
- A 13 Baurätin/Baurat (9,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (2,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (19,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (4,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (25,00)
- A 10 Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (10,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 11	1,00			0,00	
Summe:	1,00			0,00	

- A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (1,00)

Einzelplan LAN Landesbetriebe
Kap./ AufgBer. L09 Geoinformation und Vermessung

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2015/ 16				2014	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 11	1,00			0,00	Nr. 7	
gesamt:	1,00			0,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 4				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
B 2				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
A 16				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
A 15				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
A 15				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
A 14				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
A 13				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
A 13				9,00					9,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
A 12				19,00					19,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
A 12				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
A 11				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
A 11				25,00					25,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
A 10				10,00					10,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
A 7				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	98,00	0,00	0,00	0,00	0,00	98,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
A 13	1); ku: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach BesGr. E 13	

Einzelplan LAN Landesbetriebe
 Kap./ Aufg.Ber. L09 Geoinformation und Vermessung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	3,00			0,00	
E 14	1,00			0,00	
E 13	9,00			0,00	
E 12	28,00	1,00	2)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Bauvorhabens Allemöhe</i>
E 11	26,00			0,00	
E 10	39,50			0,00	
E 9	1,00			0,00	
E 9	6,00			0,00	
E 8	121,00			0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 4 nach Freiwerden der Stelle (Beschäftigung von Schwerbehinderten aus den Werkstätten für Behinderte)</i>
E 7	18,00			0,00	
E 6	17,00			0,00	
E 5	4,00			0,00	
E 4	1,00	1,00	3)	0,00	
Summe:	274,50			0,00	
Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*					
Nachwuchs mD	14,00			0,00	
Summe:	14,00			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	372,50			0,00	

Einzelplan LAN Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber. L09 Geoinformation und Vermessung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
E 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
E 13				9,00					9,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
E 12				28,00					28,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
E 11				26,00					26,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
E 10				36,50					36,50	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
E 10							1,00		1,00	Neubewertung Photogrammetrie bei S32
E 10							1,00		1,00	Neubewertung der Aufgaben 3D-Modelle bei S31
E 10							1,00		1,00	Neubewertung Mediengestaltung bei G5
E 9				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
E 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 260; personalwirtschaftliche Maßnahme
E 9				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
E 8				124,00					124,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
E 7				18,00					18,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
E 6				17,00					17,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
E 5				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
E 5			-1,00						-1,00	Finanzierung Stellenhebungen
E 4				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
Summe Arbeitnehmer										
	0,00	0,00	-1,00	276,50	-1,00	0,00	3,00	0,00	277,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,00	0,00	-3,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	0,00	0,00	-1,00	276,50	-1,00	0,00	0,00	0,00	274,50	
Nachwuchs mD										
				14,00					14,00	Verlagerung von Kapitel 6030; SNH
Summe Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*										
	0,00	0,00	0,00	14,00	0,00	0,00	0,00	0,00	14,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	-1,00	374,50	-1,00	0,00	0,00	0,00	372,50	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 12	2)	kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Bauvorhabens Allermöhe	

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber.	6030	Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

I. Stellenbestand

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 4	0,00			1,00	
B 2	0,00			1,00	
A 16	0,00			3,00	
A 15	0,00			9,00	
A 14	0,00			7,00	
A 13	0,00	1,00	1)	6,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 13	0,00			9,00	
A 12	0,00			21,00	
A 11	0,00			29,00	
A 10	0,00			10,00	
A 9	0,00			1,00	
A 7	0,00			1,00	
Summe:	0,00			98,00	

- B 4 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (0,00)
- B 2 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
- A 13 Baurätin/Baurat (0,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (0,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (0,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
- A 10 Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (0,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (0,00)

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 11	0,00			1,00	
Summe:	0,00			1,00	

- A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)

Einzelplan LAN Landesbetriebe
 Kap./ AufgBer. 6030 Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2015/ 16				2014	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 11	0,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	0,00			1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 4					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
B 2					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
A 16					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
A 15					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
A 15					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
A 14					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
A 13					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
A 13					-9,00				-9,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
A 12					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
A 12					-19,00				-19,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
A 11					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
A 11					-25,00				-25,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
A 10					-10,00				-10,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
A 7					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-98,00	0,00	0,00	0,00	-98,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
A 13	1) weggefallen	ku: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach EntgGr. E 13

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber.	6030	Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	0,00			2,00	
E 14	0,00			1,00	
E 13	0,00			7,00	
E 12	0,00	1,00	2)	27,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 11	0,00			30,00	
E 10	0,00			32,50	
E 9	0,00			2,00	
E 9	0,00			2,00	
E 8	0,00			137,02	
E 7	0,00			29,00	
E 6	0,00			26,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15							1,00		1,00	Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 15					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
E 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
E 13							1,00		1,00	Einstellung
E 13					-9,00				-9,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
E 13							1,00		1,00	Neubewertung der Funktion
E 12							-1,00		-1,00	Einstellung
E 12					-28,00				-28,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
E 12							3,00		3,00	Überleitung neue Entgeltordnung
E 12							-1,00		-1,00	Neubewertung der Funktion
E 11							-1,00		-1,00	Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 11					-26,00				-26,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
E 11							-3,00		-3,00	Überleitung neue Entgeltordnung
E 10							1,00		1,00	Neubewertung zum 01.04.2012
E 10							1,00		1,00	Neueinstellung
E 10							1,00		1,00	Neubewertung zum 01.06.2012
E 10							1,00		1,00	Neubewertung
E 10					-36,50				-36,50	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
E 9					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
E 9							-6,00		-6,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
E 8			-7,02						-7,02	Konsolidierung Stellenbestand
E 8									-124,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
E 7			-11,00						-11,00	Konsolidierung Stellenbestand
E 7									-18,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
E 6			-7,00						-7,00	Konsolidierung Stellenbestand

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 12	2) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Bauvorhabens Allermöhe

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber.	6030	Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

I. Stellenbestand

2015/16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 5	0,00			11,00	
E 4	0,00	1,00	3)	2,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
Summe:	0,00			308,52	
Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*					
Nachwuchs mD	0,00			24,00	
Summe:	0,00			24,00	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			406,52	

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber.	6030	Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-25,02		-253,50		4,00		-274,52	
E 6					-17,00				-17,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
E 5			-2,00						-2,00	Stelle wird nicht mehr benötigt.
E 5			-3,00						-3,00	Konsolidierung Stellenbestand
E 5			-1,00						-1,00	Finanzierung Stellenhebung
E 5					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
E 4			-1,00						-1,00	Finanzierung Stellenhebung
E 4					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel L09; SNH
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	0,00	0,00	-32,02	0,00	-276,50	0,00	4,00	0,00	-304,52	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-4,00	0,00	-4,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>	0,00	0,00	-32,02	0,00	-276,50	0,00	0,00	0,00	-308,52	
Nachwuchs mD			-10,00						-10,00	Konsolidierung Stellenbestand
Nachwuchs mD					-14,00				-14,00	Verlagerung an Kapitel L09;SNH
<i>Summe Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*</i>	0,00	0,00	-10,00	0,00	-14,00	0,00	0,00	0,00	-24,00	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	0,00	-32,02	0,00	-374,50	0,00	0,00	0,00	-406,52	

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2015/2016

Wirtschaftsplan

**Sondermögen „Stadt und Hafen“
(§ 106 LHO)**

Sondervermögen Stadt und Hafen

Gewinn- und Verlustplan nach dem Gesamtkostenverfahren	
Postenbezeichnung	
1	Umsatzerlöse
2	Erhöhung oder Verminderung des Bestands zu fertigen und unfertigen Erzeugnissen
3	sonstige betriebliche Erträge
	davon
a)	Mieterträge "Innenstädtischer Hafenrand"
b)	Mieterträge Altenwerder
c)	Einnahmen aus sonstigen Dienstleistungen
d)	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen
e)	übrige betriebliche Erträge
4	Zinserträge und ähnliche Erträge
5	Gesamterträge
6	Abschreibungen
	davon
a)	auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen
b)	auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens
7	sonstige betriebliche Aufwendungen
	davon
a)	Geschäftsführungs- und Verwaltungskosten des Sondervermögens
b)	Aufwendungen für Verwaltung und Instandhaltung von Immobilien und Infrastruktur
c)	Aufwendungen aus Bodenvorbelastungen
d)	Aufwendungen für Planung, Umnutzungskonzepte, Öffentlichkeitsarbeit, Marketing
e)	Aufwendungen für Infrastruktur- und Entwicklungsvorhaben
f)	Aufwendungen aus der Zuführung zu Rückstellungen
g)	Entschädigungen, Betriebsverlagerungs- und Abbruchkosten, Nebenkosten
h)	Aufwendungen für Grundstückserwerb
i)	übrige betriebliche Aufwendungen
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen
9	sonstige Steuern
10	Gesamtaufwendungen
11	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
12	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Die veranschlagten Erträge und Aufwendungen sind jeweils zusammenfassend zu erläutern.

Anlage 2.2

Ist 2012	Ist (vorl.) 2013	Plan lfd. Haushaltsjahr 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Tsd. EUR						
3.966	10.886	86.102	13.165	74.908	88.046	107.338
8.729	53.593	60.085	77.040	69.175	110.962	80.832
43.819	13.021	2.314	2.519	2.507	1.659	1.659
3.607	3.662	2.314	2.519	2.507	1.659	1.659
7.740	0	0	0	0	0	0
5.341	4.292	0	0	0	0	0
24.718	4.763	0	0	0	0	0
2.413	304	0	0	0	0	0
126	160	0	0	0	0	0
56.639	77.660	148.501	92.725	146.591	200.667	189.829
-6.930	-3.213	-248	-219	-219	-694	-680
-233	-266	-248	-219	-219	-694	-680
-6.697	-2.947	0	0	0	0	0
-45.841	-101.949	-111.781	-101.949	-142.558	-189.185	-177.070
-5.072	-5.209	-6.060	-6.291	-6.720	-6.470	-6.600
-1.909	-1.661	-1.878	-2.138	-2.153	-1.320	-1.350
-3	0	-595	-1.658	-595	-105	0
-5.241	-5.318	-6.800	-5.551	-5.832	-6.000	-6.180
-30.705	-60.050	-58.000	-77.281	-68.925	-112.427	-81.029
-1.477	-25.795	-37.699	-8.765	-58.333	-62.863	-81.911
-328	-720	-749	-265	0	0	0
0	-1.267	0	0	0	0	0
-1.106	-1.930	0	0	0	0	0
-6.143	-5.590	-4.556	-4.235	-5.725	-8.284	-10.221
0	-64	0	0	0	0	0
-58.913	-110.817	-116.585	-106.403	-148.502	-198.163	-187.971
0	3.200	0	-1.836	-136	-4.258	-5.057
-2.274	-29.957	31.916	-15.514	-2.047	-1.754	-3.199

Sondervermögen Stadt und Hafen

Kapitalflussplan (aggregiert)	
Postenbezeichnung	
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Erträgen / Aufwendungen
2	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens (+/-)
3	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse (-)
4	Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (+/-)
5	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen (+/-)
6	Abnahme/Zunahme sonstiger Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind (+/-)
7	Zunahme/Abnahme sonstiger Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind (+/-)
8	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge (+/-)
9	Zahlungswirksame außerordentliche Erträge/Aufwendungen (+/-)
Kapitalfluss I aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe 1 bis 9)	
10	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens
11	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (-)
12	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens (+)
13	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen (-)
	davon
	- Investitionszuschuss Kehr- und Abstellanlage U4
	- Investitionszuschuss Verlängerung U4
	- Investitionszuschuss Sonstige Maßnahmen U4
14	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens (+)
15	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen (-)
16	Einzahlungen aus sonstigen Desinvestitionen (+)
17	Auszahlungen für sonstige Investitionen (-)
18	Einzahlungen aus investiven Zuführungen der FHH
19	Einzahlungen aus Zuschüssen Dritter
Kapitalfluss II aus Investitionen (Summe 10 bis 19)	
Kapitalfluss II nach Investitionstätigkeit (Kapitalfluss I + Kapitalfluss aus Investitionen)	
20	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen, z. B. Einlagen der FHH (+)
21	Ablieferungen an die FHH, z. B. Eigenkapitalrückzahlungen (-)
22	Einzahlungen aus Darlehensaufnahme (+) ***
23	Auszahlungen für Darlehenstilgungen (-) ***
Kapitalfluss aus Finanzierung (Summe 20 bis 23)	
Kapitalfluss III (Kapitalfluss II + Kapitalfluss aus Finanzierung)	

* Einzelnen aufführen, wenn die Investition auf Grund der Bedeutung oder des finanziellen Umfangs dies erfordert.

** Zusammenfassung gleichartiger oder gleichgerichteter Investitionen.

*** Nur für Sondervermögen

Anlage 2.2

Ist 2012	Ist (vorl.) 2013	Plan lfd. Haushaltsjahr 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Tsd. EUR						
-2.274	-29.957	31.916	-15.514	-2.047	-1.754	-3.199
233	266	248	219	219	694	680
-2.398	-126	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
-23.241	9.245	37.699	8.765	58.333	62.863	81.911
3.114	-2.172	-596	1.836	-1.430	1.430	0
507	350	0	-298	-625	-208	-1
3.000	2.947	0	-9	-9	-9	-9
-20	0	0	0	0	0	0
-21.080	-19.447	69.267	-5.001	54.440	63.016	79.381
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	-9.000	-11.495	-7.500	-8.000	0	0
0	0	-27.390	-41.000	-27.500	-22.600	-27.000
-425	-62	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
-6.865	-41.665	-60.085	-77.040	-69.175	-110.962	-80.832
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	22.371	14.432	11.824	13.352
-7.290	-50.727	-98.970	-103.169	-90.244	-121.737	-94.479
-28.370	-70.174	-29.703	-108.170	-35.803	-58.722	-15.098
200.000	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	70.000	80.000	60.000	20.000
-20.000	-10.000	-40.000	-10.000	-20.000	-10.000	0
180.000	-10.000	-40.000	60.000	60.000	50.000	20.000
151.630	-80.174	-69.703	-48.170	24.197	-8.722	4.902

HafenCity Hamburg GmbH

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan Sondervermögen Stadt und Hafen 2015-2019

Einzelpositionen GuV-Plan nach dem Gesamtkostenverfahren

Umsatzerlöse (1) beinhalten die Erlöse aus dem Verkauf von Grund und Boden des Sondervermögens gem. internem Planungsstand (Stand: Februar 2014), vorwiegend aus Verkäufen im zentralen und östlichen Bereich der HafenCity. Die veranschlagten Umsatzerlöse sind bezüglich der Verkaufszeitpunkte markt- und entwicklungsabhängig und unterliegen insbesondere ab 2017 insbesondere einer zeitpunktbezogenen hohen Prognoseunsicherheit. Bei Abweichungen der tatsächlichen Erlöse ggüb. den Planwerten des Jahres können die Ergebnisse des Sondervermögens (Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag) deutlich beeinflusst werden.

Erhöhungen oder Verminderungen des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen (2) resultieren aus der Erhöhung des Bestands an Infrastrukturvermögen durch Aktivierung von Teilen der Infrastruktur- und Entwicklungsaufwendungen, der Geschäftsführungs- und Verwaltungskosten sowie der Aufwendungen für Planungs- und Umnutzungskonzepte, Marketing und Öffentlichkeitsarbeit (siehe dort). Das Infrastrukturvermögen wird bilanziell dem Umlaufvermögen zugeordnet, da diese Vermögensgegenstände nicht dem dauerhaften Verbleib beim Sondervermögen dienen.

Die restlichen Ertragspositionen werden mit Ausnahme der Zinserträge unter dem Posten **sonstige betriebliche Erträge (3)** abgebildet.

Der Posten **Mieterträge „Innenstädtischer Hafenrand“ (3a)** bildet die Erträge aus der Vermietung der nach § 1 Abs. 2 des Gesetzes über das Sondervermögen „Stadt und Hafen“ (SonderVGStadtHafen) zugewiesenen Grundstücke und der vom Sondervermögen erworbenen bzw. erstellten Anlagen und Gebäude im Bereich der HafenCity ab. Die Erträge werden ab 2017 für die verbleibenden Bestandsimmobilien mit kaufmännischer Vorsicht veranschlagt.

Die **Mieterträge Altenwerder (3b)** aus der Vermietung von Flächen des Containerterminals Altenwerder fließen seit 2013 nicht mehr dem Sondervermögen „Stadt und Hafen“ zu.

Einnahmen aus sonstigen Dienstleistungen (3c) bestehen zum einen aus Einnahmen aus Infrastrukturleistungen für Dritte, zum anderen aus Einnahmen aus Abbruch und Entschädigungen. Diese Erträge unterliegen hoher Unsicherheit und werden ab 2015 aus Gründen kaufmännischer Vorsicht nicht veranschlagt.

Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (3d) entstehen bei der Anpassung von Rückstellungen. Diese Erträge entstehen bedarfsweise und können deswegen weder geschätzt noch veranschlagt werden.

Übrige betriebliche Erträge (3e) bilden sonstige ertragswirksame Geschäftsvorfälle ab, die nicht planbar sind und aus Gründen kaufmännischer Vorsicht nicht veranschlagt werden.

Zinserträge (4) werden voraussichtlich ab 2015 nicht mehr anfallen und werden daher nicht veranschlagt.

Abschreibungen (6) entfallen sowohl auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens (insbesondere ab 2016 ff. auf Nutzungsrechte an Bauwerken der U-Bahn-Linie U4 in der HafenCity) und Sachanlagen (im Wesentlichen auf Bestandsgebäude) als auch auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens. Die Abschreibungen des Umlaufvermögens entsprechen den Wertminderungen auf Infrastrukturanlagen, die einer öffentlichen Nutzung unterliegen und noch nicht an die jeweiligen Rechtsträger (Kernverwaltung bzw. mit der FHH verbundene öffentlich-rechtliche Organisationseinheiten) übergeben wurden. Die Abschreibungen des Umlaufvermögens werden ab 2015 nicht geplant, da die Übergabezeitpunkte und damit das Ende der Abschreibungsperiode noch nicht feststehen.

Die restlichen Aufwandspositionen werden mit Ausnahme der Zins- und Steueraufwendungen unter dem Posten **sonstige betriebliche Aufwendungen (7)** dargestellt.

Die **Geschäftsführungs- und Verwaltungskosten des Sondervermögens (7a)** umfassen die Aufwendungen der HafenCity Hamburg GmbH (HCH), die die Geschäftsführung des Sondervermögens wahrnimmt. Die Gesellschaft beschäftigt 42 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Stand: Februar 2014, ohne Berücksichtigung von Aushilfen und Beschäftigten in Elternzeit).

Der Posten **Aufwendungen für die Verwaltung und Instandhaltung von Immobilien und Infrastruktur (7b)** bildet im Wesentlichen die Aufwendungen ab, die zum Erhalt der Nutzungs- und Vermietungsfähigkeit sowie des Betriebs der zugewiesenen Grundstücke, Anlagen, Gebäude, Verkehrs- und Freiraumflächen notwendig sind.

Die **Aufwendungen aus Bodenbelastungen (7c)** enthalten die Kosten aus der Beseitigung bekannter Bodenverunreinigungen. Die tatsächliche Höhe ist vom Einzelfall abhängig und wird soweit bekannt veranschlagt.

Die **Aufwendungen für Planung, Umnutzungskonzepte, Öffentlichkeitsarbeit und Marketing (7d)** beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für Wettbewerbe, Projektsteuerungs- und Beratungsleistungen sowie für Maßnahmen zur Projektkommunikation, Grundstücksvermarktung und -veräußerung.

Die **Aufwendungen für Infrastruktur- und Entwicklungsvorhaben (7e)** umfassen hauptsächlich Geländeaufhöhungen, Straßen- und Sielbau, Kaimauerbau und -sanierung, Brückenbau und öffentliche Freiräume. Diese Aufwendungen betreffen im Schwerpunkt den zentralen und östlichen Entwicklungsabschnitt der HafenCity. Veranschlagt werden für 2015 bis 2019 im Wesentlichen Mittel für das Quartier Baakenhafen (v. a. Kaimauern, Straßen, Brücken, Plätze, Promenaden, Zuschüttung Baakenhafenkopf, Baakeninsel), für das Quartier Elbbrücken (v. a. Kaimauern, Straßen, Brücken), für das Quartier Am Lohsepark (v. a. Park Lohsepark, Straßen), für das Elbtorquartier (v. a. Kaimauern, Plätze, Promenaden), für das Quartier Strandkai (v. a. Kaimauern, Promenaden), für das Überseequartier (v. a. Straßen, Kaimauern, Promenaden) sowie für übergreifende Projekte (bspw. Siele, Pumpwerke). Die geplanten Infrastrukturaufwendungen sind korrespondierend mit den Umsatzerlösen stark entwicklungsabhängig und können nicht exakt auf ein Wirtschaftsjahr zugeordnet werden. Deswegen kann es zu hohen Abweichungen der tatsächlichen Aufwendungen ggü. den Planwerten kommen.

Die **Aufwendungen aus der Zuführung zu Rückstellungen (7f)** werden korrespondierend zu geplanten Grundstücksverkäufen veranschlagt, da die vom Sondervermögen errichteten Infrastrukturanlagen zur Erschließung der Grundstücke einer unentgeltlichen Abgabepflicht unterliegen. Bei einer späteren Abgabe von Infrastrukturanlagen an die jeweiligen Rechtsträger (Kernverwaltung bzw. mit der FHH verbundene öffentlich-rechtliche Organisationseinheiten) werden die Rückstellungen schrittweise erfolgsneutral aufgelöst.

Die **Aufwendungen für Entschädigungen, Betriebsverlagerungs- und Abbruchkosten (7g)** werden soweit bekannt veranschlagt.

Die **Aufwendungen für Grundstückserwerb (7h)** betreffen Aufwendungen für den Kauf von Flächen, die für zukünftige infrastrukturelle Erschließung des Gebiets bzw. zur späteren Veräußerung vorgesehen sind und deswegen dem Umlaufvermögen zugeordnet werden. Die Aufwendungen werden soweit bekannt veranschlagt.

Übrige betriebliche Aufwendungen (7i) bilden sonstige aufwandswirksame Geschäftsvorfälle ab, die nicht planbar sind.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen (8) umfassen Zinsaufwendungen für die vom Sondervermögen „Stadt und Hafen“ aufgenommenen lang- und kurzfristigen Verbindlichkeiten. Die Ansätze werden entsprechend der Planung des Verschuldungsstands gebildet.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (11) beinhalten Körperschaftssteuer-, Solidaritätszuschlag- und Gewerbesteuer aufwendungen entsprechend der prognostizierten Erträge des „Betriebs gewerblicher Art“ (BgA) Sondervermögen Stadt und Hafen (steuerliche Bemessungsgrundlage).

Einzelpositionen Kapitalflussplan (Erläuterungen sofern kein Übertrag aus dem GuV-Plan)

Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse (3) fallen bei unentgeltlicher Abgabe von Grund und Boden unter Infrastrukturanlagen durch den im Amtlichen Anzeiger veröffentlichten Widmungsakt an. Diese Erträge können ab 2015 nicht veranschlagt werden, da die jeweiligen Abgabezeitpunkte nicht feststehen.

Der Posten **Abnahme/Zunahme sonstiger Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind (6)** beinhaltet im Wesentlichen eine Abnahme oder Zunahme von Forderungen, die nicht geplant werden können.

Der Posten **Zunahme/Abnahme sonstiger Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind (7)** umfasst die Veränderung von Zinsverbindlichkeiten.

Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge (8) betreffen Erträge aus der Auflösung eines passiven Rechnungsabgrenzungspostens, der in der Eröffnungsbilanz des Sondervermögens wegen einer Einmalerbpachtzahlung für ein Grundstück gebildet wurde (Gebäude Marco-Polo-Terrassen).

Die Position **Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen (13)** enthält die Investitionszuschüsse zur Realisierung des U-Bahn-Bauwerks Kehr- und

Abstellanlage U4 in der HafenCity (insgesamt 38 Mio. EUR, siehe Drs. 20/5435 vom 02.10.2012) und zur Realisierung der Verlängerung der U-Bahn-Linie U4 bis zur geplanten Haltestelle „Elbbrücken“ (insgesamt 136 Mio. EUR, siehe Drs. 20/6542 vom 15.01.2013). Für beide Posten besteht eine Anordnungsbefugnis (AOB) der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI). Der Posten Investitionen Sonstige Maßnahmen U4 bildet im Wesentlichen die Zahlungen des Sondervermögens für Erschütterungsschutzmaßnahmen in U-Bahn-Bauwerken ab.

Der Posten **Einzahlungen aus Zuschüssen Dritter (19)** beinhaltet die bewilligten Zuweisungen des Bundes gem. dem GVFG-Bundesprogramm. Es ist vorgesehen, die Fördermittel zur Finanzierung der Verlängerung der U-Bahn-Linie U4 bis zur geplanten Haltestelle „Elbbrücken“ einzusetzen (insgesamt ca. 71 Mio. EUR). Einnahmen in diesem Bereich sind abhängig vom Baufortschritt einzelner Maßnahmen und werden entsprechend des Planungsstandes veranschlagt.

Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen (20) beinhalten Zuweisungen aus dem Kernhaushalt an das Sondervermögen zur Eigenkapitalstärkung (siehe Drs. 20/2347 vom 21.11.2011 i. V. m. Drs. 20/5437 vom 02.10.2012).

Ablieferungen an die FHH (21) sind nicht vorgesehen.

Der Posten **Einzahlungen aus Darlehensaufnahme (22)** beinhaltet die Bruttokreditaufnahmen zur Deckung von Finanzbedarfen des Sondervermögens.

Der Posten **Auszahlungen für Darlehenstilgungen (23)** enthält Tilgungszahlungen entsprechend der Tilgungsstruktur des langfristigen Kreditbestandes (Schuldscheindarlehen).

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2015/2016

Wirtschaftsplan

Sondermögen „Naturschutz und Landschaftspflege“

Sondervermögen für Naturschutz und Landschaftspflege

Gewinn- und Verlustplan nach dem Gesamtkostenverfahren	
Postenbezeichnung	
1	Umsatzerlöse
2	Erhöhung oder Verminderung des Bestands zu fertigen und unfertigen Erzeugnissen
3	andere aktivierte Eigenleistungen
4	sonstige betriebliche Erträge
5	Materialaufwand:
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen
6	Personalaufwand:
a)	Löhne und Gehälter
b)	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung
7	Abschreibungen:
a)	auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen
b)	auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten
8	sonstige betriebliche Aufwendungen
9	Erträge aus Beteiligungen, davon aus verbundenen Unternehmen
10	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, davon aus verbundenen Unternehmen
11	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge, davon aus verbundenen Unternehmen
12	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
13	Zinsen und ähnliche Aufwendungen, davon an verbundene Unternehmen
14	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
15	außerordentliche Erträge
16	außerordentliche Aufwendungen
17	außerordentliches Ergebnis
18	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
19	sonstige Steuern
20	Abführungen an den Haushalt
21	Verlustübernahme aus dem Haushalt (Betriebszuschüsse)
22	Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag.

Sondervermögen für Naturschutz und Landschaftspflege

Kapitalflussplan (aggregiert)	
Postenbezeichnung	
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Erträgen / Aufwendungen davon konsumtive Zuführungen der FHH
2	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens (+/-)
3	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse (-)
4	Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (+/-)
5	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen (+/-)
6	Abnahme/Zunahme sonstiger Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind (+/-)
7	Zunahme/Abnahme sonstiger Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind (+/-)
8	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge (+/-)
9	Zahlungswirksame außerordentliche Erträge/Aufwendungen (+/-)
Kapitalfluss I aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe 1 bis 9)	
10	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens
11	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (-)
	davon
a)	- Grunderwerb
b)	- Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen
12	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens (+)
13	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen (-)
14	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens (+)
15	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen (-)
16	Einzahlungen aus sonstigen Desinvestitionen (+)
17	Auszahlungen für sonstige Investitionen (-)
18	Einzahlungen aus investiven Zuführungen der FHH
19	Einzahlungen aus Zuschüssen Dritter
Kapitalfluss aus Investitionen (Summe 10 bis 19)	
Kapitalfluss II nach Investitionstätigkeit (Kapitalfluss I + Kapitalfluss aus Investitionen)	
20	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen, z. B. Einlagen der FHH (+)
21	Ablieferungen an die FHH, z. B. Eigenkapitalrückzahlungen (-)
davon enthaltene Ablieferung an die FHH	
22	Einzahlungen aus Darlehensaufnahme (+) ***
23	Auszahlungen für Darlehenstilgungen (-) ***
Kapitalfluss aus Finanzierung (Summe 20 bis 23)	
Kapitalfluss III (Kapitalfluss II + Kapitalfluss aus Finanzierung)	

* Einzelnen aufführen, wenn die Investition auf Grund der Bedeutung oder des finanziellen Umfangs dies erfordert.

** Zusammenfassung gleichartiger oder gleichgerichteter Investitionen.

*** Nur für Sondervermögen

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan Sondervermögen Naturschutz und Landschaftspflege 2015-2019

Einzelpositionen GuV-Plan nach dem Gesamtkostenverfahren

Unter **sonstige betriebliche Erträge (4)** sind die Einnahmen aus Ersatzzahlungen (§ 15 Abs. 6 BNatSchG) sowie Einnahmen für von Dritten vertraglich übernommene Ersatzmaßnahmen (§ 15 Abs. 2 BNatSchG) veranschlagt. Diese werden sowohl von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt als auch den Bezirksämtern erhoben. Unterschieden wird nach Einnahmen aus Zahlungen anderer Behörden und von Privaten. Letztere werden verzinst. Die Einnahmeansätze sind von zukünftigen Senatsentscheidungen über Investitionsvorhaben und Infrastrukturmaßnahmen abhängig. Sie sind auf Grund langer Vorlaufzeiten von Planfeststellungsbeschlüssen und, weil sie häufig erst nach Beendigung des Eingriffs fällig werden, schwer planbar. Die Planzahlen ab 2017 wurden deshalb fortgeschrieben.

Die **Aufwendungen für bezogene Leistungen (5b)** beinhalten die an Dritte vergebenen Leistungen für Monitoring, naturschutzfachliche Gutachten und Planungen für die Umsetzung von Ersatzmaßnahmen. Für die Planjahre 2015 und 2016 beruhen sie auf der Maßnahmeplanung des Sondervermögens. Sie sind ungewöhnlich hoch, da in dieser Zeit die Ersatzmaßnahmen für die A26 umgesetzt werden sollen. Ab 2017 wird mit deutlich geringeren Zahlen fortgeschrieben.

Die Aufwendungen für die Jahre 2012-2014 sind die Differenzen zwischen den Angaben zu den Investitionen aus dem kameralen Wirtschaftsplan 2013/14 und den nach doppischen Gesichtspunkten tatsächlich zu aktivierenden Investitionen dieses Wirtschaftsplans (siehe Kapitalflussplan **Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (11)**).

Der **Personalaufwand (6)** wird nur für 2012 bis 2014 beziffert; er beinhaltet die Kosten für 4 Stellen. Die Personalkosten werden zunächst aus dem Personalbudget der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt vorfinanziert und am Ende des Jahres vom Sondervermögen erstattet.

Ab 2015 wird der Personalaufwand unter *sonstige betriebliche Aufwendungen (8)* als Geschäftsführungskosten veranschlagt.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen (8)** umfassen die

- **Unterhaltung von Ausgleichsflächen**, also Aufwendungen, die auf Grund langfristig abgeschlossener Bewirtschaftungsverträge zur Pflege und Unterhaltung der Flächen des Sondervermögens jährlich anfallen, und
- **Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb**, im Wesentlichen die Aufwendungen für Büroarbeitsplatzpauschalen, Pauschalen für IuK-Geräte bzw. Betriebsmittel, und Kontoführungsgebühren. Die Kosten für die Büroarbeitsplatzpauschale betragen zurzeit 6.740 €/Person, die Pauschale für I.u.K.-Geräte beträgt 1.830 €/Person. Ab 2015 werden zusätzliche Aufwendungen wie die laufenden Kosten für Dienstwagen,

Mobilfunkkosten (Diensttelefone, GIS-Rover, LGV-SAPOS) und Softwarepflegeverträge veranschlagt, die nicht durch die o.g. Pauschalen abgedeckt sind.

- **Geschäftsführungskosten** ab 2015 inklusive Personalkosten

Zinserträge (11) sind auf Grund der schwankenden Zinssätze nicht verlässlich planbar; die angegebenen Planzahlen sind daher eine vorsichtige Schätzung.

Das **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (14)** ist ab 2015 negativ. Dies besagt jedoch nur, dass mehr Aufwand und Investitionen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen getätigt werden, als Erträge (Ersatzzahlungen) eingehen. Gerade in Hinsicht auf den leichten Umsetzungstau ist dies positiv zu bewerten.

Einzelpositionen Kapitalflussplanung

Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens (2) werden verlässlich erst nach Erstellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2015 dargestellt werden.

Die Darstellung im Wirtschaftsplan geht von einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von 30 Jahren aus, da eine genauere Spezifizierung zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu leisten ist. Für 2012 ist kein Wert angegeben, da keine vorherigen Investitionen erfasst sind. Die Jahre nach 2013 geben die kumulativen Werte an.

Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (11) wurden bisher nicht im Wirtschaftsplan erfasst. Die im kameraleen Wirtschaftsplan für 2014 ausgewiesenen Investitionen in Höhe von 4.535 Tsd. Euro sind im kaufmännischen Sinne nicht in Gänze Investitionen, sondern zum großen Teil Aufwand. Aus diesem Grunde wurde davon abgewichen, die Planzahlen aus dem kameraleen Wirtschaftsplan für 2014 zu übernehmen. Vielmehr wurden die Investitionen nach doppischen Gesichtspunkten dargestellt. Die Differenz wurde als Aufwand unter **Aufwendungen für bezogene Leistungen (5b)** erfasst.

Die Ist-Zahlen für die Jahre 2012 und 2013 wurden aus den jeweiligen Jahresabschlüssen abgeleitet. Die Zahlen für den Erwerb von Flächen (11a) sind Ist-Zahlen, die für Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen (11b) sind geschätzt.

Die Planzahlen ab 2015 sind die aus der internen Maßnahmeplanung übernommenen Zahlen für den voraussichtlichen Erwerb neuer Flächen (11a) sowie die im Folgenden dargestellten Ausgleichsmaßnahmen (11b):

Maßnahmen 2015/16	gesamt	Investition	Aufwand
	-in Tsd. EUR-		
Altengamme, Entwicklung von tidegeprägten Vorlandflächen	700	500	200
Billebogen, Entwicklung von Kleingewässern für Kreuzkröte, Moorfrosch, Kammolch	30	0	30
Billetal (Ellerholz), die Entwicklung der Orchideenwiese	20	0	20
Boberger Niederung, Aufwertung von Heiden und Trockenrasen	40	0	40
Duvenstedt, Waldaufwertung	20	0	20
Duvenstedt: Grünlandaufwertung im NSG Wittmoor	70	0	70
Falkensteiner-Ufer, Amphibien-Leiteinrichtung	20	0	20
Hamburg, Monitoring und kleinere Baumaßnahmen bei sonstigen Ausgleichsmaßnahmen	350	30	320
Hamburg, Umgestaltung von Bunkeranlagen für Fledermäuse	20	15	5
Kirchwerder, Grünlandaufwertung für den B-Plan Moorfleet 17	15	0	15
Kirchwerder, Grünlandaufwertung für die B-Pläne Finkenwerder 32 und Allermöhe 28	340	100	240
Kirchwerder, Ökokontomaßnahmen für Terminal Steinwerder	300	50	250
Kirchwerder, Ökokontomaßnahmen Steinwerder	250	40	210
Neuenfelde, naturnahe Gestaltung der Gewässeranbindung	500	300	200
Neuengamme Gose Elbe (FS 592, 3724), Ersatzmaßnahmen Hafencity	200	30	170
Neuland, Ersatzmaßnahmen für den B-Plan Neuland 23	500	100	400
Ost-Krauel, Entwicklung von Feuchtwiesen am Rand des NSG Kiebitzbrack	300	50	250
Overhaken, Priel- und Deichvorlandsaufwertung für Fahrrinnenanpassung	1.389	200	1.189
Spadenländer Spitze, die Optimierung von	1.245	200	1.045

Tidelebensräumen			
Timmermoor (Bergstedt), Aufwertung der nördlichen Randbereiche des Naturdenkmals	50	0	50
Vier- und Marschlande und Wilhelmsburg, Obstwiesenentwicklung und Neupflanzung	25	0	25
Wulmstorfer Heide, die Entwicklung von Heiden und Magerrasen	50	0	50
Zollenspieker, Anlage eines Priels im NSG für Fahrrinnenanpassung	700	400	300
Zollenspieker, Auwaldentwicklung und Buchten für den Schierlings-Wasserfenchel	50	0	50
Maßnahmen A 26			
Allermöhe, A26 Ausgleichsmaßnahmen, Feuchtwiesenentwicklung	655	55	600
Altengamme, A26 Ausgleichsmaßnahmen, Feuchtwiesenentwicklung	380	50	330
Curslack, A26 Ausgleichsmaßnahmen, Feuchtwiesenentwicklung	570	50	520
Gut Moor, A26 Ausgleichsmaßnahmen, Moorwiesenentwicklung	595	50	545
Moorgürtel, A26 Ausgleichsmaßnahmen, Feuchtwiesen- und Brachenentwicklung	300	20	280
Reitbrook, A26 Ausgleichsmaßnahmen, Entwicklung von Wiesenvogellebensräumen	265	50	215
Maßnahmen aus der Abgabe Altenwerder			
Haseldorfer Marsch, Grünlandaufwertung	300	50	250
Pinnau-Mündung, Aufwertung des Außendeichbereichs	30	0	30
Schweenssand, Renaturierungsmaßnahmen (Priel) im NSG	900	500	400
Alt-Erfrade, Lebensraumkorridore	110	0	110
Ammersbek-Niederung	60	0	60
Kisdorf, halb-offene Weidelandschaften	260	0	260
Klein-Hansdorf	36	0	36
Hamburg, Erwerb von naturschutzfachlich geeigneten	2.000	2.000	0

Aufwertungsflächen			
Summe Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt:	13.645	4.840	8.805

Die Planzahlen für 2015 und 2016 beruhen auf der Maßnahmeplanung des Sondervermögens. Sie sind ungewöhnlich hoch, da in dieser Zeit die Ersatzmaßnahmen für die A26 umgesetzt werden sollen. Ab 2017 wird mit geringeren Zahlen fortgeschrieben.

Veranschlagt sind die Ausgaben für Planung, Grunderwerb und die Herrichtung sowie das Monitoring von Ausgleichsmaßnahmen. Die Ansätze sind auf der Grundlage der mittelfristigen Maßnahmenplanungen des Sondervermögens geschätzt.

In welchem Maße aktivierungsfähige Investitionen getätigt werden, ist im Voraus nur grob schätzbar.

Übersicht über die Erträge und Aufwendungen der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die von der FHH ganz oder zum Teil unterhalten werden und der Stellen außerhalb der Verwaltung, die von der FHH Zuwendungen zur Deckung der gesamten Aufwendungen oder eines nicht abgegrenzten Teils der Aufwendungen erhalten (§ 26 Absatz 2 LHO)

1. Klimaschutzstiftung

Produktgruppe - Nummer: 265.01 - Bezeichnung: Klimaschutz und Nachhaltigkeit	Ist 2012	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Tsd. Euro					
Erträge					
Umsatzerlöse					
Mitgliedsbeiträge, Spenden					
Zuwendungen der FHH	530	525	500	500	500
Zuwendungen des Bundes					
Übrige Erträge					
Summe Erträge	530	525	500	500	500
Aufwendungen					
Personalaufwendungen	365	398	410	410	410
Abschreibungen					
Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
Übrige Aufwendungen	165	127	90	90	90
Summe Aufwendungen	530	525	500	500	500
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag					

Die Zuwendung erfolgte bis 2014 als Projektförderung im Rahmen einer Fehlbedarfsfinanzierung

2. Stiftung Naturschutz Hamburg

Produktgruppe - Nummer: 265.03 - Bezeichnung: Naturschutz	Ist 2012	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Tsd. Euro					
Erträge					
Umsatzerlöse					
Mitgliedsbeiträge, Spenden					
Zuwendungen der FHH	130	130	130	130	130
Zuwendungen des Bundes					
Übrige Erträge					
Summe Erträge	130	130	130	130	130
Aufwendungen					
Personalaufwendungen	66	66	66	66	66
Abschreibungen					
Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
Übrige Aufwendungen	64	64	64	64	64
Summe Aufwendungen	130	130	130	130	130
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag					

Liste der Zuwendungsempfänger, die Zuwendungen bis zu 100.000 Euro im Einzelfall zur Deckung der gesamten Aufwendungen oder eines nicht abgegrenzten Teils der Aufwendungen erhalten (Nr. 3 VV zu § 26 Absatz 2 LHO)

Produktgruppe Nummer und Bezeichnung	Zuwendungsempfänger	Art der Zuwendung	Höhe der Zuwendungen			
			Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
			Tsd. Euro			
265.03 Naturschutz	BUND, Landesverband Hamburg e. V. Naturschutzbund Deutschland (NABU), Landesverband Hamburg e.V. (NABU)	Fehlbedarfsfinanzierung	50	50	50	50
265.03 Naturschutz	Schutzgemeinschaft Deutscher Wald	Fehlbedarfsfinanzierung	50	50	50	50
265.03 Naturschutz	Arbeitsgemeinschaft Naturschutz Hamburg	Fehlbedarfsfinanzierung	45	45	45	45
265.03 Naturschutz	Verein Jordsand	Fehlbedarfsfinanzierung	10	10	10	10
265.03 Naturschutz	GÖP, Gesellschaft für ökologische Planung e.V.	Fehlbedarfsfinanzierung	10	10	10	10
265.03 Naturschutz	Botanischer Verein	Fehlbedarfsfinanzierung	6	6	6	6

Erfolgsplan

Bäderland Hamburg GmbH

(mit der HGV besteht ein Gewinnabführungsvertrag)

		Ergebnis GJ 2013 Tsd. Euro	Erfolgsplan GJ 2014 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2015 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2016 Tsd. Euro
	1	2	3	4	5
1. Erträge					
1.1	Umsatzerlöse	27.676	27.580	29.560	30.660
1.2	Sonstige Umsatzerlöse	146	350	350	350
1.3	Sonstige betriebliche Erträge	1.514	1.216	1.123	1.123
	Summe der Erträge	29.336	29.146	31.033	32.133
2. Aufwendungen					
2.1	Materialaufwand und Fremdleistungen	14.199	13.669	14.215	14.617
2.2	Personalaufwand				
2.2.1	Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	19.313	19.246	19.654	20.014
2.2.2	Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	288	691	745	815
2.3	Abschreibungen	6.144	6.890	7.445	7.625
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.623	5.309	5.725	5.809
	Summe der Aufwendungen	44.567	45.805	47.754	48.880
3. Betriebsssergebnis		-15.231	-16.659	-16.751	-16.747
4. Finanzergebnis		2.801	2.567	3.588	3.763
5. Außerordentliches Ergebnis		-445	-445	-445	-445
	Ergebnis	-18.477	-19.671	-20.784	-20.955
6. Verlustübernahme durch die HGV		18.477	19.671	20.784	20.955

Anlage 4.1

BLH

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2014

(haushaltswirksam 2014) gegenüber 2013

(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

	<i>Tsd. Euro</i>
1.1 Umsatzerlöse	-96
<p>Mit Wirkung zum 01.01.2014 werden die bisher in Eigenregie betriebenen Gastrotomien in sechs Bädern verpachtet. Es werden Umsatzerlöse in Höhe von rd. 1,3 Mio. € entfallen. Ergebniswirksam kompensiert wird dieser Rückgang durch den Entfall des Wareneinsatzes, der Personalkosten und durch zusätzliche Pachteinahmen. Die Umsatzerlöse aus dem Kerngeschäft werden durch moderate Preis- anpassungen und Neukundengewinnung steigen.</p>	
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	-298
<p>Durch eine Vielzahl kleinerer Einzelpositionen wird sich der Wert zukünftig bei rd. 1,2 Mio. € einpendeln. Ebenfalls enthalten ist in dieser Position ein jährlicher Ertragszuschuss in Höhe von 230 TEUR, welcher der BLH im Rahmen des Finanzierungskonzeptes des Badneubaus in Wilhelmsburg von der HGV gezahlt wird.</p>	
2.2.1 Vergütungen und gesetzliche Sozialaufwendungen	-67
<p>Bei grundsätzlich konstantem Personaleinsatz (Arbeitszeitvolumina) jedoch Wegfall der Eigengastronomie ab 01.01.2014, berücksichtigt diese Position lediglich die allgemeine Steigerung der Arbeitskosten infolge von Tariferhöhungen und die damit korrespondierenden sozialen Abgaben.</p>	
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellung	406
<p>Grundlage der Werte für die laufenden Pensionszahlungen sowie die Vorruhestandsrückstellungen sind die versicherungsmathematischen Berechnungen aus September 2013. Der Zinsaufwand für die Pensionsrückstellungen wird im Finanzergebnis ausgewiesen.</p>	
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	686
<p>Durch eine Veränderung bei der Durchführung des Schulschwimmens, wird es zu einem Mehrbedarf an Honorarkräften kommen. Das Schulschwimmen wird auf Wunsch der BSB ab Schuljahr 2014/15 komplett in der Primarstufe erfolgen. Hier gilt ein höherer personeller Betreuungsschlüssel.</p>	

BLH**Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2015****(haushaltswirksam 2015) gegenüber 2014**

(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Umsatzerlöse	1.980
Die erwartete Steigerung der Umsatzerlöse im Jahr 2015 basiert im Wesentlichen auf der Eröffnung der kleinen Halle des Kaifu Bades. Mit dem Angebot eines Solebades wird hier ein attraktives Angebot geschaffen.	
2.1 Materialaufwand	546
Neben den üblichen Preissteigerungen dokumentiert sich hier auch der zusätzliche Aufwand für den Betrieb des neu zu eröffnenden Sole-Bades.	
2.2.1 Vergütungen und gesetzliche Sozialaufwendungen	408
Bei grundsätzlich konstantem Personaleinsatz (Arbeitszeitvolumina) berücksichtigt diese Position die allgemeine Steigerung der Arbeitskosten infolge von Tariferhöhungen und die damit korrespondierenden sozialen Abgaben. Darüber hinaus ergibt sich ein geringer Mehraufwand für den Betrieb des neuen Solebades.	
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellung	54
Grundlage der Werte für die laufenden Pensionszahlungen sowie die Vorruhestandsrückstellungen sind die versicherungsmathematischen Berechnungen aus September 2013. Der Zinsaufwand für die Pensionsrückstellungen wird im Finanzergebnis ausgewiesen.	
2.3 Abschreibungen	555
Die Ansätze basieren auf der Abschreibungsvorschau für bestehende Anlagen, erhöht um die Abschreibungen, die sich aus den Projekten der mittelfristigen Investitionsplanung für Angebotsverbesserungen, sowie Ersatzbeschaffungen und sonstige Maßnahmen ergeben.	
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	416
Neben allgemeinen Preissteigerungen wird in dieser Position insbesondere ein erhöhter Ansatz für Werbekosten berücksichtigt.	

Anlage 4.1

BLH

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2016 (haushaltswirksam 2016) gegenüber 2015

(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 5 gegenüber Spalte 4)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Umsatzerlöse	1.100
Die erwartete Steigerung der Umsatzerlöse im Jahr 2016 basiert im Wesentlichen auf moderate Preisanpassungen und eine Besuchersteigerung durch Erhöhung der Besuchsfrequenz und Neukundengewinnung.	
2.1 Materialaufwand	402
Der Anstieg dieser Position ist im Wesentlichen auf die zu erwartenden Preissteigerungen zurückzuführen.	
2.2.1 Vergütungen und gesetzliche Sozialaufwendungen	360
Bei grundsätzlich konstantem Personaleinsatz (Arbeitszeitvolumina) berücksichtigt diese Position die allgemeine Steigerung der Arbeitskosten infolge von Tarifierhöhungen und die damit korrespondierenden sozialen Abgaben.	
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellung	70
Grundlage der Werte für die laufenden Pensionszahlungen sowie die Vorruhestandsrückstellungen sind die versicherungsmathematischen Berechnungen. Der Zinsaufwand für die Pensionsrückstellungen wird im Finanzergebnis ausgewiesen.	
2.3 Abschreibungen	180
Die Ansätze basieren auf der Abschreibungsvorschau für bestehende Anlagen, erhöht um die Abschreibungen, die sich aus den Projekten der mittelfristigen Investitionsplanung für Angebotsverbesserungen, sowie Ersatzbeschaffungen und sonstige Maßnahmen ergeben.	

Erfolgsplan

HWW

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

		Ergebnis GJ 2013 Tsd. Euro	Erfolgsplan GJ 2014 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2015 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2016 Tsd. Euro
	1	2	3	4	5
1.	Erträge				
1.1	Umsatzerlöse	228.541	226.428	229.100	232.600
1.2	Andere aktivierte Eigenleistungen	8.285	7.575	7.600	7.800
1.3	Sonstige betriebliche Erträge	17.546	13.661	10.400	10.200
	Summe der Erträge	254.372	247.664	247.100	250.600
2.	Aufwendungen				
2.1	Materialaufwand	31.839	27.896	29.605	30.995
2.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	18.304	18.596	19.589	20.379
2.1.2	Aufwand für bezogene Leistungen	13.535	9.300	10.016	10.616
2.2	Personalaufwand	72.758	71.249	72.335	72.735
2.2.1	Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	68.285	67.882	68.835	69.435
2.2.2	Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	4.473	3.367	3.500	3.300
2.3	Abschreibungen	27.481	28.542	30.300	32.000
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	73.350	72.988	74.660	75.870
	Summe der Aufwendungen	205.428	200.675	206.900	211.600
3.	Beteiligungsergebnis	-1.000	1.595	1.700	2.600
4.	Finanzergebnis	-14.991	-16.196	-18.600	-18.100
5.	Außerordentliches Ergebnis	1.938	1.938	1.900	1.900
6.	Sonstige Steuern	471	450	500	500
	Gewinnvortrag/ noch zu schließende Lücke	-13		-4.100	-3.900
7.	Gewinnabführung an die HWW-BG	30.557	30.000	25.000	25.000

Anlage 4.2

HWW

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2014

(haushaltswirksam 2015) gegenüber 2013

(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Umsatzerlöse	
Geringere Leistungen für Tochterunternehmen, dagegen Preiserhöhung in 2014.	- 2.113
1.2 Andere aktivierte Eigenleistungen	
Rückläufige Entwicklung in Abhängigkeit vom Investitionsvolumen.	- 710
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	
Geringere Erträge aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens sowie aus Kostenerstattung für Leitungslegungen von der HSE (Sondereffekte in 2013)	- 3.885
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	- 292
Steigender Aufwand für Energie und Wasserzähler.	
2.1.2 Aufwand für bezogene Leistungen	+ 4.235
Geringere Aufwendungen für Instandhaltung. Sondereffekte in 2013 div. Rückstellungsbildungen für Instandhaltung.	
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	+ 403
Geringere Zuführung Altersteilzeitrückstellung.	
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	+ 1.106
Gemäß versicherungsmathematischen Gutachten.	
2.3 Abschreibungen	- 1.061
Anstieg der Abschreibungen als Folge der Investitionstätigkeit im Rahmen des Investitionsplanes.	
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	+ 362
Einsparungen 2014 in div. Positionen, dagegen Anstieg Konzessionsabgaben in Abhängigkeit von den Umsatzerlösen.	
3. Beteiligungsergebnis	+ 2.595
Entfall von Sondereffekten in 2013.	
4. Finanzergebnis	- 1.205
Steigender Zinsaufwand aus der Abzinsung der Pensionsrückstellungen nach BilMoG sowie aus Darlehensaufnahmen.	

HWW**Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2015****(haushaltswirksam 2016) gegenüber 2014**

(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Umsatzerlöse	+ 2.672
Anstieg aufgrund einer eingeplanten Erhöhung des allgemeinen Wasserpreises und der Grund- und Basispreise.	
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	- 3.261
Rückgang insbesondere aufgrund niedrigerer Kostenerstattungen für Leitungslegungen von HSE. (-2,2 Mio. €, im Übrigen verschiedene Positionen, z.B. Erträge aus Altmaterialverkäufen und dem Abgang von Anlagevermögens aus Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse und verschiedenen kleineren Abweichungen).	
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	- 993
Steigender Aufwand für Wasserzähler und Energie.	
2.1.2 Aufwand für bezogene Leistungen	- 716
Höherer Aufwand für Fremdleistungen im Rahmen des Instandhaltungsplans.	
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	- 953
Anstieg des Personalaufwands aufgrund der Einplanung eines Tarifabschlusses.	
2.3 Abschreibungen	- 1.758
Anstieg der Abschreibungen als Folge der Investitionstätigkeit im Rahmen des Investitionsplanes.	
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 1.672
Erhöhung Grundwasserentnahmegebühr in Hamburg, Anstieg Konzessionsabgaben in Abhängigkeit von den Umsatzerlösen, steigender Material- und Instandhaltungsaufwand Verwaltung, allgemeine Preissteigerung.	
4. Finanzergebnis	- 2.404
Steigender Zinsaufwand aus der Abzinsung der Pensionsrückstellungen nach BilMoG.	

Anlage 4.2

HWW

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2016

(haushaltswirksam 2017) gegenüber 2015

(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 5 gegenüber Spalte 4)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Umsatzerlöse	+ 3.500
Anstieg aufgrund einer eingeplanten Erhöhung des allgemeinen Wasserpreises und der Grund- und Basispreise.	
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	- 790
Steigender Aufwand für Wasserzähler und Energie.	
2.1.2 Aufwand für bezogene Leistungen	- 600
Höherer Aufwand für Fremdleistungen im Rahmen des Instandhaltungsplans.	
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	- 600
Anstieg des Personalaufwands aufgrund der Einplanung eines Tarifabschlusses.	
2.3 Abschreibungen	- 1.700
Anstieg der Abschreibungen als Folge der Investitionstätigkeit im Rahmen des Investitionsplanes.	
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 1.210
Allgemeine Preissteigerungsrate, Erhöhung Grundwasserentnahmegebühr in Hamburg, Anstieg der Konzessionsabgaben in Abhängigkeit von den Umsatzerlösen.	
4. Finanzergebnis	+ 500
Reduzierung Zinsaufwand aus der Abzinsung der Pensionsrückstellungen gem. versicherungsmathematischem Gutachten.	

Übersicht

über die Verwendung der Abwasserabgabe gem. § 13 Abwasserabgabengesetz (AbwAG) i.V.m. § 14 Hamburgisches Abwasserabgabengesetz (HambAbwAG) in den Haushaltsjahren 2015 und 2016.

Das Aufkommen aus der Abwasserabgabe ist gem. § 13 AbwAG i.V.m. § 14 HambAbwAG für Maßnahmen, die der Erhaltung oder Verbesserung der Gewässergüte dienen, zu verwenden.

Aus dem Aufkommen wird auch der mit dem Vollzug des Gesetzes entstehende Verwaltungsaufwand gedeckt.

Veranschlagung der aus der Abwasserabgabe zu erzielenden Erlöse:

	Ortsprodukt	2015/2016 jeweils (in Tsd. Euro)
1-266.01.04.001.001	Ortsprodukt Erhebung Abwasserabgabe	1.235

Veranschlagung der Kosten für Maßnahmen zur Erhaltung oder Verbesserung der Gewässergüte:

	Ortsprodukt/Investition	Ansatz/Teilansatz (in Tsd. Euro) 2015/2016 jeweils
1-264.01.02.001.001	Ortsprodukt Wasserwirtschaftliches Maßnahmen Management	339
1-266.01.06.001.001	Ortsprodukt Umweltschadensfälle	371
2-26601001-00003	Vorübergehender Mehrbedarf für die Zuweisung a. d. WSA Cuxhaven bzw. SH f. Beschaffung v. Schadstoffbekämpfungsgeräten u. – einrichtungen	225
2-26601001-00004	Zuweisung an das WSA Cuxhaven für die Beschaffung von Schadstoffbekämpfungsgeräten und -einrichtungen	265
	Verwaltungskostenpauschale	35
	Insgesamt	1.235

